universität wien

DIPLOMARBEIT

Politische Kultur und Demokratie in Österreich nach 1945

Verfasser

Gerald Schowanec

angestrebter akademischer Grad
Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt A 312 295
Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte
Betreuer: Prof./Doz./Dr. Oliver Rathkolb

Dankeswort

Für die Annahme, Betreuung und Begutachtung der vorliegenden Arbeit möchte ich vor allem Herrn Univ. Prof. Dr. Oliver Rathkolb danken.

Auch meinen Eltern, die mir das Studium ermöglicht und mich die vielen Jahre unterstützt, stets Verständnis und Rücksichtnahme aufgebracht haben, möchte ich an dieser Stelle danken. Ein Dankeschön gilt auch Frau Mag. Andrea Birbaumer, die mich in all den schwierigen Phasen moralisch und inhaltlich beratend unterstützte. Ebenso möchte ich Frau Dr. Ulrike Harmat danken, die für meine schwierige Situation großes Einfühlungsvermögen zeigte und mir immer wieder Mut machte. Ebenso danke ich allen Kolleginnen und Kollegen der Studienrichtungsvertretung Geschichte, die mir die Jahre hindurch stets hilfreich zur Seite gestanden sind. Besonderen Dank gilt an dieser Stelle Daniela, die mir bei technischen Problemen immer zur Hilfe kam und letztlich die Korrektur der Arbeit vorgenommen hat.
Unerwähnt möchte ich auch nicht die speziell für Sehbehinderte entwickelte Software lassen, ohne diese sich die Erstellung der Arbeit wesentlich schwieriger gestaltet hätte.

.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Vorwort 1

2. Begriffserklärungen 2

2.1. Definition „politische Kultur“ 2

2.1.1. Politische Kultur nach Ernst Hanisch 4

2.1.2. Politisches Interesse und Kompetenzbewusstsein 6

2.1.3. Entwicklungsphasen der politischen Kultur in der Zweiten Republik 8

2.2. Definition „politische Partizipation“ bzw. der synonym verwendete Begriff „politische Beteiligung“ 9

2.3. Definition und Grundprinzipien der Demokratie 12

2.3.1. Indirekte bzw. repräsentative Demokratie (Parteienstaatliche Demokratie) 15

2.3.2. Direkte Demokratie 17

2.3.3. Direkte und repräsentative Demokratie im Spannungsfeld 19

2.3.4. Partizipatorische Demokratie und Zivilgesellschaft 20

3. Historischer Rückblick 21

3.1. Demokratische Entwicklung von 1848 bis Ende der Monarchie 21

3.2. Demokratie in der Zwischenkriegszeit 25

4. Das österreichische politische System 1945 – 1966 29

4.1. Die Bedeutung der Moskauer Deklaration 29

4.2. Die Reetablierung des demokratischen Systems 30

4.2.1. Die Parteien als Staatsgründer 30

4.2.2. Der Aufbau demokratischer Strukturen unter der Regierung Renner 32

4.2.3. Die Nationalratswahl 1945 33

4.3. Allparteienregierung und Große Koalition 1945 – 1955 35

4.3.1. Das „National Government“ (Krisenregierung) 35

4.3.2. Die Formierung des nationalen Lagers 36

4.3.3. Der Stellenwert des Parlaments 37

4.3.3.1. Das Parlament unter alliierter Kontrolle (Überlagerte Gesetzgebung) 38

4.4. Perpetuierung der Großen Koalition 39

4.4.1. „Permanente Koalition“ 1955 - 1966 39

4.4.2. Der Stellenwert des Parlaments 40

4.5. Politische Kultur nach 1945 41

4.5.1. Die neue Kooperation und die Etablierung des Proporzes 41

4.5.2. Sozialpartnerschaft – Die „zweite Schiene der Regierung“ 43

4.5.2.1. Die Herausbildung der Sozialpartnerschaft 45

4.5.2.2. Demokratische Defizite der Sozialpartnerschaft – Antithese zum Parlamentarismus 47

4.5.3. Die politischen Lager als ein Stabilitätsfaktor: Die „Versäulung“ der österreichischen Gesellschaft 48

4.5.4. Politisches Engagement und Demokratieverständnis 51

4.6. Die Konkordanzdemokratie auf dem Prüfstand 53

4.7. Medien und Demokratie nach 1945 56

4.7.1. Printmedien 57

4.7.2. Rundfunk 59

4.8. Krise und Ende der Großen Koalition 61

4.8.1. Die SPÖ in der Krise 62

4.8.2. Die Nationalratswahl 1966 63

Exkurs: Der gesellschaftliche Wandel 65

1. Sozioökonomischer Wandel 65

2. Soziokultureller Wandel 67

2.1. „Catch-all-parties“ 68

2.2. Bildung 70

2.3. Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile 70

3. Medien als vierte Gewalt im Staat 71

3.1. Printmedien 72

3.2. Rundfunk 73

3.3. Das neue mediale Politikbild 74

4. Zeitgeist „1968“ 76

4.1. Auswirkungen 78

5. Die sozialliberale Ära – Reformperiode der Alleinregierungen von Klaus und Kreisky 80

5.1. Klaus’ Politik der Sachlichkeit oder die „Aktion 20“ 81

5.2. Die Alleinregierung Klaus: „Verlebendigung der Demokratie“ 82

5.3. Von der Konkordanz- zur Konkurrenzdemokratie 83

5.3.1. Intensivierung der parlamentarischen Aktivität: „Aufwertung des Parlaments“ 84

5.3.2. Hochblüte der Sozialpartnerschaft 86

5.4. Die Alleinregierung – eine erste Bewährungsprobe 86

5.5. Die Modernisierung der SPÖ 87

5.5.1. Bildung einer Wähler-, Interessen- und Wertekoalition 89

5.5.2. Die „Durchflutung aller Bereiche der Gesellschaft mit Demokratie“ 90

5.5.3. Reformen im Zusammenhang des Demokratisierungsschubs 92

5.5.4. Bilanz bzw. Auswirkungen der Reformen 93

5.5.5. Ende des „sozial-liberalen“ Konsenses 95

5.6. Das Unbehagen 96

5.7. Wendepunkt der politischen Kultur 98

5.7.1. Abnahme der Parteibindungen und neues Wahlverhalten 99

5.8. Gesellschaftliche Emanzipation und demokratiepolitische Orientierungen 100

5.9. Neue Partizipationsorientierungen 101

Exkurs: Vom Materialismus zum Postmaterialismus 103

1. Ein neues Umweltbewusstsein entsteht 103

2. Der Inglehart’sche Wertewandel 105

6. Außerparlamentarische demokratische Alternativen 107

6.1. Zwentendorf und Hainburg – eine demokratiepolitische Zeitenwende 108

6.2. Fallbeispiel Zwentendorf 110

6.2.1. Planung und Bau 110

6.2.2. Entstehung von Widerstand 111

6.2.3. Formierung der politischen Gegenstimmung/Bürgerinitiativen 111

6.2.4. Informationskampagne der Bundesregierung (Oktober 1976 – März 1977) 113

6.2.5. Wege der Entscheidungsfindung 114

6.2.6.Volksabstimmung und die Auswirkungen 115

6.2.7. Das Anti-Atom-Gesetz 117

6.3. Fallbeispiel Hainburg 117

6.3.1. Planung und Bau 118

6.3.2. Formierung von Widerstand 119

6.3.3. Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren 120

6.3.4. Eskalation des Konfliktes und Entscheidungsfindung 120

6.3.5. Die Rolle der Medien 123
6.3.6. Konsequenzen und Ausblick 124
6.3.6.1.Veränderung der politischen Landschaft 124
6.3.7. Fazit 125

7. Resümee 127

8. Ausblick 130

Literaturverzeichnis 132

Anhang 147

1. Vorwort

Demokratie wie auch politische Kultur sind omnipräsente Themen, die unser Leben beeinflussen. Diese Tatsache ist immer wieder Beweggrund, Rückschau zu halten und Parallelen zum gegenwärtigen politischen System und der demokratischen Kultur aufzuzeigen.
Da Demokratie als ein dynamischer Prozess zu verstehen ist, wird in dieser Arbeit bewusst auf die historische Entwicklung zurückgegriffen, um aus dem Wissen der Vergangenheit einen besseren Zugang für weitere Entwicklungen zu erhalten, aber auch um aus historischen Zusammenhängen Rückschlüsse auf die Probleme der Gegenwart zu ziehen.

„Österreich ist das Land ohne erfolgreiche Revolution. Dem kann nur abgeholfen werden durch eine demokratische österreichische Evolution."[1]

Das Interesse der vorliegenden Arbeit gilt der demokratischen Entwicklung und der damit im Zusammenhang stehenden politischen Kultur nach 1945 bis zum Ende der Ära Kreisky. Den theoretischen Rahmen bilden die Definitionen der „Politischen Kultur", „Partizipation" und „Demokratie". Eine Grundfrage, die für diese Arbeit wesentliche Bedeutung hat, ist das Verhältnis zwischen direkter und indirekter Demokratie.
Es soll der Frage nachgegangen werden, welche wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sowie neue Tendenzen diese Periode ausmachen. Was prägte die politische Kultur der Nachkriegszeit, welche Konstellation hatte das politische System? Dabei sollen charakteristische politische Formen und Verhaltensweisen des politischen Systems ebenso wie Einstellungsorientierungen der Bevölkerung eingebracht werden, d.h. innenpolitische Entwicklungen sollen mit gesellschaftlichen Veränderungen verknüpft werden. Denn die Entwicklung der Demokratie kann nur im Zusammenhang mit dem sozialen Wandel verstanden werden. Daher nimmt der Aspekt der gesellschaftlichen Modernisierung mit den Auswirkungen auf die politische Landschaft einen breiteren Raum ein.
Da Medien ein bestimmender Faktor im Demokratieverständnis sind, indem diese stark in das politische Geschehen eingreifen und die öffentliche Meinungsbildung maßgeblich beeinflussen, steht auch dieser Bereich im Interesse der vorliegenden Arbeit. Dabei soll erforscht werden, wie sich das Verhältnis von Medien und Demokratie entwickelte.[*]

[1] Pelinka, Anton, Programmheft Wiener Vorlesungen. Wiener Vorlesung zum Österreichischen Nationalfeiertag „Politische Kultur und Demokratie in Österreich", Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Heinrich Neisser u.a., 25. Oktober 2001.

[*] Der besseren Lesbarkeit halber wurde für die gesamte Arbeit bei der Nennung bestimmter Personengruppen auf die speziell weibliche Form bewußt verzichtet. Selbstverständlich handelt es sich bei keiner der angeführten Gruppen um eine reine maskuline Form.

2. Begriffserklärungen

2.1. Definition „Politische Kultur“

Politische Kultur ist ein mehrdeutiger Begriff, der auf unterschiedliche Weise von Politikern, Journalisten und von Sozialwissenschaftern verwendet wird. In der politischen Alltagssprache wird politische Kultur als Ergebnis ethischen Handelns bzw. als politische Moral in der Politik verstanden.[2]

Generell bezeichnet Politische Kultur das Verhältnis der Bevölkerung zum politischen System und die Handlungsweise der politischen Akteure. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive gibt es in der Wechselbeziehung zwischen Kultur und Bevölkerung unterschiedliche theoretisch-analytische Ansätze, die dieses Verhältnis von Interaktivität zwischen politischer Kultur und Bevölkerung verständlich machen. In der Sozialwissenschaft beschreibt der Begriff die kollektiven Orientierungsmuster der Menschen zu den wesentlichen Elementen ihres politischen Systems. In der Studie „The civic culture“ (1963) definieren Gabriel A. Almond und Sydney Verba die Politische Kultur eines Landes als „the particular distributation of patterns of orientations toward political objects among the members of the nations.“[3]

Die Orientierungen wurden erstens auf *kognitiver* Ebene in Zusammenhang von wissensmäßigen Orientierungen und Überzeugungen, d.h. subjektives Wissen über das politische System, Ereignisse, Prozesse, Institutionen und Akteure; zweitens auf *affektiver* Ebene, also über Empfindungen über das politische System, seine politischen Rollen, die Politiker und die *performance* des politischen Systems; drittens über die Ebene der *Bewertung* von und Meinungen über politische Objekte untersucht und bezogen sich:

a) auf das politische System im Allgemeinen,

b) die Input-Objekte im Kontext politischer Artikulation und Partizipation,

c) die Output-Objekte bezogen auf gesamtgesellschaftliche Leistungen, die das System in Gesetzen und Verwaltung erbringt, und

d) die Selbsteinschätzung als politischer Akteur immer in Verbindung mit persönlichen Werthaltungen und Kompetenzbewusstsein gegenüber dem politischen System.[4]Almond und

---

[2] Müller, Wolfgang, C., Politische Kultur: Konzept – Forschungsmethoden – Effekte, in: Plasser, Fritz/Ulram Peter A., Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich, Frankfurt, Bern, New York, Paris 1991, 3.

[3] Almond, Gabriel A. /Verba, Sydney, The Civic Culture. Political Attitudes in Five Nations, Princeton 1963, 14f. Zitiert nach: Müller, Wolfgang C., Politische Kultur, 4.

[4] Müller, Politische Kultur, 5.

Verba differenzieren weiters zwischen einer parochialen Politischen Kultur, einer Untertanenkultur und einer partizipationsorientierten Politischen Kultur. Sie plädieren dafür, dass die *Civic Culture* (Staatsbürgerkultur), das ist jene Ausprägung von politischer Kultur, die als funktional für die Stabilität von Demokratie vorausgesetzt wird, am günstigsten eine Mischform moderner und traditioneller Einstellungen sei.[5] Eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität von Demokratie ist die *Unterstützung* des politischen Systems durch die Öffentlichkeit. „Ein hohes Maß an politischer Systemunterstützung (…) garantiert die Funktionsfähigkeit und Stabilität einer Demokratie auch dann, wenn sich die Konfliktintensität des politischen Wettbewerbs verstärkt und die ideologische Polarisierung zunimmt."[6] Auch kommt dem *interpersonellen Vertrauen* besondere Bedeutung zu. Dieses sei nach Almond und Verba Voraussetzung für effektive politische Partizipation in jeder Demokratie. Wesentlich dabei ist, dass Personen oder Gruppen mit anderer politischer Überzeugung nicht als politische Feinde sondern als politische Gegner und die Auseinandersetzungen mit ihnen als politischer Wettbewerb und nicht als Krieg verstanden werden und dass die wesentlichen Spielregeln wie Grund- und Minderheitenrechte eingehalten werden.[7] Ein soziologischer Aspekt der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung befasst sich mit Phänomenen wie der systematischen Beobachtungen von Kindheitssozialisation, Erziehung, Medieneinfluß und Erfahrungen im Erwachsenenleben mit den Leistungen des politischen Systems.[8]

Lucien W. Pye entwickelte vergleichsweise ein die historische Entwicklung stärker einbeziehendes Konzept der politischen Kultur: Er verweist auf die Notwendigkeit, dass politische Objekte wandelbar sind und appelliert somit an die historisch, also zeitlich und räumlich, veränderbaren Prozesse politischer Handlungsakteure. „Subjektive Orientierungsmuster gegenüber politischen Objekten sind wandelbar, entstehen und verändern sich aber nicht „von heute auf morgen". Sie sind „Ergebnis sowohl der kollektiven Geschichte eines politischen Systems wie der Lebensgeschichte jener Menschen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt dieses System ausmachen".[9] Daher kann die politische Kultur eines Landes nur in ihrer geschichtlichen Entwicklung hinreichend verstanden werden. Kollektive Ereignisse und

[5] ebenda, 5.
[6] Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang, Von der Konsens- zur Konfliktdemokratie? Österreich nach dem Regierungs- und Koalitionswechsel, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 452.
[7] Müller, Politische Kultur, 6.
[8] Almond, Gabriel A., Politische Kultur-Forschung – Rückblick und Ausblick, 1987, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 18, 1987, 29.
[9] Pye, Lucien W., Political Culture, in: Sills, David L. (ed.), International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 11, New York 1968, 218. Zitiert nach: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A., Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens zur Konfliktkultur? Wien 2002, 18.

Erfahrungen der Vergangenheit (das, was unserem Land gemeinsam ist) können Auswirkung auf Einstellungen der Gegenwart haben, wie es in der folgenden Untersuchungn zur politischen Kultur Österreichs zu zeigen sein wird.

2.1.1. Politische Kultur nach Ernst Hanisch

Die österreichische politische Kultur steht für typische Einstellungen und Verhaltensformen, die vielfach als Konsequenz kollektiver historischer Erfahrungen gesehen werden können.
Hanisch sieht die österreichische politische Kultur als Resultat verschiedener Perioden der historischen Entwicklung: „Die politische Kultur einer Gesellschaft entsteht nicht ad hoc. In sie fließen kollektive historische Erfahrungen mit ein. Die Politische Kultur ist in vielfacher Weise das Ergebnis dieser historischen Sedimentierung.“[10]
Nach einer Studie von Leopold Rosenmayr aus dem Jahr 1980 über politische Beteiligung und über den Wertwandel hat Österreich den höchsten Prozentsatz an Inaktiven und Konformisten, den geringsten an Reformisten, Aktivisten und Protestierenden.[11] Das Resultat sowohl von Rosenmayr als auch von Hanisch weist signifikante Züge einer „*Untertanenkultur*“ auf. „Die österreichische politische Kultur ist geprägt von einem hohen Maß an Vertrauen in die politischen Eliten und einem geringen Glauben an die eigene Fähigkeit, etwas verändern zu können.“[12] Hanisch sieht die Ursachen dieser ausgeprägten „Untertanenkultur“ im Entstehungszusammenhang historischer Erfahrungen und Langzeitentwicklungen:
- All die Passivität der Bevölkerung sind als Folge von fehlgeschlagenen Revolutionen „von unten“ anzusehen, während die Revolutionen „von oben“ (Josephinismus, Neoabsolutismus) überaus erfolgreich verliefen.
- Staats- und Nationsbildungsprozess entwickelten sich in Österreich nicht parallel, die Nationsbildung blieb immer zurück.
- Eine der Ursachen der Untertanenmentalität sieht Hanisch im Erfolg der von Staat und Kirche getragenen Gegenreformation mit ihrer Strategie zur Disziplinierung und Unterwerfung sowie der ungewöhnlich strengen Hierarchisierung der Gesellschaft.

[10] Hanisch, Ernst, Historische Überhänge in der österreichischen politischen Kultur, in: ÖZP 1 (1984), 15.
[11] ebenda, 15.
[12] ebenda, 15.

- Auch Reste des Feudalismus, der auf persönlichen Beziehungen beruhte, zeigen ihre Nachwirkung. Hanisch leitet aus dieser Tradition die für Österreich so typische Protektions- und Parteibuchwirtschaft ab.
- Die mariatheresianisch-josephinische Reformperiode brachte einen gewaltigen Modernisierungsschub „von oben". An die Stelle der Grundherrschaft trat der Staat mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen Untertanenverbandes. Der Staat verbesserte die Lebensbedingungen seiner Untertanen. In diesem Kontext ist das große Vertrauen der Bürger in die Obrigkeit zu verstehen.
- Eine mächtige Bürokratie drang tief in das Privatleben der Bürger ein. Reformen wurden stets von der Bürokratie verordnet und nicht durch die Bevölkerung erkämpft, daher das noch häufig konstatierte Gefühl bürokratischer Übermächtigung.
- Die reaktionäre Phase Metternichs führte zu einer völligen Entpolitisierung des Bürgertums, das sich letztlich nie vom Staat zu emanzipieren vermochte, sondern bei jedem wirtschaftlichen Problem dessen Hilfe suchte.
- Auch im 20.Jahrhundert findet die österreichische Untertanenkultur ihre Fortsetzung:

„Die demokratische Republik in Österreich war keine Frucht des zähen Kampfes der Bevölkerung, sie war 1918 wie 1945 ein Resultat weltpolitischer Konstellationen, an denen die österreichische Bevölkerung nur einen bedingten Anteil hatte."[13]

Wie Hanisch festhält, fehlt es in Österreich an selbständig erkämpften demokratischen Entwicklungen. Eine Ausnahme stellt die Arbeiterbewegung in ihrem Kampf um das Wahlrecht dar. Für Hanisch gab es in der österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts nur zwei Momente, in denen die Bürger tief- und klassenübergreifend politisiert waren: 1914 – zu Beginn des Ersten Weltkriegs und 1938 - beim „Anschluss". Beide Male führte diese Politisierung in eine reaktionäre und antidemokratische Periode.[14] Das Fehlen eines erfolgreichen Revolutionsereignisses bestärkt die Neigung oben getroffene Verordnungen einfach hinzunehmen, hier wirkt das „*Eherne Gesetz der Oligarchie*".[15]

„Erfolglose Revolutionen – zum Unterschied von erfolgreichen - bringen eben Staatsbürger hervor, die wissen, dass sie sich der Macht unterordnen müssen."[16]

[13] ebenda, 16, 17; 18.
[14] ebenda, 18.
[15] Inglehart, Ronald, Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt, Frankfurt, New York 1989, 423.
[16] Gerlich, Peter, Grundlagen des österreichischen Politischen Systems, Vorlesung, SS 1994, Tonaufzeichnung.

2.1.2. Politisches Interesse und Kompetenzbewusstsein

Was das politische Interesse und subjektive politische Kompetenz betrifft, kommt der Politologe Peter Ulram zur folgenden Erkenntnis: „Ein vergleichsweise geringes Ausmaß an politischem Interesse wie an staatsbürgerlichem Kompetenzbewußtsein zählten lange Zeit zu den Charakteristika der politischen Kultur Österreichs." Erst in den 80er Jahren trat ein „partieller Politisierungsschub" ein. Der Anteil kaum oder überhaupt nicht politisch Interessierter fällt auf etwa ein Drittel der erwachsenen Staatsbürger.[17]

Bis in die 80er Jahre ist die individuelle Handlungskompetenz, also der Glaube an die eigene Fähigkeit, sich an politischen Entscheidungen aktiv zu beteiligen und Einfluss auszuüben, im internationalen Vergleich schwach ausgeprägt.[18] Der politische Prozess wird mehrheitlich den Politikern in Form eines Obrigkeitsdenkens überlassen und die Stimmabgabe bei Wahlen wird als einzige Möglichkeit angesehen, auf das politische Geschehen Einfluss zu nehmen. Wählen wurde vielfach als staatsbürgerliche Pflicht verstanden. Eine sozialwissenschaftlich-empirische Studie von Peter Gerlich und Karl Ucakar von 1980 unterstreicht dieses Verständnis von politischer Kultur, in der 77 % der Befragten ihr politisches Verhalten bei der Stimmabgabe mit einem „Verpflichtungsgefühl" verbanden.[19]

Roland Deiser und Norbert Winkler kamen ebenfalls 1982 in einer Studie über *„Das politische Handeln der Österreicher"* zu dem Schluss, dass die österreichische Bevölkerung trotz hoher partei- und verbandspolitischer Organisation zum allergrößten Teil politisch nicht handlungsfreudig sei, weil über zwei Drittel der Bevölkerung nichts dagegen hätten, *„Politik den Politikern*" zu überlassen. *„Obwohl im traditionellen politischen System fest verankert (…), ist die österreichische Bevölkerung zum allergrößten Teil politisch nicht handlungsfreudig*."[20]

Plasser und Ulram kamen bei ihrem Vergleich der politischen Kultur Österreichs, Deutschlands und der Schweiz zu folgendem Ergebnis: Österreich nimmt in dieser international-wissenschaftlichen Analyse in folgenden Dimensionen einen Spitzenplatz ein. Einerseits ist die Beteiligung an Parlamentswahlen sowie die Mitgliedschaft bei einer politischen Partei relativ hoch – wenngleich auch tendenziell rückläufig. Andererseits liegt

---

[17] Ulram, Peter A., Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 105.

[18] Ulram, Peter A., Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich, Wien, Köln, Graz 1990, 163f.

[19] Gerlich, Peter/Ucakar, Karl, Staatsbürger und Volksvertretung. Das Alltagsverständnis von Parlament und Demokratie in Österreich, Salzburg 1980, 111.

[20] Deiser, Roland/Winkler, Norbert, Das politische Handeln der Österreicher, Wien 1982, 217.

Österreich bei den Kategorien staatsbürgerliche Orientierungen, „ziviles“ Selbstbewusstsein, Bereitschaft zum aktiven politischen Engagement und Vertrauen in die tragenden Institutionen des politischen Systems weit hinter der Schweiz und der BRD zurück.[21]

Es zeigt sich eine deutlich geringere Bereitschaft der Österreicher an informellen politischen Aktivitäten teilzunehmen als die Bürger der BRD und der Schweiz. Die Österreicher stehen problem- bzw. protestorientierten politischen Beteiligungsformen vergleichsweise distanziert bis skeptisch gegenüber.[22] Allerdings haben in den 80er Jahren neue Formen politischer Beteiligung deutlich zugenommen. Hatten sich 1974 nur 7 % der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren an einer genehmigten Demonstration beteiligt, waren es 1985 immerhin schon 10 %.[23]

Im Zeitverlauf der 80er Jahre erkennen die Politikwissenschafter eine gewisse Trendumkehr, die ihren Hintergrund in den steigenden Bildungs- und Qualifikationschancen, der Ausweitung der politischen Information in den Massenmedien, in der fortschreitenden Säkularisierung, als auch auf einen stetig veränderten Wertewandel hat. Es ist zu einem Anstieg an politischem Interesse und Selbstbewusstsein gekommen, das Gefühl, für politische Mitsprache qualifiziert zu sein, nimmt zu, vor allem bei berufstätigen Frauen und Angehörigen der gehobenen Bildungsschicht. „Anders als in der traditionellen „Untertanenkultur“ vergangener Jahrzehnte geben sich kognitiv kompetente Staatsbürger und eine selbstbewußte Zivilgesellschaft nicht mehr mit einer loyalen *Klientenrolle* zufrieden, sondern wollen als *anspruchsberechtigte Partner* akzeptiert werden.“[24] Trotz des Anstiegs an politischem Interesse und einer leichten Zunahme aktiver staatsbürgerlicher Orientierungen haben zwei Drittel der Bevölkerung das Gefühl, auf das Handeln der Regierung wenig Einfluss nehmen zu können.

“Die Mehrheit der Bevölkerung beurteilt ihre Chancen, auf den politisch-institutionellen Entscheidungsprozess Einfluß nehmen zu können, mit erkennbarer Skepsis. Trotz eines schrittweisen Anstiegs aktiver, staatsbürgerlicher Orientierungen überwiegen weiterhin politische Entfremdungsgefühle und eine latente poltische „Elitenverdrossenheit“. (…) Die Verbreitung politischer Entfremdungsgefühle bedeutet aber auch, daß das Potential politischer Leistungsimpulse und zivilgesellschaftlichen Engagements in Österreich nur teilweise ausgeschöpft und für den demokratischen Prozeß nutzbar gemacht wird. (…) Dieses partizipatorische Defizit_abzubauen ist aber nicht mehr wie in den ersten Jahrzehnten der

[21] Plasser, Fritz/Ulram,Peter A., Politscher Kulturvergleich: Deutschland, Österreich, Schweiz, in: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A., Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich, Frankfurt, Bern, New York, Paris 1991, 43f.
[22] ebenda, 23.
[23] Plasser, Fritz /Ulram, Peter A., Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien 2002, 57.
[24] ebenda, 208.

österreichischen Nachkriegsdemokatie „Bring-Schuld" passiver Untertanen, sondern eine „Hol-Schuld" der politischen Eliten bei demokratiekompetenten Staatsbürgern."[25]

Nach Plasser Ulram könnte man von einer Tendenz zur Entwicklung *zweier* politischer Kulturen sprechen, die zunehmend im Gegensatz zueinander stehen: einerseits eine entwickelte *Staatsbürgerkultur* mit hoher interner politischer Effektivität, überdurchschnittlich ausgeprägter spezifischer Unterstützungen und eher moderater Unzufriedenheit, primär bei den höheren Bildungsschichten anzutreffen; andererseits eine *Subkultur des Unbehagens*, der Verdrossenheit und des Mißtrauens, verbunden mit geringem staatsbürgerlichen Selbstbewusstsein, vor allem bei den unteren Bildungsschichten ausgeprägt.[26]

2.1.3. Entwicklungsphasen der politischen Kultur der Zweiten Republik

Die Politische Kultur der späten 40er und 50er Jahre war durch eine „*versäulte Konkordanzdemokratie*" geprägt: Charakteristisch war die enge Bindung der Bevölkerung an ausgeprägte politische Lager. Während das Verhältnis zwischen den Angehörigen der beiden Lager vielfach durch Vorurteile und Misstrauen geprägt ist, ist die Zusammenarbeit der politischen Eliten im Rahmen der Großen Koalition und der Sozialpartnerschaft auf Kooperation und Konsens ausgerichtet.[27]

Die 60er und 70er Jahre können als Phase der „*begrenzten Konkurrenz- und Beteiligungsdemokratie*" beschrieben werden. Die Periode der Einparteienregierungen stand bereits im Zeichen einer größeren politischen Mobilität. Abnehmende Parteiidentifikation und die zunehmende Hinwendung zu unkonventionellen Zusammenschlüssen lockerten die Lagerkulturen auf.[28] Während man in den beiden genannten Phasen von weitgehender Übereinstimmung zwischen politischer Kultur und politischem .System und daher von gegenseitiger Stabilisierung sprechen kann, so konstatieren Plasser und Ulram seit den 80er Jahren einen „Stressbefund".[29] Die politische Landschaft geriet in Bewegung und führte in eine Erweiterung des Parteienspektrums. Das „*Unbehagen am und im Parteienstaat*"[30] äußerte sich durch eine deutliche Kritik am Parteien- und Verbändestaat. Eine zunehmende Parteien- und Politikerverdrossenheit entfernte die Bürger vom traditionellen politischen

[25] ebenda, 209.
[26] ebenda, 113f.
[27] Ulram, Hegemonie und Erosion, 293; Vgl. dazu: Lehmbruch, Gerhard, Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen 1967.
[28] ebenda, 293.
[29] Plasser/Ulram, Staatsbürger oder Untertanen?, 149.
[30] Ulram, Hegemonie und Erosion, 293. Vgl. dazu: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A., Unbehagen im Parteienstaat: Jugend und Politik in Österreich, Wien, Köln, Graz 1982.

Geschehen und erhöhte das Protestpotential.[31] Wie eine 2004 von IFES im Auftrag von Rathkolb gegebene Umfrage über autoritäre Einstellungen in Österreich zeigt, kann trotz zunehmender Politik(er)verdrossenheit von einer grundsätzlichen demokratiepolitischen Weiterentwicklung gegenüber 1978 gesprochen werden.[32]

Die Erosion bzw. die angesprochene Auflockerung der Lagermilieus und Parteibindungen und eine Neuorientierung im Partizipationsverhalten waren Folgen des gesellschaftlichen Wandels und des damit verbundenen Wertewandels. Es kam zu einem Auftreten neuer politischer Kräfte, die nicht unbedingt als traditionelle Systemkräfte galten.

Erstmals in der Geschichte des österreichischen politischen Systems traten Nicht-Regierungsorganisationen und Kritiker eines offensichtlichen Zwei-Parteien-Systems in Erscheinung, was wiederum zu neuen Konfliktlinien führte.

Erstmals wurden die traditionellen Grenzen des Denkbaren in Frage gestellt, erstmals mussten sich die herrschenden Parteien mit mehr als bloß einem gegnerischen Lager auseinander setzen, erstmals kam es zu einer Pluralisierung kritischer Stimmen.

2.2. Definition „politische Partizipation“ bzw. der synonym verwendete Begriff „politische Beteiligung“

In der empirischen Politikforschung werden unter politischer Partizipation alle Aktivitäten verstanden, die Bürger “freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“.[33] Dabei soll politische Partizipation auf Basis rechtlicher und größtmöglicher sozialer Gleichheit erfolgen.[34]

Die wichtigste Form der politischen Beteiligung in der repräsentativen Demokratie ist die Wahl, die auf der Grundlage der politischen Parteien, welche die Verbindung zwischen Gesellschaft und Staat herstellen, basiert. Politische Beteiligung heißt demnach die Teilhabe an der Auswahl von Volksvertretern. Wahlen bringen zum Ausdruck, dass die politische Macht vom Volk abgeleitet und seinen Repräsentanten auf Zeit übertragen wird. Die Hauptaufgabe von Wahlen besteht in der Herstellung von *Legitimität* - der Zustimmung der Bevölkerung zu Grundformen und Akteuren des politischen Systems - und *Repräsentation* -

[31] Plasser/Ulram, Das österreichische Politikverständnis, 84.
[32] Vgl.: Rathkolb, Oliver. Die paradoxe Republik, Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005, 411.
[33] Kaase, Max, Politische Partizipation, in: Nohlen, Dieter (Hg.), Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1995, 521.
[34] Schaller, Christian, Zur Demokratiequalität politischer Partizipation, in: Campbell, David F.J./Schaller, Christian (Hg.), Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Opladen 2002, 70.

der Redistribution politischer Macht.[35] Demokratiepolitisch gesehen sind Wahlen vor allem deshalb bedeutsam, weil sie lange Zeit nur für eine Minderheit galten und es eines langen Entwicklungsprozesses bedurfte, bis das allgemeine und gleiche Wahlrecht erreicht werden konnte (s.Kap. „Historischer Rückblick"). Hans Kelsen hielt das Wahlrecht als entscheidend für den „Grad der Verwirklichung der Demokratie".[36]

In den späten 60er und 70er Jahren ist es zu einer beträchtlichen Ausweitung des Spektrums politischer Aktionsformen gekommen. Mit der Zunahme neuer informeller und protest-orientierter Beteiligungsformen kam es auch zu einer Erweiterung und Neubewertung des Partizipationsbegriffes. Im Rahmen der ländervergleichenden *Political Action*-Studie[37] wurde erstmals zwischen konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsakten unterschieden. Spätere Studien differenzierten zwischen repräsentativen und direktdemokratischen, legalen versus illegalen, formalen und informellen wie im Kern institutionalisierten bzw. nicht institutionalisierten Beteiligungsformen."[38] Zu den konventionellen Formen zählen vor allem auf Wahlen bezogene Handlungen, wie auch die gesetzlich geregelten Instrumente der direkten Demokratie. Als „legale unkonventionelle Beteiligung" können vor allem (genehmigte) Demonstrationen, Bürgerinitiativen und dergleichen gelten. Mehrheitlich abgelehnt wird „Politische Gewalt", wie Sachbeschädigungen als auch Verletzung von Personen.[39] Die Politologen Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger ergänzen die Definition der unkonventionellen politischen Partizipation:

Unter unkonventionellen Beteiligungsformen an politischer Willens- und Entscheidungsbildung versteht die politische Kulturforschung das *nicht-institutionelle Engagement* in Bürgerinitiativen, Neuen Sozialen Bewegungen und in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen.[40] Unkonventionelle Partizipation nimmt dabei in vielen Fällen ihren Ausgang von punktueller Kritik an politischen und administrativen Entscheidungen, sie signalisiert aber nicht unbedingt generelle politische Unzufriedenheit[41], sondern wird als *Ergänzung* zu den traditionellen Beteiligungsformen angesehen.

---

[35] Haerpfer, Christian, Wahlverhalten, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3.Aufl., Wien 1997, 526f.

[36] Kelsen, Allgemeine Staatslehre (1925/1993) 345. Zitiert nach**:** Poier, Klaus, Repräsentation und Wahlrecht, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Parlament, (=Informationen zur Politschen Bildung, Bd. 1) Wien 2003, 9.

[37] Political Action-Studie, Barnes, Kaase et.al. 1979. Zitiert nach: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A., Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien 2002, 47.

[38] Plasser/Ulram, Das österreichische Politikverständnis, 47.

[39] Czerny, Wilhelm F., Neue soziale Bewegungen und politische Kultur, in: Heinrich, Hans-Georg/Klose, Alfred/Ploier, Eduard (Hg.), Politische Kultur in Österreich – Festschrift für Heinrich Schneider, Linz 1989, 42.

[40] Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde, Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends, Wien 2000, 159.

[41] Ulram, Peter A., Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung, 113

Generell kann Partizipation als Ausdruck verstärkter Demokratisierungsforderungen verstanden werden. Wie Ucakar unterstreicht, sind gerade regelverletzende, illegale Partizipationsformen Zeichen eines verstärkten Partizipationsdrucks und können als Indikatoren für die Notwendigkeit zusätzlicher Legitimationsbeschaffung angesehen werden.[42] Nach Deiser und Winkler signalisieren sie eine Legitimationskrise und stellen offenbar eine Chance für Veränderungen dar.[43]

Festzustellen ist, dass man von einem sprunghaften Anstieg der individualisierten, spontanen und nicht-institutionellen politischen Partizipation ausgehen kann. Max Kaase spricht von einer „partizipatorischen Revolution", die auch in Österreich seit 1970 im Gange ist.[44]

Der These Kaase folgend, führt „politische Unzufriedenheit, die einhergeht mit geringem Vertrauen in die politische Führung und/oder geringer Systemübereinstimmung und hoher Einschätzung der eigenen politischen Einflußchancen, (…) zu unkonventionellem politischen Verhalten".[45] Deiser und Winkler merken dazu an, dass für ein erfolgreiches politisches Engagement als auch für das Erkennen von politischen Zusammenhängen ein gewisser *sozialer Status* Vorraussetzung ist. Nicht alle Bevölkerungsgruppen haben in gleichem Maße Einfluss auf das politische Geschehen. So ist steigendes Politikengagement außerhalb des institutionellen Rahmens von sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen wie Bildung, Beruf und Einkommen abhängig. *„Politische Partizipation hängt in ihrer Qualität und ihrem Ausmaß wesentlich von den Faktoren des SÖS (sozio-ökonomischen Status) ab. (…)"*[46] Forschungsarbeiten ergeben, dass Personen mit mehr gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen sich eher und häufiger politisch beteiligen als Personen mit weniger sozio-ökonomischen Ressourcen. Zunehmende ökonomische Ungleichheit in der Gesellschaft führt zu einem zunehmenden Ausschluss von Gesellschaftsgruppen aus dem politischen Prozess.[47] Daher gelte es, sozio-ökonomische Ungleichverteilungen, die Menschen an der politischen Partizipation hindern, auszugleichen. Es ist aber vor allem auch die Fähigkeit von politischen Akteuren (Parteien, Verbänden, Regierung usw.) entscheidend, das politische Interesse zu wecken und die politische Partizipation zu mobilisieren.[48] Als eines der Grundziele der

[42] Ucakar, Karl, Demokratie und Parteien ab 1970, in: Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 147.
[43] Deiser /Winkler, Das politische Handeln der Österreicher, 18f.
[44] Haerpfer, Christian, Politische Partizipation, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. 2. Aufl., Wien 1996, 434.
[45] Giller, Joachim, Soziale Bewegung und Wertwandel in Österreich. Von der „Studentenbewegung" zu den „Grünen" und „Alternativen", Wien 1984, 122. Vgl. auch: Kaase, Max, in: *Infratest* (1978), 40.
[46] Deiser/Winkler, Das politische Handeln der Österreicher, 219.
[47] Haerpfer, Politische Partizipation, 434.
[48] ebenda, 426f.

Demokratie muss die stete Verbesserung von Mitsprachemöglichkeiten der Staatsbürger angesehen werden.

In der Zweiten Republik lässt sich die Entwicklung der politischen Partizipation nach Haerpfer[49] in drei unterscheidbare Phasen gliedern:

1) 1945-1969: Moderne Demokratie und konventionell-institutionelle Partizipation.
2) 1970-1988: Übergang von moderner zu postmoderner Demokratie, von der institutionellen zur individuellen Partizipation.
3) 1989-1995: Postmoderne Demokratie und individuelle, nicht-institutionelle Partizipation.

Nach Inglehart ist aus der institutionalisierten, eliten- und parteibezogenen Partizipationskultur der 70er Jahre allmählich eine „Eliten-lenkende" Beteiligungskultur geworden.[50]

2.3. Definition und Grundprinzipien der Demokratie

Manfred Schmidt definiert Demokratie – im Sinne von Max Weber – als eine Form legitimer Herrschaft.[51] Demokratie ist eine vom Volk getragene Gesellschafts- und Regierungsform sowie eine in dessen Namen ausgeübte Souveränität. Nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten und der Französischen Revolution wurde Demokratie im 20. Jahrhundert die dominierende Gesellschaftsform der westlichen Welt.[52] Demokratie bildet die Basis für ein friedliches Zusammenleben in der Gemeinschaft, sie gewährt ein hohes Niveau an sozialer Integration. Für Giovanni Sartori ist der Begriff *„Demokratie"* heute weitgehend zu einer Bezeichnung für eine Zivilisation geworden, nämlich für das (bisherige) politische Endprodukt der westlichen Zivilisation.[53]
Die Tradition des westlichen Demokratiebegriffs reicht bis in die griechische Antike zurück und prägte entscheidend das demokratische Grundverständnis der westlichen Welt.[54] In jedem

[49] Vgl. ebenda, 426-434.
[50] Inglehart, Kultureller Umbruch, 423.
[51] Schmidt, Manfred, Demokratietheorie, Opladen 1997, 338.
[52] http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclop.d/d218823.htm Letzter Zugriff: 4.2.2008
[53] Sartori, Giovanni, Demokratietheorie, Darmstadt 1997, 11.
[54] Der aus dem griechischen kommende Begriff *„Demokratie"* wird abgeleitet von *„demos"*(= Volk) und *„kratein"*(= herrschen), wörtlich übersetzt *„Volksherrschaft"*. In den Volksversammlungen der Stadtstaaten wurden politische Entscheidungen direkt getroffen. Allerdings zählten zum *„demos"* nur Vollbürger, nicht aber die politisch weitgehend rechtlose Mehrheit, wie Frauen, Halbfreie, Zugewanderte und Sklaven. Mit der Bildung von Klein- und Flächenstaaten, nach Schmidt *"Massendemokratien"*, konnte Direktdemokratie nicht mehr umgesetzt werden, Machtausübung musste auf Repräsentanten übertragen werden, die sich im System des Parlamentarismus manifestierte. Vgl. Schmidt, Manfred, Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 1995, Bd. 404, 205f.

demokratischen Sytem müssen alle Herrschaftsfunktionen vom Volk hergeleitet und auf dieses rückführbar sein. Abraham Lincolm stellte 1863 folgende Kennzeichnung der Demokratie auf: „government *of* the people, *by* the people, *for* the people".[55] Hans Kelsen definierte als Kern jeder Demokratie den Gedanken, „daß, wenn Menschen schon regiert werden, dies durch sie selbst geschehen soll."[56] Angesichts der Vielzahl demokratie-theoretischer Ansätze und Erscheinungsformen demokratischer Gesellschaftssysteme lässt der Begriff Demokratie einen breiten Interpretationsspielraum offen. In modernen Demokratien wird das Verhältnis zwischen Regierten und Regierenden in der Verfassung verankert. *„Moderne Demokratien beruhen auf a) beschränkten Mehrheitsherrschaft, b) Wahlverfahen, und c) der repräsentativen Übertragung von Macht."*[57] Manfred Welan sieht im politischen Wechsel von Regierung und Opposition ein „Lebenselement der Demokratie" und plädiert formal-demokratiepolitisch für Veränderungen in der Regierungskonstellation.[58]

Davon ausgehend, dass das Ziel der Politik die *Selbstbestimmung* des Menschen ist (nach den Ideen der Aufklärung „der mündige Mensch"), versucht Demokratie eine ständige Verwirklichung der Grundprinzipien *Freiheit*, *Gleichheit* und *Solidarität* umzusetzen.

In seinem Essay *„Ist die Demokratie wirklich die beste Staatsverfassung?"* geht Manfred G. Schmidt von der These Winston Churchills aus, dass die Demokratie die schlechteste Regierungsform sei, er aber keine bessere kenne. Schmidt kommt zu dem Schluss, „nur ein bestimmter Typus etablierter (liberaler) Demokratie – in Verbindung mit Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten und hohem Wohlstandsniveau – kann reklamieren, die vergleichsweise beste Staatsform zu sein".[59]

Kreisky - in Abwandlung der Churchill-These:

„Die Demokratie ist offenbar die beste aller denkbaren Regierungsformen, nur bedarf sie einer ununterbrochenen rigorosen Kontrolle, und die Quantität an wirksamer Kontrolle ist es, die erst ihre Qualität gewährleistet."[60]

Pelinka und Rosenberger nennen folgende von David Beetham aus dem Jahr 1996 formulierte verbindliche Standards, die von demokratischen Verfassungsstaaten einzuhalten sind, um als demokratisch zu gelten:

---

[55] Schmidt, Manfred, Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 1995, Bd.404, 205.
[56] Deiser/Winkler, Das politische Handeln, 1.
[57] Sartori, Demokratietheorie, 39.
[58] Welan, Manfried, Demokratie auf österreichisch oder Die erstarrte Demokratie, Wien 1999, 80. Zitiert nach: Rosenberger, Sieglinde, Erosionen und Transformationen. Politische Trends seit den 80er Jahren, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Zum politischen System Österreich: zwischen Modernisierung und Konservativismus (=Informationen zur Politischen Bildung Nr. 17), Innsbruck, Wien 2000, 7.
[59] Campbell, David HF. J./Schaller, Christian, Demokratietheorie – Editorial, in: ÖZP 2 (1999), 126.
[60] Rathkolb, Oliver/Kunz, Johannes/Schmidt, Margit (Hg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, Wien 1996, 112f.

- Gleichheit der politischen Rechte wie Teilnahme, aktives und passives Wahlrecht aller erwachsenen Staatsbürger, Zugang zu öffentlichen Ämtern etc.;
- Wahrung der elementaren Menschenrechte durch den Staat;
- Legitimation der politischen Macht durch Wahl und Pluralismus sowie Machtbeschränkung und Machtkontrolle der politischen EntscheidungsträgerInnen.

Beide Politologen unterstreichen, liberal-demokratische Prinzipien nicht nur auf den staatlichen Bereich zu beschränken, sondern die Demokratisierung gesellschaftlicher Subsysteme (Geschlechterverhältnisse, Familie, Schule, Arbeitswelt) zu intensivieren.[61]

Was die Konfliktlösung betrifft, so tritt „an Stelle von Zwang, Unterdrückung und Gewalt (…) die „rationale Problemlösung" durch Kompromiß, Mäßigung, Ausgleich, der Dia- oder Polilog, die freiwillige Unterwerfung unter anerkannte Spielregeln"[62] mit dem Ziel, adäquate Konfliktlösungen für das Zusammenleben einer pluralistischen Gesellschaft - als Ausdruck der Vielfalt von Meinungen und Überzeugungen - zu erreichen. [63] Daher gilt es, sich auch mit gegensätzlichen Ansichten auseinanderzusetzen und Toleranz für Gegenpositionen zu zeigen. Es liegt jedoch im Wesen der Demokratie, dass das Einigende über dem Trennenden steht.

Demokratie ist als ein permanenter gesellschaftlicher und politischer Prozess zu verstehen, der stets an die aktuellen sozialen Realitäten angeglichen werden muss, d.h. dass auf neue Herausforderungen auch neue politische Lösungen gefunden und auch umgesetzt werden müssen. Neben der Beachtung grundsätzlicher Prinzipien ist es notwendig, Demokratie einer ständigen Revision zu unterziehen, um den Idealen stets näher zu rücken. Umgesetzte Demokratie ist letztlich der Gradmesser einer Gesellschaft.

Trotz mancher Fehlentwicklungen und Schwächen ist Demokratie zweifelsohne jeder anderen Regierungsform überlegen. Negative Kriterien bzw. Schwachstellen sind neben der Oligarchie vor allem eine übersteigerte Technokratie, Bürokratisierung und Selbstprivilegierung der Regierenden, welche die Akzeptanz des demokratischen Systems stark vermindern können. Eine Abgehobenheit der politischen Elite kann zu Desinteresse und Apathie in der Bevölkerung führen. Zudem ist auf den manipulierbaren Volkswillen hinzuweisen. „*Zu begegnen gilt es folglich insbes. den Gefahren der polit. Unterforderung des Bürgers, der mangelnden Responsivität und der Manipulation des Volkswillens durch die Regierenden*."[64]

Christian Broda schreibt in seinem Buch *Demokratie, Recht, Gesellschaft*: „In der modernen

[61] Pelinka/Rosenberger, Österreichische Politik – Grundlagen, Strukturen, Trends, 66.
[62] Heinrich, Hans-Georg, Politische Kultur und Demokratie, in: Windhager, Fritz/Höchtl, Josef, Politische Moral, Wien 1981, 103f.
[63] Anlässlich des Besuchs von Präsident Putin im Mai 2007 bemerkt Bundespräsident Fischer, dass jedes demokratische System „*den Sauerstoff der Kritik und Meinungsvielfalt benötigt*". Vgl.: Die Presse, 24.5.2007,1.
[64] Nohlen, Dieter (Hg.), Lexikon der Politik, München 1998, 115.

Repräsen-tativdemokratie darf der Abstand zwischen der Masse des Staatsvolkes und der notwen-digerweise kleinen Zahl der Mandatare und Funktionsträger nicht zu groß, die Kluft zwischen den Überzeugungen und Einflußmöglichkeiten beider Schichten nicht zu tief werden."[65]

In der Durchführung von Demokratie wird in repräsentative und plebiszitäre Demokratie unterschieden:

2.3.1. Indirekte bzw. repräsentative Demokratie (Parteienstaatliche Demokratie)

Indirekte Demokratie ist insofern von Bedeutung, weil eine unmittelbare und alleinige Regierung des Volkes aufgrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nicht ausführbar wäre. Daher wird Volksherrschaft durch gewählte Repräsentanten ausgeübt, welche frei und unabhängig vom Volk entscheiden und dessen Gesamtinteresse vertreten. Da das Volk keinen gleichgerichteten Willen hat, vollzieht sich die Willensbildung in der Auseinandersetzung von pluralistisch organisierten Interessen in Form von Parteien und Verbänden. Parteien sind „wichtige Instrumente, um die vielfältigen Einzelmeinungen und Vorstellungen zu einigen wenigen zu bündeln und damit den Entscheidungsprozess überschaubar zu machen, ja überhaupt erst möglich zu machen",[66] wobei das Parlament als Zentralorgan fungiert. Schon Hans Kelsen vertrat die Meinung, die parlamentarische Demokratie sei nur in einer durch politische Parteien vermittelten Form zu verwirklichen.[67] Da sich das Volk nur in Parteien und Verbänden organisieren kann, sind die Abgeordneten ihren Parteien verpflichtet (Fraktionsdisziplin), was das „freie Mandat" relativiert. Die Regierung geht aus der parlamentarischen Mehrheit hervor und ist vom Vertrauen des Parlaments abhängig. Regierung und Parlamentsmehrheit stehen in enger Kooperation, wodurch die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative aufgehoben bzw. relativiert wird.[68] Bei Entscheidungen gilt die Mehrheitsregel, die jedoch in den Minderheitenrechten und der Kompromisslösung ihre Grenzen hat.[69] Schmidt führt weiters aus: „*Insgesamt driften parlamentarische Systeme stärker in Richtung „Parteienstaat"´, in dem die Parteien*

[65] Broda, Christian, Demokratie, Recht, Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Vorträge und Reden, Wien, Stuttgart, Zürich 1962, 15.
[66] Koja, Friedrich, Direkte oder indirekte Demokratie?, in: Österreischische Monatshefte. Zeitschrift für Politik 9 (1978), 16.
[67] Vgl. Ucakar, Karl, Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Die Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien 1985, 575.
[68] Vgl. Schaller, Christian, Demokratietheorien: Klassifikationskriterien und Leitsätze im Überblick, in: Delpos, Manuela/Haller, Birgit (Hg.), Demokratietheorie und Demokratieverständnis in Österreich, Wien 2001, 26.
[69] ebenda, 24ff.

Schlüsselpositionen in der öffentlichen Willensbildung, Regierungsbildung, der Regierungsausübung und der Besetzung öffentlicher Ämter einnehmen."[70]

Ucakar weist auf den Funktionswandel der Parteien hin, indem diese weit über den staatlichen Bereich hinausreichende Aufgaben wahrnehmen. Damit verlieren die Parteien zunehmend den Kontakt zur Basis, so dass diese auch Legitimationsdefizite erfahren.[71]

Die Zweite Republik galt im internationalen Vergleich als eine besondere Form der Proporz- und Konkordanzdemokratie, die bei der Entscheidungsfindung an institutionalisierten Kompromiss- und Proporzregelungen orientiert ist.[72] Ausgehend von einer fragmentierten Gesellschaft (Lager) sollen Konflikte durch Integration aller Minderheiten (Proporz) auf dem Wege gütlichen Einvernehmens („amicabilis compositio": Grundsatz im Westfälischen Frieden) gelöst und damit der Einfluss auf politische Entscheidungen durch umfangreiche Ämterpatronage sichergestellt werden.[73] Verhandlungen basieren auf dem Prinzip der Einstimmigkeit und des Kompromisses, Entscheidungen können aber auch auf dem Wege der Junktimierung getroffen werden. Die Konkordanzdemokratie steht zum Wert des Machtausgleichs und der gegenseitigen Machtkontrolle[74] und damit für Stabilität.

Die für das österreichische politische System und die österreichische politische Kultur der Zweiten Republik charakteristische Konkordanz- bzw. Proporzdemokratie, fand ihre stärkste Ausprägung zunächst in der Allparteienregierung von 1945 bis 1947 und in der darauf folgenden großen Koalition, von 1947 bis 1955 in Form eines „national government" und in weiterer geschichtlicher Abfolge von 1955 bis 1966 in Form der „permanenten Koalition".[75]

Mit dem Bestreben nach Übereinkommen und Einstimmigkeit im Entscheidungsprozess auf der Ebene von Regierung und Sozialpartnerschaft kam die Konkordanzdemokratie gänzlich zur Wirkung.

Wie das Politikbild der Österreicher zeigt, ist der Konkordanzgedanke, der Gedanke der Zusammenarbeit zwischen den Parteien und damit implizit eine gewisse Berührungsangst vor politischen Konflikten tatsächlich ein prägender Charakter der österreichischen politischen

[70] Schmidt, Demokratietheorien, 224.
[71] Vgl. Ucakar, Demokratie und Wahlrecht in Österreich, 579.
[72] Schaller, Demokratietheorien, 29. Vgl. dazu: Lehmbruch, Gerhard, „Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und Österreich", Tübingen 1967.
[73] ebenda, 30.
[74] ebenda, 30.
[75] Naßmacher, Karl-Heinz, Das österreichische Regierungssystem. Große Koalition oder alternierende Regierung? Köln, Opladen 1968, 92 und 105. Zitiert nach: Pelinka, Anton, Postklassischer Parlamentarismus und Sozialpartnerschaft, in: ÖZP 3 (1974), 341.

Kultur,[76] die Herbert Gottweis in den Vergangenheitserfahrungen (Zusammenbruch der Monarchie, Bürgerkrieg und Ständestaat, Nationalsozialismus, Besetzung) begründet sieht.[77] Gerhard Lehmbruch hat die österreichische Konkordanzdemokratie schon Ende der 60er Jahre als ein gewisses österreichisches Mentalitätsproblem erklärt, die darauf angelegt ist, möglichst große Harmonie und Konkordanz zu erzeugen, der Konflikt wird eher gemieden.[78] Der oft gebrauchte Ausspruch, dass man in Österreich den Kompromiß schon kennt, ehe noch der Konflikt bewußt geworden ist, findet hier gewiss seine Berechtigung.[79] Die allmähliche Auflösung der Lagermentalitäten und der Übergang zu Alleinregierungen 1966 brachte eine Schwächung der Konkordanzdemokratie, in den 80er Jahren erfuhr sie wesentliche Rückschläge.

2.3.2. Direkte Demokratie

Im repräsentativen System sind auch direktdemokratische Einrichtungen vorgesehen – gedacht als eine erweiterte Mitbestimmung im Rahmen der repräsentativen Demokratie, der auch der Vorrang eingeräumt wird. Direktdemokratische Instrumente haben vor allem ergänzenden und kontrollierenden Charakter. Wie Anton Pelinka betont, ist die direkte Demokratie notwendig, weil dadurch auch das Volk in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden wird, denn *„ohne plebiszitäre Komponente verkommt der demokratische Charakter eines politischen Systems zur Unkenntlichkeit.“*[80] Ohne Mitwirkung der Bürger kommt es zu Unzufriedenheit bzw. Unmut über die Parteien, Regierung, Institutionen und es besteht die Gefahr, dass die Demokratie aus dem Gleichgewicht gerät. Direkte Demokratie erfülle die Aufgabe eines Korrektivs gegenüber den Erstarrungstendenzen des Parteien- und Verbändestaates.[81]

Um die Stabilität der Demokratie zu garantieren, soll ein ausgewogenes Verhältnis von direkten und indirekten demokratischen Elementen gegeben sein. *Die Gefahr einer Denaturierung der Demokratie, die durch ein Überziehen des plebiszitären Prinzips hervorgerufen wird, ist die Diktatur, sind* (historisch gesehen) *Bonapartismus oder*

[76] Gerlich/Ucakar, Staatsbürger und Volksvertretung, 92.
[77] Gottweis, Herbert, Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, 3.Aufl., Wien 1997, 344.
[78] Neisser, Heinrich, Wiener Vorlesungen, 25.10.2001, „Politische Kultur und Demokratie in Österreich“, Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Heinrich Neisser u.a., Tonaufzeichnung.
[79] Gerlich, Peter, Politische Kultur der Subsysteme, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3.Aufl., Wien 1997, 507.
[80] Pelinka, Anton, Direkte Demokratie – mehr als nur Illusion, aber kein Rezept, in: SWS-Rundschau (39.Jg.) Heft 2 (1999), 110.
[81] Hier verweist Pelinka auf das Beispiel Schweiz, deren ausgeprägte „Konkordanzdemokratie“ in der besonders ausgeprägten direkten Demokratie ein Gegengewicht erfährt. ebenda, 111f.

Caesarismus. ... „Die Überbetonung des plebiszitären Prinzips gefährdet die Demokratie ebenso wie die ausschließliche Verwendung des repräsentativen Prinzips. Die Gefahr, die im repräsentativen Prinzip begründet liegt, ist die Herrschaft weniger, die Oligarchie, ist das Nichtbeachten gesellschaftlichen Wandels.“[82]

Ucakar definiert direkte Demokratie wie folgt:
„ (…) jede Form des tatsächlich ausgeübten oder versuchten Einflusses der Bevölkerung auf konkrete Entscheidungsalternativen sowohl in den der Gesetzgebung als auch in den der Verwaltungsentscheidung unterliegenden Bereichen des öffentlichen Rechts verstanden. Dieses Spektrum umfasst also Volksbegehren, Volksabstimmung, Volksbefragung, Petitionen und Bürgerinitiativen aber auch partizipative Planungs- und Entscheidungsverfahren.“[83]

Heinrich Neisser sieht die relativ geringe praktische Bedeutung der Instrumente der direkten Demokratie in Österreich vor allem in ihren institutionellen Schranken, denn die repräsentative Demokratie hat die direkte Demokratie fest im Griff.

Bei Volksbegehren entscheidet der Nationalrat, ob sein Inhalt ein Gesetz wird oder nicht.
Volksabstimmungen über Bundesgesetze sind nur möglich, wenn der Nationalrat mit Mehrheit eine solche Volksabstimmung beschließt (ausgenommen im Fall einer zwingenden Volksabstimmung bei Gesamtänderungen der Verfassung).
Volksbefragungen (erst seit 1988 auf Bundesebene möglich), können nur stattfinden, wenn der Nationalrat eine solche Volksbefragung auf Grund eines Antrages seiner Mitglieder oder der Bundesregierung beschließt.
Dem Volk selbst bleibt eine Mitbestimmung bei der Frage, ob die direkte Demokratie sich durchsetzt, versagt. Es kann nicht bestimmen, ob es selbst bestimmen darf.[84]

[82] Nick, Rainer/Pelinka, Anton, Parlamentarismus in Österreich, Wien, München 1984, 15. Gerlich und Ucakar unterstreichen, dass autoritäre Systeme und direktdemokratische Elemente keinen Widerspruch in sich darstellen. Vgl.: Gerlich/Ucakar, Staatsbürger und Volksvertretung, 34ff.
[83] Ucakar, Karl/Unterberger, Klaus, Struktur- und Funktionswandel der Demokratie. Neue Bedingungen der politischen Partizipation und der politischen Legitimation der parteienstaatlichen parlamentarischen Demokratie. Projektbericht für das Bundesministerium für Wissenschaft, Kunst und Verkehr, Wien 1996, 307.
[84] Neisser, Heinrich, Demokratiereform in Österreich: Potentiale und Instrumente, in**:** Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, 431f. Vgl. auch: Pelinka, Anton, Direkte Demokratie – mehr als nur Illusion, aber kein Rezept.

2.3.3. Direkte und repräsentative Demokratie im Spannungsfeld

Ein wesentliches Problem des direkten Volksentscheides ist, dass die Meinungen von Minderheiten in den Entscheidungsprozess nicht einbezogen werden, während diese bei repräsentativen Entscheidungen mitberücksichtigt sind.

Gerhart Bruckmann, Wissenschafter und Politiker, verweist in seinem Artikel „Das Volk - ist es etwa nicht souverän? vor allem auf den manipulativen Einsatz direktdemokratischer Verfahren hin[85] und meint: Je komplexer ein Sachverhalt, desto weniger eignet er sich für eine direkte Volksentscheidung. Eine umfassende akzeptable Lösung zu finden, ist angesichts der Komplexität der Probleme in der Gesellschaft nur in der repräsentativen Demokratie zu realisieren.[86] Denn, so Friedrich Koja, „die repräsentative Demokratie garantiert rationale Auseinandersetzung der Argumente und Interessen, weil das Parlament die beste Möglichkeit eines ausführlichen Dialogs und der Gegenüberstellung von Alternativen bietet.“[87] Heinz Fischer schreibt in seinem Artikel „Hainburg und die direkte Demokratie“ dass „die Ja-Nein-Abstimmung über ein Volksbegehren nicht zur „österreichischen Problemlösung“ durch Kompromiß, sondern zur Problemlösung durch Polarisierung“ führe.[88]

Die Parteien sehen sich daher dem Spannungsfeld ausgesetzt, einerseits bei verstärkter Anwendung direkter Demokratie Kompetenz zu verlieren, andererseits bei Nichtbeachten der Bürgeranliegen die Entfremdung zwischen Wählern und Partei noch weiter herauszufordern.

Nach Bruckmann gehe es nicht um eine vordergründige Machtverschiebung zwischen Wählern, Gewählten und Experten; vielmehr gehe es um eine Optimierung des Zusammenwirkens dieser drei Gruppen. Um zu einer objektiven Entscheidungsfindung im Interesse der Bürger zu kommen, bedarf es eines verstärkten sachlichen Dialogs unter Einbeziehung aller drei Kräftegruppen.[89]

---

[85] Volksbegehren sind häuftig politisch instrumentalisiert. Sie werden von Oppositionsparteien, starken Interessengruppen bzw. Medien initiiert, die auf diesem Weg versuchen, ihre eigenen politischen Vorhaben – ohne Rücksicht auf das Gesamtinteresse – durchzusetzen.

[86] Bruckmann, Gerhart, Das Volk – ist es etwa nicht souverän? Direkte Demokratie, praktische Erfordernisse: Vom Expo-Flop zur Versöhnung der Gegensätze, in: Die Presse, 13./14..Juli 1991, Perspektiven III.

[87] Koja, Direkte oder indirekte Demokratie?, 16.

[88] Vgl.: Fischer, Heinz, „Hainburg und die direkte Demokratie“, in: Die Presse 7.1.1985. Im Kontext des Volksbegehrens über den Bau des Konferenzzentrums gab es eine lebhaft geführte Debatte um den Ausbau der direkten Demokratie, nämlich, stark unterstützte Volksbegehren einer Volksabstimmung zu unterziehen.

[89] Vgl. Bruckmann, Das Volk – ist es etwa nicht souverän? , in: Die Presse 13./14. Juli 1991, Perspektiven III.

2.3.4. Partizipatorische Demokratie und Zivilgesellschaft

Folglich setzt man verstärkt auf den Ausbau partizipatorischer Demokratie, die vor allem mehr Mitsprache bei Verwaltungsentscheidungen bringen soll.

Davon ausgehend, dass das Volk grundsätzlich politisch interessiert ist, kann es durch Maximierung von Beteiligungsmöglichkeiten zu selbstverantwortlichen und politisch aktiven, interessierten Bürgern herangebildet werden. Über Partizipation soll neben der Selbstbestimmung und Selbstentfaltung auch Machtgleichheit erzielt werden.[90] Partizipation ist als ein dynamischer Prozess zu verstehen: Politische Beteiligung entwickelt den Willen und das politische Bewusstsein der Individuen weiter.[91] Deiser und Winkler weisen auf das in ihrer Untersuchung nachweisbare Phänomen der „kumulativen Partizipation" hin, wonach die Aktivität in einem Bereich weitere Aktivitäten nach sich zieht.[92] Auch nach Ulram ermöglicht Partizipation auf lokaler Ebene umfangreiche demokratische Lern- und Erfahrungsprozesse.[93] Es handelt sich hierbei meist um relativ überschaubare Bereiche, die direkt Betroffenen Raum für Äußerungen und Mitentscheidung geben.

Für David Beetham bilden solch unabhängige Institutionen und freiwille Vereinigungen der Gesellschaft eine wichtige Sphäre praktizierter Demokratie. Hier können wesentlich mehr Menschen regelmäßig in das demokratische Geschehen eingebunden werden, als dies auf politischer Ebene jeweils möglich wäre. Zudem erhöht diese Praxis indirekt die Qualität und Widerstandsfähigkeit demokratischer Institutionen, denn sie fördert die politische Bildung und Reife der Bürger, die für ihre Erhaltung notwendig sind. Beetham drückt dies folgendermaßen aus: „*Wenn Menschen in autoritären Familien, Schulen, Arbeitsverhältnissen und Kirchen groß werden, werden sie danach kaum öffentliche Angelegenheiten als einen Teil ihres Verantwortungsbereichs betrachten oder bedrohte demokratische Institutionen verteidigen.*"[94] Teilnehmende, partizipatorische Demokratie begünstigt die Entwicklung einer Zivilgesellschaft bzw. zivilgesellschaftliches Handeln kann als „Motor der Demokratisierung

[90] Schaller, Demokratietheorien, 33.
[91] ebenda, 33. Vgl. dazu: Pelinka, Anton „Dynamische Demokratie". Zur konkreten Utopie gesellschaftlicher Gleichheit, Stuttgart u.a. 1974; Barber, Benjamin, Starke Demokratie.Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg 1994/1984.
[92] Deiser/Winkler, Das politische Handeln der Österreicher, 27.
[93] Ulram, Peter A., Plädoyer für eine partizipative Demokratie, in: Österreichische Monatshefte. Zeitschrift für Politik 11 (1978) 14.
[94] Beetham, David: The Democratic Audit: Grundprinzipien und Schlüsselindikatoren politischer Demokratie, in**:** Campbell, David u.a.(Hg.), Die Qualität der österreichischen Demokratie.Versuche einer Annäherung, Wien 1996, 41.

der Gesellschaft“ wirken.[95] Václav Havel bezeichnet Zivilgesellschaft als das „eigentliche Fundament der Demokratie“.[96]

In der Literatur wird Zivilgesellschaft als Raum zwischen Individuum und Staat definiert, in der Menschen gemeinsame politische Interessen vertreten. Zivilgesellschaft sei ein „Sammelbegriff für alle Formen sozialen Agierens von Individuen oder Gruppen, deren Handeln sich nicht vom Staat ableiten läßt und in denen Gemeinschaft nicht mit den Mitteln staatlicher Autorität auftritt“.[97] Wie Pelinka und Rosenberger anmerken, richtet sich Zivilgesellschaft gegen die Dominanz des Parteien- und Verbändestaates,[98] sie ist vielfach die Antwort auf deren Überfunktion.

3. Historischer Rückblick

Um zu einem besseren Verständnis zum Status der Demokratie in der Zweiten Republik zu gelangen und die geschichtlichen Zusammenhänge zu verstehen, scheint es wichtig, einen Rückblick auf die historische Demokratieentwicklung in Österreich zu werfen. Die Entwicklungsgeschichte der Demokratie steht in einem engen Kontext mit materiellen und gesellschaftlichen Verhältnissen und kann als ein Prozess sozialer Kämpfe mit Fortschritts- und Reaktionsphasen angesehen werden.[99] Der Prozess der Demokratisierung war wesentlich von der Forderung politischer Beteiligungsrechte und gerechter parlamentarischer Repräsentation geprägt.

3.1. Demokratische Entwicklung von 1848 bis Ende der Monarchie

Die Herausbildung der für den bürgerlichen Staat charakteristischen Institutionen, insbesondere einer Verfassung, eines Parlaments, begann mit der bürgerlichen Revolution von 1848. Es waren äußerst heterogene soziale Kräfte, die für mehr politische und soziale Rechte kämpften. Man trat geschlossen gegen das Regime Metternich auf, in dem die seit der Französischen Revolution sich verbreitenden Ideen von politischer Freiheit und Mitbestimmung unterbunden wurden. *Die Revolution war durch eine scharfe soziale*

[95] Pelinka/Rosenberger, Österreichische Politik, 76.
[96] Liebhart, Karin, Editorial, Information der Gesellschaft für politische Aufklärung, Nr. 67, Innsbruck, Dezember 2000, 1.
[97] Brix, Emil, Zivilgesellschaft als Begriff und theoretisches Konzept, in: SWS-Rundschau, Heft 2 (1999), 120-128, 125. Zitiert nach: Pelinka/Rosenberger, Österreichische Politik, 76.
[98] Pelinka/Rosenberger, Österreichische Politik, 77.
[99] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht in Österreich, 580.

Polarisierung geprägt. Gingen bei den Ereignissen im März die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten gemeinsam vor, so spaltete sich die Revolution als es um die Lösung sozialer Fragen ging.[100] Am 13. März 1848 kapitulierte die Regierung Metternich. Binnen weniger Tage war alles erreicht, was die Liberalen gefordert hatten. „Erkämpft wurden die Märzerrungenschaften allerdings vom Volk, von den demonstrierenden Arbeitern und Kleinbürgern."[101] Die Enttäuschung war daher sehr groß, als das Ergebnis der Revolution – die versprochene Verfassung – verkündet wurde, an die das Volk sehr unterschiedliche Erwartungen geknüpft hatte.[102] Die Abkehr vom alten System wurde dadurch verdeutlicht, dass das neue Parlament keine Ständeversammlung darstellen sollte, sondern als eine gewählte Volksvertretung auf einem relativ breiten Wahlrecht aufbauen sollte. Die Wahlordnung entsprach durchaus der Tendenz der Pillersdorfschen Verfassung, „zwar dem Bürgertum, nicht aber den unteren Schichten Zugeständnisse zu machen."[103]

Bleibende Bedeutung erlangte der „Kremsierer Verfassungsentwurf", der bereits das Prinzip der Volkssouveränität vorsah.[104] Aufgrund des Scheiterns der Revolution konnte dieser Entwurf nicht mehr in Kraft gesetzt werden.

Die Niederwerfung der Revolution brachte hinsichtlich der Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie wiederum einen großen Rückschritt. Die Märzverfassung 1849 stärkte die Stellung des Monarchen und der Regierung[105] und mit den Sylvesterpatenten von 1851 erfolgte endgültig die Rückkehr in die absolute Monarchie (Neoabsolutismus). Das Silvesterpatent war, wie Rumpler schreibt, „ein demokratiepolitischer Fehler", der auch durch „die Gewährung einer modernen Wohlstandsdiktatur nicht kompensiert werden konnte."[106]

---

[100] Vgl. ebenda, 71.

[101] Rumpler, Helmut, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie, Wien 1997 (=Bd.8, der Reihe Österreichische Geschichte 1804-1914, hg. von Herwig Wolfram), 279.

[102] Vgl. Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 64.

[103] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 70.
Man begründete die Motive für den Ausschluss der Arbeiter und Dienstleute mit dem Hinweis, dass bei diesen Ständen „in der Regel nicht nur die intellektuelle Bildung" fehle, sondern auch die „selbständige Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft." Gottsmann, Andreas, Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, in: Rumpler Helmut/Urbanitsch Peter, Verfassung und Parlamentarismus, 1.Tb., 581.

[104] Für Regierungschef Felix Schwarzenberg war dies der „Abhut eines schlecht verkappten Republikanismus", und Innenminister Stadion erklärte gegenüber dem Reichstag, die Behauptung, dass alle Gewalt vom Volke ausgehe, sei mit dem Rechtsbestand der Monarchie unvereinbar. Vgl. Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa, 313f.

[105] Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa, 315.

[106] Kaiser Franz Joseph wollte den Völkern der Monarchie die materiellen Vorzüge eines modernen bürgerlichen Staatswesens durch eine „Revolution von oben" bescheren. Daher wurden die grundlegenden Forderungen und Erfolge der Revolution beibehalten: die bäuerliche Grundentlastung, die Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz und die Gleichstellung aller Volksstämme im Hinblick auf Pflege und Bewahrung ihrer Nationalität. Nur politische Mitbestimmung in jeder Form, von der Reichsspitze bis hinunter in die Gemeinde, wurde konsequent verweigert. Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa, 323.

Der aufgrund der militärischen Niederlagen (1859 Solferino, 1866 Königgrätz) geschwächte Staat schloss sodann wieder an die konstitutionelle Entwicklung an.[107] Die Dezemberverfassung von 1867 brachte für Österreich einen „Halbparlamentarismus".[108] Mit den Staatsgrundgesetzen wurden eine Reihe bürgerlicher Grundrechtsforderungen wie Individualrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaat erreicht, - nur das Wahlrecht erfuhr im Rahmen dieser so umfassenden Verfassungsgesetzgebung keine Änderung. Man schloss an die Wahlordnung des Februarpatents von 1861, einem „Kurienwahlrecht" (=die Männer wurden nach Steuerleistung in Kurien eingeteilt) an, womit die Masse der Bevölkerung nach wie vor vom Wahlrecht ausgeschlossen blieb (Entwicklung eines Privilegienparlamentarismus).

Karl Renner urteilte: „Ein großes Werk für das zurückgebliebene Österreich und dennoch eben nur ein liberales Werk, das ist eine Häufung von Halbwahrheiten. Man hatte nicht den Mut, auf die Kremsierer Verfassungsurkunde zurückzugehen…"[109] Renner bemerkte weiters, die Dezemberverfassung, die „einer schmalen Herrenklasse auf den Leib geschnitten" sei, hätte nur deshalb Bestand gehabt, weil sie der damaligen realen Macht der Klassen entsprach. „Die mit dem höfischen Adel verbündete Bourgeoisie war damals sicherlich die einzige staatsreife Klasse und so gestaltete sie die Verfassung nach ihren Interessen."[110] Von wesentlicher Bedeutung für die weitere Demokratisierung war das 1867 erlassene Vereins- und Versammlungsrecht, das für die Etablierung neuer Parteien, Vereine und Interessenvertretungen wichtig wurde und in dessen Rahmen die unteren Volksschichten den Umgang mit demokratischen Verhaltensformen lernten.[111]

Mit dem Auftreten der Christlichsozialen Partei und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei als Massenparteien verstärkte sich der politische Druck in der Wahlrechtsfrage. Der alte Kämpfer aus dem Jahre 1848 und spätere Innenminister Dr. Karl Giskra, äußerte gegenüber einer Arbeiterdeputation, die das allgemeine, gleiche Wahlrecht forderte: „Das allgemeine

[107] Der „Ausgleich" (1867) mit Ungarn machte aus dem österreichischen Kaiserstaat die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Österreich wurde zu einer konstitutionellen Monarchie.
[108] Nick /Pelinka, Parlamentarismus in Österreich, 29.
[109] Zitiert nach: Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 140.
[110] ebenda, 140.
[111] Vgl. ebenda, 137f. Mit der Bildung der Parteien (Sozialdemokraten, Christlichsoziale und Deutschnationale) entstand jene „Lagermentalität", die bis in die 1970er Jahre das politische und gesellschaftliche Leben prägte. Vgl. dazu: Wandruszka, Adam, Österreichs politische Struktur: Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Heinrich, Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954, 289-486. Wie Pelinka ausführt, stand der im europäischen Vergleich deutlichen demokratischen Unterentwicklung eine auffallend hoch entwickelte Organisiertheit der Gesellschaft gegenüber, deren Bezugspunkt die Lager und nicht der Gesamtstaat war. Pelinka, Anton, Demokratie: Österreich 1900 – Österreich 2000, in: Gärtner, Reinhold (Hg.), Blitzlichter. Österreich am Ende des Jahrhunderts, Innsbruck, Wien 1999, 5f.

Wahlrecht ist eine Phantasamagorie, es ist nie durchführbar. Darüber muß man zur Tagesordnung übergehen."[112]

Die christlichsoziale Bewegung sah das Wahlrecht als eine Vorstufe zu ihrem Ideal von der politischen Gleichberechtigung in der Bedeutung einer berufsständischen Vertretung. Es war vor allem die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die sich neben dem Kampf um soziale Besserstellung vehement für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht einsetzte, das als ein wichtiges Mittel der Agitation und Organisation gesehen wurde und mit dessen Durchsetzung man die einzige Möglichkeit sah, den Staat für die eigenen Interessen instrumentalisieren zu können. Der Parlamentarismus wurde als eine Form der „modernen Klassenherrschaft" bezeichnet, über deren Wert man sich jedoch nicht täuschen dürfe.[113] Unter dem Druck der vorwiegend von der Arbeiterschaft initiierten Demonstrationen kam es schließlich zu einer schrittweisen Weiterentwicklung des Wahlrechts (Eckdaten:1873, 1882, 1896, 1907), wo einem immer größeren Teil des Volkes Wahlberechtigung zugesprochen wurde. Der Durchbruch erfolgte mit der Wahlreform von 1907, mit welcher letztendlich alle Wählerklassen abgeschafft und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer eingeführt wurde. Aufgrund der einjährigen Sesshaftigkeitsklausel und des hohen Wahlalters von 24 Jahren blieben große Teile der Bevölkerung weiterhin vom Wahlrecht ausgeschlossen. Zudem wurde das Prinzip der Gleichheit durch die ungleiche Wahlkreiseinteilung, welche bestimmte Nationalitäten, wie die deutschsprachige, privilegierte, unterlaufen.

Während mit der Wahlreform ein großer Schritt in Richtung politische Demokratie erreicht wurde, war die parlamentarische Entwicklung von heftigen sozialen und nationalen Auseinandersetzungen geprägt. Das österreichische Parlament, so erklärte Ernst Zenker, sei „das schwächste, wenn schon nicht der Welt, so doch der Kulturwelt."[114] Nick und Pelinka, die eine „Verspätung" des österreichischen Parlamentarismus konstatieren, weisen darauf hin, dass die allmähliche Ausweitung des Wahlrechtes nichts an der „prinzipiellen Schwäche" des österreichischen Parlamentarismus änderte.[115]

---

[112] Man werde, so Giskra, in Österreich keine Pöbelherrschaft einführen. „Deshalb, dass sie als Menschen geboren werden, erhalten sie noch kein Recht, ein Wahlrecht geltend zu machen, sie müssen dasselbe erwerben, indem man annimmt, dass sie ein Interesse daran finden. Dies Interesse wird durch die direkte Steuer bestimmt." Zitiert nach: Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa, 424.

[113] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 227f.

[114] Zenker, Ernst Viktor, Der Parlamentarismus. Sein Wesen und seine Entwicklung, Wien 1914, IV. Zitiert nach: Nick/Pelinka, Parlamentarismus in Österreich, 34.

[115] Die Regierung konnte eine Politik gegen die Mehrheit des Parlaments betreiben und das kaiserliche Notverordnungsrecht beschränkte die Gesetzgebungsfunktion des Parlaments. Vgl. Nick/Pelinka, Parlamentarismus in Österreich, 33f.

3.2. Demokratie in der Zwischenkriegszeit

Auch der Versuch, mittels einer Wahlrechtsreform die Legitimationsbasis des Vielvölkerstaates zu stärken, scheiterte - zu weit war der Prozess der Desintegration voran geschritten. Im Oktober 1918 traten die Reichsratstagsabgeordneten der deutschsprachigen Gebiete als Provisorische Nationalversammlung zusammen und proklamierten mit dem Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform die demokratische Republik Deutsch-Österreich und erklärten diese zum „Bestandteil der Deutschen Republik".[116] Mit diesem Gesetz bekamen erstmals auch Frauen das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Für die Wahl der konstituierenden Nationalversammlung vom Februar 1919 kam erstmal das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen nach dem Prinzip der Verhältniswahl zur Anwendung.[117]

Nachdem der Kampf um politische Partizipation abgeschlossen war, verlagerten sich die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf die Ebene des Verhältnisses von politischer und sozialer Demokratie und damit des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Damit war unmittelbar auch das Problem der Repräsentation angesprochen, was wiederum in direktem Zusammenhang mit der Bedeutung und Funktion der Parteien stand.[118] Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Christlichsoziale Partei bildeten bis 1920 eine Koalition und beschlossen als Ergebnis eines Kompromisses die Bundesverfassung, die am 1. Oktober 1920 in Kraft trat. Auf der Grundlage des BVG 1920 wurde 1923 eine neue Nationalrats-Wahlordnung beschlossen, die sodann bis 1970 gültig war.[119] Das Bundes-Verfassungsgesetz brachte einen eindeutigen Sieg eines „konsequenten Parlamentarismus" im Sinne eines parlamentarischen Systems,[120] wobei dieser vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Situation der Jahre 1919 und 1920 zu sehen ist - und zwar als Ergebnis einer nur vorläufigen innenpolitischen Gleichgewichtssituation.[121] Die zunehmende Isolierung der Sozialdemokraten brachte eine Verschiebung des Schwergewichts nach rechts

[116] Im Friedensvertrag von St. Germain 1919 wurde Österreich die Vereinigung mit Deutschland verboten und der Name „Österreich" gegeben.
[117] Diese Wahl fand nicht mehr in den deutschsprachigen Gebieten der Tschechoslowakei statt. Vgl. Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 385ff.
[118] Vgl. ebenda, 568ff.
[119] Vgl. ebenda, 417ff. Allerdings wurde das Wahlalter kontinuierlich erhöht.
[120] Nick/Pelinka, Parlamentarismus in Österreich, 36f.
[121] Vgl. Welan, Manfried, Die österreichische Bundesverfassung als Spiegelbild der österreichischen Demokratie, in: Pelinka, Anton/Welan, Manfried, Demokratie und Verfassung in Österreich, Wien, Frankfurt, Zürich 1971, 37ff.

(Bürgerblock-Regierungen). Die folgenden Jahre waren durch die Vertiefung des Konfliks zwischen den Parteien (Lagern!) charakterisiert.[122]

Diese Entwicklung begünstigte ein Demokratieverständnis, das die Ausschaltung des gegnerischen Lagers in den Mittelpunkt stellte. Es fehlte an einem lagerübergreifenden Demokratieverständnis, „jeder Bezug auf das Mehrparteiensystem und jede Festlegung auf die Wahrung der Rechte anderer Parteien, jede Verbindung von Demokratie und Parteienpluralismus."[123] Aufgrund der starken politischen Gegensätze und dem Fehlen eines gemeinsamen Demokratieverständnisses konnte auch kein Grundkonsens über die Bedeutung des Parlamentarismus erreicht werden. Die tragenden politischen Kräfte sahen im Parlamentarismus nicht die endgültige, von ihnen erstrebte Staatsform.

Die Christlichsoziale Partei war an (parteifreien) ständischen Konzeptionen orientiert. Besonders pointiert wurde die Kritik am Parlamentarismus von Ignaz Seipel vorgetragen, der das Konzept der „wahren Demokratie" vertrat, die er der Parteienherrschaft gegenüberstellte. Seipel wollte an die Stelle der „Demokratie des Dreinredens möglichst vieler, die Demokratie des Schaltenlassens weniger, aber unter voller Verantwortung vor dem Ganzen" setzen.[124] Die antidemokratische Einstellung fand auch im „Korneuburger Eid" der Heimwehren ihren deutlichen Ausdruck: „Wir wollen nach der Macht im Staat greifen ….Wir verwerfen den westlich-demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat."[125] Die Demokratie-diskussion auf sozialdemokratischer Seite bewegte sich im Spannungsfeld von politischer und sozialer Demokratie. Die Notwendigkeit, den Parlamentarismus, die rein politische Demokratie durch Einrichtungen gesellschaftlicher Demokratie zu ergänzen, sah Otto Bauer deshalb, da er die Übereinstimmung zwischen den Regierenden und den Regierten durch die parlamentarische Demokratie und das Mittel der Wahl nicht ausreichend gesichert sah.[126]

Die Sozialdemokratie hatte eine positivere Einstellung zum Parlamentarismus, was auch im Linzer Programm 1926 seinen Ausdruck fand. Das sozialdemokratische Konzept sah vor, dass man mit dem Erreichen einer parlamentarischen Mehrheit die Voraussetzungen für den

---

[122] Wie Hanisch ausführt, war die Politische Kultur durch eine außerordentlich hohe Partizipation der Bevölkerung geprägt, die sich in Aufmärschen, Versammlungen und politischer Gewalt manifestierte. Hanisch, Ernst, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (= Österreichische Geschichte 1890-1990, hgg. von Herwig Wolfram), Wien 1994, 444.

[123] Pelinka, Anton, Von der Konkurrenz zur Konvergenz, in: Rettinger, Leopold u.a. (Hg.), Zeitgeschichte. Bericht über die gesamtösterreichischen Seminare: Zeitgeschichte I (1918-1938) 1978 in Mattersburg, Zeitgeschichte II (1938-1955) 1979 in Klagenfurt, Zeitgeschichte III (1955-1980) 1980 in Innsbruck, Wien 1982, 85ff.

[124] Zitiert nach: Gerlich/Ucakar, Staatsbürger und Volksvertretung, 31.

[125] Nick/Pelinka, Parlamentarismus in Österreich, 64.

[126] „Die Arbeiterklasse hat es überall erfahren (…) dass die Macht der Bourgeoisie (…) es ihr ermöglicht, dass die aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehende Regierung zur Klassenregierung der Bourgeoisie, zur Regierung einer Minderheit des Volkes wird." Zitiert nach: Gerlich/Ucakar, Staatsbürger und Volksvertretung, 33.

Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verwirklichen könne. Die im Linzer Programm formulierte „Diktatur des Proletariats“ ist kein angestrebtes Ziel, sondern als eine „Defensiv-Maßnahme“ gegen antidemokratische Maßnahmen der „Bourgeoisie“ vorgesehen.[127] Ende der 20er Jahre erhöhte sich das autoritär-antidemokratische Potential - wie auch die europäische politische Landschaft der 30er Jahre zunehmend von autoritären Trends geprägt war. Mit der Verfassungsreform von 1929 wurde auf Druck der faschistischen Heimwehr die Position des Bundespräsidenten gegenüber dem Parlament gestärkt. Der parlamentarische Charakter der Verfassung blieb zwar in Form der politischen Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Nationalrat erhalten, er wurde jedoch durch die Kompetenzerweiterung des nunmehr vom Volk direkt gewählten Bundespräsidenten relativiert. Die treibenden Kräfte der Verfassungsreform im katholischen Lager, insbesondere die Heimwehren strebten jedoch nach radikalen politischen Änderungen, und ließen keinen Zweifel daran, dass sie nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch den Parlamentarismus zu zerschlagen beabsichtigten.[128]

Der Parlamentarismus in Österreich ging nicht zugrunde, weil er zu stark war; er ging zugrunde, weil er den außerparlamentarisch Mächtigen zuwenig Instrumente zur Durchsetzung ihres Willens bot, weil er immer noch zu viele Garantien für die Schwächeren aufwies.“[129]

Die folgende Entwicklung war eine Konsequenz dieser paradoxen Situation: Am 4. März 1933 wurde eine Krise der Geschäftsordnung dazumissbraucht, um in weiterer Folge den Nationalrat an seinem weiteren Zusammentreten zu hindern. Dollfuß regierte sodann aufgrund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 durch Verordnungen – ohne Parlament. Die Demokratie in Österreich wurde bis zur Maiverfassung 1934 allmählich außer Kraft gesetzt: 1933 wurden die KPÖ und die NSDAP verboten. Nach dem Bürgerkrieg 1934 wurden auch die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften ausgeschaltet. Die Christlichsoziale Partei ging schließlich in der Einheitspartei der Vaterländischen Front auf.

1934 endete staatsrechtlich die Republik Österreich, an ihre Stelle trat der Bundesstaat Österreich. Die Ablegung des Namens verkündete den Bruch mit der 1918 festgelegten parlamentarischen Demokratie. Von hoher symbolischer Bedeutung war auch das Datum, der 1. Mai 1934, an dem die neue Verfassung erlassen wurde. „Der Arbeiterschaft wurde ihr Feiertag gestohlen, der 1. Mai neu, nämlich antiklassenkämpferisch und sozialharmonisch

[127] Rathkolb, Oliver, Transformation der SPÖ, 1966-1970, in: Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 199.
[128] Vgl. Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 450.
[129] Nick/Pelinka Parlamentarismus in Österreich, 40.

berufsständisch definiert.“[130] Im System der „wahren Demokratie“ zwischen 1934 und 1938 war jede Opposition zur Regierung verboten, der offene Wettbewerb politischer Ideen unterdrückt und jede Möglichkeit des direkten Ausdrucks eines Volkswillens verhindert sowie die Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt.

Das austrofaschistische Regime konnte das Vordringen des Nationalsozialismus nicht mehr verhindern. Die Sozialdemokratie war verboten und konnte nicht mehr als möglicher Bündnispartner gegen den Druck des Nationalsozialismus gewonnen werden. Und auch das faschistische Italien ging infolge einer Umorientierung Mussolinis als Stütze verloren. Zudem führte die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einer Verschärfung der sozialen Konflikte und trug mit der steigenden Arbeitslosigkeit dazu bei, die NSDAP für die Wähler attraktiv zu machen, sodass viele Österreicher den Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland begrüßten.

Der durch die Besetzung Österreichs erzwungene „Anschluß“ führte zu Übernahme des politischen Systems des Nationalsozialismus. An die Stelle des „Quasiparlamentarismus“ trat der offene „Nichtparlamentarismus“. Die „Eingliederung“ Österreichs in das nunmehr „Großdeutsche Reich“ bedeutete die Übernahme der offenen Diktatur.[131] Österreich wurde 1945 vom Nationalsozialismus befreit, blieb jedoch von Truppen der Sowjets, der USA, Großbritannien und Frankreich bis 1955 besetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt war Österreichs Souveränität eingeschränkt. Die Alliierten legten die Aufteilung des Staatsgebietes in vier Besatzungszonen fest.

[130] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 310. Vgl. auch: Tálos Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.), Austrofaschismus“: Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934 – 38, Wien 1984.
[131] Nick/Pelinka, Parlamentarismus in Österreich, 45.

4. Das österreichische politische System 1945 – 1966

Erst brauchte es die Erfahrung, was das Fehlen von Demokratie bedeutet. Diese Erkenntnis leitete einen demokratischen Lernprozess ein; nach 1945 stand die Wiedererrichtung eines demokratischen politischen Systems außer Frage.

4.1. Die Bedeutung der Moskauer Deklaration

Schon während des Krieges einigten sich die Alliierten über die Nachkriegsentwicklung Österreichs. In der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 beschlossen die Außenminister Großbritanniens, der USA und der UdSSR die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich. Österreich wurde als erstes Opfer der Angriffspolitik Hitlers bezeichnet, gleichzeitig aber wegen der Mitverantwortung am Zweiten Weltkrieg zum Widerstand gegen das NS-Regime aufgerufen.[132] Nach 1945 sollte dieser eigene Beitrag zur Befreiung bewertet werden.[133] Da die österreichischen Nachkriegsregierungen vermeinten, auf diese Weise schneller die volle Souveränität zu erlangen, aber auch um berechtigte Wiedergutmachungsansprüche der NS-Opfer abzuweisen, wurde stets der Opfercharakter Österreichs betont.[134] Sowohl Opferthese als auch Tabuisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit spielten im politischen Alltag der Zweiten Republik eine wichtige Rolle. Die politschen Eliten der beiden Lager fanden im Tabu den Kompromiss, der es ihnen ermöglichte, den Herausforderungen der Nachkriegsjahre zu begegnen. Beiden Parteieliten waren die Verfehlungen der anderen Seite bekannt und in ihrer Tragweite auch bewusst. Wären Renner, Kunschak und auch andere zum damaligen Zeitpunkt mit ihrem Fehlverhalten konfrontiert worden, so wäre die politische Führung Österreichs wahrscheinlich für einen längeren Zeitraum handlungsunfähig geworden[135] und hätten das physische Überleben der Bevölkerung und das politische Überleben des Landes in Frage gestellt.[136] „Die Tabuisierung

[132] Vgl. Keyserlingk, Robert H., 1. November 1943: Die Moskauer Deklaration – Die Alliierten, Österreich und der Zweite Weltkrieg, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert, Bd. 2, Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Wien, Köln, Weimar 1997, 9-39.
[133] Hier sei anzumerken, dass der Widerstand nach 1945 durch die Opferdoktrin, den Wiederaufbau und die Amnestie ehemaliger NSDAP-Mitglieder eine geringe Wertschätzung erfuhr.
[134] Breuss, Susanne/Liebhart, Karin/Pribersky, Andreas (Hg.), Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich, 2.Aufl., Wien 1995, 239.
[135] Vgl. Pelinka, Anton, Von der Funktionalität von Tabus. Zu den „Lebenslügen“ der Zweiten Republik, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 23-33.
[136] Rauchensteiner, Manfried, Geregelte Verhältnisse? Innenpolitische Manövrierräume und ihre Spielregeln, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 273.

bestimmter Themen, und damit die für Österreich spezifische Verdrängung der jüngsten Geschichte, war aber eine der Grundlagen für die Stabilität der Jahrzehnte andauernden Koalition."[137]

4.2. Die Reetablierung des demokratischen Systems

4.2.1. Die Parteien als Staatsgründer

„Die Zweite Republik war die Gründung der politischen Kräfte, die den Untergang der Ersten Republik entweder herbeigeführt haben oder aber nicht verhindert hatten."[138] Als Staatsgründer traten die politischen Parteien auf, deren Absichtserklärung nun eindeutig gegen Faschismus und Diktatur gerichtet war. Angestrebt wurde die Einrichtung eines demokratischen Staates. Erste Impulse zur Neubildung der politischen Parteien gingen aus der Widerstandsgruppe O5, der Vertreter aller demokratischen Strömungen angehörten, aus.
Vertreter der einstigen Sozialdemokratischen Partei und der in der Illegalität entstandenen „Revolutionären Sozialisten" gründeten am 14. April 1945 die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ).[139] „Nicht mehr Abstinenz von der Regierung", (…) sondern „Integration der Arbeiterschaft in das neue Gemeinwesen und die Mitarbeit der Sozialisten am Aufbau der Zweiten Republik" waren die Bestrebungen Schärfs, dem Parteivorsitzenden.[140]
Die Partei löste sich von ihrem Charakter als proletarische Klassenpartei, öffnete sich ideologisch zu einer „Partei aller Arbeitnehmer" und grenzte sich eindeutig von der KPÖ in Ideologie und politischer Praxis ab. Wie Reinhard Sieder konstatierte, vollzogen die Sozialdemokraten nach 1945 eine „Entideologisierung durch die Distanzierung von der Rhetorik des „Austromarxismus", was wiederum das Feindbild von „den Roten" allmählich verschwinden ließ."[141]
Franz Horner stellte zum Verhältnis der SPÖ-Eliten zum Austromarxismus fest: „In der Tat war es so, daß nach 1945 die politisch führenden Persönlichkeiten der SPÖ dem „Austro-marxismus" zur Legitimation der eigenen Politik zwar ihren Tribut zollten, im politischen

[137] Enderle-Burcel, Gertrude, Die österreichischen Parteien 1945-1955, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 85.
[138] Pelinka, Anton, Zur Gründung der Zweiten Republik, in: Wien 1945 davor/danach, 21. Zitiert nach: Kos, Wolfgang, Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945, 2.Aufl., Wien 1995, 60.
[139] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 457.
[140] Weinzierl**,** Erika/Skalnik, Kurt, Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik, Graz 1975, 45f.
[141] Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Zweiten Republik. Eine Einführung, in: Sieder, Reinhard/Steinert,Heinz/Tálos,Emmerich, Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 24. Der Durchbruch von einer proletarischen Klassenpartei zu einer staatstragenden Partei fand im neuen Parteiprogramm von 1958, welches das theoretisch immer noch gültige Linzer Programm ablöste, seinen Ausdruck. Vgl**.** Rathkolb, Transformation der SPÖ 1966-1970, 199f.

Alltag jedoch eine Politik betrieben, die mit dem austromarxistischen Gedankengut nicht mehr viel gemeinsam hatte. Vor allem das organisierte und institutionalisierte Zusammenwirken von Kapital und Arbeit in der Sozialpartnerschaft stellte eine politisch-ideologische Kehrtwendung gegenüber der durch politische Richtungsgewerkschaften unterstützten Klassenkampfpolitik der Sozialisten in der Ersten Republik dar.“[142]

Funktionäre aus dem ehemaligen christlichsozialen Lager gründeten am 17. April 1945 die „Österreichische Volkspartei“, (ÖVP)[143] welche sich „vor allem in den geistig-politischen Denkmustern von der christlich-sozialen Partei der Zwischenkriegszeit unterschied“[144] - ausgedrückt auch durch die neue Namensgebung - und damit wie Sieder betont, „das alte Feindbild von den personell und ideologisch in den „Kleriko-Faschismus“ (1934-1938) verstrickten Christlich-Sozialen verblaßte.“[145] Das Nahverhältnis zur katholischen Kirche wurde gelockert. Man verstand sich nun als eine neue „Partei der Mitte“, ein Sammelbecken aller bürgerlichen und antimarxistischen Gruppen, d. h. eine verschiedene Klassen und Schichten integrierende „Volks“-Partei. Die Partei schlug einen betont österreichischen Kurs ein und bekannte sich nun zur Demokratie, Toleranz und Zusammenarbeit mit den anderen Parteien. „Im konservativ-bürgerlichen Lager gab es nach dem Scheitern des Austrofaschismus keine ernstzunehmenden Gegenkräfte gegen die Entwicklung der parteienstaatlichen Demokratie.“[146] Mit dem Wirtschaftsbund, dem Bauernbund und dem ÖAAB blieb die Partei bündisch gegliedert.[147]

Die Kommunistische Partei (KPÖ), aus deren Reihen bedeutende Widerstandsgruppen hervorgegangen waren, behielt ihren Namen aus der Ersten Republik bei und beteiligte sich auf der Basis eines in der Illegalität erstellten Programms an der Wiedererrichtung der demokratischen Republik.[148] Durch ihr Nahverhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht verlor die Partei jedoch zusehends das Vertrauen der Bevölkerung. Übergriffe der sowjetischen Besatzungsmacht sowie ein im Verlauf des Kalten Krieges stark zunehmender Antikommunismus führten zur „bruchlosen Übertragung antisowjetischer Ressentiments auf die KPÖ“[149] und wie Sickinger betont, wurde der Antikommunismus zu einer „zentralen

[142] Horner, Franz, Politisches Denken in Österreich nach 1945, in: ÖZP 1 (1995), 71.
[143] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht 457f.
[144] Horner, Franz, Politisches Denken in Österreich nach 1945, 70.
[145] Sieder/Steinert/Tálos, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, 34.
[146] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 578.
[147] Enderle-Burcel, Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955, 82.
[148] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 458.
[149] Ehmer u.a., Kampf, in: Historische Kommission (Hg.), Partei, 1987, 341f. Zitiert nach: Enderle-Burcel, Die österreichischen Parteien 1945-1955, 85.

Integrationsideologie der Zweiten Republik".[150] Als Kleinpartei blieb die KPÖ politisch eher bedeutungslos. Nach dem Austritt aus der Regierung 1947 spielte die KPÖ bei zahlreichen Streiks und Demonstrationen eine gewichtige Rolle.[151]

4.2.2. Der Aufbau demokratischer Strukturen unter der Regierung Renner

Die neu konstituierten Parteien ÖVP (Leopold Figl), SPÖ (Adolf Schärf) und KPÖ (Johann Koplenig) einigten sich auf die Bildung einer Allparteienregierung unter der Führung von Dr. Karl Renner und die Proklamation der Unabhängigkeit Österreichs, durch welche die Rechtskontinuität mit der Ersten Republik hergestellt wurde.[152] In Art.1 der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 (StGBl. 1/1945) heißt es, dass die demokratische Republik Österreich wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten sei,[153] was wieder einer parlamentarischen Demokratie entsprach.

Mit dem Verfassungsüberleitungsgesetz vom 1.5.1945 (StGBl. 4/1945) schloss man an das BVG 1920/29 an. Alle Verfassungsbestimmungen mit dem Stand 5.3.1933, jenem Tag, an dem die Demokratie ihr Ende fand, wurden in Wirksamkeit gesetzt. Sämtliche Verfassungsgesetze und Verordnungen ab diesem Datum waren aufgehoben. Bis zum vollen Inkrafttreten der Verfassung, - d.h. bis zur Etablierung eines Parlaments – wurden der Regierung in einer „Vorläufigen Verfassung" (StGBl. 5/1945) die Aufgaben der obersten Vollziehung und der Gesetzgebung als auch die Kompetenzen der Landtage übertragen.[154] Grund für die rasche Wiedereinführung der Verfassung 1920/29 war neben der Herstellung einer Rechtskontinuität, auch das pragmatische Bestreben von SPÖ und ÖVP einer Verfassungskontroverse, welche die angestrebte Konsenspolitik gefährdet hätte, auszuweichen. Die KPÖ trat für die Ausklammerung der Novelle von 1929 ein, mit der Begründung, dass diese unter antidemokratischem Einfluss zustande gekommen sei und den

[150] Sickinger, Hubert, Politischer Wandel in der Zweiten Republik: Parteien, Machtverteilung/politische Strukturen, Kommunikation, in: Gehler, Michael/Sickinger, Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich, Thaur, Wien, München 1995, 301.

[151] Bedeutung erlangte der „Oktober-Streik" 1950, eine kommunistische Streikbewegung, die sich gegen die negativen Auswirkungen des vierten Lohn- und Preisabkommens richtete. Der These Rauchensteiner (vgl. Rauchensteiner, Manfried, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945-1955, Graz 1979) folgend handelte es sich bei diesen Vorfällen keineswegs – wie oft angenommen – um einen von den Sowjets beabsichtigten „Putschversuch". Vgl. Rathkolb, Oliver, Hans J. Morgenthau und das Österreich-Problem in der letzten Phase der Truman-Administration 1951/52, in: Geschichte zwischen Freiheit und Ordnung. Gerald Stourzh zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Emil Brix u.a., Graz 1990, 287.

[152] Da Stabilität Priorität eingeräumt wurde, war von Seiten der Alliierten politischer Wettbewerb zunächst nur im Rahmen der drei Parteien (ÖVP-SPÖ-KPÖ) erlaubt. Rathkolb, Oliver, Die paradoxe Republik, Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005, 76.

[153] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 458.

[154] ebenda, 459.

Weg in den Austrofaschismus ebnete.[155] Zunächst war die Legitimität der Provisorischen Staatsregierung Renner umstritten. Ihr Einflussbereich war auf Ostösterreich - der sowjetisch besetzten Zone - beschränkt. Vertreter der Bundesländer als auch die Westalliierten sahen der Regierung mit großem Misstrauen entgegen, war sie doch ohne ihr Einverständnis etabliert worden. Sie wurde „als „Russen-Regierung“ und „Trojanisches Pferd“ im Dienste des Weltkommunismus“ angesehen.[156] Von entscheidender Bedeutung war zunächst die Anerkennung der Regierung Renner durch Gesamtösterreich, nachdem sich in den Bundesländern die einzelnen Landesregierungen wieder konstituiert hatten. Die Sorge, Westösterreich von Ostösterreich zu trennen war groß, falls es zu keiner Regierungsbeteiligung der westlichen Bundesländer kommen sollte.

Nach Einberufung der drei Länderkonferenzen im Herbst 1945 kam man schließlich mit den Bundesländern zu einer Übereinstimmung, nachdem auch Vertreter ihrerseits in die Regierung Renner aufgenommen wurden. Die Länderkonferenzen endeten mit einem Bekenntnis zur gesamtstaatlichen Einheit. Am 20. Oktober 1945 anerkannte der Alliierte Rat die Autorität der Regierung Renner für ganz Österreich, mit der Zusicherung der baldigen Abhaltung freier Wahlen.[157]

Aufgrund des Ersten Kontrollabkommens vom Juli 1945 übte der Alliierte Rat die oberste Gewalt aus,[158] und die Zeit bis zum Zweiten Kontrollabkommen im Juni 1946 war durch eine „totale Kontrolle“ der vier Besatzungsmächte gekennzeichnet.[159] Diese griffen nachhaltig in das politische und wirtschaftliche Geschehen ein. Österreich sollte von der Ideologie des Nationalsozialismus befreit und ein demokratisch verfasster Staat etabliert werden.

4.2.3. Die Nationalratswahl 1945

Für die Nationalratswahl vom 25. November 1945 – die erste freie Wahl seit 15 Jahren – musste zunächst eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, wozu ein eigenes Verfassungsgesetz beschlossen wurde, das im Wesentlichen an die Wahlordnung von 1923

[155] Pelinka, Anton, Aspekte der Nachkriegspolitik, in: Rettinger Leopold u.a. Hg., Zeitgeschichte. Bericht über die gesamtösterreichischen Seminare: Zeitgeschichte I (1918-1938) 1978 in Mattersburg, Zeitgeschichte II (1938-1955) 1979 in Klagenfurt, Zeitgeschichte III (1955-1980) 1980 in Innsbruck, Wien 1982, 246f.
[156] Rathkolb, Oliver, Wie homogen war Österreich 1945? Innenpolitische Optionen, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 162.
[157] Rauchensteiner, Manfried, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966, Wien 1987, 59.
[158] Vgl. Eisterer, Klaus, Österreich unter alliierter Besatzung 1945-1955, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Bd.2. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Wien, Köln, Weimar 1997, 159.
[159] Stourzh, Gerald, Die Regierung Renner, die Anfänge der Regierung Figl und die Alliierten Kommission für Österreich, September 1945-April 1946, in: Archiv für österreichische Geschichte (1966), 321-340, 333f. Zitiert nach: Enderle-Burcel, Die österreichischen Parteien 1945-1955, 91.

anschloss, aber den besonderen Verhältnissen Rechnung trug. Diese waren der Ausschluss der ehemaligen Mitglieder der NSDAP und deren Wehrverbände, ca. 500.000 Personen,[160] was demokratiepolitisch zwar bedenklich, doch staatspolitisch und als Zeichen der Distanz vom Nationalsozialismus notwendig erschien.[161]

Bei dieser Wahl, die über die politische Weichenstellung der Zweiten Republik entschied, stellten angesichts der Kriegsfolgen und des Ausschlusses ehemaliger Nationalsozialisten vom Wahlrecht, die Frauen mit 63 % die zugelassene Wählermehrheit.[162]

Die Wahl wurde zu einem Erfolg der ÖVP, die mit 49,8 Prozent der Stimmen und 85 Mandaten die absolute Mehrheit erlangte. Die SPÖ wurde mit 44,6 Prozent und 76 Mandaten zur zweiten entscheidenden Kraft im Land. Die KPÖ erhielt mit 5,4 Prozent nur 4 (!) Mandate und erlitt damit eine schwere Niederlage.[163] Mit dieser Wahl hatten sich die Wähler eindeutig zur parlamentarischen Demokratie bekannt und damit den Weg in eine demokratische Zukunft westlicher Orientierung eingeschlagen.

Was die hohe Wahlbeteiligung von 94,3 % betrifft, so ist relativierend festzuhalten, dass diese nicht nur auf Demokratiebewusstsein, sondern auch auf obrigkeitsstaatlichen Traditionen beruhte, wonach die „Wahlpflicht“ als „Bürgerpflicht“ anzusehen ist.[164] Von britischer Seite vermisste man bei einem Großteil der österreichischen Bevölkerung ein Gefühl der persönlichen Verantwortung für den Ausgang der Wahl. Hunger und Krankheit sowie materielle Not waren zu groß, um sich über politische Probleme Gedanken zu machen.[165]

Am 19. Dezember 1945 konstituierte sich der neugewählte Nationalrat und setzte die Verfassung von 1920/29 in Kraft.[166] Der Alliierte Rat anerkannte die erste frei gewählte Regierung und wie schon die Beschlüsse der Provisorischen Staatsregierung bedurften nun auch die Beschlüsse des Nationalrats der Zustimmung des Alliierten Rates.[167] Karl Renner wurde am 20. Dezember von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt. Auf Grund der schwierigen Verhältnisse fand entgegen der Verfassungsbestimmung von 1929 keine direkte Wahl statt.[168] Bezeichnend ist, dass in einem Zeitraum von nur acht Monaten alle demokratischen Strukturen wieder hergestellt waren.

---

[160] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 460.
[161] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 404.
[162] ebenda, 404.
[163] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 461.
[164] Haerpfer, Christian, Nationalratswahlen und Wahlverhalten seit 1945, in: Gerlich, Peter/Müller, Wolfgang C. (Hg.), Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945, Wien 1983, 117f.
[165] Rauchensteiner, Die Zwei, 63.
[166] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 462.
[167] ebenda, 462.
[168] Bis 1970 stellte stets die ÖVP den Bundeskanzler, während ein aus der SPÖ nominierter Bundespräsident amtierte, was durchaus dem „Gleichgewichtsbedürfnis“ der Bevölkerung entsprach. Mommsen-Reindl, Margareta, Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien, Köln, Graz 1976, 88.

4.3. Allparteienregierung und Große Koalition 1945 – 1955

4.3.1. Das „National Government“ (Krisenregierung)

Obwohl die ÖVP die absolute Mehrheit erreicht hatte, wurde vorerst unter Leopold Figl erneut eine Konzentrationsregierung gebildet, da dies vor allem auf den schwierigen Wiederaufbau und im Umgang mit den Besatzungsmächten vernünftiger erschien und somit nach Rathkolb, die Konkordanzdemokratie sowohl „ein Ergebnis innerösterreichischer als auch geostrategischer Zwänge“ war.[169]

Man war sich bewusst, dass nur durch ein geschlossenes Auftreten (innenpolitischer Konsens) gegenüber den Besatzungsmächten die staatliche Unabhängigkeit wieder erlangt werden könne. Die anstehenden Probleme konnten nur durch eine enge Zusammenarbeit bewältigt werden, daher verstand man sich zunächst als eine „Notgemeinschaft“.[170] Doch nicht nur die Notsituation, sondern auch ein nach wie vor vorhandenes Misstrauen zwischen den politischen „Lagern“ mag bei der Bildung einer Koalitionsregierung und der folgenden Großen Koalition bis 1966 bedeutsam gewesen sein. Man praktizierte für zwei Jahrzehnte das Modell einer „Konkordanzdemokratie“, auch um den Preis einer Zurückdrängung offener, akzentuierter parlamentarischer Diskussion.[171] Bis 1947 war ein kommunistischer Minister an der Regierung beteiligt, wobei dies allgemein als reines Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht gesehen wurde. Doch hatten sich ÖVP und SPÖ schon nach den Wahlen geheim auf ein ausschließlich sie betreffendes Koalitionsabkommen geeinigt, das die Kommunisten ausgrenzte, und die Strukturen der Zusammenarbeit festlegte,[172] war doch die Kooperation mit der KPÖ häufig durch Konfrontationen gestört, die sich mit Beginn des Kalten Krieges verstärkten.

Nach dem Ausscheiden der KPÖ aus der Regierung 1947 begann die fast 20-jährige Periode der Großen Koalition von ÖVP und SPÖ, die sich zunächst die Erreichung des Staatsvertrages und ein Ende der Besatzung als wichtigste gemeinsame Ziele gesetzt hatte.[173]

---

[169] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 77.
[170] Rauchensteiner, Manfried, „Die Zwei“: Die große Koalition 1945-1966 mit einem Ausblick, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Bd. 2, Wien, Köln, Weimar 1997, 262f.
[171] Fischer, Heinz, Zur Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich, in: Funk, Bernd-Christian (Hrsg.), Adamovich Ludwig, Staatsrecht und Staatswissenschaften in Zeiten des Wandels. Festschrift für Ludwig Adamovich zum 60. Geburtstag, Wien 1992, 65.
[172] Rauchensteiner, „Die Zwei“. Die Große Koalition 1945-1966 mit einem Ausblick, 264.
[173] ebenda, 269.

4.3.2. Die Formierung des nationalen Lagers

Mit der Amnestie für minderbelastete ehemalige Nationalsozialisten war die Entnazifizierung de facto abgeschlossen und „das lange Schweigen“,[174] das bis zur Ära Waldheim anhielt, begann. Befragungen der österreichischen Bevölkerung in den Nachkriegsjahren zeigen, dass „zunächst der antikommunistische Konsens als Kitt die österreichische Gesellschaft zusammen(hielt)“,[175] während die ehemaligen Nationalsozialisten vielfach als Opfer der Entnazifizierung beklagt wurden. Der Kommunismus wurde ungleich stärker abgelehnt als der Nationalsozialismus.[176]

Nachdem 1948 Minderbelasteten das Wahlrecht wieder zugestanden wurde, gingen SPÖ und ÖVP rasch von einer „Entnazifizierungspolitik“ zu einer „Reintegrationspolitik“ über.[177] Wie Rauchensteiner festhält, war ein Beitritt zu einer der beiden Großparteien zugleich Ausdruck eines demokratischen Bekenntnisses und erleichterte den beruflichen (Wieder)-Einstieg.[178]

Dennoch konnte nicht verhindert werden, dass sich 1949 unter der Federführung der beiden Journalisten Herbert Kraus und Viktor reiman mit dem Verband der Unabhängigen (VdU, seit 1956 FPÖ) – eine vierte Partei bildete, die einen nicht geringfügigen Teil der ehemaligen Nationalsozialisten für sich gewinnen konnte, womit das deutschnationale Lager politisch wieder präsent war. Bis zu diesem Zeitpunkt untersagten die Alliierten alle Versuche, neue Parteien zu gründen.[179] Während die SPÖ die Bildung einer vierten Partei unterstützte, weil sie dadurch die ÖVP-Mehrheit zu brechen hoffte, versuchte die ÖVP deren Kandidatur zu verhindern, um sich eine gewisse Monopolstellung gegenüber den konservativen, liberalen und nationalen Wählern zu sichern.[180] Als bei der Nationalratswahl vom 9. Oktober 1949 die WdU (Wahlpartei der Unabhängigen) sogleich 16 Mandate (!) erreichte und die ÖVP dadurch die absolute Mandatsmehrheit verlor, aber auch die SPÖ geschwächt wurde, kam es erneut zu einem engeren Zusammenschluss von SPÖ und ÖVP und somit wieder zur Bildung der Großen Koalition.[181]

[174] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 421.
[175] Horner, Politisches Denken in Österreich nach 1945, 72.
[176] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 421.
[177] Rathkolb, Oliver, Die Kreisky-Ära 1970-1983, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Bd.2. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Wien, Köln, Weimar 1997, 307.
[178] Rauchensteiner, Geregelte Verhältnisse?, 276.
[179] Enderle-Burcel, Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955, 88f.
[180] Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 464.
[181] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 444.

4.3.3. Der Stellenwert des Parlaments

Mit der Bildung der Konzentrationsregierung bzw. Großen Koalition ging eine weitgehende Ausschaltung des Parlaments als demokratisches Kontroll- und Entscheidungsorgan einher. Dem Parlament kam eine äußerst geringe realpolitische Bedeutung zu. Es hatte kaum eine Chance, in die Politik gestaltend einzugreifen. Die Große Koalition war „eine durch besondere politische Bedingungen in Österreich erklärbare Abweichung von dem im parlamentarischen Regierungssystem üblichen Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition."[182] Während andere westliche Demokratien dazu neigten, eine „minimum-winning coalition",[183] d.h. eine mit nur knapper Mehrheit eingerichtete Regierung mit starker parlamentarischer Opposition einzurichten, war das österreichische Parlament bis 1966 durch ein außergewöhnliches Oppositionsdefizit charakterisiert. Der Konzentrationsregierung von 1945 bis 1947 stand zunächst keine, der Großen Koalition von 1947 bis 1966 eine relativ schwache parlamentarische Opposition gegenüber, deren Kontrollrechte wie das Fragerecht, wegen ihrer relativen Bedeutungslosigkeit entwertet waren.[184] Zudem wirkte sich der Mangel an programmatischen Alternativen negativ auf die Politikgestaltung aus.

Der Spielraum des Parlaments war vor allem dadurch stark eingeschränkt, dass sich die beiden Großparteien in ihren Arbeits- oder Koalitionsabkommen grundsätzlich auf „außerparlamentarische Vereinbarungen" festlegten.[185] Dadurch war die Gesetzgebungskompetenz des Parlaments stark eingeschränkt. Dem Parlament kam lediglich die Aufgabe zu, die von der Regierung auf vorparlamentarischer Ebene bereits beschlossenen Gesetze zu ratifizieren.[186] Folglich war das Parlament durch eine deutliche Reduktion parlamentarischer Konflikte gekennzeichnet.[187] Diskussionen im Parlament waren meist Scheindebatten über bereits beschlossene Vorhaben. „Die im österreichischen Parlamentarismus an sich angelegte hohe Berechenbarkeit des Entscheidungsprozesses hat in der präjudizierenden Kraft des vorparlamentarischen Raumes seine Ursache."[188]

Hier kam vor allem dem „Koalitionsausschuss", einer nichtöffentlichen, zentralen Entscheidungsinstanz, deren Gesetz das Einstimmigkeitsprinzip war, in der Austragung von Mei-

[182] Naßmacher, Karl-Heinz, Das österreichische Regierungssystem. Große Koalition oder alternierende Regierung, Köln, Opladen 1968, 13. Zitiert nach: Neisser, Heinrich, Demokratiereform in Österreich: Potentiale und Instrumente, in Pelinka/Plasser/Meixner, (Hg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen, Szenarien, Wien 2000, 426.
[183] Pelinka/Rosenberger, Österreichische Politik, 61.
[184] Nick/Pelinka, Parlamentarismus in Österreich, 66.
[185] ebenda, 65.
[186] ebenda, 65.
[187] ebenda, 48.
[188] Pelinka, Anton, Reinventing Parliamentarism? Rollenverständnis und Vertretungsstile, in: Pelinka/Plasser/Meixner, Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 313.

nungsverschiedenheiten und in der Vorbereitung von Gesetzesentwürfen große Bedeutung zu.[189] Dieser war, wie Fischer ausführt, besonders zwischen 1953 und 1961 das „wichtigste Machtzentrum Österreichs“[190] in dem alle zentralen politischen Entscheidungen fielen.

4.3.3.1. Das Parlament unter alliierter Kontrolle (Überlagerte Gesetzgebung)

Das Parlament war zudem durch die Kontrolle der Besatzungsmächte in seiner Souveränität stark eingeschränkt. Nach dem Ersten Kontrollabkommen vom 4. Juli 1945 bedurften *alle* Gesetzesbeschlüsse der einstimmigen Zustimmung des Alliierten Rates.[191] Mit dem Zweiten Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 wurde Österreich ein größerer Handlungsspielraum zugestanden. Die Regierung war nun berechtigt, einfache Bundesgesetze zu verabschieden, welche automatisch in Kraft traten, sofern nicht innerhalb eines Monats ein einstimmiges Veto des Alliierten Rates vorlag; im Verlauf des Kalten Krieges gelangte man kaum mehr zu gemeinsamen Ansichten.[192] Doch blieb es blieb weiterhin üblich, Gesetzesvorlagen vor ihrer parlamentrischen Behandlung mit den Westalliierten zu überprüfen.

Die Beschränkung parlamentarischer Souveränität führte auch zu Spannungen zwischen den Abgeordneten und dem Alliierten Rat, konnten sich doch die Parlamentarier nur schwer damit abfinden, von einem militärischen Kontrollapparat bevormundet zu werden.[193] Die Annäherung der beiden Großparteien an die Westalliierten und die enge Bindung der KPÖ an die sowjetische Besatzungsmacht führten allmählich zu einer Lagerbildung, so dass das Parlament zum österreichischen Schauplatz des kalten Krieges und auf diese Weise zur öffentlichen Tribüne in der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Besatzungsmächten wurde.[194] Die antikommunistische Grundstimmung verstärkte sich mit der kommunistischen Machtübernahme in Ungarn 1947 und in der Tschechoslowakei 1948.[195]

Die Schwierigkeiten, die durch die alliierte Besatzung entstanden, trugen dazu bei, dass die Demokratieentwicklung in Österreich eigentümliche Formen annahm. Um sich der Kontrolle

---

[189] Pelinka, Von der Konkurrenz zur Konvergenz, 91. Vgl. auch: Mommsen-Reindl, Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg.
[190] Fischer, Zur Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich, 68.
[191] Nick/Pelinka, Parlamentarismus in Österreich, 65.
[192] Eisterer, Österreich unter alliierter Besatzung 1945-1955, 159.
[193] Luger, Johann, Parlament und alliiertes Kontrollrecht 1945-1955, in: ÖZP 3 (1975), 297.
[194] ebenda, 298.
[195] Die Angst vor einem kommunistischen Übergriff und der Bildung einer Volksdemokratie war keineswegs gebannt. Mit der Annahme des Marshall-Plans, der Europa polarisierte, rückte Österreich viel näher an Westeuropa heran und gab schließlich den entscheidenden Anstoß zu Österreichs wirtschaftlicher Westintegration. Vgl. Bischof, Günter, Spielball der Mächtigen? Österreichs außenpolitischer Spielraum im beginnenden Kalten Krieg, in: Kos Wolfgang/Rigele Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 138.

und Einmischung seitens der Alliierten zu entziehen, wurden oftmals undurchschaubare Handlungsabläufe vollzogen, die keinen Gesetzen unterlagen. Hanisch bezeichnet dies als „das große Paradoxon der ersten Nachkriegsjahre“, welches zur Folge hatte, die „Demokratie mit zum Teil undemokratischen Mitteln etablieren zu müssen“.[196] Vieles wurde auf nichttransparentem Weg entschieden und „lange waren die Grenzen zwischen legal und illegal unscharf“.[197]

Da die Koalition für die Großparteien außer Streit stand, fehlte der Opposition jegliche Gelegenheit, einen Machtwechsel zu erreichen. Wechselnde Parteikoalitionen waren nicht nur wegen der geringen Mandatsstärke von KPÖ und FPÖ keine Alternative zur Großen Koalition, sondern auch weil diese Kleinparteien als nicht koalitionsfähig galten.[198]

4.4. Perpetuierung der Großen Koalition

4.4.1. „Permanente Koalition“ 1955-1966

Auch nach Abschluss des Staatsvertrages und der Wiedergewinnung der vollen Souveränität legten sich sowohl ÖVP als auch SPÖ für eine Fortführung der Großen Koalition fest, sowohl aus innen- wie außenpolitischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen. Es waren vor allem die staatsvertraglichen Verpflichtungen, die eine weitere Zusammenarbeit als notwendig erscheinen ließen. Und auch die USA hatten großes Interesse an einem Fortbestand der Großen Koalition.[199] Allerdings hatte das Ende der Besatzung den Zusammenhalt der Großen Koalition geschwächt. War die Innenpolitik bis zum Abschluss des Staatsvertrages durch eine enge Kooperation der Großparteien getragen, so zeigte sich sehr bald, dass mit dem Wegfall des äußeren Drucks auch die Bereitschaft nachließ, um jeden Preis zusammenzuarbeiten. Immer stärkere Gegensätze zwischen ÖVP und SPÖ blockierten wichtige Entscheidungen. Damit nahmen auch die Konflikte zu, so dass die Koalition zunehmend instabiler wurde. Die Intensivierung des Konfliks war dann auch Grund für die vorzeitige Auflösung der Gesetzgebungsperioden, die sich in der Phase der „permanenten Koalition“ um durchschnittlich 270,5 Tage verkürzten.[200] Dennoch blieb die Große Koalition bis 1966 aufrecht, da die Besorgnis geäußert wurde, die Demokratie sei noch nicht stark genug, um dem freien Spiel

[196] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 405.
[197] ebenda, 407.
[198] Pelinka, Anton, Parlament, in: Pelinka Anton/Welan Manfried, Demokratie und Verfassung in Österreich, Wien, Frankfurt, Zürich 1971, 64.
[199] Vgl. Rauchensteiner, „Die Zwei“: Die große Koalition 1945-1966 mit einem Ausblick, 271.
[200] Pelinka, Anton, Parlamentarismus, in: Weinzierl, Erika/Scalnik, Kurt (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 2, Graz, Wien, Köln 1972, 15.

der offenen Konfliktaustragung standzuhalten.[201] Erst das Zunehmen von Reformkräften machte ein Umdenken möglich.

4.4.2. Der Stellenwert des Parlaments

Auch in der Ära der „permanenten Koalition“ kam dem Parlament wenig Spielraum im politischen Entscheidungsprozess zu. Wichtige Entscheidungen wurden wie bisher auf vorparlamentarischer Ebene, vor allem im Koalitionsausschuss und in der Sozialpartnerschaft getroffen.

Bald gestaltete es sich immer schwieriger, Probleme gemeinsam zu lösen, da es keine Übereinstimmung in Sachfragen mehr gab. Anstelle von Kompromisslösungen trat häufig das Junktim, so dass es mitunter zu recht merkwürdigen Tauschgeschäften kam.[202] In der Bevölkerung entstand vielfach der Eindruck, „es würde „gepackelt“, es würden faule Kompromisse eingegangen und eine an sich vernünftige Methode des Ausgleichs pervertiert.“[203]

In vielen Bereichen waren die Auffassungsunterschiede zu groß, was zu einem Stillstand in der Gesetzgebung führte.[204] Die Einrichtung eines „koalitionsfreien Raumes“ der die Möglichkeit der freien Abstimmung im Parlament schuf, wurde in der Praxis kaum genützt.[205]

Allmählich stellte sich auch Kooperationsmüdigkeit ein, die Schuld an den Missständen wurde dem jeweils anderen Regierungspartner zugeschoben, so dass der Weg des „Fortwurschteln durch Aufschieben“ zur Arbeitsmethode wurde.[206] Die Konzentration auf die beiden Großparteien hatte wie bisher eine extreme Reduzierung parlamentarischer Kontrolle zur Folge. Die wechselseitige Kontrolle der Ressorts fand in Form der „Bereichsopposition“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.[207] *„Die Koalition nahm dem Parlament weitgehend die kontroversielle, spezifisch parlamentarische Atmosphäre, das Parlament drohte in der Koalitionsära die Funktion zu verlieren, dem Prozeß demokratischen Regierens Öffentlichkeitscharakter zu verleihen. In der Koalitionsära fehlte auch im Parlament eine realistische Alternative, die, bereit zur Regierungsübernahme, der Regierung wirksam kontrollierend gegenübergetreten wäre.“* [208]

---

[201] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 449.
[202] Mommsen-Reindl, Margareta, Die Österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien, Köln,Graz, 1976, 63.
[203] Kreisky, Bruno, Gedanken zu den Wahlen, in: Die Zukunft (1959), Heft 3, 65-67. Zitiert nach: Rauchensteiner, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966, Wien 1987, 407f.
[204] Mommsen-Reindl, Die Proporzdemokratie, 88.
[205] Pelinka, Parlamentarismus, 13.
[206] Vgl. Mommsen-Reindl, Die österreichische Proporzdemokratie 91.
[207] Vgl. ebenda, 62.
[208] Pelinka, Parlament, 66f.

Kritik kam vor allem aus der FPÖ, der seit dem Ausscheiden der KPÖ einzigen Oppositionspartei. Die FPÖ war zu schwach, um ein wirksames Gegengewicht zur Regierung zu bilden und die parlamentarischen Kontrollrechte effektiv nutzen zu können. Die Aufwertung des Parlaments war für ihr politisches Überleben notwendig, da ÖVP und SPÖ ihre Machtstrukturen schon sehr weit ausgedehnt hatten.

Der Forderung der FPÖ nach Ausweitung der parlamentarischen Kontrollrechte wurde in nachstehenden Reformschritten teilweise Rechnung getragen:

So kam es 1958 zur Einführung des amtlichen Stimmzettels bei der Nationalratswahl, um einen eventuellen Wahlschwindel zu vermeiden; 1961 wurde die parlamentarische Fragestunde eingeführt, zugleich konnte die Forderung, die Regierungsmitglieder verpflichtete, schriftliche Anforderungen der Abgeordneten innerhalb von zwei Monaten zu beantworten, durchgesetzt werden.[209]

Erst seit 1966, mit Beginn der Alleinregierung der ÖVP, wurde das Zustandekommen eines normalen Parlamentarismus – definiert als der offene Widerspruch zwischen Regierungsmehrheit und oppositioneller Minderheit - ermöglicht, wenngleich, wie Pelinka bemerkte, „hinter der Kulisse des normalen Parlamentarismus (...) sehr viel Koalition weiter(lebt)“.[210] Nach Campbell wurde vielfach ein „konkordanzdemokratischer Politikstil“ weiterverfolgt.[211]

4.5. Politische Kultur nach 1945

4.5.1. Die neue Kooperation und die Etablierung des Proporzes

Die Regierungsform der Großen Koalition ist auch wesentlicher Teil der politischen Kultur der Zweiten Republik. Nach 1945 galt es, die Konfrontationspolitik der Ersten Republik zu vermeiden, es überwog die Einstellung, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Dieser Wandel wird auch in der Politik in Form der konsensorientierten Zusammenarbeit der damaligen Parlamentsparteien zum Ausdruck gebracht. Die Repräsentanten der Parteien hatten aufgrund der harten Vergangenheitserfahrungen und vor dem Hintergrund gravierender sozioökonomischer Probleme und den Zwängen der alliierten Kontrolle[212] ein geändertes

[209] Piringer, Kurt, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag zur Geschichte der Dritten Kraft der österreichischen Politik, Wien 1982, 113f.
[210] Pelinka, Aspekte der Nachkriegspolitik, 251.
[211] Campbell, David F.J.**,** Zur Demokratiequalität von politischem Wechsel, Wettbewerb und politischem System in Österreich, in: Campbell, David F.J./Schaller, Christian (Hg.), Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Opladen 2002, 24.
[212] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 76.

Politik- und Demokratieverständnis bekommen, das alle demokratischen Gegensätze in den Hintergrund treten ließ. An die Stelle permanenter Konflikte und auch gewaltsamer Auseinandersetzungen trat ein prinzipiell auf Konsens, Stabilität und Konfliktvermeidung ausgerichtetes Verhalten. Im Gegensatz zur Ersten Republik, schlossen die beiden ideologischen Lager einen Kompromiss, der die prinzipielle Anerkennung der Rechtmäßigkeit und Legitimität des gegnerischen Standpunktes, die Zuweisung von politischen und sozialen Einflusssphären und einen Verzicht auf einseitige Interessendurchsetzung beinhaltete.[213]

Der wichtigste Neuanfang war die Erkenntnis: Demokratie, die auf einem Konsens von gemeinsamen Werten und Normen beruht, ist einer Diktatur überlegen, und ein politischer Gegner sollte nie zum politischen Feind werden. Eine der ersten konkreten Aktionen in diesem Sinn war nach der Novemberwahl 1945 das Angebot der ÖVP, mit der SPÖ gemeinsam eine Regierung zu bilden. Dies, obwohl die Volkspartei in diesen ersten Wahlen die absolute Mehrheit erreicht hatte. Die Sozialisten nahmen an.[214]

Um die von den beiden Großparteien angestrebte Konsenspolitik durchführen zu können, wurden zunächst ideologisch besetzte Fragen, die beispielsweise Kirche, Schule oder Ehe betrafen, zurückgestellt. Damit wurden bereits die Weichen zur Bildung von „Volksparteien“ gestellt (s. Kap. „Gesellschaftlicher Wandel“).

Die neue Zusammenarbeit drückte sich auch in der Machtaufteilung nach dem Prinzip des „Proporzes“ aus, d. h. die anteilsmäßige Beteiligung sozialer und politischer Gruppierungen (Parteien) an der politischen Willensbildung. Allgemein wurde damit aber die Praxis der Parteien verstanden, entsprechend ihrem Stärkeverhältnis Posten im öffentlichen Dienst und in der verstaatlichten Wirtschaft an Parteigänger zu vergeben.[215] Ausgestattet mit dem Zugriff auf Ressourcen und Posten gelang es beiden Großparteien, ihre Klientel dauerhaft und fest an sich zu binden.[216]

Bereits bei der Bildung der ersten Provisorischen Staatsregierung einigte man sich in der Frage der zukünftigen Machtaufteilung auf eine gegenseitige Kontrolle. Jedem Staatssekretär

---

[213] Für die ÖVP war dies die Anerkennung der Sozialisten als staatstragende Kraft, die Übernahme sozialstaatlicher Ziele und der Preisgabe von Machtpositionen; Für die Sozialisten war es die Distanzierung von sozialrevolutionären Ansprüchen und Akzeptanz der „sozialen Marktwirtschaft“, sowie Betonung wachstumspolitischer Zielsetzungen gegenüber verteilungspolitischen. Vgl. Plasser, Fritz/Ulram, Peter A., Unbehagen im Parteienstaat: Jugend und Politik in Österreich, Wien, Köln, Graz 1982, 24.

[214] Wimmer, Kurt, Es lag bloß in der Luft, in: Die Presse 7./8. Mai 2005, Spectrum, Zeichen der Zeit, III.

[215] DemokratiezentrumWien, Station Proporz. http://demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissensstationen/proporz.html Letzter Zugriff: 30.6.2006.

[216] Sieder/Steinert/Tálos, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. 24.

(Minister) einer Partei wurden Unterstaatssekretäre der jeweils anderen Parteien beigegeben, so dass hiermit eine nahezu lückenlose gegenseitige Kontrolle gegeben war.[217]
Die wechselseitige Garantie der Machtbeteiligung, welche zunächst zur Überwindung von gegenseitigem Misstrauen und Feindbildern und damit zur Stabilität beitragen sollte, entwickelte sich zu einem System, das die Machterhaltung bzw. -erweiterung von SPÖ und ÖVP sichern sollte. Der Proporz ging weit über den politischen Bereich hinaus und betraf beispielsweise auch das Schulwesen, den Verfassungsgerichtshof, die verstaatlichte Industrie und Banken, was zu einem beträchtlichen Machtzuwachs der beiden Großparteien führte. Der Proporz wurde seit 1945 in den Koalitionsvereinbarungen entsprechend dem jeweiligen Kräfteverhältnis festgelegt, 1949 wurde er bis auf die Ebene der Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern ausgedehnt.[218] *„Alle Staatsbereiche und fast alle Gesellschaftsbereiche wurden parteipolitisch dominiert, proporzmäßig organisiert, paritätisch neutralisiert.“*[219] In den 60er Jahren wurde der Proporz – aufgrund seiner Auswüchse und Übersteigerung – zunehmend kritisiert, ein erster Widerstand war das Rundfunk-Volksbegehren 1964.
Einen positiven Aspekt des Proporzes sieht Rathkolb darin, dass nicht ein einziges gesellschaftspolitisches Modell radikal - wie in der Ersten Republik - umgesetzt werden konnte.[220]

4.5.2. Sozialpartnerschaft – Die „zweite Schiene der Regierung“

Die Konsensorientierung in der Koalitionsregierung wurde noch durch die „Sozialpartnerschaft“ – eine außerparlamentarische Institution - unterstützt, die sich geradezu als Modell für Konfliktlösungen bewährte. Sie war ein Wesensmerkmal der „consociational democracy“,[221] in der wesentliche Vorentscheidungen vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgehandelt wurden, die dann häufig von Regierung und Parlament unverändert übernommen und legalisiert wurden.[222] Emmerich Tálos definiert die Sozialpartnerschaft wie folgt: *„Gemeint ist damit ein spezifisches Muster der Interessenvermittlung und Interessenpolitik; seine Träger sind die großen Dachverbände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressenorganisationen sowie die Regierung bzw. die Fachressorts; es ist ein Muster, das wesentlich durch Kooperation und Abstimmung der*

[217] Rauchensteiner, „Die Zwei“: Die Große Koalition 1945-1966 mit einem Ausblick, 261.
[218] ebenda, 274. Vgl. auch: Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 443.
[219] Welan, Manfried, Regierungssystem unter Druck? Die gewendete Republik, in: Pelinka/Plasser/Meixner, Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 337.
[220] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 79.
[221] Pelinka, Postklassischer Parlamentarismus und Sozialpartnerschaft, 344f.
[222] Mommsen-Reindl, Die österreichische Proporzdemokratie, 63.

Interessen zwischen diesen Trägern gekennzeichnet ist (...).“[223] Charakteristisch für die Sozialpartnerschaft ist das stete Bemühen um einen Ausgleich divergierender Interessen, besonders im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich.[224]

Die Sozialpartnerschaft, „ist gesetzlich nicht geregelt, fundiert auf freiwilligen Vereinbarungen, funktioniert in weiten Bereichen informell, kennt (…) keinerlei demokratische Verfahrensregeln, Bestellungs- und Kontrollverfahren. Zugespitzt gesagt: Sozialpartnerschaft kann weder gewählt noch abgewählt werden.“[225]

Die konsensorientierte Zusammenarbeit war zunächst eine Grundvoraussetzung für den Wiederaufbau und bildete die Grundlage für die soziale und wirtschaftliche Stabilität und garantierte den sozialen Frieden. Denn, so Johann Böhm, Gründer des ÖGB: „Soziale Sicherheit ist die verlässlichste Grundlage der Demokratie“,[226] er drückte das neue Verständnis der Zusammenarbeit mit dem Astgleichnis - Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Österreich säßen „auf einem Ast“ - aus.[227] Die dominante Ausrichtung an Konsensfindungsstrategien prägt auch das Bild vom „Klassenkampf am grünen Tisch“, der Streiks nur mehr als allerletztes Mittel in Erwägung zieht.[228] Bei allen sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen soll ein Kompromiss erzielt werden, was ein beiderseitiges Entgegenkommen verlangt. Entscheidungen werden einstimmig getroffen,[229] wobei die Konfliktaustragung unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgt. So haben die einzelnen Mitarbeiter in den Gremien der Sozialpartnerschaft einen spezifischen Stil der Kameraderie entwickelt, der auch als „Beiratsstil“ bezeichnet wird.[230] Hanisch zufolge, ersetzten die sozialpartnerschaftlichen Verhandlungsrunden den Arbeitskonflikt.[231]

---

[223] Tálos, Emmerich, Sozialpartnerschaft. Kooperation – Konzertierung – politische Regulierung, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3. Aufl., Wien 1997, 432.

[224] Tálos, Emmerich/Kittel, Bernhard, Sozialpartnerschaft - Zur Konstituierung einer Grundsäule der Zweiten Republik, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 116.

[225] Tálos, Emmerich, Akzeptanzkrise und Akklamation: Zur demokratischen Qualität von Kammersystem und Sozialpartnerschaft, in: Campbell David F.J. u.a (Hg.), Die Qualität der österreichischen Demokratie. Versuche einer Annäherung, Wien 1996, 107.

[226] Böhm, Johann. Zitiert nach: Göhring, Walter, Programmheft zu Wiener Vorlesungen, Fahnen, Symbole, Parolen für Freiheit, Gleichheit, Solidarität – Zur Geschichte des 1. Mai“, 30. April 2008.

[227] Skalnik, Kurt, Die Parteien – Gründung und Entwicklung, in: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.), Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik, Graz, Wien, Köln 1975, 47.

[228] Tálos, Sozialpartnerschaft. Kooperation – Konzertierung – politische Regulierung, 439.

[229] Tálos/Kittel, Sozialpartnerschaft, 115f.

[230] Pelinka, Anton, Politische Herrschaftsrituale: Sozialpartnerschaft und politische Kultur in Österreich, in: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Welan, Manfried (Hg.), Demokratierituale, Wien, Köln, Graz 1985, 175.

[231] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 86.

4.5.2.1. Die Herausbildung der Sozialpartnerschaft

Nach der Zerschlagung des stark fragmentierten Verbändewesens der Ersten Republik durch Ständestaat und NS-Regime, bot sich 1945 für Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter die Möglichkeit, neue Interessensverbände zu gründen. Mit der Bildung dieser nach 1945 gegründeten Dachverbände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressenorganisationen waren die Voraussetzungen für eine von beiden Lagern getragene Sozialpartnerschaft gegeben. Es kam zur Herausbildung von spezifischen Beziehungsgeflechten zwischen Verbänden und den jeweils nahe stehenden Parteien. Es ist eine Kooperation der Eliten unter weitgehendem Ausschluss der Vertretenen.[232] Die Sozialpartnerschaft war zunächst bestrebt, die Lohn- und Preisentwicklung unter Kontrolle zu bekommen. Mit fünf den *Lohn- und Preisabkommen* zwischen 1947 und 1951 sollte eine wirtschaftliche Stabilität erreicht und die Inflation eingedämmt werden. Das Vorgehen der Sozialpartner war vom Selbstverständnis einer „Verantwortung gegenüber der Wirtschaft als Ganzem" geprägt.[233] Diese Maßnahmen riefen aber auch Widerstand hervor, manifestiert im Oktoberstreik 1950. Die Abschaffung des 1951 etablierten Wirtschaftsdirektoriums zeigt das Scheitern des von Seiten der Gewerkschaft gewünschten Versuchs, der formalen Institutionalisierung der Zusammenarbeit als auch die nicht unerheblichen verfassungsrechtlichen Grenzen eines solchen Plans. Die Konsequenz aus dieser Erfahrung war eine Kooperation orientiert an „Informalität".[234] Vor dem Hintergrund der Verschärfung ökonomischer Probleme (hohe Inflation) und der abnehmenden Problemlösungskompetenz in der Koalition kam es im März 1957 zur Etablierung der „Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen". Die Besetzung dieser Kommission kann als deutliches Beispiel für die Elitenkooperation auf Ebene der Verbände und der Regierung gelten. Gemäß Absprache zwischen Bundeskanzler Raab und ÖGB-Präsident Böhm setzte sich die Kommission aus vier Vertretern der Bundesregierung, je zwei Vertretern der Kammern und zwei Vertretern des ÖGB zusammen.[235] Mit Beginn der Alleinregierungen verzichteten die Regierungsvertreter in der Paritätischen Kommission auf ihr Stimmrecht, um die Parität der Kommission aufrecht zu erhalten. Die Entscheidungsfindung obliegt ausschließlich den Vertretern der vier Verbände. Durch diese Abschottung ist die Sozialpartnerschaft unabhängig von der Frage, wer regiert und wer die nächsten Wahlen gewinnt, funktionsfähig, da Mehrheiten auf Parlaments- und Regierungsebene keinen unmittelbaren Niederschlag im Bereich der Sozialpartnerschaft

[232] Tálos/Kittel, Sozialpartnerschaft, 107.
[233] ebenda, 117.
[234] ebenda, 118.
[235] ebenda, 119.

finden.[236] Zudem ermöglichten die nur wenigen Akteure und ihre relative Unabhängigkeit von der Bevölkerung eine intime, konsensorientierte Politik, die auch rasche Entscheidungen in schwieriger Zeit möglich machten.[237]

Durch die Einrichtung des Begutachtungsverfahrens nahmen die Verbände auch direkt Einfluss auf die Gesetzgebung und haben damit zu einem weitgehenden Funktionsverlust des Parlaments in Gesetzgebung und Kontrolle beigetragen. Vor allem im Zeitraum der „permanenten Koalition" übernahm die Paritätische Kommission die Funktion, das Parlament auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu präjudizieren.[238] *„Die Verbände entwickelten in Form der verschiedensten Einrichtungen der Sozialpartnerschaft ein eigenes, weitgehend autonomes Entscheidungssystem, das in wirtschafts- und sozialpolitischen Sektoren Regierungs- bzw. Parlamentsfunktionen übernahm, ohne freilich dieselbe demokratische Legitimation wie die Verfassungsorgane aufzuweisen.*"[239]

Durch das Auftreten wirtschaftlicher und politischer Probleme und der zunehmenden Instabilität der Koalition Ende der 50er Jahre kam es zu einem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit und der politischen Mitwirkung der Interessenverbände am politischen Entscheidungsprozess. Nachdem schon 1957 ein Preisunterausschuss errichtet wurde, kam es 1962 zur Einrichtung eines Lohnunterausschusses (Raab-Olah-Abkommen); 1963 erfolgte die Gründung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen (Raab-Benya-Abkommen).[240] Ab Mitte der 60er Jahre erfolgte mit der Etablierung der *Wirtschaftspolitischen Aussprache* und des *Verbändekomitees* eine weitere Ausdifferenzierung.[241] Die Sozialpartnerschaft nahm auch in vielen anderen Gebieten, wie etwa der Bildungspolitik und im Medienbereich eine beachtliche Rolle ein. So stehen das Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und das Institut für Höhere Studien (IHS), deren Prognosen erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungen ausübten, unter beachtlichem Einfluss der Sozialpartner.[242]

---

[236] Pelinka, Anton, Hauptprobleme der österreichischen Politik 1955-1980, in: Rettinger Leopold u.a.(Hg.), Zeitgeschichte. Bericht über die gesamtösterreichischen Seminare: Zeitgeschichte I (1918-1938) in Mattersburg, Zeitgeschichte II (1938-1955) 1979 in Klagenfurt, Zeitgeschichte III (1955-1980) 1980 in Innsbruck, Wien 1982, 357.
[237] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 92.
[238] Pelinka, Parlamentarismus, 27.
[239] Pelinka, Anton, Der Aufstieg des Plebiszitären, in: Pelinka, Anton (Hg.), EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien 1994, 12f.
[240] Vgl**.** Pelinka, Anton, Hauptprobleme der österreichischen Politik, 350.
[241] Vgl. Tálos, Sozialpartnerschaft. Kooperation – Konzertierung – politische Regulierung, 435.
[242] Pelinka**,** Anton, Windstille. Klagen über Österreich, Wien, Berlin 1985, 144.

4.5.2.2. Demokratische Defizite der Sozialpartnerschaft – Antithese zum Parlamentarismus

Wie Armin Thurnher kritisch festhält, degradierten die Sozialpartner Parlament und Regierung teilweise zu Erfüllungsgehilfen, was aber als demokratisches Defizit beim Wiederaufbau in Kauf genommen wurde. Höchster Wert war der Konsens, nicht der Konflikt.[243]

Die Bevölkerung ließ sich durch solche Bedenken jedoch nicht beirren, für sie galt die Sozialpartnerschaft als eine positive Einrichtung. Der Anteil der Österreicher, die der Sozialpartnerschaft noch mehr Kompetenzen geben wollten, lag deutlich über dem Anteil derer, die den Parlamentarismus bevorzugten. Der Aussage „Eigentlich erscheint mir die Zusammenarbeit der Sozialpartner – also der Gewerkschafter und der Unternehmer – wichtiger als das Parlament“ stimmten 1980 65 % der Bevölkerung zu.[244] Der Parteienwettbewerb wurde häufig als negativer Kontrast gegenüber den harmonisierenden Grundtendenzen der Sozialpartnerschaft empfunden. Aus dieser positiven Einstellung zur Sozialpartnerschaft, vor allem im Vergleich mit der Einstellung zum Parlamentarismus, schließt Pelinka auf eine „Demokratieskepsis der Österreicher“.[245] Die hohe Anerkennung zur Sozialpartnerschaft stellt insofern ein demokratisches Paradoxon dar, da die Sozialpartnerschaft seitens der Bevölkerung in einem hohen Ausmaß durch „Akklamation“ legitimiert ist. Sie kann von den Betroffenen kaum beeinflusst werden, dennoch wird sie gegenüber dem Parlamentarismus, der direkt vom Wählerwillen abhängig ist, bevorzugt. „Die Sozialpartnerschaft als ein betont nicht plebiszitärer Bestandteil des politischen Systems erfährt eine betont plebiszitäre Stützung.“[246]

Ein weiteres der Sozialpartnerschaft immanentes Demokratiedefizit zeigt sich darin, als die Institution der Sozialpartnerschaft ganz bewusst keiner formalen, verfassungsmäßigen Regelung unterliegt und somit als „Realverfassung“ agiert. Die Sozialpartner wollten sich ein Maximum an Flexibilität sichern, deshalb wählten sie den Weg einer Einrichtung, der sich der üblichen Kontrollen des Staates und seiner Verfassungsorgane entzieht, denn „wo kein Recht, da kein Richter.“[247]

Die Sozialpartnerschaft ist zudem durch eine enge personelle Verflechtung mit Parlament und Regierung geprägt. So hatten 47 % aller ÖVP- und 45 % aller SPÖ-Abgeordneten mindestens eine leitende Funktion in einem Interessenverband, und selbst die Spitzenfunktionäre der Großverbände verbinden Parlamentszugehörigkeit und Verbandszugehörigkeit. 50 % und

[243] Thurnher, Armin, Apartes Österreich. Notizen aus den paradoxen Tagen vor und nach der Wende in Österreich. http://www.demokratiezentrum.org/artikel_reader.php?ID=6 Letzter Zugriff: 7.5.2004.
[244] Repräsentativerhebung Gerlich/Ucakar, in: Gerlich/Ucakar, Staatsbürger und Volksvertretung, 94.
[245] Pelinka, Windstille, 143.
[246] Pelinka, Politische Herrschaftsrituale, 178.
[247] Pelinka, Hauptprobleme der österreichischen Politik, 357.

mehr der Nationalratsabgeordneten bilden dieses Netz aus Partei, Verband und Parlament.[248] Nick und Pelinka folgern daraus, dass das Parlament zwar nicht der Ort ist, an dem entschieden wird, aber die Entscheidungsträger dieser Demokratie Parlamentarier sind.[249]
Wie Pelinka unterstreicht, fördert die enge Verflechtung von Partei- und Verbandseliten zwar die Stabilität und Integration des politischen Systems, beeinträchtigt zugleich aber seine Innovation.[250] Die Sozialpartnerschaft ist daher eine Einrichtung der Kräfte, die grundsätzlich am Status quo interessiert ist.[251] Egon Matzner hält kritisch fest, dass die zunehmende Distanz und Entfremdung zwischen Repräsentanten und deren Vertretenen „Entmündigung oder Paternalisierung", aber auch „Entpolitisierung, Desinteresse" fördere,[252] so dass letztlich auch die Sozialpartnerschaft für das Fehlen einer starken demokratischen Tradition beigetragen hat.
In den 80er Jahren begann die Sozialpartnerschaft aufgrund geänderter politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse sowie dem Auftreten ökologischer Konflikte (Wertewandel) an positiver Akzeptanz in der Öffentlichkeit und an Bedeutung zu verlieren Erste sichtbare Krisen der Sozialpartnerschaft wurden mit der Abstimmung über das vom ÖGB massiv geforderte AKW Zwentendorf und die Auseinandersetzungen um das Donaukraftwerk Hainburg evident. Die Proteste richteten sich vor allem gegen die von der Sozialpartnerschaft vertretene Priorität des Wirtschaftswachstums.

4.5.3. Die politischen Lager als ein Stabilitätsfaktor: Die „Versäulung" der österreichischen Gesellschaft[253]

Während die Zusammenarbeit der politischen Eliten auf Kooperation und Konsens ausgerichtet und ein durchaus „lagerübergreifendes Bewusstsein" gemeinsamer Probleme,

[248] Nick/Pelinka, Parlamentarismus in Österreich, 103.
[249] ebenda, 103. Aus diesem Grund wird die Sozialpartnerschaft häufig als eine Art „Nebenregierung" bezeichnet, in der aber ein und dieselben politischen Akteure dominieren wie in Parlament und Regierung. Pelinka, Anton, Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. (=Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive, Bd. 6), Innsbruck, Wien, Bozen 2005, 44.
[250] Pelinka, Postklassischer Parlamentarismus und Sozialpartnerschaft, 340 und 344.
[251] Nick/Pelinka, Österreichs politische Landschaft, 99.
[252] Matzner, Egon, Sozialpartnerschaft, in: Fischer, Heinz (Hg.), Das politische System Österreichs, 3.Aufl., Wien, München, Zürich 1982, 444f.
[253] Der Begriff „Versäulung" wird in Anlehnung an den in der niederländischen politischen Kultur verwendeten Begriff gebraucht und bedeutet in unserem Sprachgebrauch „Lager". Vgl. dazu: Lijphart, Arend, Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration, New Haven: Yale University Press 1977. Steiniger Rudolf, Polarisierung und Integration. Eine vergleichende Untersuchung der struktuellen Versäulung der Gesellschaften in den Niederlanden und Österreich. Anton Hein. Meisenheim 1975.

Aufgaben und Verantwortung dominiert, so ist das Verhältnis zwischen den Angehörigen der beiden Lager vielfach noch durch Feindbilder, Vorurteile und tiefes Misstrauen geprägt.[254]
Grundsätzlich fühlte sich die überwältigende Mehrheit der Wähler nach wie vor fest an eine politische Partei, an ein weltanschauliches Lager gebunden, Ideen und Werte waren noch sehr polarisiert, was das Fortbestehen des „Freund-Feind-Schemas" im Demokratieverständnis an der Basis bewirkte.[255] Allerdings, so Hanisch, waren die Lagerbindungen im Vergleich zur Ersten Republik „weniger weltanschaulich motiviert, mehr von einer Kosten-Nutzen-Rechnung getragen; gleichzeitig hatten sich die Lager entmilitarisiert: geistig wie materiell."[256] Die Lagermentalität blieb bis in die 70er Jahre das dominierende Merkmal des Verhaltens wie auch des Demokratieverständnisses der Bevölkerung.
Diese „Versäulung der Gesellschaft" war eine Rahmenbedingung für die Konkordanzdemokratie. Die Zusammenarbeit der Repräsentanten von ÖVP und SPÖ baute auf der tiefen Trennung zwischen dem sozialdemokratischen und christlichsozialen Lager, welche als relativ abgeschlossene Milieus auftraten, was zu stabilen und berechenbaren politischen Verhältnissen führte. Das im internationalen Vergleich extrem stabile, - von der Lagerbindung bestimmte - auf die beiden Großparteien konzentrierte Wahlverhalten räumte der Koalition eine hohe Legitimation ein. Noch 1975 wählten 93 von 100 Wählern entweder SPÖ oder ÖVP, und dies wurde begleitet von einer extrem hohen Wahlbeteiligung,[257] die in den fünf Nationalratswahlen von 1953 bis 1966 bei knapp 95 Prozent lag,[258] - ein sichtbares Zeichen für die Akzeptanz des politischen Systems.
In den 50er und 60er Jahren identifizierten sich rund drei Viertel der österreichischen Wahlberechtigten mit einer Partei, jeder vierte war Parteimitglied,[259] woraus sich eine für westliche Demokratien außergewöhnlich hohe Organisationsdichte ergab, die sich ebenso in den Interessenvertretungen durch die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern und einer hohen gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitnehmer (60 Prozent) niederschlug.[260] Das

[254] Dies fand seinen Ausdruck auch in der abgrenzenden Rhetorik der in den späten 40er und 50er Jahren geführten Wahlkämpfe, in denen die SPÖ mit der „Roten Katze", bzw. dem Bolschewismusvorwurf konfrontiert war, der ÖVP der „Dollfußweg", bzw. austrofaschistische Tendenzen unterstellt wurden. Pelinka, Anton, Konkordanzdemokratie am Ende?. Zur neuen Unübersichtlichkeit der politischen Kultur Österreichs, in: Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (Hg.), 1945-1995, Entwicklungslinien der Zweiten Republik, Wien 1995, 38.
[255] Pelinka, Von der Konkurrenz zur Konvergenz, 91f.
[256] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 42f.
[257] Pelinka,Anton, Konkordanzdemokratie am Ende? Zur neuen Unübersichtlichkeit der politischen Kultur Österreichs, in: Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (Hg.), 1945-1995, Entwicklungslinien der Zweiten Republik, Wien 1995, 36.
[258] Ulram, Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung, 107.
[259] Ulram, Peter A., Das Parteibuch. Die soziale Bedeutung der Parteimitgliedschaft, in: Kos Wolfgang/Rigele Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 295.
[260] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 26.

Parteibuch war nicht nur Ausdruck einer bestimmten Gesinnung oder Weltanschauung, sondern zugleich Dokument der Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft. Die Parteien nahmen einen wichtigen Platz in der Verteilung von Lebenschancen ein, was den internen Zusammenhalt der Lager verstärkte.[261]

Machtpolitisch erfolgte eine Aufteilung des Landes in zwei große Einfluss- und Interessensphären. ÖVP und SPÖ begannen jeweils ihre „Reiche" aufzubauen. „Traditionell suchten die Sozialisten ihre Organisation im Bereich der Arbeiterschaft, der Industrie, des Verkehrswesens und der sozialen Fürsorge einzurichten und auszubauen. Die Volkspartei wiederum hatte ihren Rückhalt in der Bauernschaft, bei den Industriellen, aber auch bei den Kleingewerbetreibenden."[262] SPÖ und ÖVP verfügten über ein breites Netz von Organisationen, welche die meisten Lebensbereiche umfassten und ihre Mitglieder integrierten.

Diese parteipolitische Durchdringung der Gesellschaft förderte aber auch eine „Untertanenmentalität" und einen Hang zum Opportunismus sowie eine Tendenz zur „Allzuständigkeit" der Politik,[263] so dass das in Österreich weit verbreitete Obrigkeitsdenken seine Fortführung erfuhr.

Das weitgehende Fehlen offener Konflikte kann nicht mit genereller Zufriedenheit gleichgesetzt werden. Wie Plasser und Ulram bemerken, ist die scheinbar so problemlose politische und soziale Stabilität eng mit aggressionsfördernden und krankheits(mit)verursachenden Verdrängungsmechanismen verbunden. Diese Kombination von krankheitsanfälligem Individuum, autoritärem politischem Klima und materiellem Wohlstand fördere dann genau jene politische Apathie, die zwar vordergründig beklagt, aber gleichzeitig nur allzu gerne zur Rechtfertigung undemokratischer Strukturen herangezogen wird.[264] Pelinka attestiert Österreich europäische Spitzenwerte, was die hohe Zahl der individuellen Konflikte betrifft, wie überfüllte Gefängnisse, überdurchschnittlich hohe Selbstmordrate und Zunahme der psychosomatisch bedingten Krankheiten. Pelinka schließt daraus, dass jenes, was im gesellschaftlichen, im politischen Bereich nicht freigesetzt wird, sich nach innen wendet.[265]

[261] Vgl. Ulram, Das Parteibuch, 290.
[262] Rauchensteiner, "Die Zwei": Die Große Koalition 1945-1966 mit einem Ausblick, 266.
[263] Ulram, Das Parteibuch, 293.
[264] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 31.
[265] Pelinka, Windstille, 155. Vgl. dazu: Gaspari, Ch./Millendorfer, H., Prognosen für Österreich; Fakten und Formeln der Entwicklung, Wien 1973.

4.5.4. Politisches Engagement und Demokratieverständnis

Nach Haerpfer war die politische Teilnahme der Bevölkerung oberflächlich und nicht sehr tiefreichend.[266] Der unmittelbare Einfluss der Wähler auf politische Entscheidungen war unbedeutend, als auch das allgemeine Interesse an Politik, die Bereitschaft und Motivation zum politischen Engagement noch gering ausgeprägt war. Die Politikgestaltung wurde vielmehr den Politikern überlassen. Die politische Beteiligung blieb zumeist auf den Wahlakt beschränkt (siehe Kap. „Politisches Interesse und Kompetenzbewusstsein"). Empirische Befunde zeigen, dass die hohe Wahlbeteiligung nicht nur Indikator für die Akzeptanz des politischen Systems war, sondern auch Ausdruck eines sehr verengten Demokratieverständnisses, der Wahlakt wurde als einzige Möglichkeit der politischen Einflussnahme gesehen.[267] Dieses sehr spezielle Verständnis von politischer Partizipation, wonach unkonventionelle Beteiligung nicht nur selten ist, sondern vielfach auch als illegitim, wenn nicht sogar als demokratiegefährdend angesehen wurde, dürfte in den Vergangenheitserfahrungen seinen Ursprung haben.[268]

Haerpfer bezeichnet die Periode von 1945 bis 1969 denn auch als „Phase der konventionell-institutionellen Partizipation", in der die politische Beteiligung an konventionellen Formen wie Wahlen, Partei- und Organisationsmitgliedschaften zwar hoch ist, unkonventionelle Partizipationsaktivitäten aber eher selten sind.[269]

Während sich bei den politischen Eliten grundsätzlich eine demokratische Grundgesinnung artikulierte, war das Demokratieverständnis beim Großteil der österreichischen Bevölkerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Teil noch stark unterentwickelt und vielfach noch durch antidemokratische Tendenzen geprägt. Wie ein amerikanischer Geheimbericht Ende 1945 enttäuscht feststellen musste, würden die Österreicher keine Hoffnung und kein Vertrauen in eine unabhängige Zukunft zeigen, das öffentliche Ansehen der Demokratie sei gering.[270] Die Notlage der unmittelbaren Nachkriegszeit ließ ein demokratisches Selbstbewusstsein gar nicht aufkommen, sondern führte zu einer bedenklichen Krise des politischen Systems an der Basis.[271] Die Demokratie war seit 1933 in Österreich ausgeschaltet, so dass ein Großteil der Bevölkerung mit autoritären Entwicklungen konfrontiert und von totalitären Strömungen beeinflusst war. Vor allem die jüngere Generation konnte kaum ein demo-

[266] Haerpfer, Politische Partizipation, 427.
[267] Nick/ Pelinka, Österreichs politische Landschaft, 71.
[268] Ulram, Hegemonie und Erosion, 64.
[269] Haerpfer, Politische Partizipation, 427f.
[270] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 414.
[271] ebenda, 42.

kratisches Bewusstsein entwickeln. Die Demokratie wurde von so manchem Österreicher als eine von den Besatzungsmächten aufgezwungene Regierungsform empfunden.[272]

Wie auch Ulram festhält, gab es bei Minderheiten durchaus noch prinzipielle mentale Vorbehalte gegenüber der demokratischen Ordnung, seiner Institutionen und Spielregeln, wobei Reste der NS-Ideologie ebenso eine Rolle spielten wie Reminiszenzen an noch weiter zurückliegende Epochen: 1956 äußerte fast jeder vierte eine Präferenz für die Monarchie; jeder sechste eine solche für ein Ein-Parteien-System.[273].

Bis in die 50er Jahre war der Einfluss des Nationalsozialismus noch deutlich spürbar: Auf die Frage, „ob der Nationalsozialismus eine gute Idee war, die nur schlecht ausgeführt wurde, oder eben eine schlechte Idee", kamen in Umfragen im August 1947 immerhin 39 % zum Schluss, es sei „a good idea badly executet" gewesen; dieser „latente Nazismus" dauerte bis in die 50er Jahre an. 1952 dachten noch immer 35 % der österreichischen Bevölkerung, das Leben sei 1938 unter den Nazis besser gewesen als gegenwärtig unter den Besatzungsmächten.[274] Erst der kontinuierliche Wirtschaftsaufschwung in den 50er Jahren verbreiterte die demokratische Unterstützungsbasis in der Bevölkerung.[275] Im Verlauf der 60er Jahre nahm die Präferenz für ein parlamentarisches Mehrparteiensystem kontinuierlich zu, und es sank der Anteil von Personen mit autoritärer Regimepräferenz unter 8 %.[276]

Während in Deutschland unmittelbar nach Kriegsende aufgrund des Drucks der Alliierten eine Distanzierung vom nationalsozialistischen Gedankengut und das re-education-Programm forciert wurde, hat es in Österreich weitgehend an einer „politischen Resozialisierung" gefehlt,[277] verstand man sich doch hierzulande als „Opfer". Politische Bildung wurde in den Schulen oder auch in der Erwachsenenbildung kaum oder nur sehr oberflächlich übermittelt.

---

[272] Vgl. Bischof, Spielball der Mächtigen?, 131f

[273] Ulram, Hegemonie und Erosion, 69f

[274] Bischof, Spielball der Mächtigen?, 131. Vgl. auch: Wassermann, Heinz P., Naziland Österreich!? Studien zu Antisemitismus, Nation und Nationalismus im öffentlichen Meinungsbild, Insbruck, Wien 2002. Bedenklich erscheint, dass nach einer aktuellen Umfrage (GfK) vom Mai 2005 (!) 44 % der Gesamtbevölkerung der Meinung sind, der Nationalsozialismus habe „sowohl Gutes als auch Schlechtes gebracht", in: Der Standard 7./8. Mai 2005. Und laut Markforschungsinstitut IMAS („Presse" exklusiv) ist schon jeder Zweite dafür, „dieses Kapitel abzuschließen und nicht mehr darüber zu reden". Nur noch knapp ein Drittel meint, dass die Erinnerungen an die Verbrechen im Zweiten Weltkrieg wachgehalten werden sollten", in: Die Presse 7./8. Mai 2005. Dies erweckt den Eindruck, dass viele Österreicher dieses dunkle Kapitel der Geschichte durch die zeitliche Distanz aus dem Gedächtnis verlieren. Daher ist es wichtig, diese Geschehnisse immer wieder wachzurufen, - das Gedankenjahr 2008 wird reichlich Gelegenheit dazu bieten - damit die Maxime „aus der Geschichte zu lernen" seine Bedeutsamkeit behält.

[275] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 42.

[276] Plasser/Ulram, Das österreichische Politikverständnis. 132.

[277] Leuthold, Margit, Zur Bedeutung von politischer Erwachsenenbildung für Demokratie und Demokratiequalität in Österreich, in: Campbell, David F.J./Schaller, Christian (Hg.), Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Opladen, 2002, 138.

Ein Versuch, das Demokratiebewusstsein der Bevölkerung zu stärken, war die teilweise Verpflichtung zum Besuch von Volkshochschulkursen über „Demokratie“.[278]
In Österreich bildeten - neben den Besatzungsmächten, die großen Einfluss auf den gesellschaftlichen Wiederaufbau ausübten - großteils die Parteien und Interessenvertretungen bzw. ihre Vorfeldorganisationen die Basis für einen demokratischen Lernprozess.[279] Diese trugen wesentlich zum demokratischen Aufbau und Abwehr antidemokratischer Strömungen bei. Da politische Bildung, verstanden als Staatsbürger- und Institutionenkunde, fast ausschließlich innerhalb der Parteien erfolgte, demnach wurde auch zu einem „parteimäßigen Denken“ erzogen.[280] Angesichts dieses Defizits an demokratischer politischer Kultur und an (partei)-freien politischen Ausdrucksmöglichkeiten erstaunt es nicht, dass die Festigung demokratischer Bewusstseinsinhalte und Verhaltensformen in der österreichischen Bevölkerung schwächer ausgeprägt ist als in jener anderer westeuropäischer Länder.

4.6. Die Konkordanzdemokratie auf dem Prüfstand

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die österreichischen Nachkriegsstrukturen keineswegs einem klassischen liberal-demokratischen System entsprachen. Die ausgeprägte Parteien- und Verbändestaatlichkeit unterschied die Zweite Republik signifikant von anderen westlichen Demokratien Europas.[281] Die enge Zusammenarbeit von Parteien und Verbänden war mit erheblichen demokratischen Defiziten verbunden, die jedoch vielfach für stabile politische Rahmenbedingungen und die rasche Lösungen von Problemen in Kauf genommen wurden. Der deutsche Politologe Otto Heinrich von der Gablentz nahm 1965 kritisch zu den Problemen, die sich aus solch breit abgestützten großen Koalitionen nahezu zwangsläufig ergeben, Stellung. Seiner Ansicht nach sind diese nur in Zeiten von Krisen und des Wiederaufbaus zweckmäßig: „Auf längere Sicht lähmen sie die Staatstätigkeit, weil eine echte Kontrolle durch das Parlament unmöglich ist, alle großen Entscheidungen verschoben werden und das öffentliche Leben korrumpiert wird, indem der Proporz nicht nur für die Besetzung politisch entscheidender Stellen angewendet wird, sondern auch für die normale

[278] Rauchensteiner, Die Zwei, 70.
[279] Ulram, Das Parteibuch, 291.
[280] Oberst A.G. Wilkinson, nach Hanisch, Ernst (1998), Die verlorene Unschuld. 1945 in Österreich, in: IWM-Newsletter, 61, 18. Zitiert nach: Leuthold, Margit, Zur Bedeutung von politischer Erwachsenenbildung für Demokratie und Demokratiequalität in Österreich, in: Campbell, David F.J./Schaller,Christian (Hg.), Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Opladen 2002, 139.
[281] Pelinka, Anton, Die Entaustrifizierung Österreichs. Zum Wandel des politischen Systems 1945-1995, in: ÖZP 1 (1995), 6ff.

Verwaltung, ja auch in Wirtschaft und im Bildungswesen, so weit der Einfluss der Politik reicht. Das Musterbeispiel ist Österreich nach 1945."[282]

Die politische Entwicklung in Österreich wurde auch von den Besatzungsmächten genau analysiert und interpretiert. Der 1937 nach New York emigrierte deutsche Politologe Hans J. Morgenthau, erstellte 1951 eine Studie über die politische Kultur in Österreich. Zunächst stellte Morgenthau fest, dass er Österreich zur US-amerikanischen Einflusssphäre zähle, langfristig sollte der sowjetische Einfluss aus Österreich zurückgedrängt und das Land sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht Bestandteil des „Westens" werden. Morgenthau erkannte, dass die SPÖ viel weniger marxistische Ideen, die ÖVP weniger klerikales Gedankengut vertrete. Morgenthau sprach sich zunächst für die Fortsetzung der Großen Koalition aus. Diese verhindere seiner Ansicht nach die Gefahr eines neuerlichen autoritären Kurses. Dennoch sparte Morgenthau nicht mit Kritik an der Praxis der Großen Koalition, am Proporz und dem „quasifeudalen" Verhalten der Parteien und Verbände. Diese zeigten keine Bereitwilligkeit zur Innovation oder gar den Mut zum Risiko eines Wechsels, vielmehr beharrten sie auf der Bewahrung des Status quo. Die stabilen Wahlergebnisse würden letztlich gegen die Entwicklung umfassender demokratischer Praktiken wirken. Die Beziehungen innerhalb der Koalition seien vor allem durch eine Pattstellung geprägt. Morgenthau kritisierte die über den politischen Bereich hinausreichende starke Einflussnahme der Parteien, wodurch „Staaten im Staate" entstehen würden, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. Morgenthau forderte eine entsprechende Gesetzgebung zur Eindämmung des unkontrollierten Einflusses der Kammern, Gewerkschaften und verstaatlichten Banken und er trat für die Förderung eines „unorthodoxen" kreativen politischen Nachwuchses ein. Morgenthau erkannte deutlich die noch autoritären Strukturen an Österreichs Universitäten und plädierte für eine Konkurrenzinstitution.[283]

Besonders sprach Morgenthau die Lagerbildung der beiden Großparteien an. Die Identifikation vieler Wähler mit einer Partei beruhe vielfach auf wirtschaftlichen Überlegungen. Die Bevölkerung charakterisierte Morgenthau als eher apathisch und politisch desinteressiert, auch die Jugend. Die Stabilität in Österreich sei fast erreicht, Kommunismus und Neonazismus hätten kaum noch Einfluss, doch sei die Koalition auf äußeren Zwang gebaut, die nach dem Ende der Besatzung zerbrechen werde.[284] Bis auf die letzte Aussage entsprachen

[282] Von der Gablentz, Otto Heinrich: Einführung in die Politische Wissenschaft. Köln, Opladen 1965, 199. Zitiert nach: Dachs, Herbert, Österreichs „Realverfassung" im Wandel? in: Forum Politische Bildung (Hg.), Zum politischen System Österreich. Zwischen Modernisierung und Konservativismus (Informationen zur Politischen Bildung Nr. 17), Innsbruck, Wien u.a. 2000, 39-48, 44.

[283] So wurde im Rahmen der Ford Foundation 1963 das *Institut für Höhere Studien* (IHS) gegründet.

[284] Vgl. Rathkolb, Hans J. Morgenthau und das Österreich-Problem, 277-299.

die Einschätzungen Morgenthaus der Realität. Insgesamt forderte Morgenthau eine grundlegende Strukturverbesserung der demokratischen Institutionen, auch der Wirtschaft. „Erst wenn Österreichs demokratische Infrastruktur funktioniere, sei seine Souveränität langfristig gewährleistet."[285]

Wie Pelinka verdeutlicht, war die Konkordanzdemokratie ganz auf demokratische Stabilität, jedoch nicht auf demokratische Qualität ausgerichtet.[286] Reale Politik verlief fast ausschließlich zwischen ÖVP und SPÖ und den diesen nahe stehenden Interessenvertretungen ab. Das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition war schwach, so dass es auf Regierungsebene häufig zu Entscheidungsblockaden kam und so notwendige Innovationen und Lösung von Problemen verhindert wurden. Die enge Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ bedeutete letztlich eine Erstarrung der Demokratie.

Durch das Fehlen einer starken Opposition, hatte das Parlament nur begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten. Sowohl in der Gesetzgebung wie als Kontrollorgan der Regierung wurde das Parlament durch die Große Koalition und die Sozialpartnerschaft geschwächt. Daneben war die österreichische Gesellschaft sowohl macht- als auch parteipolitisch von den beiden Großparteien ÖVP und SPÖ durchdrungen; ihre über Wahlen hinausgehenden Partizipationschancen waren sehr eingeschränkt, was die Entwicklung einer kritischen und pluralen Zivilgesellschaft verhinderte.

Trotz aller demokratischen Defizite hat sich die Konkordanzdemokratie über Jahrzehnte hinweg als beständig und erfolgreich erwiesen. Sie hat wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung, sozialen Fortschritt, Wohlstand und gesellschaftlichen Konsens und damit zur Sicherung der Stabilität Österreichs beigetragen, und sie hat eine breite Zustimmung in der Bevölkerung erfahren. „Koalition und Sozialpartnerschaft (…) galten als Garant der Demokratie, der Sicherheit, der Vollbeschäftigung."[287] Die enge Verflechtung von Parteien und Verbänden erleichterte die Konsensfindung der Eliten. Der hohe Organisationsgrad der Gesellschaft in Parteien und Verbänden bot zudem die Garantie, dass die Entscheidungen der Eliten auch durchgesetzt werden konnten.[288] Angesichts der schwierigen Lage der Nachkriegszeit war diese enge Zusammenarbeit realpolitisch erforderlich.

„Schließlich ließ der Kampf um den Staatsvertrag alle politischen Gegensätze in den Hintergrund treten und schloss Experimente aus. Von beiden großen, staatstragenden Parteien wurden die selbst in einem demokratischen Gemeinwesen legitimen

[285] ebenda, 291.
[286] Pelinka, Postklassischer Parlamentarismus und Sozialpartnerschaft, 333.
[287] Hanisch, Der lange Schatten, 43. Vgl. auch: Ulram, Hegemonie und Erosion, 226f.
[288] Nick/Pelinka, Österreichs politische Landschaft, 106.

Sonderinteressen im Interesse des Ganzen zurückgestellt, ja geopfert. Es war und ist nur wesentlich, den in einer außergewöhnlichen Lage bewährten Geist der Demokratie auch in anderen Zeiten zu bewahren."[289]

Dass die politische Kultur der Zweiten Republik auf einem Vorrang der repräsentativen Demokratie gegenüber der plebiszitären basierte, ist nach Pelinka aus folgenden Faktoren ersichtlich:

- Die Konstituierung der Zweiten Republik, manifestiert in der Unabhängigkeitserklärung, war ein Akt des elitären Konsenses. Die politischen Eliten haben die Republik von oben neu geschaffen.
- Die Kooperation der beiden Großparteien in Form der „permanenten Koalition" ließ von unten kommenden Impulsen kaum einen Spielraum.
- Die ab 1945 aufgebaute Sozialpartnerschaft diente als Interessenvertretung der Großen Koalition. Nach dem Ende der „permanenten Koalition" 1966 wurde die Sozialpartnerschaft zu deren Fortsetzung mit anderen Mitteln und somit zum stärksten repräsentativen Element des politischen Systems.
- Die in der Bundesverfassung ausdrücklich vorgesehenen Instrumente der direkten Demokratie Volksabstimmung und Volksbegehren wurden zunächst überhaupt nicht und dann mit unterschiedlicher Häufigkeit und Gewichtigkeit genutzt.[290]

Diese repräsentative Überfunktion von Parteien und Verbänden ließ auch den Wunsch nach mehr direkter Demokratie laut werden. Die demokratischen Defizite wurden im Laufe der 70er Jahre mit dem Aufkommen von Fragen der Lebensqualität und dem Anspruch nach politischer Beteiligung wahrgenommen und die Regierung auf diesen Wandel nicht adäquat reagierte. Die Kritik an der Regierung und Sozialpartnerschaft wuchs, die Konkordanzhaltung geriet vielfach unter Druck.

4.7. Medien und Demokratie nach 1945

Nach der Niederwerfung des Nationalsozialismus wurden sowohl von den Alliierten als auch von den politischen Parteien rasch die für die neu gegründete Zweite Republik nötigen Medien hergestellt. Von einer Entwicklung „freier Medien" konnte jedoch noch nicht gesprochen werden, stand doch der gesamte Medienbereich zunächst unter der direkten Aufsicht und Kontrolle der Besatzungsmächte, daneben übten die Parteien einen entscheidenden Einfluss auf die Medienentwicklung aus.

[289] Weinzierl/Skalnik, Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik, 60.
[290] Pelinka, Der Aufstieg des Plebiszitären, 10.

Trotz der Bemühungen der Entnazifizierung hatte die personelle Kontinuität einer Vielzahl von Journalisten die Nachkriegsentwicklung in den Medien nachhaltig beeinflusst. Die persönliche Betroffenheit durch den Nationalsozialismus sowie die Tabuisierung der eigenen Vergangenheit behinderten bis in die 60er Jahre eine von der Presse getragene Aufklärung über die österreichische Mitverantwortung an den Verbrechen des NS-Regimes.[291]

„Nach den Erfahrungen mit der totalitären Beherrschung und Instrumentalisierung der Medien unter dem NS-Regime waren die Alliierten nach 1945 zunächst bemüht, in diesem zentralen Bereich Veränderungen auf allen Gebieten, von den Printmedien über den Rundfunk bis zu Filmproduktion, Literatur und Theater, durchzusetzen."[292] Diese „Reeducation" bezeichnet Fabris als „medienkulturelle Westintegration",[293] die mit der Übernahme westlicher Vorstellungen parlamentarischer Demokratie, von Journalismus und Medien verbunden war. Auf kulturellem und ideologischem Gebiet waren die USA die aktivste Macht unter den Alliierten, ihre Medien- und Kulturpolitik hat sich als besonders erfolgreich erwiesen. Diese wurde „über direkte wie indirekte Zuwendungen, Einladungen zu Auslandsreisen, Stipendien in die USA, über technische und organisatorische Zusammenarbeit, Anstellungsverhältnisse, die Übernahme professioneller Standards, die Arbeit mit US-amerikanischen Informationsquellen" übermittelt.[294] Zweifellos haben auch die anderen Besatzungsmächte versucht, über die Medien ihre Ideale und Gesellschaftsmodelle zu verbreiten, doch hat die amerikanische Beeinflussung unter dem Motto der „Amerikanisierung" ihre stärkste Auswirkung. Nach dem Abzug der Amerikaner 1955 übernimmt immer mehr Deutschland mit seinen Medien die hegemoniale Stellung in Österreich.[295]

4.7.1. Printmedien

Nach sieben Jahren gleichgeschalteter Information und dem totalen Vakuum, das nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches entstand, sowie der Ungewissheit über die Zukunft Österreichs, war das Bedürfnis nach Information in der Bevölkerung besonders groß. Schon rasch erlebte Österreich eine Blüte des Zeitungswesens, und die Österreicher konnten sich aus

[291] Hausjell, Fritz, Die mangelnde Bewältigung des Vergangenen. Zur Entnazifizierung und zum Umgang von Journalistinnen und Journalisten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945, in: Fabris, Hans Heinz/Hausjell, Fritz (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945, Wien 1991, 41.
[292] Fabris, Hans Heinz, Der „österreichische Weg" in die Mediengesellschaft, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich, Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 647.
[293] Fabris, Hans Heinz, Journalismus im „neuen" Österreich, in: Fabris, Hans-Heinz/Hausjell,Fritz (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945, Wien 1991, 6.
[294] ebenda, 6.
[295] ebenda, 6.

vielerlei Richtungen informieren.[296] Neben der Nachrichtenvermittlung wirkten die Zeitungen meinungs- und moralbildend, vor allem galt es, die Ideologie des Nationalsozialismus auszumerzen und die demokratische Entwicklung zu unterstützen.

In der Erklärung des Alliierten Rates vom 1. Oktober 1945 über die Wiederherstellung der Pressefreiheit wurden österreichische Journalisten dazu verpflichtet, „nationalsozialistische, großdeutsche und militärische Ideologien und Doktrinen in all ihren Formen und Möglichkeiten im politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben“ zu bekämpfen.[297]

Bereits am 23. April 1945 erschien die erste österreichische Zeitung, „Neues Österreich“ als gemeinsame Plattform von ÖVP, SPÖ und KPÖ, was auch im Untertitel der Zeitung ihren Ausdruck fand: „Organ der demokratischen Einigung“.[298] Die Zeitung befasste sich überwiegend mit dem Aufbau des Landes und der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse.

In den Besatzungszonen gaben die Alliierten ihre eigenen Zeitungen heraus: *Wiener Kurier* (Amerikaner); *Weltpresse* (Briten); *Welt am Montag* (Franzosen); *Österreichische Zeitung* (Sowjets).[299]

Neben der Besatzungspresse gründeten die Parteien ihre eigenen Blätter: *Kleines Volksblatt* (ÖVP); *Arbeiterzeitung* (SPÖ); *Österreichische Volksstimme* (KPÖ),[300] welche sodann bis 1955 dominierten „Die wichtigsten Akteure der Medienpolitik waren neben den Alliierten mit ihren teilweise recht unterschiedlichen medienpolitischen Zielsetzungen bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit die politischen Parteien, die über das Instrument der Papierzuteilung und vor allem mittels Personalpolitik und finanzieller Zuwendungen die Medienentwicklung entscheidend beeinflußten. Später traten die Sozialpartner an ihre Seite und zunehmend auch an ihre Stelle.“[301] Fabris meint auch, dass man für die ersten zwei Jahrzehnte von einem spezifisch „großkoalitionären“ und „Proporz-Journalismus“ sprechen könne.[302] Erst allmählich konnten sich einige Medienunternehmen politisch und ökonomisch emanzipieren. Mit Ende der Besatzung ging die Vormacht der Parteipresse verloren, die unabhängigen Zeitungen, die sich allmählich auch zum Kritiker über die politischen Parteien und der von ihnen repräsentierten Koalition entwickelten, gewannen zunehmend an Bedeutung und Auflagenstärke.

---

[296] Vgl. Kreissler**,** Felix, Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen, Wien, Köln, Graz 1984, 410.
[297] Hausjell, Die mangelnde Bewältigung des Vergangenen, 30.
[298] Kreissler, Der Österreicher und seine Nation, 409.
[299] ebenda, 410.
[300] ebenda, 410.
[301] Fabris, Der „österreichische Weg“ in die Mediengesellschaft, 647.
[302] Fabris, Journalismus im „neuen“ Österreich, 4.

4.7.2. Rundfunk

Jede Besatzungsmacht wollte einen Sender kontrollieren. Während sich die sowjetische Besatzungsmacht mit einigen Sendestunden pro Woche, die sogenannte Russische Stunde, die über die Ravag gesendet wurde, zufrieden gaben, gründeten die anderen alliierten Mächte ihre eigenen Radiostationen. Die Amerikaner betrieben ihren Sender *Rot-Weiß-Rot*, die Briten besaßen eine ganze Sendergruppe, *Alpenland*, mit Studios in Graz und Klagenfurt, und die Franzosen organisierten die *Sendergruppe West* in Tirol und Vorarlberg.[303] Besonders populär war der Sender *Rot-Weiß-Rot*", der neben der Vermittlung amerikanischer Volkskultur viel zur demokratischen Meinungsbildung beigetragen hat.

Im Gegensatz zur Presselandschaft, sollte der Rundfunksektor nach dem Ende der Besatzung zunächst unter der Kontrolle der Regierung bleiben, da man auf koalitionärer Ebene zu keinem Konsens über die künftige Rechtsgrundlage des Rundfunks gelangte. Es fand ein andauerndes „Kopf-an-Kopf-Rennen" der beiden Koalitionsparteien um die Vorherrschaft im Rundfunk statt,[304] so dass es letztlich zu einer Lösung nach dem Prinzip des Proporzes (Schwarze Welle – Roter Schirm) kam.

Nach umfangreichen Verhandlungen einigte man sich per 1. Jänner 1958 auf die Gründung einer *Rundfunk GmbH*. Die Regierung war aber nach wie vor bestrebt, den Rundfunk zu kontrollieren und seine Unabhängigkeit zu verhindern.[305] Vor allem die SPÖ war gegen die Entwicklung freier Medien. Für sie bestand kein Zweifel, Medieninstitutionen wie den Rundfunk möglichst regierungsnah einzurichten, um kontrollierbar zu bleiben.[306] Man fürchtete, „daß sich eine unabhängige Rundfunkgesellschaft zu einem Staat im Staate entwickeln und sich letztlich gegen die Demokratie (…) richten könne. Diese Furcht hat am Rundfunksektor dazu geführt, daß Radio und Fernsehen eine freie Parlamentsberichterstattung (…) versagt geblieben ist. Im Unterschied zum Printsektor konnten die Parteien am Rundfunksektor ihr Urheberrecht auf den politischen Prozeß richtiggehend zementieren."[307]

Allmählich wuchs jedoch Widerstand gegen die von der Regierung praktizierte Rundfunkpolitik, zumal der Rundfunk nicht mehr in der Lage war, seiner Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsaufgabe nachzukommen. Es gab nur „eine sehr geringe und wenig professio-

---

[303] Kreissler, Der Österreicher und seine Nation, 411.
[304] Stöger, Hermann, Schwarze Welle – Roter Schirm. Der Proporz am Beispiel Rundfunk,, Wien, Melk 1965, .9. Zitiert nach: Pensold, Wolfgang, Vom Staatskanzler zum Medienkanzler. Drei Dogmen im medienpolitischen Diskurs der SPÖ nach 1945, in: Medien und Zeit 3/99, Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AKH)" (Hg.), 12.
[305] Pensold, Vom Staatskanzler zum Medienkanzler, 12.
[306] Pensold, Vom Staatskanzler zum Medienkanzler, 15. Vgl. dazu: Glaser, Ernst, Die Krise des Rundfunks, in: Zukunft, H. 2, Jg.1959, 48.
[307] ebenda, 15.

nelle politische Berichterstattung (weitgehend unkritischen Proporzjournalismus)". Diese Situation sollte sich erst nach dem erfolgreichen Rundfunk-Volksbegehren 1964 deutlich bessern.[308]

Am 5. Oktober 1964 startete das von Vertretern parteiunabhängiger Zeitungen initiierte Rundfunk-Volksbegehren,[309] dessen Gesetzesentwurf eine Herauslösung des Rundfunks aus dem Proporzsystem durch einen starken Generalintendanten vorsah.[310] Das Volksbegehren fand unter großem publizistischem Aufwand seiner Initiatoren statt, vom Rundfunk selbst wurde es per Dienstanweisung geheimgehalten.[311] Im Gegensatz zur ÖVP, die sich in weiterer Folge taktisch klug hinter das Volksbegehren stellte, distanzierte sich die SPÖ von den Reformforderungen und kämpfte um die Erhaltung des Status quo. „ (…) es könnte nicht verantwortet werden, den verfassungswidrigen, unbrauchbaren Gesetzestext, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, zu beschließen", so der damalige SPÖ-Parlamentssekretär Heinz Fischer.[312] Das Rundfunkgesetz 1966 wurde letztlich von ÖVP und FPÖ beschlossen.[313]

Das Rundfunk-Volksbegehren von 1964 war ein erster Versuch, Öffentlichkeit gegen die totale Machtaufteilung im staatlichen Rundfunk und Fernsehen zu mobilisieren.[314]

Insgesamt 832.353 Österreicher hatten dieses Volksbegehren unterschieben, ein sichtbares Zeichen für den Widerstand gegen den Proporz. Die Öffentlichkeit war nicht mehr bereit, den permanenten politischen Einfluss der beiden Großparteien zu akzeptieren, sowohl in der Besetzung der Posten als auch in der Programmgestaltung.[315] „Die Unzufriedenheit mit dem Programm von Hörfunk und Fernsehen", hieß es zeitgenössisch in der *Presse*, „war ein wichtiger, aber doch nur ein auslösender Faktor. Viel stärker fiel ins Gewicht, daß der Rundfunk geradezu zum Paradebeispiel der auch in allen Bereichen des öffentlichen Lebens grassierenden Proporzwirtschaft geworden war, gegen die man sich mit Hilfe dieses Volksbegehrens auflehnte."[316] Zum ersten Mal machte die Bevölkerung von dem demokra-

[308] Sickinger, Politischer Wandel in der Zweiten Republik, 306, Anm. 38.
[309] 44 Jahre nach der Beschlussfassung über die österreichische Bundesverfassung am 1. Oktober 1920 fand das erste bundesweite Volksbegehren statt, nachdem 1963 die notwendigen Durchführungsbestimmungen (B-GB 197/63) erlassen wurden.
[310] Pensold, Vom Staatskanzler zum Medienkanzler, 16.
[311] Pensold, Vom Staatskanzler zum Medienkanzler, 16. Vgl.dazu: Ergert, Viktor, 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd.III, 184.
[312] Heinz Fischer: Fragen an die 832.353; in: Zukunft, H. 5, Jg. 1965, 22. Zitiert nach: Pensold, Vom Staatskanzler zum Medienkanzler, 16.
[313] Pensold, Vom Staatskanzler zum Medienkanzler, 18. Vgl.dazu: Ergert, Viktor, 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd.III, 216.
[314] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 78.
[315] ebenda, 252.
[316] Nußbaum, Ernst-Werner, in: Die Presse, 9./10.7.1966. Zitiert nach: Mattl, Siegfried, Die deregulierte Demokratie, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55, Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, 357. Vgl. dazu Egert, Viktor, 50 Jahre Rundfunk in Österreich, bd. III. 1955 – 1967, Salzburg 1977; Fischer, Dieter, Das Rundfunk Volksbegehren 1964. Diss. Wien. 2005.

tischen Recht Gebrauch, durch ein Volksbegehren seinen Willen kundzutun. Dieses Volksbegehren war richtungsweisend für eine neue Politik, das Loslösen der Staatsbürger von der konventionellen institutionellen Partizipation, wie sie nach 1945 zum Selbstverständnis der Demokratie gehörte. Es kann weiters auch als Zeichen für den Übergang von der Parteiendemokratie zu einer moderneren Demokratie, in der der Wille des Volkes stärker mit einbezogen wird, gesehen werden. Nach Hanisch markiert das Rundfunk-Volksbegehren gewissermaßen das Ende der Proporzdemokratie.[317]

4.8. Krise und Ende der Großen Koalition

Langsam traten die negativen Auswirkungen der politischen Stabilität hervor. Diese lagen in einer zunehmenden Erstarrung der politischen Entscheidungsmechanismen und in der völligen Aufteilung der politischen Bereiche zwischen den Parteien. Mommsen-Reindl spricht von einer „Erstarrung im Gleichgewicht“,[318] oder nach Hanisch: „Die Proporzdemokratie wurde immer mehr scheel angesehen, das politische System verkrustete, die Demokratie verlor ihre Dynamik und Spannfähigkeit.“[319]

Schon 1963 hatte der Fall Habsburg eine schwere innenpolitische Krise ausgelöst und war bereits ein wichtiges Symptom für eine Koalitionsmüdigkeit. Zum ersten Mal kam es zu einer parlamentarischen Abstimmung, in der sich die SPÖ mit der FPÖ gegen die ÖVP zusammenschloss, um eine Rückkehr Habsburgs zu verhindern.[320]

Auch das Verhalten der beiden Großparteien rund um das Rundfunk-Volksbegehren trug dazu bei, dass die Große Koalition in der öffentlichen Meinung an Ansehen verlor. Die Große Koalition, der Proporz sowie die direkte parteipolitische Einflussnahme in alle Lebensbereiche stießen bei der Bevölkerung zunehmend auf Ablehung und Kritik. Der Anspruch auf demokratische Partizipation und Mitbestimmung trat immer stärker zu Tage. Der sich abzeichnende gesellschaftliche Wandel mit all seinen Auswirkungen zeigte erste Erfolge. „Die Auflösung der alten soziopolitischen Milieus, die Erosion der Lagermentalität, der Durchbruch der Angestellten- und Konsumgesellschaft, der soziale Wandel ganz allgemein ließen das alte Muster der Proporzdemokratie als überholt und ablösungsreif erscheinen.“[321] Vor allem in der ÖVP wurde die innerparteiliche Kritik an der Großen Koalition immer lauter. Die Wahlniederlagen von 1953 und 1959 und machten die

[317] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 451.
[318] Mommsen-Reindl, Die österreichische Proporzdemokratie, 217.
[319] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 444.
[320] ebenda, 450.
[321] ebenda, 451.

Notwendigkeit einer ideologischen Neupositionierung und neue Formen der Zusammenarbeit deutlich.[322] Die ÖVP war bestrebt, eine klare Mehrheit zu erhalten, um die Arbeitsfähigkeit der Großen Koalition wiederherzustellen.[323] Der endgültige Durchbruch zur neuen Politik gelang parteiintern erst 1963 durch Klaus und Withalm. 1964 wurde Josef Klaus Bundeskanzler, 1966 kam es schließlich zur Wende. Klaus führte die modernisierte ÖVP zum Wahlsieg, die innerparteilich uneinige SPÖ erlitt große Stimmenverluste.

4.8.1. Die SPÖ in der Krise

Während die ÖVP verstärkt einen Reformkurs einschlug, der die Partei als modern, fortschrittlich und zukunftsorientiert erscheinen ließ (s. „Aktion 20“) geriet die SPÖ in eine schwere innerparteiliche Krise, in der sie an Ansehen und Wählervertrauen verlor. Der Fall Olah und die Auseinandersetzung mit der Kronen-Zeitung, die Affäre Fussach sowie die starre Haltung in der Frage der Rundfunkreform bot das Bild einer „dogmatischen Erstarrung“.[324] Nachdem sich die Schwierigkeiten in der Koalition zunehmend verstärkten, zog Innenminister und vormaliger ÖGB-Präsident Franz Olah eine Alternative zur Großen Koalition, nämlich eine Kooperation mit der FPÖ in Betracht und unterstützte diese mit Gewerkschaftsgeld. Die Auseinandersetzungen mit Olah führten letztlich zur Spaltung der SPÖ. Olah gründete 1965 eine eigene Partei, die Demokratisch Fortschrittliche Partei (DFP), die bei der Nationalratswahl 1966 3,28 % der Stimmen erlangte, die großteils aus der SPÖ kamen.[325] Auch schadete der SPÖ im Vorfeld der Nationalratswahl 1966 eine nur halbherzig zurückgewiesene KPÖ-Wahlempfehlung.

Im Gegensatz zur ÖVP gelang es der SPÖ in dieser Zeit nicht, sich dem neuen Zeitgeist anzupassen. Für viele Wähler präsentierte die ÖVP das modernere und in die Zukunft weisende Erscheinungsbild. Kriechbaumer merkt an, dass der Wahlsieg der ÖVP nicht nur auf die Krise der SPÖ und der Kandidatur der DFP zurückzuführen sei, sondern vor allem auch auf der „gelungenen Adaption an gesellschaftliche Entwicklungstendenzen und den Wandel der Mentalitäten“ basiere.[326]

---

[322] Vgl. Müller, Wolfgang C., Die Österreichische Volkspartei, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, 279.
[323] Rauchensteiner, Die Zwei, 479.
[324] Kriechbaumer, Robert, Die ÖVP in der Ära Klaus, in: Kriechbaumer,Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 188.
[325] Nevracsil, Anton, Die Alleinregierung der ÖVP und die neue Rolle der Opposition, in: Sieder, Reinhard/Steinert,Heinz/ Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 153.
[326] Kriechbaumer, Die ÖVP in der Ära Klaus, 188.

Wie Rathkolb ausführt, sei es bemerkenswert, dass dieser gesellschaftspolitische Nachholbedarf bereits vor der „68er“ Bewegung in Ansätzen spürbar war, und dass es vor allem die ÖVP unter Josef Klaus war, die dieses Potential für sich gewinnen konnte.[327] Stimmengewinne erlangte die ÖVP vor allem bei Erstwählern und Frauen. Die ÖVP hatte am glaubwürdigsten signalisiert, aus dem Proporzsystem ausbrechen zu wollen.[328]

4.8.2. Die Nationalratswahl 1966

Bei der Nationalratswahl 1966 hatte die ÖVP - aufgrund der Wahlarithmetik - mit 48,35 % der Stimmen die absolute Mandatsmehrheit (…) errungen. Die SPÖ verlor 2 Mandate bei 42,56 %, die FPÖ verlor ebenfalls 2 Mandate bei 5,35% und die DFP Olahs erreichte kein Mandat.[329] Es wurden zwar wieder Verhandlungen über die Fortsetzung der Koalition aufgenommen, doch war die ÖVP nicht mehr bereit, Machtverzicht zu üben, so dass die Koalitionsverhandlungen an den harten Forderungen der ÖVP scheiterten. Die SPÖ verzichtete so auf eine weitere Regierungsbeteiligung und wählte die Rolle der Opposition. Damit erhielt Österreich erstmals seit 1945 eine Alleinregierung, der man gewiss mit etwas Besorgnis entgegengesehen hat.

Man hatte Angst vor einer teilweise Wiederholung von Krisen und Entwicklungen aus der Zeit der Ersten Republik und befürchtete eine gewisse Gefährdung der innenpolitischen Stabilität, die in der Großen Koalition – trotz erstarrter Strukturen – gewährleistet war. Nach einer im Jahre 1961 durchgeführten Untersuchung erwarteten 55 % der Befragten „innenpolitische Unruhen“ für den Fall des Auseinanderbrechens der großen Koalition (nur 12 % erwarteten eine Beruhigung, der Rest erwartete keine Änderung des innenpolitischen Klimas oder hatte keine Meinung).[330] Zu stark war noch die Erinnerung an die Erste Republik, um das Experiment eines Regierungswechsels zu wagen. „Österreich, so hieß es, sei noch nicht reif für ein anderes System.“[331]

Die wirtschaftliche Entwicklung geht der demokratischen voraus: In der Gegenüberstellung „Wirtschaftswunderlichkeit“ und „Staatsbewusstsein“ schrieb Hermann Mörth in der „*Zukunft*“: „So fest und dauerhaft auch die wirtschaftlichen und innenpolitischen Grundlagen

[327] Rathkolb, Die Kreisky-Ära 1970-1983, 310.
[328] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 80.
[329] Rathkolb, Transformation der SPÖ, 201.
[330] Müller, Wolfgang C., Das Regierungssystem 1966-70: politische Kräfteverhältnisse, Dynamik und Konsequenzen, in: Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 127. Vgl.auch: Blecha, Karl/Gmoser, Rupert/Kienzl, Heinz, Der durchleuchtete Wähler, Wien 1964, 151.
[331] Rauchensteiner, Die Zwei, 469.

der Zweiten Republik im Vergleich zur Ersten erscheinen, krankt das neue Österreich …(daran), daß seine materielle Entwicklung seiner geistigen Untermauerung im Bewußtsein der Staatsbürger weit vorauseilt.“[332] Wie auch Rathkolb betont, verlaufen Demokratiebewusstsein und sozioökonomische Entwicklung keineswegs parallel; Demokratieentwicklung braucht Zeit.[333]

Das Ergebnis der Nationalratswahl 1966 hatte aber gezeigt, dass Österreichs Bürger vor dem Hintergrund der Säkularisierung selbstbewusster geworden sind und ihre demokratische Reife bewiesen haben. „Der Übergang von der großen Koalition zur Alleinregierung war nicht nur eine Frucht des Weitblickes der Politiker, die berufen gewesen wären, rechtzeitig Alternativen zu einem unhaltbar gewordenen Zustand zu entwickeln, sondern das Ergebnis einer Wählerentscheidung (…).“[334]

Nevracsil zufolge kann bezweifelt werden, dass die Wähler tatsächlich eine Alleinregierung wünschten.[335] Die ÖVP-Alleinregierung stand daher vor der Herausforderung zu beweisen, dass eine Einparteienregierung kein Risiko für die Demokratie sei. Die Ära 1966-1970 wurde als „Bewährungsprobe für das politische System der Zweiten Republik“ angesehen.[336].Doch findet die Regierungsform der „großen Koalition“ noch Jahre nach ihrer Auflösung große Anerkennung - in den ersten Jahren der ÖVP-Alleinregierung sogar starke „absolute Mehrheiten“ -, in der Folgezeit steht sie unbestritten vor allen anderen (gewünschten) Koalitionsvarianten.[337]

Das Ende der annähernd 20 Jahre dauernden Großen Koalition bedeutete jedoch nicht, dass damit auch die Zusammenarbeit zwischen den Großparteien in der Zeit der Alleinregierungen endete. Das Verhalten im Nationalrat war auch nach Beendigung der Großen Koaltion konsensorientiert, die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit wurde intensiviert.

Das Ende der Großen Koalition und der Übergang zu den Alleinregierungen Klaus und Kreisky gingen mit weitreichenden gesellschaftspolitischen, sozioökonomischen und soziokulturellen Modernisierungsprozessen einher. Diese brachten deutliche Brüche zum konservativen Paradigma der 50er Jahre und standen im Zeichen eines sich formierenden „sozialliberalen Konsenses“.[338]

---

[332] Mörth, Hermann, „Zukunft“, Jg. 1962, Nr.4. Zitiert nach: Rauchensteiner, Die Zwei, 469.
[333] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 413.
[334] Leser, Norbert, Die Entwicklung des Demokratieverständnisses in Österreich, in: Fischer, Heinz, Das politische System Österreichs, 3.Aufl., Wien, München, Zürich 1982, 21.
[335] Nevracsil, Die Alleinregierung der ÖVP und die neue Rolle der Opposition, 152.
[336] Neisser, Heinrich, Alleinregierung und Pressuregroups – Die Innenstruktur des Regierungssystems, in: Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 140.
[337] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 29.
[338] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 456ff.

Exkurs: Der gesellschaftliche Wandel

War die politische Kultur der ersten Nachkriegsjahrzehnte von einer außerordentlichen Stabilität und einem grundsätzlichen Konsens geprägt, so zeichnen sich in den 60er und 70er Jahren geänderte Trends ab. Für Hanisch bilden die späten 60er Jahre eine Zäsur; Mitte der 60er Jahre beschleunigte sich der Strukturwandel der österreichischen Gesellschaft; ein erster Wertewandel (Kulturwandel) setzte ein, was das politische System insgesamt vor neue Herausforderungen stellte.[339]

Seit den 70er Jahren sind sozioökonomische Veränderungen mit deutlichen gesellschaftlichen Umwälzungen erkennbar.Der sozioökonomische Wandel ging auch mit einer Säkularisierung der Gesellschaft und ihre Entwicklung hin zu einer Konsumgesellschaft einher. Traditionelle soziale Milieus und Lagerbindungen brachen auf, es kam zur Auflösung weltanschaulicher Polarisierungen und zu einer steigenden sozialen und politischen Mobilität.

1. Sozioökonomischer Wandel

Gegen Ende der 60er Jahre hat sich auch in Österreich – deutlich später als in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern – die soziale Ordnung einer entwickelten Industriegesellschaft durchgesetzt. Die zunächst noch stark agrarisch geprägte Gesellschaft ging langsam zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft über. Es kam zu einer Verschiebung der Berufsfelder, die vom Agrarbereich hin in den tertiären Sektor führte, den Faßmann als „Leitsektor“ für eine moderne postindustrielle Gesellschaft nennt.[340]

Ein wesentlicher Strukturwandel erfolgte mit dem Wandel im Agrarbereich. Die einsetzende Technisierung in der Land- und Forstwirtschaft setzte viele Arbeitskräfte frei. Waren 1955 noch 28,1 % der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig, so reduzierte sich dieser Wert bis 1981 auf 10 %.[341] Ebenso nahm der Anteil der selbständig Erwerbstätigen im Zeitraum zwischen 1951 und 1981 von 35,3 % auf 16,3 % ab.[342] Die Entagrarisierung war auch mit einer Veränderung des ländlichen Raums verbunden. Moderne urbane Lebensformen fanden durch die wachsende Bedeutung der Massenmedien verstärkt Eingang in den

[339] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 456f.
[340] Faßmann, Heinz, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft, Sozialer Wandel in Österreich, in: Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (Hg.), 1945-1995, Entwicklungslinien der Zweiten Republik, Wien 1995, 92 und 99. Vgl. dazu: Haller, Max, Klassenbildung und soziale Schichtung in Österreich. Analysen zur Sozialstruktur, sozialen Ungleichheit und Mobilität. Frankfurt, New York 1982.
[341] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 32.
[342] ebenda, 32.

ländlichen Bereich. Sie führten zu einer „Entregionalisierung“ und einer kulturellen Vereinheitlichung.[343]

Auch im industriellen Sektor führte der Einsatz von modernen Maschinen und die Technisierung vielfach zur Freisetzung manuell tätiger Arbeiter, welche dann häufig in Berufe mit neuen Qualifikationserfordernissen wechselten, wodurch die Arbeiterschaft heterogener geworden und so parteipolitisch nicht mehr klar zuzuordnen war.[344]

Deutlichstes Merkmal des soziostrukturellen Wandels war das permanente Wachstum im Dienstleistungsbereich. Der Anteil der Erwerbstätigen im tertiären Sektor stieg von 30,6 % im Jahre 1955 auf 50,0 % 1981 an[345] und hatte große Auswirkungen auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der starke Anstieg von Angestellten und Beamten führte zur Bildung „neuer Mittelschichten“,[346] die kein unmittelbares Klassenbewusstsein mehr zeigen. Wie Pelinka betont, ist deren wichtigstes politisches Merkmal „Beweglichkeit“.[347] Faßmann charakterisiert die Angestellten als die typischen Vertreter der modernen Gesellschaft, als „heterogen, individuell und weniger an Gruppenidentitäten gebunden“.[348] Diese Entwicklungen hatten zur Folge, dass sich die Hauptklientel der beiden Großparteien deutlich verringert hatte. Die Kernschichten der ÖVP gingen im Zeitraum zwischen 1961 und 1985 von 57 % auf 30 % zurück; die der SPÖ von 75 % auf 53 %.[349] Wie Plasser ausführt, hat die ÖVP ihr Profil als Landwirte- und Selbständigenpartei weitgehend verloren, die unselbständig Erwerbstätigen stellen mit 42 % die größte Wählergruppe, womit sich die ÖVP zu einer Arbeitnehmerpartei gewandelt hat. Auch in der SPÖ halten sich Arbeiter („blue-collar“) und Angestellte und Beamte („white collar“) das Gleichgewicht.[350] Die Sozialstruktur der Wähler beider Großparteien gleicht sich zusehends an.

Gleichzeitig kam es auf der Grundlage eines hohen Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum zu einer Steigerung des Konsums und des Lebensstandards und damit verbunden zu einer Veränderung der Lebensweise der Menschen. Nach Hanisch ging die „Kultur der Armut“ in eine „Kultur des Konsums“ über.[351] Die Lebensinteressen dieser breiten gesellschaftlichen

---

[343] Vgl. Faßmann, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft, 91.
[344] ebenda, 93.
[345] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 32.
[346] ebenda, 101.
[347] Pelinka, Anton, Die Beweglichkeit hat schon begonnen, in: Journal für Sozialforschung, 27.Jg. (1987), Heft 1, 88.
[348] Faßmann, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft, 100.
[349] Plasser, Fritz, Das österreichische Parteiensystem zwischen Erosion und Innovation. Eine empirische Langzeitanalyse, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.), Das österreichische Parteiensystem, Wien, Köln, Graz 1988, 61.
[350] Vgl. ebenda, 60.
[351] Hanisch, Ernst, Versuch einer Periodisierung der Zweiten Republik, in: Kriechbaumer/ Schausberger/ Weinberger (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 18.

Mittelschicht standen im Zeichen materieller Werte wie Steigerung des Lebensstandards und persönlicher Sicherheit. Nach Hanisch werden konservative Paradigmen von einem „sozialliberalen Konsens“ abgelöst.[352] Zielsetzungen wie „Chancengleichheit, Emanzipation und sozialer Aufstieg“ haben zunehmend das politische Leben bestimmt und das politische System herausgefordert.[353]

2. Soziokultureller Wandel

Mit dem sozioökonomischen Wandel ging eine Säkularisierung der Bevölkerung einher. Waren die 50er Jahre noch stark von konservativem Denken geprägt, so kam es in den 60er Jahren zu einem Kulturbruch im Wertedenken. Herkömmliche Traditionen wurden zunehmend in Frage gestellt wie auch traditionelle Bindungen an politische Parteien, Verbände sowie Kirche und Familie an Stellenwert verloren

Dabei verläuft die Auflösung traditioneller Bindungen kaum in Form eines offenen Bruches, sondern in der Bedeutungsabnahme bestehender Lebensregeln und persönlicher Distanzierung bzw. Nicht-Teilnahme an kirchlichen und parteipolitischen Aktivitäten. Die formale Mitgliedschaft bleibt dabei zumeist noch bestehen; sie reflektiert aber immer weniger eine echte religiöse oder weltanschauliche Verbundenheit, sondern immer mehr ein opportunistisches Verhalten.[354]

Das Jahrzehnte dominierende Lagerdenken begann sich aufzulösen, was auch als ein Aufbruch zu einer zivilen Gesellschaft gedeutet werden kann. „Die klaren Bruchlinien zwischen den Lagern verloren ihre Prägekraft. Die Bindung an die Lager wurde nicht mehr mit der Selbstverständlichkeit weitergegeben, wie dies seit der Formierung des Parteiensystems am Ende des 19. Jahrhunderts der Fall gewesen war. Die Konkordanz-demokratie begann, sich in Richtung Konkurrenzdemokratie zu verändern.“[355]

Herbert Dachs stellt fest, dass „Faktoren wie Beruf und Religion, Interessenlage und Weltanschauung, Stadt und Land“, welche fast ein Jahrhundert hindurch die hauptsächliche politische Strukturierung vorgegeben hatten, an Bedeutung verloren, sie „wurden relativiert, von neuen Bewußtseinslagen überdeckt oder aus einer diffusen Protesthaltung heraus

[352] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 426.
[353] Faßmann, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft, 100.
[354] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 34.
[355] Pelinka, Demokratie: Österreich 1900 – Österreich 2000, 21.

gegenstandslos und nicht mehr so ernst genommen wie bisher".[356] Besonders die jüngere Generation zeigte wenig Bereitschaft, sich in die traditionellen politischen Milieus zu integrieren. Elternhäuser sind immer weniger in der Lage, präformierte politische Einstellungen zu tradieren. War es in den 70er Jahren etwa jeder zehnte Jugendliche, der in politischen Fragen „selten oder nie" mit den Eltern einer Meinung war, so war es in den 80er Jahren bereits jeder dritte.[357]

Immer mehr ÖVP-Wähler begannen sich aus ihren traditionellen katholischen Milieus zu lösen, erkennbar an der Abnahme der Kirchgangsfrequenz. Der Prozentsatz jener Personen, die am Sonntag regelmäßig in die Kirche gehen, verringerte sich im Zeitraum von 1955 bis 1985 von 67 % auf 45 %.[358] Die Konfliktlinie „religiös-säkular" schwächte sich ab und verlor kontinuierlich an wahlpolitischer Bedeutung.

Nach einer Studie von Haerpfer konnten 1969 noch 34 % des Wahlverhaltens durch Sozialstrukturen (soziale Zugehörigkeit, regionaler Faktor und religiöse Bindung) erklärt werden, 1977 lag dieser Wert bei nur mehr 19 %.[359] Der Trend führte vom „class-voting" zum „issue-voting", was heißt, dass die entscheidenden Wahlmotive stärker auf Sachthemen und Spitzenkandidaten orientiert sind.[360]

2.1. „Catch-all-parties"[361]

Als Reaktion auf den gesellschaftlichen Wandel waren SPÖ und ÖVP ab Mitte der 60er Jahre verstärkt bestrebt, eine Politik zu vertreten, die grundsätzlich *alle* Wähler ansprechen sollte, eine Politik, die sich nicht mehr auf eine soziale Klasse als Zielgruppe beschränkte, oder wie Gerlich anmerkt: „Der Parteienwettbewerb richtet sich verstärkt auf die neue Mittelschicht, deren unterschiedliche Meinungen und Interessen eine andere Art von Politik, zumindest einen veränderten Stil der politischen Werbung, auslösen. Die Parteien passen sich hierbei

[356] Dachs, Herbert, Abschied vom Parteienstaat *oder* das Ende der Gemütlichkeit. Österreichs Parteiensystem 1945-1995, in: Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (Hg.), 1945-1995, Entwicklungslinien der Zweiten Republik, Wien 1995, 29.

[357] Ulram, Hegemonie und Erosion, 77. Vgl. dazu: Haerpfer, Christian, Gesellschaft, Wählerverhalten und Parteiensystem. Wahlverhalten in Österreich, der BRD, Belgien und Großbritannien, 1974-1987, in: Journal für Sozialforschung, 27.Jg. (1987), Heft 2, 176.

[358] Plasser, Fritz, Das österreichische Parteiensystem, 61.

[359] Vgl. Traar, Kurt/Birk, Franz, Faktoren des Wählerverhaltens: Warum wählen Wähler in Österreich so wie sie wählen? , in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.), Das österreichische Parteiensystem, Wien, Köln, Graz 1988, 127.

[360] Campbell, David, Der politische Paradigmenwechsel in Österreich, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte, Innsbruck, Wien 1998, 168.

[361] Vgl. Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), 20-41.

also einer veränderten Umwelt an. Die letzten Aspekte des Typs Klassenpartei schwinden, Parteien versuchen zu (…), zu catch-all-parties, zu werden."[362]

Nach Anton Kofler sind aus Österreichs Milieuparteien mit großen stabilen Wählerblöcken Volksparteien mit sehr heterogener und differenzierter Wählerschaft geworden. Insgesamt ist sowohl in der Parteienlandschaft als auch in der Bevölkerung ein starker „Trend zur Mitte" zu verzeichnen. „Eine politische Einstellung, die in Richtung *„Mitte"* tendiert, korrespondiert mit der Entwicklung der Großparteien zu „catch-all-parties" auf gesamtstaatlicher Ebene."[363] Diesen Wandel spiegeln auch die Grundsatzprogramme von ÖVP (1972) und SPÖ (1978) wider. Dogmatische Positionen wurden durch *„gemäßigtere Haltungen ersetzt, die den geistigen Hintergrund moderner „catch-all"-Strategien von Allerwelts- oder Volksparteien (Kirchheimer 1965) bilden."*[364]

Dadurch nahm die Polarisierung zwischen den beiden Großparteien ständig ab, da ideologische Ansätze zurückgestellt werden mussten, das Profil der Parteien glich sich zunehmend an, wodurch sich eine immer geringer werdende Unterscheidbarbeit ergab. Kirchheimer stellt die These auf, dass ein Beiseiteschieben der *ideologischen* Komponenten des politischen Prozesses typisch für „catch-all-parties" sei. Das Phänomen der *„Entideologisierung"* trifft für das österreichische politische System mit Sicherheit zu, wiewohl manche Ansätze zu *„Ideologiedebatten"* das Gegenteil aufzeigen könnten. Laut Kadan treten diese aber eher bei Oppositionsparteien als Gegensatz zum pragmatischen Kurs der Regierung auf.[365] Das hatte auch zur Folge, dass SPÖ und ÖVP als „catch-all-parties" einen Teil ihrer Wählerschaft nicht mehr zufrieden stellen konnten. Die Entideologisierung rief vielfach Unbehagen hervor und hat die Glaubwürdigkeit der Parteien beeinträchtigt. Wie Ulram es verdeutlicht: „So wie (zumindest) die Großparteien keine „natürlichen Heimaten" bestimmter sozialer Gruppen mehr darstellen, so sind sie auch kein „Hort ideologisch-weltanschaulicher Geborgenheit" mehr."[366] Hier liegt eine der Ursache für die allmähliche Auflösung traditioneller Parteibindungen und sozialer Zugehörigkeiten. Aber auch neuentstehende Anliegen der Bevölkerung konnten immer weniger berücksichtigt werden. Neue politische Gruppierungen hatten kaum eine Chance integriert zu werden, was den Boden für das Entstehen von außerparlamentarischen Bewegungen bereitet hat.

---

[362] Gerlich, Peter, Österreichs Parteien: Rahmenbedingungen und Fragestellungen, in: Gerlich, Peter/Müller, Wolfgang C. (Hg.), Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945, Wien 1983, 9.
[363] Kofler, Anton, Parteiengesellschaft im Umbruch. Partizipationsprobleme von Großparteien, Wien, Köln, Graz 1985, 26.
[364] Horner, Franz, Programme – Ideologien: Dissens oder Konsens, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreich, 3.Aufl. Wien 1997, 236.
[365] Kofler, Anton, Parteiengesellschaft im Umbruch, 14f.
[366] Ulram, Hegemonie und Erosion, 93.

2.2. Bildung

Der unter den Regierungen Klaus und Kreisky forcierte Ausbau der Bildungsmöglichkeiten trug wesentlich dazu bei, dass sich neue Werthaltungen und Einstellungen entwickeln konnten. Bildung ermöglichte es jungen Menschen vielfach, Milieus, in die sie hineingeboren wurden, zu verlassen, was zur Folge hatte, dass die politische Meinungsbildung Jugendlicher sich zunehmend in Distanz zu ihren Eltern entwickelte.

Der Ausbau der Bildungseinrichtungen stand unter dem Vorzeichen der Verbesserung der Chancengleichheit. Bildung sollte grundsätzlich allen offen stehen und die Verwirklichung individueller Lebenschancen ermöglichen. Höhere Qualifikationen förderten den sozialen Aufstieg und führten zu einer verstärkten sozialen Mobilität. Wie Faßmann betont, kam die Bildungsexpansion den Bedürfnissen der am sozialen Aufstieg interessierten Mittelschicht-gesellschaft entgegen, und besonders Frauen nützten die neuen Bildungsangebote, hatte doch Österreich bis dato eine sehr niedrige Frauenquote bei Maturanten und Akademikern zu verzeichnen. Die höhere Qualifikation trug zur Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit bei[367] und letztlich zur Emanzipation.

Als Langzeitwirkung der Bildungsreform entstand eine neue Bildungsschicht, die dann in den 80er Jahren, speziell in Verbindung mit den Umweltbewegungen, gesellschaftspolitisch wirksam wurde.

2.3. Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile

Die soziostrukturellen Entwicklungen führten auch zu Veränderungen in den Lebens-gewohnheiten der Menschen. Wohlstand und Individualität nahm zu, es entstanden neue, moderne und konsumbezogene Leitbilder. Durch die Herausbildung einer sehr heterogenen gesellschaftlichen Mittelschicht existierten unterschiedliche Milieus mit individuellen Lebensstilen, neuen Bewusstseinshaltungen und neuen Interessenslagen. Deutlich wurde, dass die Menschen stärker ihre eigenen Wünsche und Einsichten stärker in den Mittelpunkt stellen. Moderne Lebenshaltungen machen Menschen unabhängiger von traditionellen Bindungen, individuelle Interessen rückten nun stärker zutage als kollektive.[368]

Nach Gottweis kam es zu einem „Individualisierungsschub“, durch den die Menschen aus ihren traditionellen Bindungs- und Versorgungsstrukturen herausgelöst wurden. Soziale Zuge-

[367] Vgl. Faßmann, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft, 97.
[368] Vgl. Rosenberger, Erosion und Transformationen, 10.

hörigkeiten und lang tradierte Werte verloren an Bedeutung.[369] Hervorgerufen durch Massenkonsum und Urbanisierung kam es zu einer Homogenisierung der individuellen Lebensbedingungen. Dies führte zur Entstehung von neuen Widersprüchen und Konfliktfeldern, die durch das Aufkommen von Umweltproblemen als Folge des Wirtschaftswachstums noch verstärkt wurden[370] und die Menschen stärker für die Probleme der gesellschaftlichen Reproduktion sensibilisiert. Diese Veränderungen führten zum Anspruch auf Selbstbestimmung, auf Widerstand gegen Traditionalismen und staatliche Eingriffe. Nicht mehr Klassenherkunft sondern punktuelle persönliche Betroffenheit und die gemeinsame situative Bedürfnissituation sind Kristallisationspunkte der gesellschaftlichen Protestbewegungen.[371] Verbindliches und dauerhaftes politisches Engagement lässt nach und wird oft durch punktuelle Beteiligung zugunsten jeweils aktueller Themen ersetzt. So gesehen können die neuen sozialen Bewegungen als Individualisierungsschub der Gesellschaft verstanden werden. „Der Individualismus, das individuelle Lebensglück, die Selbstfindung, die Selbstverwirklichung etc. treten in der Rangordnung der Werte für die Menschen in den Vordergrund. Gesellschaftspolitische Zielsetzungen treten also in den Hintergrund, damit im Zusammenhang politische Ideologien und Weltanschauungen."[372]

3. Medien als vierte Gewalt im Staat

In dem Maße als sich die gesellschaftlichen Strukturen geändert haben, so vollzog sich auch in den Medien und in der politischen Kommunikation seit den 60er und 70er Jahren ein Paradigmenwechsel. Der Einfluss der Medien auf die Öffentlichkeit und auf das politische Geschehen nahm stark zu. Österreich, so Fabris, ist auf dem Weg in Richtung einer „Informationsgesellschaft".[373]

Dem noch in der Koalitionszeit üblichen „Parteien- bzw. Proporzjournalismus" folgte in den 60er und 70er Jahren eine Phase der politischen und ökonomischen Emanzipation des Journalismus.[374] Dadurch nahmen die Medien neben der Informationsvermittlung zunehmend

[369] Vgl. Gottweis, Neue soziale Bewegungen in Österreich, 343f.
[370] ebenda, 343.
[371] ebenda, 343.
[372] Ucakar/Unterberger, Struktur- und Funktionswandsel der Demokratie. 101.
[373] Fabris, Hans Heinz, Ein österreichischer Weg in die Informationsgesellschaft? in: Fröschl Erich/Zoitl Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985, Wien 1986, 236.
[374] Fabris, Der „österreichische Weg" in die Mediengesellschaft, 645.

Aufgaben der Kritik und Kontrolle der Politik wahr. Fabris spricht vom Aufstieg der Medien zur „vierten Gewalt – neben Exekutive, Legislative und Judikative.[375]

3.1. Printmedien

Entideologisierung und neue Lebenshaltungen nahmen zunehmend das Interesse an Parteizeitungen - ein Beweis für den Bedeutungsverlust des Parteienstaates -, die noch in den frühen 60er Jahren noch rund ein Drittel der österreichischen Tageszeitungen deckten und deren Reichweite bis Mitte der 80er Jahre kontinuierlich auf ca. 10 % sank.[376] Zugleich gewannen die parteipolitisch unabhängigen Zeitungen an Bedeutung. Neben der Boulevardpresse begann sich mit der Gründung des Nachrichtenmagazins „Profil“ allmählich auch in Österreich ein kritischer Journalismus zu etablieren. Wolfgang Kos stellt fest, dass in den Nachkriegsjahren Absprachen eisern hielten – weil es keine Kultur der abweichenden Meinung und keine kritischen Medien gab.[377] Im Kontext mit der Aufdeckung zahlreicher politischer Skandale entwickelte sich ein für Österreich typischer „Enthüllungsjournalismus“,[378] der vielfach dazu beitrug, dass die Bürger die Politik kritischer und schärfer zu beobachten begannen. Wie Plasser ausführt, erhielt „der bis dahin eher eliten- und konsensorientierte österreichische Journalismus einen offensiven, kritisch-recherchierenden Kontrapunkt.“[379]
War in den Anfangsjahren der Zweiten Republik das Pressewesen noch sehr breit gestreut, so zeichnete sich nun eine im europäischen Vergleich außerordentlich hohe Konzentration ab.[380] Hier ist vor allem die dominante Marktstellung der Kronen-Zeitung, aber auch das Sendemonopol des ORF zu nennen. Kritisch angemerkt sei, dass diese Entwicklung aus demokratiepolitischer Sicht wohl bedenklich ist, da dies einer Einengung der Meinungsvielfalt gleichkommt und die Gefahr einer einseitigen Berichterstattung in sich birgt, was vielfach dazu führt, dass von „einer veröffentlichten Meinung eine öffentliche Meinung“ wird. Daher lag Bundeskanzler Kreisky sehr an einem aufgeschlossenen und pluralistischen Pressewesen.

[375] Fabris, Hans-Heinz, Journalismus im „neuen“ Österreich, in: Fabris, Hans-Heinz/Hausjell, Fritz (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945, Wien 1991, 5.
[376] Ulram, Hegemonie und Erosion, 76.
[377] Kos, Wolfgang, Vorwort, in:Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55, 9-23, 18.
[378] Fabris, Ein österreichischer Weg in die Informationsgesellschaft? , 232.
[379] Plasser, Fritz, Medienzentrierte Demokratie: Die „Amerikanisierung“ des politischen Wettbewerbs in Österreich, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 207f.
[380] Vgl. Plasser, Fritz, Massenmedien und Politikvermittlung, in: Dachs u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, 3.Aufl., Wien 1997, 463.

Ende der 80er Jahre kam es mit der Herausgabe *Der Standard*, der vor allem das linksliberale Spektrum ansprechen sollte, zu einer „Neubelebung" auf dem Zeitungsmarkt.[381]

3.2. Rundfunk

Als Reaktion auf das Rundfunk-Volksbegehren kam es 1967 unter der Regierung Klaus zu einer Reform des Rundfunks, die zur Umwandlung des ORF in eine unabhängige Radio- und Fernsehanstalt führte, womit erstmals die Voraussetzung für eine unabhängige Berichterstattung gegeben war. Wesentlich war die Zusicherung der publizistischen Autonomie für die Programmgestaltung, wobei sich alle politischen Parteien zum Grundsatz der „Verpflichtung zur Objektivität und Meinungsvielfalt" des öffentlichen Rundfunks bekannten.[382]

Mit Generalintendant Gerd Bacher bahnte sich eine neue Ära im ORF an. Schwerpunkt seiner Reform war eine durchgreifende Entpolitisierung, mit dem Ziel, den Rundfunk aus seiner parteipolitischen Umklammerung herauszulösen. Bacher sorgte für eine Professionalisierung des Fernsehens mit einer qualitativen Verbesserung der Programminhalte. Denn, „ (…) *Mündig sind nur informierte Staatsbürger. In Österreich herrrscht ein geradezu traditioneller Informationsnotstand. (…)".*[383] Unter Bacher konnten bestimmte Themen und Nachrichten nicht mehr geheimgehalten werden, sondern mussten auch im Fernsehen thematisiert werden. Politiker wurden nun auch mit unangenehmen und nicht abgesprochenen Fragen konfrontiert. „Nennungen im Fernsehen waren nicht mehr automatisch großkoalitionär austarierte „Hofberichterstattung" sondern zunehmend von tatsächlichen Ereignissen abhängig."[384]

Das Angebot politischer Nachrichten- und Informationsprogramme wurde deutlich vergrößert. Besondere politische Bedeutung erlangte die aktuelle Informationssendung „Zeit im Bild", mit der spontanen Ad-hoc-Berichterstattung.[385] Ein Spiegel für den gesellschaftlichen Wandel waren neue Sendungen wie beispielsweise „Club 2"[386] oder „Runder Tisch".

---

[381] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 242.
[382] Berka, Walter, Medienpolitik in den 60er Jahren, in: Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, 244.
[383] Bacher, Gerd; zitiert nach: Andics/Ergert/Kriechbaumer: 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd.IV, 61f, in: Pensold, Vom Staatskanzler zum Medienkanzler, 19.
[384] Sickinger, Politischer Wandel in der Zweiten Republik, 315.
[385] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 252.
[386] „Der Club 2 war ein radikales Demokratiemodell im Geiste von 68. Er ging von der aufklärerischen Bedeutung des Wortes aus." Huemer, Peter, Moderator des Club 2, in: Der Standard, 25.9.1998, Album, 49.

Bundeskanzler Kreisky war um eine weitere Neuordnung des ORF bemüht, um dem „konservativen Übergewicht“ entgegenzuwirken.[387] Das neue Rundfunkgesetz 1974 sah eine Schwächung der Stellung des Generalintendanten vor, sowie die Umwandlung des ORF in eine „öffentlich-rechtliche“ Institution[388] - was tendenziell wiederum zu einem verstärkten Staatseinfluss führte. Als ein wichtiger demokratiepolitischer Impuls kann die Einrichtung einer Hörer- und Sehervertretung, die Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Kräfte im ORF-Kuratorium (Sozialpartner, Kirchen …) und die Festlegung eines breit verstandenen Informations-, Bildungs- und Kulturauftrags gelten.[389] Das Prinzip eines unabhängigen, der Objektivität und Meinungsvielfalt verpflichteten öffentlichen Rundfunks wurde durch eine Verfassungsbestimmung abgesichert.[390]

Wie Fabris ausführt, ist es Kreisky zweifellos gelungen, wichtige Anstöße zu einer „nachholenden Modernisierung“ und „Liberalisierung“ der österreichischen Medien insgesamt zu geben und damit die gesellschaftliche Entwicklung in Richtung „Medien-, Informations- und Kommunikationsgesellschaft“ mitzugestalten.[391] Daraus ist zu schließen, dass Kreisky zu mehr Transparenz im politischen Ablauf und zur Informationsvielfalt und damit auch zur Mündigkeit der Bürger beigetragen hat.

Das Problem der politischen Verflechtungen konnte jedoch nur teilweise gelöst werden. Noch in der Gegenwart besteht geradezu bei allen Parteien ein massives Interesse, Einflussnahme auf die politische Berichterstattung auszuüben, wie auch die jüngsten Debatten um den ORF gezeigt haben.

3.3. Das neue mediale Politikbild

Während der politische Entscheidungsprozess in der Ära der Großen Koalition noch weitgehend außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung stattgefunden hat und politische Kommunikation vor allem lagerintern verlief, so fiel den Medien, nachdem sie sich aus dem Proporzsystem gelöst hatten, ein immer größeres Gewicht in der politischen Auseinandersetzung zu, was auch ein völlig neues Politikbild hervorgerufen hat. Es trat eine neue Bruchlinie zwischen Politik und Massenmedien auf. Diese Entwicklung trug einerseits zu einer kritischen öffentlichen Meinung bei, andererseits zu einer „Entmündigung der Politik

[387] Fabris, Hans Heinz, Medienpolitk und mediale Hegemonie, in: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Bruno Kreisky, seine Zeit und mehr, Wien 1998, 118.
[388] ebenda, 117f.
[389] ebenda, 118.
[390] Berka, Medienpolitik in den 60er Jahren, 244.
[391] Fabris, Medienpolitik und mediale Hegemonie, 123.

durch die Medien."[392] Wie Herbert Dachs ausführt, haben die Parteien „das Gesetz des Bestimmens und Handelns in diesem entscheidenden Feld endgültig und weitgehend verloren"[393] Neue Formen der Politikpräsentation hatten zur Folge, dass sich die Einstellung der Bevölkerung zum politischen Geschehen veränderte und neue Bewertungskriterien geschaffen wurden.[394]

So war es vor allem das Fernsehen, das in den 60er Jahren eine hohe Reichweite erlangte und in Hinblick auf die Politik zum „wichtigsten demokratiepolitischen Medium" wurde. 1976 galt es für 66 % der Menschen in Österreich als die zuverlässigste politische Informationsquelle, während die Printmedien von nur 14 % als glaubwürdig galten.[395] Der zunehmende private Besitz von TV-Geräten ermöglichte zudem eine neue „Qualität" der individuellen Meinungsbildung,[396] förderte zugleich aber, so Fabris, die „Zuschauer-Demokratie".[397]

Wie in den meisten modernen Gesellschaften vollzog sich auch in Österreich ein Wandel von einer „Wort- zur Bildkultur",[398] die mit einer starken Personalisierung und Emotionalisierung des politischen Geschehens verbunden ist. Nach Plasser und Ulram hat das Fernsehen eine „neue politische Wirklichkeit geschaffen, die Politik als ein Ritual erscheinen lässt und die Konflikte auf ein Spiel zwischen Personen reduziert."[399] Politiker und Journalisten befinden sich in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Die Notwendigkeit, ständig in den Medien präsent zu sein, wurde für die Parteien immer mehr zu einer Überlebensfrage. Plasser spricht von einem Übergang „von einer Parteien- zu einer Tele-Demokratie".[400] Die Massenmedien werden zur zentralen Arena und Bühne des politischen Wettbewerbs: Dem Medium Fernsehen kommt eine außerordentliche Bedeutung im Image-Management der Politiker zu. Traditionelle Wahlkampfaktivitäten werden zunehmend von einer elektronischen Wahlkampflogik überlagert. Dazu zählen vor allem die wachsende Bedeutung von TV-Diskussionen und -Konfrontationen für die Beurteilung der Kandidaten als auch politische

[392] Hanisch, Versuch einer Periodisierung der Zweiten Republik, 23.
[393] Dachs, Abschied vom Parteienstaat oder das Ende der Gemütlichkeit, 23.
[394] Sickinger, Politiischer Wandel in der Zweiten Republik, 316. Vgl. auch: Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 78.
[395] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 253f.
[396] Dickinger, Christian, „Zampano tritt auf". Bruno Kreisky und die Medien: eine Spurensuche, in: Medien und Zeit 3/99, Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AKH)" (Hg.), Wien 1999, 42.
[397] Fabris, Der „österreichische Weg" in die Mediengesellschaft, 649.
[398] ebenda, 653.
[399] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 79.
[400] Plasser, Fritz, Massenmedien und Politikvermittlung, in: Dachs u.a.(Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, 3.Aufl., Wien 1997, 468.

TV-Werbung insgesamt. Professionelle Medienberatung und der taktische Einsatz der Meinungsforschung gewinnen zunehmend an Bedeutung.[401]

Wahlwerbungen sind immer stärker an Spitzenkandidaten anstelle von Parteiprogrammen orientiert, womit „Nationalratswahlen vielfach zu „Plebisziten“ über die Person des Bundeskanzlers“ geworden sind.[402] Die „Amerikanisierung“[403] der Politik stellte daher Politiker vor neue Herausforderungen, bot ihnen aber auch neue Möglichkeiten, wobei mediengerechtes Auftreten für den politischen Erfolg unerlässlich geworden ist.

Die Mediatisierung der Politik hat auch den innerparteilichen Meinungsaustausch weitgehend in den Hintergrund gedrängt, - der direkte Kontakt zwischen den Menschen und den politischen Mandataren ging vielfach verloren. Medien sind zur Hauptinformationsquelle über Politik geworden.[404] Dieses medial vermittelte Politikbild verstärkte aber auch die Tendenz zur Erosion der Parteibindungen und das „Unbehagen im Parteienstaat“, denn „Fernsehpolitik“[405] kann den Bedeutungsverlust traditioneller und gesellschaftlicher Sozialisation nicht ausgleichen.

Allerdings wirkt das breite Informations- und Kommunikationsangebot, wie Ulram bemerkt, horizonterweiternd, da die Menschen auch mit „anderen“ Denkmustern und Überzeugungen konfrontiert werden,[406] u.a., dass Medien sehr viele Informationen von außen, häufig von Ländern, mit weiter fortgeschrittener demokratischer Entwicklung, übermitteln.

4. Zeitgeist „1968“

Von wesentlicher Bedeutung für die gesellschaftlichen Veränderungen war zweifelsohne das Jahr 1968, das eine Zeitenwende, eine Art Kulturbruch zur Nachkriegszeit markiert. Es war ein Aufbruch zu einer Gegenkultur: etablierte Politik, gesellschaftliche Wertvorstellungen und Kultur wurden kritisch hinterfragt; Kritik an der bestehenden Ausübung von Demokratie und der Ruf nach Reformen wurden laut.

Die Studentenbewegung kritisierte gesellschaftliche Widersprüche wie die Armut inmitten der “Überflussgesellschaft“, sie thematisierte die Apartheid-Politik in den USA und sie protestierte massiv gegen das brutale Vorgehen des amerikanischen Militärs im Vietnam-Krieg. Die Studentenbewegung richtete sich vor allem auch gegen die kapitalistische

[401] ebenda, 468.
[402] Fabris, Ein österreichischer Weg in die „Informationsgesellschaft“?, 232.
[403] ebenda, 232.
[404] ebenda, 232.
[405] Sickinger, Politischer Wandel in der Zweiten Republik, 317f.
[406] Ulram, Hegemonie und Erosion, 28.

Gesellschaftsordnung des Westens mit all deren negativen Begleiterscheinungen (Konsum, Leistungsdruck, Profitdenken) und stellte das herrschende System mit seinen autoritären Ansprüchen in Frage.

Die Studentenbewegung agierte vor dem ideologischen Hintergrund der „Kritischen Theorie" der „Frankfurter Schule" (Neomarxismus) und identifizierte sich mit intellektuellen Eliten wie Horkheimer, Adorno, Sartre.[407]

Die Situation in Österreich unterschied sich deutlich von den anderen westlichen Industriestaaten. So richteten sich zwar Wünsche und Hoffnungen vieler unabhängiger Protestgruppen auf eine grundsätzliche gesellschaftliche Veränderung, nach Rolf Schwendter entstand aber keine „eigenständige österreichische außerparlamentarische Opposition", allenfalls eine nachholende Entwicklung.[408] Im Vergleich zur internationalen Entwicklung gab es in Österreich keine wesentlichen wirtschaftlichen oder politischen Krisen, Giller zufolge, fehlte es den österreichischen 68ern an den Vorraussetzungen für die Gewinnung einer Massenbasis.[409] Gröbere Konflikte konnten weitgehend durch die Sozialpartnerschaft vermieden werden. Ein weiterer Grund für den eher ruhig verlaufenden Protest war, dass, wie Pelinka ausführt, die Studentenbewegung besonders verfestigte Strukturen, sprich Parteien- und Verbändestaat vorgefunden hat und damit gegen härtere Wände gelaufen ist. Politisches Engagement außerhalb dieser verfestigten Strukturen schien kaum denkbar und möglich.[410]

Die in Österreich eher nur schwachen Protestaktionen waren jedoch ein wichtiges Zeichen für künftige Veränderungen in Politik und Gesellschaft. Vor allem die Forderung nach politischer Mitbestimmung, einer Demokratisierung sämtlicher gesellschaftsrelevanter Bereiche trat immer stärker in den Vordergrund.

Neben den internationalen Themen wurden vor allem die hierarchisch strukturierten Universitäten und Gesellschaftsstrukturen kritisch hinterfragt. Die Studentenbewegung richtete sich gegen eine elitäre Bildungsgesellschaft. Universitäre Missstände und althergebrachte Traditionen an den Universitäten (Ordinarienuniversität) gerieten ins

---

[407] In Österreich war der systemkritische Diskurs nicht nur auf linke Gruppierungen beschränkt sondern prägte auch Teile des CV und katholische Hochschulgemeinden. Vgl. Kriechbaumer, Die ÖVP in der Ära Klaus, 194. Erwähnenswert an dieser Stelle ist der „Prager Frühling", ein im Jahre 1968 in der Tschechoslowakei begonnener Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozess, ein Versuch, den Kommunismus zu reformieren (Dubcek: „Kommunismus mit menschlichem Antlitz"). Diese Reformbewegung wurde gewaltsam durch die militärische Intervention der Truppen des Warschauer Paktes beendet. Doch der Traum von Freiheit und Selbstbestimmung wurde nicht aufgegeben, bis schließlich 1989 die Demokratie durch friedliche Protestkundgebungen siegte.

[408] Schwendter, Rolf, Das Jahr 1968. War es eine kulturelle Zäsur? in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 166.

[409] Giller, Soziale Bewegung und Wertwandel in Österreich, 25ff.

[410] Pelinka, Anton, Die Studentenbewegung der 60er Jahre in Österreich. 8 Thesen aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren in der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte, Innsbruck, Wien 1998, 148.

Blickfeld der Kritik. Man forderte Mitsprache und Mitbestimmung bei den Lehrplänen und Lehrinhalten, aber auch bei der Berufung von Professoren. Verstärkt wurde zudem das Thema NS-Vergangenheit und deren Aufarbeitung aufgeworfen.[411]

4.1. Auswirkungen

In Österreich wurde durch die 68er Bewegung eine verspätete Modernisierung eingeleitet. „Anton Pelinka bezeichnet in einem Aufsatz das Österreich des Jahres 68 als ein „verspätetes Land": Die Demokratie, die Liberalisierung, die Säkularisierung – alles war verspätet. (…)."[412]Auswirkungen der Studentenbewegung waren vor allem kulturrevolutionär. Ansätze einer „Alternativkultur" wurden teilweise mittels Subventionen gefördert, ein geringer Spielraum in Kultur und Gesellschaft eingeräumt.[413] Trotz Abgrenzung von den radikalen Studenten - Kreisky nannte sie „Revolutionsharlekine"[414] – erwies sich die SPÖ relativ offen für die Anliegen der Protestgruppen und spielte eine wesentliche Rolle in der Kanalisierung der Protestmotive.

Ein Erfolg der Studentenbewegung bestand zunächst darin, sich mit neuen Aktionsformen wie spontanen Demonstrationen oder „sit-ins" u.a. am politischen Geschehen zu beteiligen und somit aktiv auf politische Entscheidungsfindungen Einfluss zu nehmen. Die 68er Bewegung steht für den Beginn des Aufbrechens des etablierten politischen Systems. Die Auseinandersetzungen haben in der Folge zur öffentlichen Diskussion über demokratiepolitische Fragen geführt.

Trotz der theoretischen Schwäche der Studentenbewegung in Österreich gelang es, neue politische Themen wie Abrüstung, Friedenspolitik, Bundesheerreform, sexuelle Befreiung, Frauenemanzipation, Hochschul- und Bildungsreform sowie Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in den politischen Diskurs einzubringen. Diese Themen bestimmten dann auch die Wahlkämpfe der SPÖ in den Jahren 1970 und 1971 und die folgende Reformphase.[415] Somit war die Studentenbewegung Wegbereiter für Reformen, die vielfach

[411] Ein wichtiges studentenpolitisches Ereignis war bereits der Fall Borodajkewycz. Vgl. dazu: Borodajkewycz-Affäre 1965, in: Gehler/Michael/Sickinger, Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur, Wien, München 1995, 486ff.
[412] Pelinka, Anton, zitiert nach: Knecht, Doris/Seifert, Thomas, „Eine Revolution war das nicht". Gespräch „Falter" mit dem Philosophen Rudolf Burger, in: Falter 4/1998, l4.
[413] Vgl. Giller, Soziale Bewegung und Wertewandel in Österreich, 100ff.
[414] Keller, Fritz, Wien, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde, 2. Aufl., Wien 1988, 81.
[415] Sieder/Steinert/Tálos, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Zweiten Republik. 21.

in der Ära Kreisky realisiert werden konnten. Ein Teil der 68er-Aktivisten machte sich auf den „Marsch durch die Institutionen“ und wirkte an der Reformpolitik der SPÖ mit.[416]

In den 70er Jahren lässt sich eine weitreichende Veränderung der Gesellschaftspolitik feststellen.[417] Sie führte zu einem Aufbruch aus alten, starren gesellschaftlichen Modellen und bürgerlicher Enge sowie zu mehr Toleranz für alternative Denk- und Lebensweisen. Damit können die Öffnung der Gesellschaft für neue Formen des Zusammenlebens, die Enttabuisierung der Sexualität, die Emanzipation der Frau, die Auseinandersetzung mit ökologischen Problemen als Langzeitwirkung der 68er Bewegung angesehen werden. Die Ökologiebewegungen, wie die Ablehnung des Atomkraftwerks Zwentendorf und die Verhinderung des Wasserkraftwerkes Hainburg sind aus der Tradition der 68er-Bewegung entstanden. Das Aufkommen von Bürgerinitiativen und die verstärkte Neigung zur direkten Demokratie zeigen das Fortwirken des radikaldemokratischen Impulses der Studenten-bewegung. Allerdings, wie Gottweis betont, hat das Fehlen einer breiten studentischen Protestbewegung die Chancen für die Entwicklung neuer Bewegungen in Österreich erschwert. Was in anderen Ländern die Studentenbewegung als Höhepunkt eines in den 60er Jahren einsetzenden „Protestzyklus“ bewegte,[418] wurde hierzulande erst durch die Anti-AKW-Bewegung erreicht, die geradezu eine „katalytische Wirkung“ im Hinblick auf die Entwicklung weiterer neuer sozialer Bewegungen entfaltete.[419]

[416] ebenda, 21.
[417] Vgl. Ebner, Paulus/Vocelka, Karl, Die zahme Revolution. ´68 und was davon blieb, Wien 1998, 195.
[418] Gottweis, Neue soziale Bewegungen in Österreich, 348.
[419] ebenda, 348.

5. Die sozialliberale Ära – Reformperiode der Alleinregierungen von Klaus und Kreisky

Die allmähliche Auflösung sozialer Milieus, die Entwicklung hin zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft, die einherging mit einem stetigen Ansteigen von Konsum und Lebensstandard, neuen Werthaltungen - einer Revolutionierung des Alltagslebens - und nicht zuletzt der Zeitgeist von „68“ mit seiner umfassenden Demokratiekritik und Forderung nach einer weitreichenden Demokratisierung aller politischen und gesellschaftlichen Bereiche, setzte die Politik unter starken Druck und machte die Notwendigkeit von Reformen deutlich. Sowohl ÖVP als auch SPÖ versuchten durch neue politische Strategien und Einsetzung von Experten auf die gesellschaftlichen Veränderungen zu reagieren.

Reformkräfte begannen eine stärker sachbetonte Politik zu entwickeln, wobei erstmals versucht wurde, wissenschaftliche Erkenntnisse zur Politikgestaltung miteinzubeziehen. Dabei stützte man sich auf demoskopische Erhebungen, bahnte sich in den 60er Jahren das Computerzeitalter auch in Österreich an.[420]

So wurde dann auch die traditionelle Form der Demokratieausübung einer kritischen Prüfung unterzogen. Grund für eine solch umfangreiche Diskussion zur Reform der Demokratie war vor allem die Kritik am übermäßigen Machteinfluss der Parteien und Verbände, die parteipolitische Durchdringung weiter Gesellschaftsbereiche, hinterfragt wurden ebenso die Demokratiedefizite der Sozialpartnerschaft. In die Reformdiskussion sollte auch die Forderung nach mehr Transparenz, Kontrolle und „mehr Partizipationsmöglichkeiten der Staatsbürger/innen und weniger autonome(n) Entscheidungsmöglichkeiten der politischen Parteien sowie der Staatsorgane an sich.“[421] einbezogen werden.

Es gab unterschiedliche Vorstellungen über einen „neuen Zugang zur Politik“[422] Stand das Programm der ÖVP unter der Parole „Verlebendigung der Demokratie“, womit Klaus eine Reform der politischen Demokratie verband, so wurde jenes der SPÖ mit „Demokratisierung der Gesellschaft“ erweitert.[423] Das gemeinsame Anliegen war Österreich zu modernisieren. Hanisch spricht von einer Periode des „sozialliberalen Konsenses“**,** die Mitte der 60er Jahre

[420] Orientiert am Vorbild vor allem der US-amerikanischen Wahlforschung begannen in den 60er Jahren das Fessel-Institut (ÖVP-nah) und das Institut für empirische Sozialforschung, IFES (SPÖ-nah) den Parteien genaue Daten über Wahlmotive und Wählerströme zu übermitteln. Aufgrund der Konkurrenzorientierung der Parteien um die Stimmen der Wähler gab es breites Interesse diese Instrumente zu nützen, um die Befindlichkeiten der Wähler, v.a. der neuen Mittelschichten zu erheben und daran ihre Politik auszurichten.Vgl. Pelinka, Vom Glanz und Elend der Parteien, 59.

[421] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 234. Vgl. dazu: Ritschel, Karl Heinz (Hg.), Demokratiereform. Die Existenzfrage Österreichs, Wien, Hamburg 1969.

[422] Rauchensteiner, Die Zwei, 463.

[423] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 457.

begann und bis Mitte der 80er Jahre andauerte, obwohl die Reformbereitschaft schon 1975 nachgelassen hatte.[424]

5.1. Klaus' Politik der Sachlichkeit oder die „Aktion 20"

„Sachgerecht", „neuer politischer Stil", „rechtsstaatliche Ordnung", diese Parolen prägten die beginnende Periode unter Bundeskanzler Klaus.[425]

Klaus setzte für die Erarbeitung seines Reformprogrammes, die „Aktion 20", führende Wissenschafter ein, - ein erster Versuch einer Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik. „Anstelle von Emotionen, Opportunismus und Augenblickslösungen sollten Sachverstand, Systematik und dauerhafte Lösungen (…) treten".[426] In zahlreichen Arbeitskreisen wurden die gesellschaftlichen und ideellen Umbrüche der 60er Jahre, die Bedeutungsabnahme von traditionellen Werten wie Religion und Familie durch die Säkularisierung, die Analyse der Lebensbereiche als auch der wachsende Anspruch auf demokratische Partizipation und Mitbestimmung diskutiert, um auf neue Herausforderungen Antworten zu finden.

„Die neue Politik der Sachlichkeit" war aber nicht nur die Forderung nach Kooperation zwischen Wissenschaften und Politik, es war vielmehr „der Versuch eines neuen und modernen Regierungs- und Führungsstils."[427]

Insbesondere wollte man eine deutliche Abgrenzung zur bisherigen Form der Zusammenarbeit der Großen Koalition demonstrieren und vor allem auch Reformkompetenz zeigen, um sich als moderne, fortschrittliche und zukunftsorientierte Partei zu profilieren. Mit dieser neuen politischen Strategie repräsentierte die ÖVP jene Aufbruchstimmung, mit der sie vor allem die an Reformen interessierten neuen Mittelschichten gewinnen konnte.[428]

---

[424] ebenda, 457.
[425] Skalnik, Die Parteien – Gründung und Entwicklung, 42.
[426] Klaus, Josef, Macht und Ohnmacht in Österreich: Konfrontationen und Versuche, Wien 1971, 155. Zitiert nach: Müller, Die Österreichische Volkspartei, 279.
[427] Neisser, Alleinregierung und Pressuregroups, 149.
[428] Kriechbaumer, Die ÖVP in der Ära Klaus, 188.
Die politischen Änderungen - vor allem 1966 und 1970 – waren wesentlich auf den Druck der jeweiligen ÖVP- bzw. SPÖ-Länderorganisationen zurückzuführen. Der soziale und gesellschaftspolitische Nachholbedarf war in den Ländern stärker als in den urbanen Zentren. Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 181.

5.2. Die Alleinregierung Klaus: „Verlebendigung der Demokratie“

Die XI. Gesetzgebungsperiode (1966-1970) war auch der Beginn einer Reformdiskussion über Demokratie, Wahlrecht und Parlamentarismus. Viele Denkansätze führten vielfach in der Regierungszeit Kreiskys zu nachhaltigen Reformen. Erstmals war es möglich, diese ohne hinderliche Koalitionsübereinkommen durchzuführen.

Im Regierungsprogramm der ÖVP sollte der Demokratiereform Priorität eingeräumt werden mit dem Ziel eine „Verlebendigung der Demokratie“ zu erreichen. Klaus, der einem strengen Rechtsdenken verpflichtet war, verband damit eine Aufwertung des Parlaments (Aufwertung der Opposition und Wahrung der Kontroll- und Minderheitenrechte), die freie Entscheidung der Abgeordneten, die Beendigung jeglichen Zwangs auf die Klubs sowie eine strenge Beachtung des Prinzips der Gewaltenteilung. Die politische Willensbildung sollte nicht mehr von außerhalb der Verfassung stehenden Institutionen, sondern in den verfassungsgesetzlich vorgesehenen Organen erfolgen. Klaus trat für die Unterordnung der Parteien und Verbände unter die Verfassung ein. Die „Verlebendigung der Demokratie“ sollte aber auch die Förderung des Staatsbewusstseins durch stärkere Beteiligung der Staatsbürger am politischen Leben einschließen.[429]

Klaus stand vor der schwierigen Situation, den innerparteilichen Interessenausgleich meistern zu müssen, fand doch die Zusammenarbeit mit den Wissenschaftern in der von bündischen Interessen beherrschten Partei wenig Echo. „Die Bünde wehrten sich gegen eine Politik aus der Retorte und bildeten eigene Expertengruppen“, wie sich auch die Landesorganisationen bald von der „Aktion 20“ distanzierten.[430] Sehr bald zeigte sich, dass das Bild der Moderne, das Klaus mit seiner „Aktion 20“ vermittelt hatte, in der konkreten Regierungsausübung mit extrem restaurativen Elementen versehen war und dem gesellschaftlichen Trend bremsend entgegenwirken wollte, dominierte doch der Kartellverband (CV) die Regierung. So signalisierte das Justizreformprogramm „eine Rückkehr zu extrem konservativen Rechtsvorstellungen mit katholischen Einsprengseln“.[431] Die ÖVP stand dem kulturellen Säkularisierungsprozess eher skeptisch gegenüber und war eher am Festhalten traditioneller Werthaltungen orientiert. Nach Kriechbaumer standen divergierende Interessen der Bünde sowie ideologische Bindungen mutigen Reformschritten entgegen. So scheiterte etwa die Strafrechtsreform am Widerstand der katholischen Kirche gegen die darin enthaltene

[429] Vgl. dazu: Arbeitspapier von Bundeskanzler Klaus, April 1966, in: Pelinka/Welan, Demokratie und Verfassung in Österreich, 331-342.
[430] Nevracsil, Die Alleinregierung der ÖVP und die neue Rolle der Opposition, 160.
[431] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 184.

Fristenlösung.[432] Die ÖVP war offensichtlich nicht in der Lage, die in sie gesetzten Erwartungen zur gesellschaftspolitischen Öffnung und Modernisierung zu verwirklichen.
Zwar hatte die Regierung Klaus „eine Vielzahl von Signalen in Richtung einer modernen „Catch-all-Party" gesetzt, war aber in der Umsetzung letztlich an den eigenen Strukturen gescheitert."[433]
Dennoch kann Klaus auf eine beachtliche Reformleistung verweisen,[434] wie die durchgeführte Rundfunkreform, welche den Rundfunk aus dem Proporzsystem gelöst hatte. Als eine wichtige Reform und ein großer Schritt in Richtung Modernisierung war der Ausbau des Bildungswesens. So wurden in den Jahren der ÖVP-Alleinregierung zahlreiche höhere Schulen und Universitäten gegründet und damit die soziale Aufstiegsmobilität gefördert.[435]
Ursache für die Wahlniederlage 1970 waren eine Reihe negativer Begleiterscheinungen, wie zahlreiche Skandale und Korruptionen, die der Regierung Vertrauen kosteten. Auch die weltweite wirtschaftliche Rezession von 1967 und eine unpopuläre Steuerpolitik wirkten sich nachteilig aus. Weiters schadete der ÖVP der unklug geführte Wahlkampf, der indirekt gegen Kreisky (jüdische Herkunft) gerichtet war.
Wesentlich war auch, dass die Zeit der „Personalisierung der Politik", wofür die Präsentation im Fernsehen von entscheidender Bedeutung war, einsetzte. Klaus hatte mit erheblichen Kommunikationsproblemen zu kämpfen und konnte sich im Umgang mit den Medien nicht bewähren. Zweifellos kam die Bedeutung des Fernsehens Kreisky zugute, der dieses Medium geschickt beherrschte und für seine Politik vorteilhaft einzusetzen wusste, so dass er in der Öffentlichkeit laufend punkten konnte. Laut Karl Blecha gab es spätestens ab 1967 einen ständigen Vorsprung der SPÖ in den IFES-Umfragen.[436]

5.3. Von der Konkordanz- zur Konkurrenzdemokratie

Mit der ÖVP-Alleinregierung vollzog sich auch der Übergang von der Konkordanz- zur Konkurrenzdemokratie[437] - der vor allem vor dem Hintergrund der Säkularisierung zu verstehen ist. Dennoch gab es weiterhin eine gute Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ, die sich zum ersten Mal in der Zweiten Republik als Regierung und Opposition gegenüberstanden. Nach Nick und Pelinka war das Verhalten im Nationalrat zunächst auch

[432] Kriechbaumer, Die ÖVP in der Ära Klaus, 190.
[433] Rathkolb, Transformation der SPÖ, 1966-1970, 207.
[434] Vgl. dazu: Kriechbaumer, Robert, Österreichs Innenpolitik 1970-1975, München, Wien 1981.
[435] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 462.
[436] Blecha, Karl, Analyse einer Wahl (I), in: Die Zukunft, Mitte März 1970, 6. Zitiert nach: Müller, Das Regierungssystem 1966-70, 133.
[437] Müller, Das Regierungssystem 1966-70, 119.

nach dem Ende der Großen Koalition 1966 ein auffallend konsensorientiertes, und auch in den beiden Jahrzehnten nach 1966 war das Muster der Einvernehmlichkeit nach wie vor dominierend,[438] was schließlich auch der öffentlichen Erwartungshaltung der Bevölkerung entgegenkam.[439] Regierung und Opposition waren bemüht, ihre Mehrheitsposition nicht „über Gebühr" zu beanspruchen bzw. nicht in eine destruktive Oppositionsrolle zu verfallen. Die Regierung Klaus war vielfach bereit, auf Abänderungswünsche der Opposition einzugehen, um dafür ihre parlamentarische Zustimmung zu bekommen.[440] Für die SPÖ galt es nun ein gegenüber der Regierung genügend differenziertes Bild zu entwickeln als auch Verantwortungsbewusstsein und weitere „Regierungsfähigkeit" zu demonstrieren.[441]

5.3.1. Intensivierung der parlamentarischen Aktivität: „Aufwertung des Parlaments"

Waren Stellenwert und Spielraum des Parlaments während der Großen Koalition wegen der unbedeutenden Opposition sehr eingeschränkt, so gewann nun das Parlament aufgrund der neuen Kräfteverhältnisse an Aktualität. Der Regierung stand ab 1966 jeweils eine mandatsstarke parlamentarische Opposition gegenüber, gestützt auf 40 und mehr Prozent der Abgeordneten und Wählerstimmen, wodurch das parlamentarische Geschehen intensiviert und belebt wurde.[442]

Viele Minderheitenrechte, die bis dahin aufgrund der schwachen Opposition nicht eingesetzt werden konnten, wurden nun wirksam. Die SPÖ nützte die ihr zur Verfügung stehenden Kontrollrechte voll aus, es kam zu einer fast explosionsartigen Entwicklung des Interpellationsrechtes[443] und auch die Anzahl der Plenardebatten stieg um etwa ein Drittel an.[444] Das Parlament wurde zum Ort der politischen Kontroverse, was auch das Interesse der Öffentlichkeit am parlamentarischen Geschehen verstärkte.[445] In diesem Sinn kann nach Pelinka durchaus von einer Aufwertung des Parlaments gesprochen werden.[446]

Im Bereich der Gesetzgebung dominierte jedoch nach wie vor die Regierung das Parlament. Die meisten der seit 1966 beschlossenen Gesetze gingen auf Gesetzesinitiativen der Regierung zurück und Entscheidungen darüber wurden im vorparlamentarichen Raum

[438] Nick/Pelinka, Österreichs politische Landschaft, 45.
[439] Nick/Pelinka, Parlamentarismus in Österreich, 49.
[440] Müller, Das Regierungssystem 1966-70, 126f.
[441] ebenda, 128.
[442] Pelinka, Reinventing Parliamentarism? Rollenverständnis und Vertretungsstile, 321.
[443] Pelinka, Parlament, 75.
[444] ebenda, 103.
[445] Ab 1969 wurde die freie Berichterstattung des ORF aus dem Parlament ermöglicht. Vgl. Dickinger, „Zampano tritt auf". Bruno Kreisky und die Medien: eine Spurensuche, 42.
[446] Pelinka, Parlament, 67.

(Sozialpartnerschaft und Parlamentsausschüsse) getroffen.[447] Aufgrund der fehlenden Zweidrittel-Mehrheit verfügte die Regierung nicht mehr über die Möglichkeit, Verfassungsgesetze ohne die Zustimmung der Opposition zu beschließen, was, wie Fischer ausführt, die „*bargaining-position*" der Opposition stärkte[448] und daher, so Mommsen-Reindl, die politische Kultur des „Packelns" aus der Praxis des politischen Lebens keineswegs völlig verschwunden ist.[449] Etwa 80 % aller Gesetze wurden einstimmig beschlossen und es gab eine hohe Übereinstimmung im Abstimmungsverfahren, was, so Pelinka, Ausdruck einer stabilen Demokratie oder – kritisch gesehen – Ausdruck eine für die Öffentlichkeit bedenkliche Kamaraderie der Mächtigen ist?[450]

Die Zeit der SPÖ-Alleinregierungen von 1971-1983 ist, was den Parlamentarismus betrifft, mit umgekehrten politischen Vorzeichen vergleichbar.[451] Auch die SPÖ war bemüht, schwere politische Konflikte zu vermeiden, ein Großteil der Gesetze wurde unter Einbindung der Opposition und im Konsens der Sozialpartnerschaft beschlossen.[452] Nach Fischer war das politische Klima in den 70er Jahren - abgesehen von einzelnen Ausbrüchen und heftigen Zusammenstößen - durch deutliche Unterschiede in den Auffassungen und durch harte Diskussionen, jedoch nicht durch gehässige Feindschaft oder Feindseligkeit charakterisiert.[453] Eine auf gewaltfreier Konfliktbewältigung beruhende politische Kultur war Selbstverständlichkeit geworden.[454] Nach Pelinka bedeutete die ab 1966 erhöhte Konfliktfreudigkeit im Parlament zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung des Parlamentarismus,[455] sondern ist als freies Spiel der politischen Kräfte zu verstehen, ist doch einer entwickelten Demokratie ein starker Parlamentarismus immanent.

[447] ebenda, 67f.
[448] Fischer, Heinz, Das Parlament, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3. Aufl., Wien 1997, 100.
[449] Mommsen-Reindl, Die Österreichische Proporzdemokratie, 213.
[450] Pelinka, Aspekte der Nachkriegspolitik, 253.
[451] Fischer, Zur Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich, 71.
[452] Eder, Hans, Die Politik in der Ära Kreisky, in: Sieder/Steinert/Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 190.
[453] Fischer, Die Kreisky-Jahre 1967-1983, 3.Aufl., Wien 1994, 206f.
[454] Fischer, Zur Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich, 65.
[455] Pelinka, Reinventing, Parlamentarism? Rollenverständnis und Vertretungsstile, 321.

5.3.2. Hochblüte der Sozialpartnerschaft

Die Sozialpartnerschaft wurde durch das Ende der Großen Koalition nicht in Frage gestellt. Tálos zufolge stellen die 60er und 70er Jahre eine „Hochblütenphase“ der Sozialpartnerschaft dar. [456]

Die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament hatte durch den Verzicht der Regierungsmitglieder auf ihr Stimmrecht keine direkte Änderung im Bereich der Sozialpartnerschaft zur Folge. Durch die Sozialpartnerschaft war eine wechselseitige Einbindung von SPÖ und ÖVP in den Entscheidungsprozess gegeben, so dass die Rolle der Opposition keineswegs als Ausschluss von der politischen Macht empfunden werden musste, - der Opposition eine teilweise „stille“ Beteiligung am Entscheidungsprozess zwischen 1966 und 1986 eingeräumt wurde[457] und damit das System des informellen Interessen- und Konfliktausgleichs während der Alleinregierungen Klaus und Kreisky nicht in Frage gestellt wurde.[458]

5.4. Die Alleinregierung - eine erste Bewährungsprobe

Rückblickend urteilt Fischer: „Es war eine wichtige, interessante und lehrreiche Zeit, und sie war nützlich für Österreichs Demokratie. Die österreichische Bevölkerung bekam vorexerziert, daß weder eine ÖVP- (…) noch eine SPÖ-Alleinregierung (…) ihre Macht mißbrauchte oder die Demokratie gefährdete.“[459] ÖVP als auch SPÖ zeigten sich bereit, die Spielregeln der Demokratie einzuhalten, was einen wichtigen Schritt in der demokratischen Fortentwicklung bedeutet.

Die „Demokratisierung der Politik“ wurde während der 60er Jahre forciert. Das Parlament gewann an Eigenständigkeit, Instrumente der direkten Demokratie kamen verstärkt zur Anwendung.[460]

---

[456] Tálos, Sozialpartnerschaft. Kooperation - Konzertierung – politische Regulierung, 449.
[457] Pelinka/Plasser/Meixner, Von der Konsens- zur Konfliktdemokratie?, 446.
[458] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 67.
[459] Fischer, Die Kreisky-Jahre 1967-1983, 86.
[460] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 462. Es gab drei erfolgreiche Volksbegehren: Rundfunk-Volksbegehren (1964), Volksbegehren zur schrittweisen Einführung der 40-StundenWoche (1969), Volksbegehren zur Abschaffung der 13. Schulstufe (1969) (s. Anhang).

5.5. Die Modernisierung der SPÖ

Die SPÖ nützte die Zeit der Opposition 1966-1970 zu einer durchgreifenden Erneuerung mit dem Ziel, wieder Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Bruno Kreisky, 1967 zum Parteivorsitzenden gewählt, war zunächst bemüht, die innerparteilichen Differenzen auszugleichen und aus der SPÖ eine geschlossene und moderne Partei zu machen.[461]

Während Pittermann auf parlamentarischer Ebene erfolgreich agierte, war es Kreiskys geschickter Umgang mit den Medien, denen er einen völlig neuen Stellenwert einräumte, welcher entscheidend für den Erfolg der SPÖ beigetragen hat. Ein Charakteristikum Kreiskys war zweifelsohne den Dialog nach allen Seiten hin zu suchen. Mit Kreisky beginnt eine Öffnung der Partei gegenüber Medien jeglicher Couleurs.[462] Durch seinen offenen gewandten Umgang mit den Journalisten, daher auch „Journalistenkanzler“[463] genannt, gelang es Kreisky, diese für die Darlegung seiner Politik zu gewinnen.[464]

Kreisky setzte die Politik der Verständigung mit der katholischen Kirche fort (s. „Mariazeller Manifest“ 1952: „Eine freie Kirche in einem freien Staat“) und wies stets auf die im Parteiprogramm 1958 formulierten gemeinsamen ethischen Zielsetzungen von Sozialismus und Religion hin.[465] Trotz heftiger Kontroversen rund um das gesellschaftspolitisch brisante Thema „Fristenlösung“ gelang es Kreisky, einen guten Dialog mit reformbereiten Kräften der Kirche (Kardinal König) zu führen. Mit der Annäherung an die katholische Kirche war es der SPÖ gelungen, zunehmend in das katholische Milieu der ÖVP einzudringen, was sich dann auch wahlpolitisch auswirkte.

Kreisky distanzierte sich deutlich von der Politik des Klassenkampfes und verfolgte einen konsequent antikommunistischen Kurs. (s.„Eisenstädter Erklärung“ 1969).[466] Die ideologische Öffnung der Partei zeigte deutlich, dass sich auch die SPÖ in Richtung einer „Catch-All-Party“ bewegte,[467] mit dem Ziel, neben den Stammwählern vor allem die neuen Mittelschichten, die aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen an politischem Gewicht zunahmen, zu erreichen. Die SPÖ war aber auch um Attraktivität gegenüber bürgerlichen Wählern

[461] Fischer, Kreisky-Jahre 1967-1983, 49.
[462] Dies war zunächst neu, war es doch bis in die 60er Jahre nicht üblich, mit bürgerlichen Medien in Verbindung zu treten. Vgl. Fabris, Ein österreichischer Weg in die „Informationsgesellschaft“?, 235.
[463] ebenda, 231.
[464] Dass Kreisky bei seinen Auftritten auf breites Medieninteresse stieß, kann am Beispiel des von ihm eingerichteten wöchentlichen Pressefoyer nachvollzogen werden, das sich, so Dickinger, zum „Forum genialer Selbstinszenierung“ entwickelte. Dickinger, „Zampano tritt auf“, 37. Dies hat zweifelsohne zu mehr politischer Transparenz und damit auch vielfach zum Abbau von Barrieren beigetragen.
[465] Vgl. Rathkolb, Transformation der SPÖ, 199.
[466] Vgl. ebenda, 206.
[467] ebenda, 199.

bemüht. Wie Kreisky es immer wieder betonte, sollte die SPÖ für alle Wählerschichten offen sein.[468]

Kreisky fühlte, „daß es ein allgemeines und weit verbreitetes Bedürfnis für Reformen, für Emanzipation, für Demokratisierung und Liberalität gab, dem die doch eher an *Law and Order* orientierte Politik des „echten Österreichers" Josef Klaus (…) nicht in ausreichendem Maße Rechnung tragen konnte."[469] Kreisky stand für Aufbruch und Erneuerung, so Franz Kreuzer, Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung, es war ein „Aufbruch zu neuem politischen Denken".[470] Die Reformen sollten die Entwicklung der modernen Gesellschaft berücksichtigen. Die SPÖ erarbeitete eine Reihe von Reformprogrammen, die mit einer Vielzahl von Experten – auch parteiunabhängigen – erstellt wurden, womit die Partei ihre „neue Offenheit und Orientierung an Sachlösungen" unter Beweis stellen wollte.[471] Die SPÖ entwickelte sehr konkrete Ideen, um sozialliberale Reformen im Rechts-, Bildungs- und Sozialbereich nachzuholen und alle Lebensbereiche zu demokratisieren. Mit der Erstellung eines Wirtschaftsprogrammes, das deutlich den pragmatischen Kurs erkennen lässt, war es der SPÖ erstmals gelungen, Wirtschaftskompetenz zu zeigen.[472]

Kreiskys Reformpolitik fand eine breite Zustimmung in der Bevölkerung. Das Versprechen alle Bereiche der Gesellschaft zu demokratisieren und liberale Rechtsreformen nachzuholen, kamen dem Zeitgeist von „68" näher als der „aufgeklärte Konservativismus" der ÖVP.[473] Im öffentlichen Meinungsbild erschien die Partei nicht nur als „soziale und kompetente", sondern auch als moderne und offene Partei.[474] Zahlreiche Wahlerfolge in den Bundesländern wiesen auf den deutlichen Aufwärtstrend der SPÖ hin. Wie es Nevracsil treffend ausdrückt, „1966 war es bei vielen noch *in*, rechts zu sein. Seit Kreisky wurde bürgerlich mit verstaubt und links mit modern gleichgesetzt."[475]

Die ÖVP geriet mit der Wahlniederlage von 1970 in eine schwere Führungskrise und blieb für 17 Jahre in Opposition. Hanisch sieht die Gründe vor allem im sozialen Wandel, der die klassische Klientel der ÖVP stark reduziert hatte sowie den starken Einbrüchen im katholischen Milieu. Die neue Mittelschicht war gegenüber Neuem und Unkonventionellem aufgeschlossener und tendierte eher zu Kreiskys Modernisierungsprogramm.[476]

---

[468] Rathkolb, Die Kreisky-Ära 1970-1983, 313.
[469] Fischer, Die Kreisky-Jahre 1967-1983, 49.
[470] Portisch, Hugo, Österreich II. 1968 – Jahr des Aufbruchs. Jahr des Umbruchs. Interview Franz Kreuzer mit Bruno Kreisky**,** in: ORF-Nachlese, Oktober 1995, 18f.
[471] Eder, Die Politik in der Ära Kreisky, 187.
[472] ebenda, 187.
[473] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 461.
[474] Ulram, Hegemonie und Erosion, 235.
[475] Nevracsil, Die Alleinregierung der ÖVP und die neue Rolle der Opposition, 162.
[476] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 463.

Die Nationalratswahl vom 1. März 1970 brachte der SPÖ erstmals die relative Mehrheit und „leitete eine Ära der Hegemonie sozialdemokratischer und liberaler Ideen ein, die in allen Gesellschaftsbereichen tiefe Spuren hinterließ.“[477]

Nachdem kein Einvernehmen über eine Koalitionsregierung erreicht werden konnte, kam es mit parlamentarischer Unterstützung der FPÖ zur Bildung einer Minderheitsregierung. Absprachen zwischen der SPÖ und der FPÖ, die eine solche „stille Koalition“ begründeten, enthielten als wesentlichen Punkt die Verwirklichung einer Wahlrechtsreform.[478] 1971, 1975 und 1979 erreichte die SPÖ wachsende absolute Mehrheiten[479] und dominierte damit die Regierung sowie das politische Meinungsklima 13 Jahre lang. Die absoluten Mehrheiten ermöglichten sodann die Reformpolitik der 70er Jahre, die von der SPÖ als „Der österreichische Weg“ bezeichnet wird.[480]

5.5.1. Bildung einer Wähler-, Interessen- und Wertekoalition

Kreisky gelang es, einerseits aufgrund seiner Oppositionspolitik und den Reforminitiativen, besonders auch mit dem Wahlversprechen einer Verkürzung des Präsenzdienstes auf „6 Monate sind genug“, andererseits wegen der Reformdefizite bzw. –rückschritte seitens der ÖVP-Alleinregierung Klaus zu punkten. Es setzte bei der oberen Bildungsschicht eine Entwicklung ein, verstärkt SPÖ zu wählen. (1969: 18 %; 1972: 29 %; 1977: 30 %). Ab 1970 tendierten auch Frauen verstärkt in Richtung SPÖ-Präferenz (1969: 39 %; 1972: 45 %). Bei Jungwählern erreichte die SPÖ 1970 die absolute Mehrheit. Gleichzeitig gelang es Kreisky die Kernschichten wieder an die Partei zu binden.[481]

Wie Fischer ausführt, ist es Kreisky dank seiner Person, seiner Politik und seiner Überzeugungskraft gelungen, dass viele gegen die Sozialdemokratie gerichtete Vorurteile abgebaut werden konnten, und somit keine größere Bevölkerungsgruppe von vornherein und unüberwindlich in Opposition zur SPÖ stand.[482] Die sozialdemokratische Hegemonie konnte sich so auf eine breite Wählerkoalition stützen, die auf einem die 70er Jahre prägenden „sozialliberalen Konsens“ basierte, wo materielle Werte wie Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, der Ausbau der Sozialleistungen, Bildung, Ausweitung der Mitsprache-

[477] Eder, Die Politik in der Ära Kreisky, 186.
[478] Kriechbaumer, Robert, Österreichs Innenpolitik 1970-1975, Wien 1981, 38. Zitiert nach: Ucakar, Demokratie und Wahlrecht 489.
[479] Sieder/Steinert/Tálos, Wirtschaft, Geselschaft und Politik in der Zweiten Republik, 26.
[480] Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985, Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 7.
[481] Rathkolb, Die Kreisky-Ära 1970-1983, 313 und 315.
[482] Fischer, Die Kreisky-Jahre 1967-1983, 277.

möglichkeiten dominierten, - kam doch dem Sicherheitsdenken in der Bevölkerung ein hoher Stellenwert zu.[483] Auf der Grundlage dieser Interessen- und Wertekoalition sowie der guten wirtschaftlichen Entwicklung konnte der Ausbau des Sozialstaates forciert werden, was zu einer beachtlichen Ausweitung des Wohlstandes führte. Eine ausgeglichene Verteilungspolitik hat wesentlich zur Entschärfung des Klassenkonfliktes beigetragen.

Mit der Durchführung von wichtigen Reformen vor allem im Rechts- und Bildungsbereich[484] erfolgte eine weitgehende Anpassung gesetzlicher Regelungen an die neuen gesellschafts-politischen Orientierungen.[485] In der Folge kam es zu einer nachhaltigen Veränderung des gesellschaftlichen Klimas als auch zu einem neuen Selbstbewusstsein in der Bevölkerung.[486]

Die Reformpolitik wurde aber nicht von allen Teilen der Bevölkerung mitgetragen. Wie Rathkolb ausführt, gingen Werte und Einstellungen zu gesellschaftspolitischen Fragen keineswegs konform mit der Reformpolitik, diese stieß vielfach auch auf Widerstand in der Bevölkerung, in der das autoritäre Denken noch stark ausgeprägt war. Nach einer Umfrage 1978 ist das Bild des „österreichischen Menschen“ nach wie vor von einer starken Kontinuität autoritären Potentials geprägt.[487] Dass Kreisky 1979 dennoch seinen größten Wahlerfolg verzeichnen konnte, ist im Wissen um die Vorteile des Wohlfahrtsstaates zu verstehen, der das autoritäre Potential vor allem bei SPÖ-Wählern in den Hintergrund treten ließ.[488] Kreisky war sich dieser autoritären Kontinuitäten wohl bewusst, und hat deshalb im gesellschaftspolitischen Diskurs nur vorsichtig versucht, an die Grenzen zu gehen.[489] Er war um Ausgleich unterschiedlicher gesellschaftlicher Zielsetzungen bestrebt, so dass die Maßnahmen und Reformen auch von den Oppositionsparteien mitgetragen wurden.[490]

5.5.2. Die „Durchflutung aller Bereiche der Gesellschaft mit Demokratie“

Als ein vorrangiges Ziel sah Kreisky die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus, worunter er die „permanente Demokratisierung“ aller gesellschaftlichen Bereiche verstand,

---

[483] Vgl. Ulram, Hegemonie und Erosion, 229-233.
[484] Vgl.dazu: Rathkolb, „Die Kreisky-Ära 1970-1983, 318-332.
[485] Ulram, Hegemonie und Erosion, 233.
[486] So hat sich vor allem das Rollenbild der Frau geändert. Das neue Familienrecht machte Frauen zu gleichberechtigten Partnern in Ehe und Familie, womit sich „tausendjährige Lebensformen des Patriarchalismus“ aufzulösen begannen. Hanisch, Versuch einer Periodisierung der Zweiten Republik, 22.
[487] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 71f. Nach Rathkolb bedingt latenter Autoritarismus an sich keineswegs automatisch autoritäre Regierungsformen, so dass in formal gut funktionierenden Demokratien durchaus starke autoritäre Trends vorhanden sein können. Ebenda, 65.
[488] Vgl. ebenda, 72.
[489] ebenda, 72.
[490] Ulram, Hegemonie und Erosion, 234.

denn Demokratie bedeute nicht nur Parlamentarismus.[491] Unter dem Grundsatz der „Durchflutung aller Bereiche der Gesellschaft mit Demokratie", sollte die Bevölkerung verstärkt in demokratische Entscheidungen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen (Wirtschaft und Kultur) eingebunden werden. Kreisky betont, „die Grundsätze der Demokratie dürfen nicht im politischen Bereich eingeschlossen bleiben, sondern sie müssen auf jeweils verschiedene Arten in jedem Bereich der Gesellschaft ihre Verwirklichung finden."[492] „(…) wir wollen die gesellschaftliche Demokratie verwirklichen, weil wir immer deutlicher erkennen, daß die politische Demokratie ja gar nicht mehr ausreicht."[493] Kreisky ist überzeugt, „eine Demokratie kann auf eines nicht verzichten, nämlich nicht auf die Mitwirkung von Hunderttausenden, sonst wird sie zu einer Oligarchie, zu einer Herrschaft Weniger."[494] Kreisky trat für lebendigere demokratische Verhältnisse ein. In diesem Sinn zitiert Kreisky den französischen Demokraten Edouard Herriot: *„On ne stabilise une démocratie que par le mouvement."* (Die Demokratie kann nur gefestigt werden, indem man sie in Bewegung hält).[495]

So stand dann auch das Parteiprogramm 1978 unter dem Vorzeichen der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. War es der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der ersten Phase ihres Wirkens gelungen, die „politische Demokratie" und die „Republik" zu erkämpfen, in der zweiten Phase den Wohlfahrtsstaat aufzubauen, so gilt es nun, die politische Demokratie und den Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie weiter zu entwickeln.[496] Die soziale Demokratie könne nur verwirklicht werden, indem immer neue Bereiche der Gesellschaft mit den Ideen der Demokratie durchdrungen werden. Die Menschen sollen überall, wo es möglich ist, ihr Leben und ihre Arbeit in sozialer Verantwortung selbst gestalten und an Entscheidungen mitwirken können.[497]

Die SPÖ trat auch für einen weiteren Ausbau der direkten Demokratie ein. Laut Kreisky müsse die praktische Durchführung von Volksbegehren reformiert werden. Er trat für ein geheimes Abstimmungsverfahren ein (an Stelle des heute noch öffentlichen Charakters des Volksbegehrens, wo Stimmberechtigte eine persönliche Unterstützungserklärung leisten müssen, was dazu führe, dass Menschen manchmal Angst vor der freien Meinungsäußerung haben).[498]

---

[491] Ritschel, Demokratiereform, 367f.
[492] Rathkolb/Kunz/Schmidt, Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt. 33.
[493] ebenda, 100.
[494] Ritschel, Demokratiereform, 389.
[495] ebenda, 389.
[496] Vgl. Das neue Parteiprogramm der SPÖ vom 20. Mai 1978, 1.2.
[497] Vgl. ebenda, 1.3.
[498] Ritschel, Demokratiereform, 389f.

Weiters sollte zum Inhalt eines Volksbegehrens klar mit „Ja“ oder „Nein“ Stellung bezogen werden können, um zugleich einen Volksentscheid herbeizuführen, denn nur mit einem Ja operieren zu können, sei keine echte demokratische Entscheidung, so Kreisky.[499] Das Parteiprogramm 1978 sieht auch die Unterstützung von Bevölkerungsinitiativen, unter Bedachtnahme gesamtgesellschaftlicher Zielsetzungen vor.[500] Um den Kontakt zwischen Wählern und Mandataren zu intensivieren, plädiert die SPÖ für eine Verstärkung der Persönlichkeitswahl in das System der Verhältniswahl.[501]

5.5.3. Reformen im Zusammenhang des Demokratisierungsschubs

So kam es denn auch zur Durchführung einer Reihe wichtiger und grundlegender Reformen, die - neben den liberalen Rechtsreformen (Christian Broda) vor allem im Bereich der repräsentativen bzw. plebiszitären Demokratie eine Weiterentwicklung brachten. Viele Ansätze waren vielfach schon unter Bundeskanzler Klaus in Gang gesetzt worden und gelangten nun unter Kreisky zum Durchbruch.

Im Rahmen des Artikels 26 BVG wurde gemeinsam von SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP die „Kleine Wahlrechtsreform“ 1971 beschlossen, die mehr Gerechtigkeit für kleinere Parteien brachte, indem die Verteilung der Mandate auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt wurde.[502]

Als ein weiterer Schritt in der Demokratisierung kann der Ausbau der Einrichtung des Volksbegehrens gelten: Mit der Novelle zum Volksbegehrengesetz 1973 (BGBl.1973/120) wurde das Einleitungsverfahren durch die Herabsetzung der dafür erforderlichen Unterschriften von 30.000 auf 10.000 erleichtert. Die Neuregelung 1982 (BGBl. 1982/133) sah eine Reduzierung der Unterschriften für eine parlamentarische Behandlung von bisher 200.000 auf nunmehr 100.000 Unterschriften vor.

Die Reform der Geschäftsordnung des Nationalrats 1975 (BGBL. 1975/409) brachte eine Erweiterung der Minderheits- und Kontrollrechte, als nun auch dem Verfassungsgerichtshof und dem Rechnungshof Prüfungsaufträge erteilt werden können.

---

[499] ebenda, 389ff.

[500] Vgl. Das neue Parteiprogramm der SPÖ vom 20. Mai 1978, 3.1.1.

[501] ebenda, 3.1.1.

Die ÖVP bekennt sich im „Salzburger Programm“ (1972) zur dynamischen Weiterentwicklung der Demokratie. „Nur durch die steigende Teilnahme aller kann der dynamische Prozeß der Demokratie verstärkt werden.“(vgl. Pkt 3.7.2) und tritt für die Weiterentwicklung der direkten Demokratie ein: „Als Ergänzung und Korrektiv der parlamentarischen Demokratie sind die Einrichtungen der direkten Demokratie, wie Volksabstimmung und Volksbegehren, ständig und auf allen Ebenen des Staates weiterzuentwickeln“. (vgl. Pkt. 4.10.5.).

[502] Vgl. Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 488-499.

Mit dem Parteiengesetz 1975 (BGBl. 1975/404) wurde erstmals die Bedeutung der politischen Parteien im politischen Prozess auf Verfassungsrecht gestellt. Das Gesetz regelt die Aufgaben, die öffentliche Finanzierung und die Wahlwerbung der politischen Parteien.
1975 kommt es zur Einführung der öffentlichen Presseförderung, um einem Rückgang der Medienvielfalt entgegenzuwirken (BGBl. 1975/405).
Ein besonderes Anliegen Kreiskys war die Einrichtung einer Volksanwaltschaft, - ein wichtiger Schritt zu mehr demokratischer Kontrolle. Als ein Kontrollorgan des Nationalrats hat die Volksanwaltschaft die Aufgabe, Beschwerden der Bürger über den Missbrauch der Verwaltung zu untersuchen, Empfehlungen abzugeben und allenfalls Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof einzubringen. Nach Kreisky soll die Volksanwaltschaft eine Institution sein, „welche die Beziehungen zwischen Regierung und Bürger humanisiert und die persönliche Sicherheit im Umgang mit den Ämtern erhöht."[503] Die Volksanwaltschaft wurde 1977 zunächst befristet, ab 1981 in eine ständige Institution (BGBl.1981/350) auf verfassungsrechtliche Grundlage gestellt.
Kreiskys Anspruch nach „Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche" konnte mit nachstehenden Reformen, in welchen das Mitspracherecht bisher politisch nicht teilnahmeberechtigter Gruppen festgelegt ist, teilweise nachgekommen werden:
- das Arbeitsverfassungsgesetz 1974 (Ausbau der Mitbestimmung in der Arbeitswelt);
- das Universitätsorganisationsgesetz 1975 (Einführung der Drittelparität)
- das Schulunterrichtsgesetz 1974 **(**Mitbestimmung von Lehrern, Schülern und Eltern) und
- die ORF-Reform 1974 (Einrichtung einer Hörer- und Sehervertretung)[504]

5.5.4. Bilanz bzw. Auswirkungen der Reformen

Österreich ist unter der Regierung Kreiskys zu einem offeneren, liberaleren Land geworden, mit mehr demokratischen Mitsprachemöglichkeiten, mehr Chancen zur individuellen Lebensgestaltung als auch einem hohen Ausmaß an sozialer Sicherheit.[505]
Die Reformen haben zweifellos zu einer Modernisierung Österreichs geführt, in vielen gesellschaftlichen Bereichen konnten europäische Standards erreicht werden. Im Rückblick auf seine Ära betonte Kreisky, dass gerade die „Quantität der Reformen" in ihrer Gesamtheit

[503] Rathkolb/Kunz/Schmidt, Kreisky Bruno. Der Mensch im Mittelpunkt. 110f.
[504] Vgl. z. B. Wimmer, Norbert, Weiterentwicklung von Demokratie und Föderalismus in Österreich seit 1970, in: Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 133-145.
[505] Eder, Die Politik in der Ära Kreisky, 197.

gesellschaftsverändernden Charakter erlangt hat.[506] Dabei sei die Struktur der Gesellschaftsordnung nicht grundlegend verändert worden, so dass, so Fischer, von einem Zeitraum „systemkonformer Reformtätigkeit“ und nicht von einer Periode „radikaler Systemveränderung“ gesprochen werden kann.[507] Fischer stellt fest, dass die Demokratie in Österreich zwischen 1970 und 1983 eine positive Entwicklung erfahren hat, die Bürger seien in die Rolle selbstbewusster kritischer Demokraten hineingewachsen.[508] So habe, Wimmer zufolge, die Weckung demokratischer Mündigkeit maßgeblich zur Aufdeckung neuer Demokratiedefizite geführt, was deutliches Zeichen einer demokratiepolitischen Weiterentwicklung ist.[509]

Wimmer weist darauf hin, dass es sich bei der Demokratiereform der 70er Jahre vor allem um eine Reform der Parteiendemokratie handelte und „partizipativen Forderungen“ zu wenig Augenmerk geschenkt wurde.[510] Trotz Kreiskys Bemühungen einer Demokratisierung aller Lebensbereiche konnte keine ausreichende Gesprächsbasis zu den neuen sozialen Bewegungen gefunden werden. Die relative Geschlossenheit des politischen Systems, sprich Parteien- und Verbändestaat, ließ sozialen und alternativen Bewegungen kaum Chance auf Integration. Gottweis bezeichnet die Zugänglichkeit des politischen Systems insbesondere in den 70er Jahren als relativ schlecht, wie es auch an institutionellen Anlaufstellen fehlte, um neue Anliegen zu artikulieren.[511]

Zudem kamen die Reformen – nach Hanisch - „der josephinischen Tradition entsprechend – von oben.“[512] Das tiefe Eingreifen des Staates hat folglich das obrigkeitsstaatliche Denken bestärkt. Die Bürger stehen dem politischen Geschehen nach wie vor teilnahmslos gegenüber, daher das subjektive Gefühl kaum etwas beeinflussen zu können. Auf der Strecke blieb das Bewusstsein, in einer Demokratie durch Engagement mitwirken zu können.

Wie Eva Kreisky schreibt, erkannte Kreisky zwar die enorm belebende Kraft, die in den neu entstehenden sozialen Bewegungen lag, dennoch war diese Einsicht zumeist von recht ambivalenten Gefühlen getragen: „Einerseits „störten“ diese „aufmüpfigen“ sozialen Bewegungen ja auch seine Politik, bildeten sie doch Sand in seinem politischen Getriebe; gleichzeitig genoß er es aber auch, daß sie etablierte Verhältnisse zum Tanzen, die ermattete

---

[506] Kreisky, Bruno, „Der österreichische Weg“, in: Fröschl,Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 300.
[507] Fischer, Heinz, Positionen und Perspektiven, Wien 1977, 93. Zitiert nach: Rathkolb, Die Kreisky-Ära 1970-1983, 336.
[508] Fischer, Die Kreisky-Jahre 1967-1983, 210.
[509] Wimmer, Norbert, Weiterentwicklung von Demokratie und Föderalismus in Österreich seit 1970, in: Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 134f.
[510] ebenda, 134f.
[511] Gottweis, Neue soziale Bewegungen, 344.
[512] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 464.

Demokratie in Bewegung brachten."[513] So sah Kreisky etwa in der Grünbewegung „eine gar nicht so schlechte Korrektur (…), weil die etablierten Parteien in ihrer Selbstgefälligkeit und Selbstherrlichkeit die Zeichen der Zeit nicht früh genug erkannt haben".[514] Kreisky wünschte sich „neben den Parteien- und Interessenverbänden" Bürgerinitiativen oder neue Parteien als „neue Zentren der Meinungsbildung".[515]

5.5.5. Ende des „sozial-liberalen" Konsenses

Viele der neu aufgetretenden gesellschaftlichen Problemfelder konnten vorerst noch durch die Reformpolitik überdeckt bzw. ruhiggestellt werden. Trotz des Gefühls der politischen Einflusslosigkeit, gab es eine hohe Zufriedenheit mit den Output-Leistungen, vor allem im Bereich sozialgarantistischer Orientierungen. Doch bereits im Laufe der 70er Jahre wird eine Entwicklung erkennbar, die sich allmählich gegen den Zusammenhalt der Wählerkoalition zu richten begann, - der Versuch, unterschiedlichste Interessen zu integrieren, wurde zu einer immer schwierigeren Gratwanderung.[516] Es zeichneten sich zunehmend wirtschaftliche, soziale und kulturelle Veränderungen ab, die die Grundlagen des sozial-liberalen Konsenses untergruben. Das war zum einen das Aufkommen neuer Themen (Umwelt, Lebensqualität) zum anderen die Ende der 70er Jahre eintretende Wirtschaftsverschlechterung, die auch Einschränkungen im Sozialbereich notwendig machte.

Zudem zeichneten sich seit den 80er Jahren Veränderungen in der Interessenpolitik ab. Während in den Nachkriegsjahrzehnten ÖVP und SPÖ über die aktive Rolle des Staates im Rahmen der Sozialpartnerschaft weitgehend übereinstimmten, so wurde nun Kritik am breiten Aktivitätsradius des Staates laut. Die weltweite konservative Trendwende (neoliberales Denken) hatte sich auch hierzulande bemerkbar gemacht und erschwerte die Fortsetzung der Reformpolitik. Tálos spricht von einem „Rückzug des Sozialstaates" seit den 80er Jahren.[517] Der sozialpartnerschaftliche Konsens wurde insbesondere auch mit dem Erstarken von FPÖ und Grünen, die nicht in der Sozialpartnerschaft mitwirken, brüchig.[518]

---

[513] Kreisky, Eva, „Man hält die Demokratie nur am Leben, indem man sie in Bewegung hält". Bruno Kreisky und die neuen politischen Bewegungen, in: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Wien 1998, 22. Brunk Kreisky: 1911, 1970, 1983, 1990; seine Zeit und mehr; wissenschaftliche Begleitpublikation: 18. September bis 15. November 1998, Wien 1998, 22.
[514] ebenda, 19. Zitiert nach: Rathkolb/Kunz/Schmidt, Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, 120.
[515] ebenda, 19. Zitiert nach: Rathkolb/Kunz/Schmidt, Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, 117.
[516] Eder, Die Politik in der Ära Kreisky, 194.
[517] Vgl. dazu: Tálos, Emmerich, Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945-2005. Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive, Bd.3, Innsbruck, Wien, Bozen 2005.
[518] Rosenberger, Erosionen und Transformationen, 8f.

Entscheidend für das Auflösen der Wählerkoalition war jedoch, dass man vielfach den Anschluss zu den neuen „Umweltbewegungen“ und zunehmend auch den Kontakt zu jüngeren Wählern verloren hat. Es ist nicht hinreichend gelungen, auf neue gesellschaftliche Herausforderungen und Themen entsprechend zu reagieren. „Die Sozialdemokratie wurde geradezu zum Angriffsziel vor allem der Ökologiebewegung, da ihre Beschäftigungspolitik an einem ungebremsten ökonomischen Wachstum orientiert war.“[519] Es war vor allem die von den Gewerkschaften geforderte Priorität des Wirtschaftswachstums, die vielfach nicht mehr den gesellschaftlichen Werten entsprach.[520]

Auch der Wandel in der Medienberichterstattung zeigte allmählich Wirkung. Die Bürger begannen das Vorgehen der Regierung kritischer zu beurteilen, politische Fehlentwicklungen wurden deutlicher wahrgenommen und kritisiert; diverse Skandale untergruben die Glaubwürdigkeit der Regierung.[521]

5.6. Das Unbehagen

Während in den 70er Jahren noch ein hohes Grundvertrauen in die traditionellen Formen der Politik gegeben war und der breite Einfluss des Staates durchaus bejaht wurde, fand dieses Bild in den 80er Jahren eine deutliche Verschlechterung. In weiten Kreisen der Bevölkerung regte wachsendes Unbehagen über die politischen Zustände.[522] Gegen Ende der Ära Kreisky und danach kam es zu einer deutlichen Kritik und Vertrauenskrise an der etablierten Politik und deren Akteuren, die als „Parteien- und Politikerverdrossenheit“[523] wahrzunehmen ist. Zunehmende Arbeitslosigkeit, Steuerbelastungen, Unbehagen am öffentlichen Regierungsstil, unzureichende Berücksichtigung der Anliegen des Umweltschutzes sowie Verschwendung öffentlicher Gelder waren die häufigsten Kritikpunkte.[524] Große Teile der Bevölkerung fühlten sich von den Parteien und Interessenvertretungen, die häufig den Eindruck der Bürgerferne erweckten, nicht mehr genügend vertreten. Das Öffentlichkeitsbild der Politiker wurde zunehmend kritisch gesehen, diese wurden als privilegiert und von der Bevölkerung abgehoben betrachtet. Auch kamen Zweifel an deren Problemlösungskompetenz auf, da eine geringe Sensibilität für neue Themen, die von den sozialen Bewegungen artikuliert wurden,

[519] Ucakar, Karl, Die Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen System Österreichs, 3.Aufl., Wien 1997, 263.
[520] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 142.
[521] Kritisiert wurde unter anderem das als „undemokratisch empfundenen“ Verhalten der Regierung beim Bau des Konferenzzentrums, das trotz des Volksbegehrens gegen den Bau errichtet wurde. Vgl. Ulram, Hegemonie und Erosion, 259.
[522] Ulram, Hegemonie und Erosion, 160
[523] ebenda, 170.
[524] ebenda, 259.

vorhanden war. Fehlende Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten und die Undurchschaubarkeit neuer Projekte verstärkten das Gefühl des Unbehagens. Die umfassende parteipolitische Penetration wurde zunehmend als Übermächtigung und emotionales Ärgernis empfunden, die gegenseitige Machtverflechtung erweckte den Eindruck eines einheitlichen Machtkartells.[525] Ulram charakterisiert den Zustand folgendermaßen: Der „einfache Bürger" (…) sieht sich einem zunehmend undurchschaubaren Geflecht von Funktionären, bürokratischen Apparaten, mächtigen Sonderinteressen und Expertenstäben gegenüber, deren Entscheidungsgrundlagen er nicht kennt oder versteht, deren Sprache er nicht spricht und die zunehmend Unbehagen erzeugen."[526] Die Bevölkerung reagierte einerseits mit einem Rückzug in die „unpolitische Privatsphäre" d.h. mit Anpassung und Gleichgültigkeit, andererseits mit Protest und Mitbestimmung.[527]

Kritik wurde auch an der innerparteilichen Mitbestimmung laut, die vor allem durch die massenmediale Politikvermittlung eine deutliche Abschwächung erfuhr. Es gestaltete sich immer schwieriger, die Bevölkerung mit ihren vielschichtigen gesellschaftlichen Interessen in den demokratischen Entscheidungsprozess einzubinden. Parteiinterne Kontakte und Beteiligungsmöglichkeiten ließen deutlich nach, das innerparteiliche Leben „verödet" zusehends.[528]

Untersuchungen zum Demokratieverständnis der Bevölkerung zeigen, dass die Parteien von der Bevölkerung im Zusammenhang mit politischer Partizipation sehr negativ bewertet werden. 70% der Bevölkerung meinten, für die politische Teilnahme solle es nicht nur innerhalb der Parteien, sondern auch außerhalb Möglichkeiten geben; Nur 18 % sehen in den Parteien eine ausreichende Möglichkeit der politischen Mitsprache.[529] Vor allem für die Jugend gelten die Parteien als innovative Kräfte nicht mehr profiliert genug, sie fühlen sich mit ihren Problemen nicht mehr vertreten, was sich in einer „Parteiferne der Jugend" und in einer „Jugendferne der Politik" manifestiert.[530] Pelinka sieht den Faktor Generation als Hauptursache für den Abstieg der Parteien seit den 80er Jahren.[531] Andreas Khol schreibt in seinem Artikel *„Krise der Parteien – Krise der Demokratie?*: „Der Ruf nach neuen politischen Strukturen wird unüberhörbar. Die Kanäle zwischen Regierung (…) und

[525] Plasser/Ulram, Das österreichische Politikverständnis, 22.
Dominanz und Machtverflechtung wurden während der 13-jährigen SPÖ-Alleinregierung nicht aufgebrochen, die ÖVP blieb über ihre dominate Rolle in den Bundesländern und durch die Teilnahme in der Sozialpartnerschaft „proportional" mächtig. Pelinka/Rosenberger, Österreichische Politik, 147.
[526] Ulram, Plädoyer für eine partizipative Demokratie, 12.
[527] ebenda, 12.
[528] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 103.
[529] Repräsentativerhebung 1980 von Gerlich/Ucakar, in: Staatsbürger und Volksvertretung. Zitiert nach: Ucakar, Demokratie und Parteien seit 1970, 151.
[530] Vgl.dazu: Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat.
[531] Pelinka, Vom Glanz und Elend der Parteien, 67.

Regierten, auf allen Ebenen, scheinen verstopft zu sein; Minderheiten können sich nicht mehr artikulieren; die Konfliktlösungsfähigkeit der politischen Parteien und des politischen Systems scheint abzunehmen: Wie wären sonst die Phänomene um das Atomvolksbegehren und die Volksabstimmung zu verstehen, die zunehmende Popularität von Bürgerinitiativen, (…).“[532]

In einer Untersuchung der Lazarsfeld-Gesellschaft von 1981 waren 71 % der Bevölkerung der Meinung, dass die Parteien an Glaubwürdigkeit verlieren; 81 % vertraten die Auffassung, dass die Parteien aus Angst vor Wahlniederlagen notwendige, aber unpopuläre Maßnahmen nicht treffen; 56 % unterstellten den Parteien, dass diese aus Machtstreben völlig auf die Grundsätze vergessen hätten; Und 50 % bejahten die Feststellung, dass, wenn die Parteien so weiter machen, bald viele Leute nicht mehr zu Wahl gehen werden.[533] Meinungsumfragen zeigen eine hohe Akzeptanz für neue politische Angebote und eine Erweiterung des konventionellen Parteienspektrums. 1981 hätten bereits 17 % der Wahlberechtigten die Bildung einer neuen Partei akzeptiert.[534] In der Untersuchung zum Parlaments- und Demokratieverständnis sprachen sich 53 % für die Möglichkeit aus, während der Legislaturperiode Einfluss auf Abgeordnete nehmen zu können, wodurch deutlich der Wunsch nach Beteiligungsformen, die sich nicht in einer Stimmabgabe erschöpfen, zum Ausdruck kommt.[535]

5.7. Wendepunkt der politischen Kultur

Seit den 80er Jahren scheint die politische Kultur weitgehend ihre traditionellen Charakteristika zu verlieren. Eine geringer werdende politische Stabilität wurde sichtbar. Anstelle der regierenden und hegemonialen Parteien und Verbände trat zunehmend eine politische Kultur des oppositionellen Stils. Es begann der rasante Abstieg von SPÖ und ÖVP, schon ab 1979 ist eine Rückentwicklung der Parteienkonzentration zu verzeichnen, die in eine vergrößerte Parteienlandschaft führte. Pelinka spricht von einer politischen Kultur des Umbruchs und der Dekonzentration.[536]

---

[532] Khol, Andreas, Krise der Parteien – Krise der Demokratie?, in: Khol, Andreas/Ofner, Günter/Stirnemann, Alfed (Hg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, Wien, München 1981, 393.

[533] Repräsentativerhebung der Institute Fessel + GfK und IFES im Auftrag der Paul Lazarsfeld-Gesellschaft. Unveröffentlichter Bericht. Zitiert nach: Ucakar, Demokratie und Parteien seit 1970, 146.

[534] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 121.

[535] Repräsentativerhebung 1980, Gerlich/Ucakar, Staatsbürger und Volksvertretung. Zitiert nach: Ucakar, Demokratie und Parteien seit 1970, 158.

[536] Vgl. Pelinka, Anton, Die Kleine Koalition, in: Sieder/Steinert/Tálos, Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 288.

5.7.1. Abnahme der Parteibindungen und neues Wahlverhalten

Deutliches Indiz für die geringer werdende Dominanz der Parteien für die Lebensgestaltung der Menschen, insbesondere der Jugend, war der sich seit den 80er Jahren beschleunigende Säkularisierungsprozess, der sich in einer starken emotionalen Distanz von den Parteien und Verbänden manifestierte. Während Plasser und Ulram für den Zeitraum von den späten 60er Jahren bis Ende der 70er Jahre von einer *strukturellen* Abschwächung (dealignment), die im Rahmen der Säkularisierung entstanden war, sprechen, so kann die Periode ab den späten 70er Jahren bis Mitte der 80er Jahre als *affektives* Dealignment charakterisiert werden, welches seine Ursache in einer generellen Parteienverdrossenheit und dem Aufkommen neuer Konfliktlinien hat.[537] Das Interesse an den Parteien ist erheblich gesunken als auch das Parteibuch allmählich seine Bedeutung verlor. SPÖ und ÖVP waren immer weniger in der Lage, Wähler zu integrieren bzw. zu mobilisieren. Pelinka spricht von einem Funktionsverlust der Parteien.[538] Die Bereitschaft, sich mit einer bestimmten Partei zu identifizieren, nahm deutlich ab. Waren es in den 50er und 60er Jahren noch drei Viertel der Bevölkerung, die sich mit einer Partei identifizierten, so wiesen Mitte der 80er Jahre nur mehr 61 % eine traditionelle Lagerorientierung auf.[539] Es war vor allem die Bildungsschicht, die sich am deutlichsten aus herkömmlichen Parteibindungen löste, sie stellt die Kernschicht der Wechselwähler und Parteifreien und bildet das Substrat für Postmaterialisten.[540]

Seit den 80er Jahren macht sich auch im Wahlverhalten eine steigende Flexibilität bemerkbar. Erste Anzeichen einer sichtbar werdenden Mobilität im Wählerverhalten waren bereits die Nationalratswahlen 1966 und 1970, die im Zeichen einer starken Zunahme von Wählern, die zwischen den Großparteien pendelten, standen.[541] Die Periode zwischen 1970 und 1980 war – trotz anhaltender Erosion der Parteibindungen - von einer Wahlstabilität geprägt, die Haerpfer auf das Phänomen der „Kreisky-Wähler“ zurückführt.[542]

Zwischen 1979 und 1986 erhöhte sich der Anteil von Wechselwählern von 7 % auf 16 %,[543] wobei auch Nichtwähler (Protestwähler) das Wahlgeschehen immer stärker beeinflussten. Auch Stammwähler verloren an Gewicht, diese reduzierten sich von 65 % (1969/70) auf 47 %

[537] Plasser/Ulram, Das österreichische Politikverständnis, 84.
[538] Vgl. Pelinka, Vom Glanz und Elend der Parteien, 78.
[539] Ulram, Hegemonie und Erosion, 75.
[540] Haerpfer, Christian, Wahlgeschichte als Indikator politischer Modernisierung. Ein wahlpolitischer Essay, in: Journal für Sozialforschung, 27.Jg. (1987), Heft 1, 91.
[541] Blecha, Karl, Anatomie einer Wahl, in: Journal für angewandte Sozialforschung (1970) Heft 2, 9-15. Zitiert nach: Pelinka, Parlamentarismus, 21.
[542] Haerpfer, Wahlverhalten, 533.
[543] Ulram, Hegemonie und Erosion, 75.

(1984),[544] - selbst manche Landwirte und Arbeiter verließen ihre jeweilige politische „Heimat“[545] Die Wahlbeteiligung sank kontinuierlich und lag 1986 bei 90,5 % - was Haerpfer auch auf ein Verblassen des Verpflichtungsgefühls zurückführt -,[546] während in zahlreichen westlichen Demokratien die Wahlbeteiligung in dieser Periode wesentlich stärker abfiel.[547]
Durch die Veränderungen in der Arbeitswelt haben auch die Bindungen an die Gewerkschaft eine Abschwächung erfahren, was am anhaltenden Rückgang der Mitglieder ersichtlich ist. Betrug der Organisationsgrad des ÖGB 1970 noch 60 %, so reduzierte sich dieser bis 1985 auf 49 %.[548] Ebenso wurde die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern zunehmend kritisiert.

5.8. Gesellschaftliche Emanzipation und demokratiepolitische Orientierungen

Wie Pelinka feststellt, lässt sich in der österreichischen Entwicklung nicht von einer Entfremdung, wohl aber von einer Emanzipation der Bevölkerung vom politischen System sprechen. Diese Emanzipation ist nicht eine von den Institutionen des Verfassungsstaates, sondern eine von den Institutionen des Parteien- und Verbändestaates.“[549]
Nach Hanisch mündete der Bürgerprotest nicht wie in der Ersten Republik in eine Demokratieverdrossenheit und in eine Bevorzugung autoritärer Muster. Die überragende Mehrheit der Österreicher (91 %) hält die Demokratie auf jeden Fall für besser als eine Diktatur.[550] Autoritäre und antidemokratische politische Vorstellungen sind seit den 80er Jahren tendenziell rückläufig.[551] Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung erkennt die Bedeutung der Parteien und Parlament und ist von deren grundsätzlichen Notwendigkeit überzeugt.[552] Plasser und Ulram sehen das Kernproblem des österreichischen Politikverständnisses weder in einem mangelnden Vertrauen in oder Identifikation mit den Spielregeln des politischen Systems, sondern in dem verbreiteten Eindruck einer Bürgerferne politischer Eliten.[553]
Trotz aller vorgebrachten Kritik und trotz des Vertrauensverlustes, der den Parteien seit den 80er Jahren entgegengebracht wird - ist das demokratische System unbestritten.

---

[544] ebenda, 75.
[545] Haerpfer,Christian, Gesellschaft, Wählerverhalten und Parteiensystem. Wahlverhalten in Österreich, der BRD, Belgien und Großbritannien 1974-1987, in: Journal für Sozialforschung, 27.Jg. (1987), Heft 2, 177.
[546] Haerpfer, Politische Partizipation, 429.
[547] Haerpfer, Wahlverhalten, 528f.
[548] Karlhofer, Ferdinand, Arbeitnehmerverbände im politischen System Österreichs, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, 3.Aufl., 399.
[549] Pelinka**,** Die Entaustrifizierung Österreichs, 14.
[550] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 43.
[551] Vgl. Delpos/Haller, Demokratietheorie und Demokratieverständnis in Österreich, 111.
[552] Ucakar, Demokratie und Parteien seit 1970, 146.
[553] Plasser/Ulram, Das österreichische Politikverständnis, 208.

Die Emanzipation der Gesellschaft kann als ein Zeichen der Mündigkeit der Staatsbürger bewertet werden. Mit dem Entstehen einer neuen Zivilgesellschaft und dem damit verbundenen Selbstbewusstsein kam es zu einem verstärkten Aufkommen von Volksbegehren, Bürgerinitiativen und dgl., was deutlich die sich anbahnenden Veränderungen im politischen Demokratieverständnis der Staatsbürger erkennen lässt. Nick und Pelinka kommen zu dem Schluss, dass der Verlust an Stabilität und Berechenbarkeit keineswegs als negativ gelten muss, sondern Ausdruck einer zunehmend differenzierten und politisch bewussten Gesellschaft ist, die neue Forderungen an das politische System stellt.[554]
Die Erosion der politischen Lager wie der abnehmende parteipolitische Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen haben den Trend in Richtung einer „Verwestlichung" der österreichischen politischen Kultur beschleunigt.[555] Pelinka spricht von einer „Entaustrifizierung", d.h**.** Österreich hat seine charakteristischen Merkmale in der politischen Kultur verloren; es hat sich durch die neue Beweglichkeit in allen nachvollziehbaren Werten dem westeuropäischen Trend angeglichen.[556]

5.9. Neue Partizipationsorientierungen

Die Emanzipation der Bevölkerung zeigt sich auch in einem mehrheitlich geäußerten Wunsch nach verstärkter direkter Mitsprache. Im Demokratieverständnis der Bevölkerung verliert die Rolle der politischen Parteien in Bezug auf die demokratische Willensbildung kontinuierlich an Bedeutung, während individualisierte, problembezogene Partizipationsformen an Bedeutung gewinnen. (s. Kap. „Außerparlamentarische demokratische Alternativen") Neben dem Ruf nach mehr direkter Demokratie können die verstärkt auftretenden Bürger- und Basisinitiativen als Indikatoren dafür angesehen werden, dass die herkömmlichen Formen politischer Beteiligung im Repräsentativsystem für immer größere Teile der Bevölkerung nicht ausreichend sind.[557] Die zunehmende Propagierung der Instrumente der direkten Demokratie, der „Aufstieg des Plebiszitären",[558] wie Pelinka es formulierte, ist auf die Kritik der Bevölkerung an den Parteien und an deren Problemlösungskompetenz, auf ein verstärktes politisches Selbstbewusstsein und auf die Forderung nach mehr politischer Partizipation zurückzuführen. In der Untersuchung zum Parlaments- und Demokratieverständnis 1980 zeigt

[554] Nick /Pelinka, Österreichs politische Landschaft, 86.
[555] Rathkolb, Die Kreisky-Ära 1970-1983, 336.
[556] Pelinka, Die Beweglichkeit hat schon begonnen, 88f.
[557] Ucakar, Demokratie und Parteien seit 1970, 146. Vgl. dazu: Deiser, Norbert/Winkler, Roland, Das politische Handeln der Österreicher, Wien 1982.
[558] Vgl.: Pelinka, Anton, Der Aufstieg des Plebiszitären, 9-22.

sich ein vermehrtes Interesse an direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten: Der Aussage: „Wichtiger als die Wahl der Abgeordneten alle 4 Jahre wäre es, wenn das Volk öfter über wichtige Fragen direkt abstimmen könnte“ stimmten zwei Drittel der Befragten zu.[559]

Während also das Engagement in den Parteien deutlich zurückgegangen ist, vergrößerte sich die Bereitschaft an direkten und individualisierten Beteiligungsmöglichkeiten. Dies zeigte sich zunächst als „Aufbegehren“ von Teilen der Bevölkerung gegen bestimmte Entscheidungen der Regierung bzw. gegen die Politik der eigenen Interessenvertretung, oder als Entstehung von verschiedenen Protestbewegungen.[560] „Aufgrund der Bildungs- und Ausbildungsexplosion wurden auch die Staatsbürger zunehmend demokratiebewusster und stellten sich durchaus bereits in einzelnen Fragen herrschenden Regierungs- bzw. Parteioppositionsabsichten entgegen. Die Protesthaltung nahm zu, der Wunsch nach Veränderung von politischer und gesellschaftlicher Mitsprache wurde lauter. Die Volksabstimmung gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf 1978 ist ein erstes Beispiel für das beginnende Aufbrechen der Lager- und Untertanenmentalität, obwohl dieser Prozeß erst Anfang der achtziger Jahre wirklich spürbar wurde.“[561]

[559] Repräsentativerhebung 1980, Gerlich/Ucakar, Staatsbürger und Volksvertretung. Zitiert nach: Ucakar, Demokratie und Parteien seit 1970, 153.
[560] Ulram, Plädoyer für eine partizipative Demokratie, 10.
[561] Rathkolb, Die Kreisky-Ära 1970-1983, 336.

Exkurs: Vom Materialismus zum Postmaterialismus

Wie bereits hingewiesen, begannen sich in den 70er Jahren aufgrund der Modernisierung neue gesellschaftliche Werthaltungen und gesellschaftliche Widersprüche zu bilden. Dem früheren Fortschritts- und Wachstumsoptimismus folgte in den 80er Jahren eine „pessimistischere Grundstimmung“[562] verursacht durch die Wirtschaftskrise mit deren Folgeerscheinungen und der verstärkten Sensibilisierung der Bevölkerung in Umweltfragen.

Ging es zunächst noch um den ständig steigenden Lebensstandard und die Leistungsansprüche im Sozialbereich, so traten in den 80er Jahren verstärkt umwelt- und demokratiepolitische Themen hinzu. Ein wachsender Konflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen zeichnete sich ab, infolgedessen eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie - Materialismus versus Postmaterialismus - entstand.[563]

Es sind vor allem jüngere, besser ausgebildete, urbane Wähler, die zu postmaterialistischen Werten wie „Ökologie statt Ökonomie, Lebensqualität statt Wirtschaftswachstum, individuelle Partizipation statt politische Organisation“ tendieren.[564]

1. Ein neues Umweltbewusstsein entsteht

Das nach dem Zweiten Weltkrieg in den westlichen Industriestaaten stetig steigende Wirtschaftswachstum galt zunächst als der Inbegriff des Wohlstandes - auch um den Preis einer Umweltzerstörung. In geradezu naivem Technik- und Fortschrittsglauben betrieb man eine ausgedehnte Wachstumspolitik. In einer beinahe technikeuphorischen Stimmung wurden Eingriffe in die Landschaft als enormer technischer Fortschritt gepriesen, ihre Initiatoren und Erbauer als „Helden der Nation“ gefeiert. Doch allmählich entstand leises Unbehagen gegen diese Entwicklungen.[565] Galt in den 50er Jahren Kaprun als das Symbol des Wiederaufbaus schlechthin, „so geriet jeder Kraftwerksbau in den 1980er Jahren zum großen Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen dem Rechtsstaat und den protestierenden Bürgern.“[566] Das Fortschrittsparadigma, die wirtschaftliche Entwicklung um jeden Preis,

---

[562] Gehmacher, Ernst, Neue politische Strömungen im Österreich der 70er und 80er Jahre, in: Fröschl/Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 203.

[563] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 137.

[564] Pelinka, Anton, Hainburg- mehr als nur ein Kraftwerk. Bewertung der Ereignisse um den Kraftwerksbau in Hainburg, in: Kohl, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.), ÖJP (1985) Wien, München 1986, 101.

[565] Bittermann, Wolfgang, Von der Landschaftsnutzung zum Landschaftsverbrauch, in: Sieder/Steinert/Tálos (Hg.), Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 638.

[566] Hanisch, Ernst, Periodisierungsversuche des 20. Jahrhunderts, in: Dachs u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. 3.Aufl., Wien 1997, 22.

begegneten immer mehr Menschen mit Skepsis, nicht zuletzt durch die Berichte des „Club of Rome“. Die negativen Konsequenzen dieses ungehemmten, unkontrollierten Wachstums traten immer stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit, - nach Plasser und Ulram vollzog sich im Bereich des Umweltbewusstseins „der größte Umschwung in der öffentlichen Meinung.“[567] „Gewandelt hat sich die Einstellung zu den unerwünschten Konsequenzen des Wachstums, die als Zerstörung der natürlichen Lebenswelt, als Verlust sozialer Orientierung und menschlicher Geborgenheit bei den Jugendlichen eine neue und tiefgehende Betroffenheit erzeugen, der die Gesamtgesellschaft ratlos und selbst überfordert gegenübersteht.“[568]

Neue Wachstums und Fortschrittskonflikte wurden manifest, die vor allem an der Nutzung neuer gefährlicher Technologien (Atomenergie) oder generell an Umweltproblemen entbrannten. Es entstanden die unterschiedlichsten Basis- und Umweltbewegungen, die mit unkonventionellen Formen der Agitation auf ihre Probleme und Anliegen aufmerksam machten, die aber auch gegen die etablierte Politik Protest erhoben.

Trotz Bemühungen von SPÖ und ÖVP das Ökologie-Problem zu integrieren, führte der ökologische Konflikt zu einer Konfrontation zwischen den traditionellen Parteien, Interessenvertretungen und Teilen der Wirtschaft, die durch eine verstärkte Umweltpolitik Nachteile erwarteten, und den - medial unterstützten – neuen Akteuren, die für ökologische Anliegen eintraten. Laut Gehmacher blieb nach wie vor ein Drittel der Bevölkerung dem ökologischen Konflikt gleichgültig und allenfalls oberflächlich gegenüber, so dass dieser Konflikt weitgehend aggressionslos verlief.[569] Verglichen mit anderen westlichen Ländern trat der Wertewandel in Österreich infolge der verspäteten Modernisierung erst in späten 70er und 80er Jahren auf.[570]

[567] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 46 und 47.
[568] ebenda, 137.
[569] Gehmacher, Neue politische Strömungen in Österreich der 70er und 80er Jahre, 203f.
[570] Gottweis, Neue soziale Bewegungen in Österreich, 343.

2. Der Inglehart'sche Wertewandel

Ronald Inglehart, Theoretiker des Wertewandels, erklärt den Wertewandel in den entwickelten Gesellschaften als Anpassung des Wertesystems an geänderte wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen. In seinem Werk „The Silent Revolution" (1977) vertritt er die These, dass sich Wertprioritäten der westlichen Bevölkerung allmählich von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten verschoben haben. Ausgehend von der Mangelhypothese Maslows, wonach Menschen jenen Bedürfnissen die größte Aufmerksam schenken, die am wenigsten befriedigt sind, differenziert Inglehart zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten. „Materielle Not und Bedrohungen der physischen Existenz fördern materielle, Überfluss und gesicherte Existenz postmaterialistische Werte",[571] wobei die in der Kindheit bzw. Jugend erworbenen Werte die Grundwerte einer Person prägen (Sozialisationshypothese).[572] Inglehart schließt daraus, dass, wenn Werte der materiellen und physischen Sicherheit gedeckt sind, nichtmaterielle Werte wie Lebensqualität in den Vordergrund rücken, und daher die in Wohlstand und Sicherheit aufgewachsene Nachkriegsgeneration verstärkt zu postmaterialistischen Werten tendiere.[573] Die Mangel-hypothese könnte auf den Bereich der Umweltproblematik angewendet werden.

Auf Österreich bezogen kann davon abgeleitet werden, dass die Bevölkerung in der Nachkriegszeit, die von materieller Not geprägt war, während des wirtschaftlichen Aufschwungs eindeutig Prioritäten in Richtung materieller Werte setzte. Die These Ingehart hat für Österreich nur begrenzte Aussagekraft. Nach Plasser und Ulram dominieren für die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung nach wie vor materielle Zielsetzungen und eine starke Sicherheitsorientierung; sie werden jedoch zunehmend durch einen Bedeutungsanstieg der „kleinen Lebenswelt" und bestimmte qualitative Werte ergänzt. Es handelt sich also nicht um einen generellen Wertewandel, sondern um eine Erweiterung des Wertespektrums und um die Ausprägung eines Wertepluralismus.[574] „(…) das Verfolgen materieller sowie sicherheitspolitischer Interessen und des Umweltschutzes als postmaterialistisches Ziel, wird nicht mehr als ein Widerspruch empfunden, sondern additiv gesehen", d.h. die alten Werte bleiben bestehen, sie werden jedoch in ihrer Wertigkeit etwas

[571] Ulram, Hegemonie und Erosion, 44.
[572] ebenda, 44.
[573] ebenda 44f.
[574] Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, 108.

relativiert.[575] Folge davon ist eine deutliche Pluralisierung der Werthaltungen, denen nicht genügend Rechnung getragen wurde.

Träger rein postmaterialistischer Werthaltungen sind in Österreich auf eine Minderheit von 6 % (IFES, Juni 1986) beschränkt und kommen vorwiegend aus höher gebildeten Schichten.[576] Giller zufolge dominieren selbst in der Jugend nach wie vor „materialistische" und „stabilitätsorientierte" Einstellungen.[577]

Die Feststellung, dass eine postmaterialistische Werthaltung entscheidend zur Bereitschaft beiträgt, verschiedene Formen des unkonventionellen politischen Protests anzuwenden, gilt auch für Österreich. Bei den Postmaterialisten handelt es sich auch hierzulande um jene mit dem stärksten politischen Engagement.[578]

[575] Traar, Kurt/Birk, Franz, Gesellschaftliche Grundwerte und politische Themen im Wandel, in: Journal für Sozialforschung, 27.Jg. 1987, Heft 1, 46.
[576] ebenda, 48.
[577] Giller, Wertwandel und politische Beteiligung, 127.
[578] ebenda, 125.

6. Außerparlamentarische demokratische Alternativen

In den 70er Jahren ist es auch in Österreich zur Bildung einer breiten und vielfältigen Szene sozialer Bewegungen gekommen, die sich zu einer eigenständigen und einflussreichen Kraft im politischen Kräftespiel entwickelte. Die neuen, tief in das politische Geschehen eingreifenden politischen Akteure, provozierten vor allem mit unkonventionell agierenden Bewegungen das repräsentative Regierungssystem.[579]

Neben dem Volksbegehren sind es vor allem Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen, die sich entlang neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien formierten und die neben den Parteien und Interessensvertretungen die gesellschaftliche und politische Landschaft prägten und für die Bürger neue Möglichkeiten der direkten Einflussnahme auf politische Entscheidungen brachten. Wie Herbert Dachs festhält, trieben sie die „heterogenen Entwicklungen entscheidend weiter".[580] Diese Entwicklungen können als neue Politisierung der Gesellschaft gesehen werden, die eine teilweise politische Kompetenzverschiebung nach sich zieht. „Bürgerbewegungen, Friedensbewegungen, Anti-Atom-Bewegungen, Frauenbewegungen bildeten sich autonom, schufen eine Gegenkultur und entrissen dem Staat Kompetenzen."[581] Rathkolb zufolge (…) entwickelte sich „eine regierungs- und vielfach auch oppositionsunabhängige Gegenöffentlichkeit, ein Indikator für stärkere zivilgesellschaftliche Trends und eine weitere Erosion des autoritären Potentials."[582]

Dies schien für die politische Kultur zunächst neu, war diese doch lange Zeit von der massiven Dominanz der indirekten, repräsentativen Demokratie, bei weitgehender Passivität der Bevölkerung geprägt. Die Macht ging nicht vom einfachen Wähler aus, sie wurde indirekt von den Parteien und Sozialpartnern, die teilweise gar nicht demokratisch legitimiert waren, ausgeübt. Über Jahrzehnte galt das politische System Österreichs beispielhaft für Stabilität, gekennzeichnet durch das Fehlen größerer gesellschaftlicher Konflikte. Politische Spontaneität und „grass-root"-Aktivitäten traten jahrzehntelang praktisch wie theoretisch nicht in Erscheinung.[583] Die neuen sozialen Bewegungen übten deutliche Kritik an der Ausübung der in den Nachkriegsjahrzehnten vielfach kritiklos akzeptierten repräsentativen Demokratie, ihrer Machtstrukturen, Entscheidungsprozesse und Politikstile. Ihre Forderungen

[579] Gottweis, Neue soziale Bewegungen in Österreich, 342 und 346.
[580] Dachs, Herbert, Grünalternative Parteien, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3.Aufl., Wien 1997, 304.
[581] Hanisch, Periodisierungsversuche des 20. Jahrhunderts, 22.
[582] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 417.
[583] Ulram, Plädoyer für ein partizipative Demokratie, 10f.

nach einer umfassenderen Reichweite von Demokratie hatten kaum Niederschlag im Verhalten wie im Politikangebot gefunden.

Neue soziale Bewegungen tendieren zu postmaterialistischen Werten. Sie thematisieren die Folgeprobleme der Modernisierung, wobei Fragen der Lebensqualität und des Umweltschutzes dominieren. Fragen der Energie-, der Luft- und Wasserversorgung, die bis dahin als unpolitisch galten, erlangen nun politisches Gewicht.

Das Wort Bürgerinitiative steht synonym für Selbsthilfe. Bürgerinitiativen sind Ausdruck dafür, dass Teile der Bevölkerung mit den gegebenen Möglichkeiten der politischen Mitsprache nicht zufrieden sind. Besonders bei Problemen individueller Betroffenheit (Umwelt, Verkehr, Kraftwerksbau etc.), d.h. Anliegen, die den unmittelbaren Lebensbereich betreffen, wird verstärkt der Wunsch nach direkten Beteiligungsmöglickeiten laut. So werden Bürgerinitiativen zumeist im lokalen Bereich aktiv, fast immer geht es um Ein-Punktbewegungen (single issues), wobei Ideologie in den Hintergrund tritt. Um in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden, versuchen Bürgerinitiativen, auf das politische System Druck auszuüben, um die jeweiligen Entscheidungsträger zu einem geänderten Verhalten bewegen zu können und um allfällige Fehlentwicklungen zu vermeiden.[584]

Die Beispiele Zwentendorf und Hainburg zeigen das bereits weit verbreitete Misstrauen gegen den technischen Fortschrittglauben und auch den Missmut gegen die politischen Entscheidungsträger. Atomenergie wurde als Gefahr empfunden, ihre Technik als unberechenbar angesehen. „In der Auseinandersetzung um das Großbauprojekt „Atomkraft“ bündelte sich erstmals Kritk am technokratischen Fortschrittsbegriff.“[585]

6.1. Zwentendorf und Hainburg - eine demokratiepolitische Zeitenwende

Die Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf 1978 sowie der Konflikt um das Wasserkraftwerk Hainburg 1984 werden nach Haerpfer als erste Siege der postmodernen Demokratie gesehen.[586]

---

[584] Vgl. dazu: Pelinka, Bürgerinitiativen gefährlich oder notwendig ?, Freiburg, Würzburg 1978, 584

[585] Demokratiezentrum Wien, Station: Zwentendorf.
http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissensstationen/zwentendorf.html
Letzter Zugriff: 30.6.2006. Als Vorläufer von Zwentendorf und Hainburg können die ind en 70er Jahren auftretenden Bürgerinitiativen, die sich gegen den Autobahnbau durch die Stadt Graz und die Verbauung des Sternwarteparks in Wien richteten, als auch die Arena-Besetzung gelten.

[586] Haerpfer, Politische Partizipation 431.

Als Beispiel für den Übergang von der modernen zur postmodernen Demokratie und dem damit verbundenen Einbinden direkter Demokratie in die bis dahin fast ausschließlich repräsentative Demokratie zählt der Konflikt um das Kernkraftwerk Zwentendorf.

Es handelte sich hierbei um die erste Volksabstimmung in der Zweiten Republik. Zum ersten Mal konnten die Bürger über ein geplantes Vorhaben der Regierung abstimmen.

Dies war ein für die politische Kultur der Zweiten Republik neues Phänomen: „Überraschend daran war vor allem, dass sich eine nicht-institutionalisierte Bewegung – der Zusammenschluß von Anti-Atomkraft-Initiativen – unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen – gegen etablierte politische Institutionen durchsetzen konnte."[587] Diese Protestbewegung war der erste Versuch, sich auf basisdemokratische Weise dem Staat zu widersetzen. Dabei wurden breite politische Sozialisationserfahrungen gemacht, die für die Herausbildung weiterer gesellschaftskritischer Bewegungen motivierend waren und so der Entwicklung der zivilen Gesellschaft insgesamt politischen Auftrieb gaben.[588]

„Über die Atomkraft war mit Instrumenten politischer Mobilisierung abgestimmt worden, also mit Protestmärschen, Medienkampagnen, Gegenkampagnen, letztlich einer Abstimmung, d.h. nicht über Verhandeln, Aushandeln, Diskutieren, sondern über die Etablierung eines Freund-Feind-Schemas, das klare Gewinner und Verlierer zurückließ, nicht aber einen gesellschaftlichen Kompromiss."[589]

Anhand dieses Beispiels lässt sich eine Trendumkehr feststellen, die zeigt, dass der Trend zur Stabilisierung, zum Zusammenwirken der großen Parteien und Verbände auch Grenzen hat und es durchaus eine Reversion dieser Tendenz geben kann.

Ein weiterer Meilenstein in der Demokratieentwicklung waren die Auseinandersetzungen rund um den geplanten Kraftwerksbau bei Hainburg. Dieser Konflikt stellte den endgültigen Bruch eines festgefahrenen, institutionalisierten politischen Entscheidungsmusters dar.

Zum zweiten Mal kam es zu einer Konfrontation zwischen der Logik der Sozialpartnerschaft (Vorrang der Ökonomie, Wachstumsphilosophie) und der Neuen Sozialen Bewegung („Postmaterialismus", Lebensqualität statt Wirtschaftswachstum).[590]

In den Auseinandersetzungen um Zwentendorf und Hainburg wurde das politische System auf direktdemokratischem Weg sowie über unkonventionelle Formen politischer Partizipation

[587] Volksabstimmung Zwentendorf, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte, Innsbruck, Wien 1998, 163.
[588] Gottweis, Herbert, Politische Mobilisierung, BürgerInnenbewegungen und Ansätze zur Ausbildung neuer Organisationsformen von Politik in Österreich, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Zum politischen System Österreich. Zwischen Modernisierung und Konservatismus (Informationen zur Politischen Bildung Nr. 17), Innsbruck 2000, 62.
[589] ebenda, 62.
[590] Pelinka, Hainburg – mehr als nur ein Kraftwerk, 93.

herausgefordert. „Ein plebsizitär-demokratisches Politikverständnis stellte sich (…) gegen die in Österreich besonders ausgeprägte Repräsentativ-Demokratie.“[591] Daher gelten Zwentendorf und Hainburg auch als Paradebeispiele für wesentliche demokratiepolitische Auseinandersetzungen.

Die folgenden Fallbeispiele geben einen kurzen Überblick über die wesentlichsten Entwicklungslinien der Auseinandersetzungen der beiden Kraftwerksprojekte, in denen sich die Aspekte der Dominanz des Parteien- und Verbändestaates und das Aufbrechen einer Zivilgesellschaft widerspiegeln.

6.2. Fallbeispiel Zwentendorf

6.2.1. Planung und Bau

Nachdem alle gesetzlichen Grundlagen für die Planung und Gründung eines Atomkraftwerkes durch einstimmige Parlamentsbeschlüsse in den 60er Jahren geschaffen worden waren, sah man im Energiekonzept der damaligen ÖVP-Alleinregierung den Bau eines Atomkraftwerkes in Zwentendorf vor.[592] Dies geschah, obwohl zu keinem Zeitpunkt die Notwendigkeit des Einsatzes von Atomenergie bestand, konnte doch Österreichs Strombedarf zum überwiegenden Teil aus eigener Wasserkraft gedeckt werden.[593]

In jener Zeit glaubte man noch an den perfekten technischen Fortschritt, die zahlreichen ungelösten Probleme wurden einfach übergangen oder nicht gesehen, ein negatives Gutachten wurde geheim gehalten, die Öffentlichkeit umgangen.[594] Die Argumente für den Bau waren einerseits geprägt von wirtschaftlichen Überlegungen (billige Erzeugung), andererseits von der Überzeugung, besonders fortschrittlich zu agieren. Damals galt die Kernenergie-gewinnung noch als sehr modern und wurde den Menschen als „sauber“ und „umweltschonend“ im Gegensatz zu kalorischen Kraftwerken präsentiert.

Unter der SPÖ-Regierung bestimmte 1971 die von der Verbundgesellschaft und den Landesgesellschaften gegründete „Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H.“ (GKT) den Baubeschluss für das Atomkraftwerk Zwentendorf. Diese Entscheidung lässt das grundsätzliche Einvernehmen aller maßgeblichen politischen Kräfte sowie der Sozial-

[591] Natter, Bernhard, Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“ – Populistischer Protest an den Beispielen Zwentendorf und Hainburg, in: Pelinka, Anton (Hg.) Populismus in Österreich, Wien 1987, 162.
[592] ebenda, 152.
[593] Kitzmüller, Erich, Österreich – Verspäteter Atomzwerg oder nicht-atomarer Anfänger, in: Lutz Mez (Hg.), Der Atomkonflikt. Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung im internationalen Vergleich, Berlin 1979, 246.
[594] ebenda, 248.

partnerschaft in Fragen der Nutzung der Kernenergie erkennen.[595] Durch die enge Verflechtung in der österreichischen Gesellschaft wurden die Interessen des Staates zu den Interessen der Industrie zu denen der Gewerkschaften,[596] was die fast einheitliche Befürwortung in den Spitzengremien erklärt.

In Österreich traten Mitte der 70er Jahre deutliche Züge einer atomaren Gesellschaft zutage. „Eine Gesellschaft, die auf grenzenloses Produktionswachstum, Machtkonzentration und Steigerung des technisch Machbaren eingestellt ist, ohne Rücksicht auf wachsende Zerstörungen jeder Art. Eine Gesellschaft, in der trotz formaler Demokratie keine organisierte Opposition gegen diesen Zerstörungskurs sichtbar ist.“[597]

6.2.2. Entstehung von Widerstand

Angesichts der vielen ungelösten Fragen wurden – gegen die allgemeine Euphorie – auch kritische Stimmen laut. Neben Einzelstimmen traten auch mehrere Gruppierungen auf, die auf die Risiken der Kernenergiegewinnung hinwiesen. Die schlagkräftigen und überzeugenden Argumente für den Bau des Atomkraftwerkes waren zunächst schwer zu widerlegen. So meldeten einzelne kritische Stimmen, etwa Biologen, 1969 in persönlichen Gesprächen bei verantwortlichen Politikern und in öffentlichen Stellungnahmen Vorbehalte gegen das Atomkraftwerk an.[598] Auf den Protest reagierte die E-Wirtschaft zunächst mit einer Propagandaoffensive in den Medien.

6.2.3. Formierung der politischen Gegenstimmen/Bürgerinitiativen

Blieb die Aufklärung über die Gefahren eines AKW zunächst einer kleinen intellektuellen Schicht vorbehalten, so zeigte diese allmählich breitere Wirkung.

Den Atomkraftwerks-Gegnern war es zunächst nicht gelungen, die unmittelbar betroffene Bevölkerung des Tullnerfeldes für sich zu gewinnen, da der Einfluss des ÖVP-Bauernbundes und die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung und auf Arbeitsplätze überwogen. Außerdem herrschte zu dieser Zeit vielfach noch blinder Gaube an die Technik und den

[595] Natter, Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“, 152.
[596] Vgl. Kitzmüller, Österreich – Verspäteter Atomzwerg, 254.
[597] ebenda, 254.
[598] Es gab z.B. das Kernkraft-kritische Memorandum der niederösterreichischen Ärztekammer, die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren gegen ein Atomkraftwerk durch den Verein *Gesundes Leben* sowie durch die Arbeitsgemeinschaft *Verhütet den Krebs*. Vgl. Natter, Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“, 152.

Fortschritt, der erst langsam an Glanz verlor. Zudem war ein Umweltbewusstsein in der Öffentlichkeit noch kaum vorhanden.[599]

An zwei Sternfahrten nach Zwentendorf und Protestkundgebungen am künftigen Baugelände beteiligten sich 1971 nur etwa 200-300 Personen. Der Wiener Umweltschützer Walther Soyka wurde 1972 beim Baubewilligungsverfahren in Zwentendorf von Polizisten aus dem Saal verwiesen, als er - mit Vollmachten von Anrainern versehen - gegen die Errichtung Einspruch erheben wollte. Denn „betroffene Staatsbürger haben im Genehmigungsverfahren für AKW laut Strahlenschutzgesetz ausdrücklich keine Parteienstellung.“[600] Dass Soyka mit Vollmachten der Anrainer ausgestattet worden war, deutet aber bereits auf ein beginnendes Umdenken der ansässigen Bevölkerung hin. Es machte sich zunehmend Verunsicherung breit, vor allem das ungelöste Problem der Zwischen- und Endlagerung und mögliche Strahlenschäden ließen viele am „billigen Atomstrom“ zweifeln. Das Sicherheitsproblem nahm einen breiten Raum ein, die Anzahl der Kernkraftwerksskeptiker stieg langsam aber stetig.

Mitte der 70er Jahre formierte sich aus einzelnen Aktivitäten eine Bewegung, der es gelang, gesamtösterreichische Strukturen zu entwickeln. Wichtige Schritte auf dem Weg zu dieser Anti-AKW-Bewegung von gesamtösterreichischer Bedeutung waren die Anti-Atom-Initiativen in Vorarlberg und Oberösterreich.

In der Schweiz war zur selben Zeit ein Atomkraftwerk in Planung, gegen dessen Inbetriebnahme sich in Vorarlberg Widerstand erhob, der vom konservativen *Weltbund zum Schutz des Lebens* organisiert und von den *Vorarlberger Nachrichten* unterstützt wurde. Bei den zwischen 1972 und 1975 durchgeführten Anti-Rüthi-Märschen beteiligten sich rund zehntausend Teilnehmer. Anlässlich einer Meinungsumfrage, bei der sich 90 Prozent der Vorarlberger gegen das grenznahe AKW aussprachen, sah sich die österreichische Bundesregierung veranlasst, offiziell Protest bei der Schweizer Regierung zu erheben. Der Protest und der Druck der Bevölkerung führten schlussendlich zum Fallenlassen des Bauvorhabens 1980.[601]

Gegen den Plan, ein zweites Atomkraftwerk in St. Pantaleon bei Linz zu errichten, traten Aktivisten des oberösterreichischen *Naturschutzbundes* und wieder der *Weltbund zum Schutz*

[599] ebenda, 152f.
[600] ebenda, 152.
[601] ebenda, 153. Vgl. auch: Brandstätter, Lidia/Grosser, Michael/Werthner, Hannes, Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich, in: Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich, Wien 1984, 156-177, 160.
Die Haltung der österreichischen Bundesregierung in Punkto Atomenergie muss daher als sehr widersprüchlich bewertet werden. Einerseits befürwortete sie ohne wenn und aber den Bau des AKW in Zwentendorf, protestierte aber im Nachbarland gegen die Errichtung eines grenznahen Atomkraftwerkes.

des Lebens, auf, Widerstand, der sich 1974 in der *Bürgerinitiative gegen Atomgefahren* (BIAG) organisierte.[602]

Im Zuge des Widerstandes gegen St. Pantaleon wurden vielfältige Formen zur Herstellung von Gegenöffentlichkeit verwendet, z.B. Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen, Informationsstände, Flugblätter, Unterschriftensammlungen. Auch stellten oberösterreichische Zeitungen, wie die *Linzer Rundschau* und die *Oberösterreichischen Nachrichten* ihre Leserbriefseiten zur Verfügung, die auch reichlich, vor allem von den Atomenergie-Gegnern, in Anspruch genommen wurden. Durch diese Maßnahmen wurden die Argumente und Positionen der Gegner über die Gefahren von Atomkraft auch einem größeren Leserkreis bekannt. Bei einer lokalen Volksbefragung in St. Pantaleon zum Kraftwerksbau, sprachen sich 1975 90 % der Bevölkerung gegen den Bau eines Atomkraftwerks in ihrer Gemeinde aus.[603] Sowohl der Druck des Widerstandes als auch die Bauplatzbesetzung im Februar 1975 in Whyl (BRD) veranlasste die Regierung von dem Projekt in St. Pantaleon Abstand zu nehmen. Doch dachte in jener Phase noch niemand an die Verhinderung der Inbetriebnahme des AKWs Zwentendorf.[604]

Ausgelöst durch eine Diskussionsveranstaltung in Linz mit Kraftwerksgegnern im April 1975 wurde der Regierung klar, dass man den Bau eines Atomkraftwerkes nicht mehr als ein regionales Problem behandeln würde können. Diese Diskussion stellte den Wendepunkt in der Problematisierung dar: Das Kernkraftwerksbauprogramm war von nun an von bundesweitem Interesse.[605]

6.2.4. Informationskampagne der Bundesregierung (Oktober 1976 - März 1977)

Die Bundesregierung startete eine österreichweite Informationskampagne, bei der Pro- und Kontra-Experten Gelegenheit gegeben werden sollte, ihre Auffassungen darzulegen, womit zugleich eine Grundlage für den Parlamentsentscheid über die weitere Nutzung der Kernenergie hergestellt werden sollte. Da aber beinahe nur Atomenergie-Gegner die Veranstaltungen besuchten, kam es bald zu einem Stimmungsumschwung.[606]

Die breit angelegte Informationskampagne förderte den bundesweiten Zusammenschluss der Atomkraft-Gegner, die sich über breite weltanschauliche Spektren und Parteigrenzen hinweg für ein gemeinsames Ziel einsetzten. 1976 wurde die *IÖAG* (Initiative Österreichischer

[602] ebenda, 153.
[603] ebenda, 154.
[604] Gottweis, Politische Mobilisierung, 62.
[605] Natter, Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“, 155.
[606] ebenda, 156.

Atomkraftwerksgegner*)* gegründet, 1978 kam es zur Errichtung eines zweiten Dachverbandes, der *Arbeitsgemeinschaft NEIN zu Zwentendorf (ARGE)*.[607] In der IÖAG verblieben hauptsächlich linke Gruppen, während in der ARGE bekannte Wissenschafter, aber auch die *Initiative Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke* organisiert waren.[608] Trotz Differenzen gab es eine gute Zusammenarbeit.

Schließlich gelang es der IÖAG, die Informationskampagne der Regierung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die staatliche Aufklärungskampagne hatte sich als Fehlschlag erwiesen. Alle geplanten Veranstaltungen wurden zu Protestaktionen. „Die IÖAG wurde zum ersten bedeutenden Experimentierfeld basisdemokratischer Ansprüche für neue Formen politischer Partizipation."[609]

6.2.5. Wege zur Entscheidungsfindung

Die Bundesregierung rechnete aber nicht damit, dass so viele verschiedene Gruppen, von linksgerichteten Studenten bis zu konservativen Naturschützern im Protest gegen das geplante AKW gemeinsam agieren würden. Längst ging es um keine Weltanschauung mehr, sondern einzig und allein darum, das gefürchtete Projekt zu verhindern. Ungeachtet aller ideologischen Differenzen formierte sich die Bevölkerung in der gemeinsamen Anti-Atom-Bewegung, die am Höhepunkt ihrer Aktivitäten an die 500.000 Personen umfasste.[610] Die Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern des geplanten Atomkraftwerkes verhärteten sich. Die Bundesregierung war in Zugzwang geraten. Unter dem Druck der Sozialpartner auf Inbetriebnahme des Kraftwerkes trat die Frage der Entscheidungskompetenz zwischen Regierungs- und Oppositionspartei. Die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP versuchten, einander die Entscheidung abzuringen.[611] Die Regierung zielte auf einen Parlamentsbescheid hin, der sie von der alleinigen Verantwortung befreien sollte. Die ÖVP wollte sich einerseits als Opposition profilieren, wäre hier aber in einen Konflikt mit ihrer Klientel, der Industrie und den Wirtschaftsunternehmen, die für die Atomkraft eintraten, geraten. Daher versuchte die ÖVP, der Regierung die gesamte Verantwortung für das Projekt zuzuschreiben.[612] Sie schlug ab Mitte der 70er Jahre eine eher atomkraftkritische Richtung ein und stellte

[607] ebenda, 155.
[608] Brandstätter/Grosser/Werthner, Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich, 165.
[609] Gottweis, Herbert, Politische Mobilisierung, 62.
[610] ebenda, 62.
[611] Natter, Die „Bürger" versus die „Mächtigen", 156.
[612] ebenda, 156.

Sicherheits- und Gesundheitsfragen in Diskussion, ebenso vertrat die FPÖ eine kernkraftkritische Haltung

Indessen kam es zur allmählichen Bewusstseinserweiterung bei den Atomkraft-Gegnern, die sich die Entscheidung nicht von den Parteien abnehmen lassen wollten. Sie wollten nicht durch die Macht des Staates und die des Faktischen (in Zwentendorf waren inzwischen Millliarden verbaut worden) übergangen werden. Innerhalb der IÖAG begann man, die repräsentativdemokratischen Entscheidungen grundlegend zu hinterfragen. Im Konflikt um die Parlamentsentscheidung trug sie vorwiegend anti-repräsentativdemokratische Argumente vor. So seien die Abgeordneten ihren Wählern nicht verantwortlich, und könnten ihr Abstimmungsverhalten im Parlament nicht direkt bestimmen, wohl aber die Sozialpartner. Die Mitglieder der IÖAG waren auch der Ansicht, dass Parlamentsbeschlüsse nur eine formale Vollendung von bereits längst (außerparlamentarisch) entschiedenen Sachverhalten seien.[613] Den Gegnern kam auch die Ungeschicklichkeit der Regierung zugute: Als man eine geheim gehaltene Anlieferung von Brennstäben für das AKW plante und diese Pläne aufgedeckt wurden, verstand die aufgebrachte Öffentlichkeit dies als eine Vorwegnahme der Entscheidung. Dieser Eindruck verstärkte sich, als die Lieferung der Brennelemente (per Flugzeug) ungeachtet aller Protestkundgebungen ausgeführt wurde. Diese Vorgangsweise der Regierung hatte 1977/78 große Demonstrationen zur Folge. Man demonstrierte nun aber nicht mehr vor Ort, sondern gezielt vor den Symbolen repräsentativ demokratischer Entscheidungen – vor dem Parlament und dem Bundeskanzleramt.[614] Es wurden verstärkt demokratiepolitsche Argumente vorgebracht, Kritik an den Genehmigungsverfahren und der Informationspolitik geübt und eine Volksabstimmung verlangt.

6.2.6. Volksabstimmung und die Auswirkungen

Die wachsenden Bedenken und Polarisierung der Bevölkerung in der Frage der Nutzung der Atomenergie aber auch die kritische Medienberichterstattung stärkten die ÖVP in ihrer Absicht, in einer parlamentarischen Abstimmung über die Inbetriebnahme Zwentendorfs die Zustimmung zu verweigern. Die ÖVP beabsichtigte der Regierung die gesamte Verantwortung für das Projekt zuzuschreiben und schloss jede Mitverantwortung kategorisch aus. Angesichts einer fehlenden breiten parlamentarischen Mehrheit für eine Inbetriebnahme Zwentendorfs und um das Thema Atom aus dem Nationalratswahlkampf herauszuhalten, nahm Kreisky, der auch innerparteilich unter starken Druck geriet, den Vorschlag der AKW-

[613] ebenda, 156.
[614] ebenda, 156.

Gegner nach einer Volksabstimmung auf, da es problematisch sein könnte, wenn eine so sensible Frage mit einer dünnen Mehrheit im Parlament beschlossen werden würde.[615]

Als Kreisky im Oktober 1978 seinen Verbleib mit der Volksabstimmung verknüpfte, ist die Frage ja oder nein zur Kernenergie längst keine Sachfrage mehr, sondern Gegenstand eines parteipolitischen Kalküls im Vorfeld der 1979 bevorstehenden Nationalratswahlen.[616]

Meinungsumfragen zu Folge konnte die Regierung mit einer sicheren Zustimmung rechnen. Am 5. November 1978 fand die erste in der Zweiten Republik durchgeführte Volksabstimmung über das Bundesgesetz vom 7. Juli 1978 über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich statt. Entgegen allen Erwartungen erreichten die Atomgegner bei einer Beteiligung von 64,1 % der Wahlberechtigten eine knappe Mehrheit (50,47 %)[617] und feierten damit ihren Erfolg. Diese Mehrheit war auch ein Zeichen für die Politiker, die Bürgerbewegungen nicht zu unterschätzen. Der unerwartete Ausgang der Volksabstimmung machte deutlich, dass es basisdemokratisch organisierten Gruppen gelingen kann, sich wirkungsvoll gegen bereits beschlossene Projekte zu engagieren. Der Wille des Volkes hatte sich in eindrucksvoller Weise manifestiert und musste akzeptiert werden.

Kreisky sprach nach dem Ausgang der Volksabstimmung von einer „persönlichen Niederlage“. Seine Taktik, das Resultat der Volksabstimmung mit seinem Verbleib im Amt zu verknüpfen, erwies sich als falsch. Wohl hatte diese Ankündigung politische Gegner aus wahltaktischer Überlegung motiviert, gegen das AKW-Projekt zu stimmen. Für die Regierung Kreisky hatte die Volksabstimmung keine Auswirkung, sie blieb im Amt.[618] Als *Elder Statesman* änderte Kreisky seine Haltung gegenüber Grünbewegung und Antiatombewegung, da er verspürte, dass neue Anforderungen an die moderne Gesellschaft auch neue Antworten verlangten.[619] Diese an sich lobenswerte Einsicht zur Selbstkritik zeigt, wie fehlbar auch Politiker und Experten sein können und dass es für die Bürger unerlässlich ist, über die Wahlen hinausgehende Mittel und Möglichkeiten zu nutzen, um politische Entscheidungen zu hinterfragen und gegebenenfalls zu korrigieren. Die Dominanz des parteienstaatlichen Parlamentarismus und die Verflechtung von Partei- und Verbandseliten hat einen „ersten, empfindlichen Rückschlag“ erfahren, so Pelinka. Die Sozialpartnerschaft konnte ihre die Energiepolitik betreffenden Interessen nicht umsetzen, der Konsens zwischen den

[615] ebenda, 156. Vgl. auch: Fischer, Die Kreisky-Jahre 1970-1983, 157.
[616] KKW Zwentendorf: „Grün samma söba“, Die Presse 31.10.1998, Spectrum I/II.
[617] Natter, Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“, 157.
[618] Zwentendorf: Ein ungenutztes „Denkmal“, in: Die Presse 5.11.2003, Chronik/Österreich
[619] Rathkolb, Die Kreisky-Ära 1970-1983, 339.

Großparteien konnte nicht mehr aufrechterhalten werden, sondern fiel dem Oppositionskalkül zum Opfer.[620]

Zwentendorf bedeutete einen Durchbruch für Politikengagement von der Basis her. Der Erfolg der Atomkraftwerks-Gegner war wegweisend für viele weitere soziale Bewegungen. In den Köpfen der Menschen etablierte sich ein neues Bewusstsein; der Trend nach Mitbestimmung und Mitentscheidung verstärkte sich. Freda Meissner-Blau, Wegbereiterin der Grünen, erinnert sich: „Das war ein Aufbruch des Bürgerseins im Sinne des Citoyens, des Mitredenskönnens, Mitgestaltenkönnens, Mithandelnkönnens. Plötzlich ist der aufrechte Gang gekommen, der Obrigkeitsstaat hat erste Risse gezeigt."[621]

6.2.7. Anti-Atom-Gesetz

Die wichtigste Konsequenz aus der Volksabstimmung war das noch im Dezember verabschiedete Atomsperrgesetz (BGBl. 1978/676), das besagt, dass sowohl der Bau als auch die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken in Österreich verboten ist. Der Gesetzesantrag wurde von der SPÖ eingebracht. Der SP-Abgeordnete Sepp Wille nannte ihn die „logische Folge auf das Ergebnis der Volksabstimmung"[622]

6.3. Fallbeispiel Hainburg

Die basisdemokratische Orientierung fand sechs Jahre später bei der friedlichen Besetzung der Hainburger Au ihre Fortsetzung. Auch hier konnte der gewaltfreie Widerstand das geplante Kraftwerk verhindern.

Der Protest gegen Hainburg war auch vor allem ein Protest der jungen umweltbewussten Generation gegen die Wiederaufbaugeneration (Postmaterialisten versus Materialisten). Hier stand Ökologie gegen Ökonomie, Naturbewahrung gegen Energiegewinnung, Landschaft gegen Beton. War in Zwentendorf der Widerspruch noch zwischen Umweltinteresse und Großtechnologie bzw. zwischen Atomkraftgegnern und Regierung und Sozialpartnerschaft gegeben, so standen sich in Hainburg Studenten und Naturschützer und die um ihre Arbeitsplätze bangenden Arbeiter gegenüber, ein „Konflikt zwischen Umweltschutz und Arbeitswelt", so Puntscher-Riekmann.[623] „Die Hainburg Story ist die Geschichte des

[620] Pelinka, Hainburg – mehr als nur ein Kraftwerk, 95.
[621] KKW Zwentendorf: „Grün san ma söba", in: Die Presse 31.10.1998, Spectrum I/II
[622] Zwentendorf: Ein ungenutztes „Denkmal", in: Die Presse 5.11.2003, Chronik/Österreich.
[623] Puntscher-Riekmann, Sonja, Die Grüne Alternative, in: Mantl, Wolfgang (Hg.), Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien,Köln,Graz 1992, 419.

Konfliktes zwischen Wiederaufbaumentalität und der Lebens- und Zukunftsangst der Jungen. Und der Hilflosigkeit der etablierten Parteien damit schöpferisch umzugehen.“[624]

Das vordergründige Ziel der Gruppierungen, die gegen Hainburg aufgetreten sind, waren natürlich die Verhinderung des Kraftwerkes und der Erhalt der Aulandschaft mit ihrer in Mitteleuropa einzigartigen Flora und Fauna, sowie die Umwandlung der Au in einen Nationalpark. Das „Nein zum Donaukraftwerk Hainburg“ bedeutete keine grundsätzliche Ablehnung der Wasserkraft, sondern lediglich die Verhinderung der Staustufe Hainburg, um die bedrohte Aulandschaft zu retten.

Sowohl die Regierung (SPÖ-FPÖ-Koalition) als auch die Oppositionspartei ÖVP sowie die auf Wachstum orientierten Sozialpartner traten vehement für das Kraftwerk ein. Für sie stellten die Auen lediglich einen „Wildwuchs“ dar. „Der Auwald ist kein Wald, sondern ein Wildwuchs. Wenn wir ihn wegreißen, werden wir das begrünen und neu pflanzen, dann wird das Bild schöner sein“, so der Gewerkschaftspräsident Anton Benya.[625]

Die Argumente für den Bau waren in erster Linie der Ausbau der Energiegewinnung aus Wasserkraft anstelle umweltverschmutzender kalorischer Kraftwerke, die Sicherstellung der Energieversorgung Österreichs sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen.

6.3.1. Planung und Bau

Schon in den 50er Jahren plante die Österreichische Donaukraftwerke AG (DOKW) eine Staustufe bei Hainburg. Das Kraftwerk Hainburg wurde sodann in die staatlichen Energiekonzepte 1981 und 1984 und in die Regierungserklärung 1983 aufgenommen und von den zuständigen Behörden bewilligt.[626]

Nachdem die DOKW das Projekt im Mai 1983 bei der Wasserrechtsbehörde eingereicht hatte, wurde es im Dezember von Landwirtschaftsminister Haiden zum „bevorzugten Wasserbau“ erklärt, in deutlichem Bruch mit den wenige Monate vorher von der Bundesregierung unterzeichneten internationalen Abkommen, der „Berner Konvention“ und dem „Ramsar-Abkommen“.[627] Der World Wildlife Fund (WWF) brachte gegen dieses Bewilligungs-verfahren eine Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofklage ein.[628]

---

[624] Votzl, Josef, Au – Du mein Österreich, in: Profil, 22.12.1984, 15.
[625] Demokratiezentrum Wien, Station: Hainburg.
http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissensstationen/hainburg.html
Letzter Zugriff: 30.6.2006.
[626] Natter, Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“, 158.
[627] Meissner-Blau, Freda, Hat Hainburg die Republik verändert? http://www.demokratiezentrum.org/pdfs/meissner.blau-pdf Letzter Zugriff am: 17.6.2005

Auch für die naturschutzrechtliche Genehmigung wurde - in 2. Instanz - von Ernest Brezovszky, Landesrat für Naturschutz, ein positiver Bescheid erlassen. Die Bewilligung war in 1. Instanz aufgrund negativer Gutachten und des strengen niederösterreichischen Naturschutzgesetzes verweigert worden. Dieses Gesetz, das im Übrigen von Brezovsky mitverfasst wurde, sah „das Verbot jeder Veränderung der geschützten Landschaft, die zu ihrem Nachteil gereicht“, vor. Sich über Gesetz und Gutachten hinwegsetzend, erließ auch Brezovszky Ende November 1984 den Genehmigungsbescheid. [629]

6.3.2. Formierung von Widerstand

Neben einer Aktion von Donaufischern, die gegen den Kraftwerksbau einige tausend Unterschriften sammelten, formierte sich Anfang der 80er Jahre die „Bürgerinitiative Hainburg“, die Informationsveranstaltungen und Unterschriftenaktionen sowie Vorsprachen bei Politikern organisierte, um auf die ökologische Gefährdung der Au durch den Kraftwerksbau aufmerksam zu machen.[630]

Überregionale Bedeutung und Thematisierung des Problems kam dann durch die Mobilisierung namhafter Ökologen, von Teilen der Anti-AKW-Bewegung und dem WWF zustande. Das Aktionspotential des Widerstandes konnte sodann durch die vom WWF im Februar 1983 gestartete Kampagne „Rettet die Auen“ erheblich erweitert werden. Daneben engagierte sich die größte österreichische Tageszeitung „Neue Kronen-Zeitung“, die eine breitere Öffentlichkeit erreichte.[631] Die Zeitung stand auf Seite der Aubesetzer und unterstützte deren Forderungen. In der Folge kam es zu weiteren Informationsveranstaltungen und Straßenaktionen der Kraftwerksgegner und eine große Publizität auch in anderen Medien.[632]

Die Festlegung der Regierung auf das Kraftwerk Hainburg, die von einer massiven Werbekampagne der DOKW unterstützt wurde, und der für Herbst 1983 befürchtete Rodungsbeginn führten zum Zusammenschluss zur „Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg“.[633] Diese bestand aus 20 Umweltschutzgruppen, Naturschutzvereinen und Bürgerinitiativen. Zeitgleich begann sich das Alternativreferat der österreichischen Hochschülerschaft gegen

---

Naturschützer beriefen sich in ihrem Kampf um die Au auf diese Abkommen, in welchen sich Österreich zur Erhaltung der Feuchtgebiete, ihrer Pflanzen und Tiere verpflichtete.

[628] Natter, Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“, 159.

[629] Meissner-Blau, Hat Hainburg die Republik verändert? , 2f.

[630] Kok, Franz/Schaller, Christian, Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen? Die Beispiele Zwentendorf und Hainburg, in: ÖZP 1 (1986), 64.

[631] ebenda, 64.

[632] Natter, Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“, 158.

[633] Kok/Schaller, Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen?, 65.

den Kraftwerksbau zu engagieren.[634] In Reaktion auf die Ende 1983 erteilte wasserrechtliche Genehmigung wurde auch die Rechtsstaatlichkeit von Entscheidungen der Behörden und damit die Demokratiequalität insgesamt kritisch hinterfragt.[635]

6.3.3. Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren

Zur zentralen Plattform der Kraftwerksgegner wurde schließlich das von einem überparteilichen Personenkomitee initiierte „Konrad-Lorenz-Volksbegehren", das „eine grundsätzliche Wende in der Energie- und Umweltpolitik" forderte.[636] Neben der Erhaltung der Aulandschaft rückten die institutionalisierten Entscheidungsmuster der Regierung und der Interessenverbände ins Zentrum der Kritik. Es wurde die mangelnde Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse kritisiert: "Überall im Land wachsen Bürgerinitiativen aus dem Boden. Die mangelnde Lernfähigkeit der Machthaber, ihr Versuch, die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen, erzeugt immer neuen Konfliktstoff."[637]
Die Initiatoren des Volksbegehrens wollten mit demokratischen Mitteln das Kraftwerk verhindern, wie es auch deutlich im „Schwur von Hainburg" (s. Anhang) zum Ausdruck kommt: „Wir versprechen: Wir wollen diesem Land Hoffnung geben, an Stelle grauer und fader Politik wollen wir lebendige, phantasievolle direkte Demokratie. Wir wollen: unsre Nasen in unsre eignen Angelegenheiten stecken."[638] Vertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens überbrachten Innenminister Blecha 10.000 Unterschriften gegen den Kraftwerksbau und forderten öffentlich die Zerstörung der Aulandschaft nicht zuzulassen.[639]
Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren wurde öffentlichkeitswirksam mit einer „Pressekonferenz der Tiere", bei der sich zahlreiche Prominente in Tierkostümen präsentierten, inszeniert.[640]

---

[634] Natter, Die „Bürger" versus die „Mächtigen", 159.
[635] ebenda, 159.
[636] Kok/Schaller, Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen? 65f.
[637] Erklärung zur Einleitung des Volksbegehrens am 14. Mai 1984. Presseclub Concordia, Zitiert nach: Forum, Internationale Zeitschrift, Sondernummer 366, Konrad-Lorenz-Volksbegehren, Wien Juni 1984, 7. (s. Anhang)
[638] Der Schwur von Hainburg. Zitiert nach: Forum, Internationale Zeitschrift, Sondernummer 366, Konrad-Lorenz-Volksbegehren, Wien Juni 1984, 7. (s. Anhang)
[639] Natter, Die „Bürger" versus die „Mächtigen", 159.
[640] ebenda, 161.
Unter anderem haben sich Peter Turrini, Hubert Gorbach und Josef Cap für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren stark gemacht. s.dazu: Tonbeispiel: Öko-Tour-Station Hainburg 1984 ,Ausschnitt von einer Pressekonferenz, (s. Anhang).
Waren es zunächst traditionelle Formen des Protests (Unterschriftenaktionen, Informationsveranstaltungen etc.), so setzte man zuletzt auf immer kreativere Aktivitäten. Nach Natter erfordert die Erlangung öffentlicher Aufmerksamkeit „demonstrative, provokante, spektakuläre, emotionale, spielerische Formen der Interessenartikulation." Diese Formen des Widerstandes haben nicht nur die Funktion die Öffentlichkeit auf die Anliegen der Gruppierungen zu sensibilisieren, sondern sind „per se Ausdrucksmittel der Abgrenzung zu etablierter Parteien- und Verbändepolitik." Natter, Die „Bürger„ versus die „Mächtigen", 161f.

6.3.4. Eskalation des Konfliktes und Entscheidungsfindung

Den Anlass zur Eskalation des Konfliktes bildete zum einem die Anfang November 1984 veröffentlichten „Geheimpapiere der Elektrizitätswirtschaft“ worin die immer wieder hervorgehobene energiewirtschaftliche Dringlichkeit des Projektes Hainburg widerlegt worden war. Damit verloren Regierung und E-Wirtschaft zunehmend an Glaubwürdigkeit, während die Kraftwerksgegner an Legitimation gewannen.[641]

Nachdem die wasserrechtliche Genehmigung und Rodungsbewilligung erteilt wurde, kündigte Bundeskanzler Sinowatz - ungeachtet wachsender Kritik am Naturschutzbescheid - eine rasche Durchführung der Rodungsarbeiten an. Die als provokant empfundene Form und Begründung der erlassenen Bescheide gab schlussendlich den Anstoß für die schon länger angekündigte Sternwanderung in die Au. Die Beschleunigung des Wasserrechtsverfahrens und der Verdacht der Gutachtenfälschung gegenüber Brezovszky, das Argument, wonach nur ein Kraftwerksbau die längerfristige Erhaltung der Au sicherstelle, sowie die Darlegung einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit konnten im allgemeinen Rechtsempfinden nicht nachvollzogen werden. Unter dem Leitspruch „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zu Pflicht“ rechtfertigten die Kraftwerksgegner die Aubesetzung.[642] Tausende Bürger kämpften nicht nur gegen die Zerstörung der Au, sondern zugleich auch um Rechtsstaat und Demokratie.

„Wenn unser Staat unser Landschaftsschutzgebiet zerstört, den letzten freien Auwald, den wir haben, unser Naturerbe, ist es Pflicht jedes Staatsbürgers, dies nicht zuzulassen. Dieser rechtswidrige Beschluss ist Zynismus in Reinformat, erinnert stark an den Einmarsch in Budapest und Prag, um dann jeden Widerstand niederzuwalzen. Mit Panzern oder Baggern Menschen oder Natur zu nivellieren ist eigentlich dasselbe.“[643]

An der stattfindenden Kundgebung gegen den Kraftwerksbau nahmen an die 8000 Menschen teil und es gab einen „Aufruf zum gewaltfreien Widerstand gegen die geplanten Rodungsarbeiten.“[644] Einige Tausend Umweltschützer besetzten das Baugelände und errichteten Lager.

Nach zwei gescheiterten Rodungsversuchen unter Einsatz der Exekutive kam es schließlich zu Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und Vertretern des Konrad-Lorenz-

[641] Kok/Schaller, Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen?, 66f. Vgl. auch: Huber, Andreas/Nenning, Günther (Hg.), Die Schlacht der Bäume. Hainburg 1984, Wien 1985, 63ff.
[642] ebenda, 67.
[643] Hundertwasser, Friedensreich, Spurensuche in der Au. 20 Jahre nach der Aubesetzung bei Hainburg, in: Radio Niederösterreich, 11.12.2004. Tonaufzeichnung.
[644] Natter, Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“, 159.

Volksbegehrens, die zu einer viertägigen Pause der Rodungsarbeiten führten.[645] Die Regierung beharrte jedoch auf der Durchsetzung des Rechtsstaates, auch um den Druck von Seiten des ÖGB nachzugeben.[646] Am 17. Dezember kam es zu einem weiteren Schlägerungsversuch, der abermals durch die Aubesetzer blockiert werden konnte. Am gleichen Tag zeigten aber ebenso tausende Arbeiter ihre Bereitschaft, gegen diese ökologisch motivierten Demonstranten im Interesse ihrer Arbeitsplätze vorzugehen. Auf Intervention der Regierung wurde diese Arbeiterdemonstration jedoch abgesagt.[647] Um dem Druck von Seiten des ÖGB nachzugeben und den Bau des Kraftwerks durchzusetzen, hielt die Regierung an der unbedingten „Durchsetzung des Rechtsstaats" fest.[648] Am 19. Dezember erfolgte ein groß angelegter Polizeieinsatz um den Räumungsbefehl durchzuführen. Dieser Einsatz forderte zahlreiche Verletzte auf Seiten der Auschützer. Das harte Durchgreifen der Regierung verstärkte die Solidarität der Öffentlichkeit mit den Besetzern der Au. Noch am selben Abend demonstrierten 40.000 Menschen in Wien ihre Unterstützung mit den Aubesetzern.[649]

Die massive öffentliche Kritik am Vorgehen der Polizei bewog Bundeskanzler Sinowatz schließlich zu einem „Weihnachtsfrieden". Am 4. Jänner 1985 kündigte die Bundesregierung eine „Nachdenkpause" an, nachdem auch der Verwaltungsgerichtshof den Wasserrechtsbescheid wegen Rechtswidrigkeit aufgehoben hat.[650] Die Vehemenz der Auseinandersetzung bewirkte ein langsames Umdenken in der Regierung. Eine neu gegründete „Ökologiekommission" sollte Entscheidungsgrundlagen für den weiteren Ausbau der Donau erstellen. Im Herbst 1985 kam diese Kommission zu dem Schluss, auf den Bau der Staustufe Hainburg zu verzichten, was de facto das Ende des Bauprojekts bedeutete.[651]

Laut Pelinka ist das Einlenken der Regierung aus wahlpolitischen Überlegungen zu verstehen.[652] Besondere Bedeutung kommt dabei der Demonstration vom 19. Dezember 1984 in Wien zu, die der Regierung das Mobilitätspotential von Hainburg vor Augen führte. „Die SPÖ als die für die Hainburg-Politik der Bundesregierung vor allem verantwortliche Partei sah sich keineswegs mit einer gegnerischen Mehrheit konfrontiert; sie musste jedoch erkennen, dass die für jede zukünftige Mehrheitsbildung in der Wählerschaft notwendigen, politisch besonders sensiblen Minderheitsgruppen von der Partei weiter entfernt waren als je

[645] ebenda, 160.
[646] Kok/Schaller, Zur Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen?, 67.
[647] Natter, Die „Bürger" versus die „Mächtigen", 160.
[648] Kok/Schaller. Zur Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen?, 67.
[649] Natter, Die „Bürger" versus die „Mächtigen", 160.
[650] ebenda, 160.
[651] ebenda, 160.
[652] Pelinka, Hainburg – mehr als nur ein Kraftwerk, 105.

zuvor. Im Interesse zukünftiger Mehrheitsfähigkeit gab die SPÖ einer politisch aktiven Minderheit nach."[653]

Der damalige Bundeskanzler Fred Sinowatz resümierend 20 Jahre nach Hainburg: „In Wahrheit war die Regierung völlig unvorbereitet auf das Phänomen des „gewaltfreien Widerstandes". Gegen diese Idealisten, die Studenten und Umweltschützer, gab es bei uns doch eine innere Barriere. Aber wir wollten eine Spaltung der Bevölkerung verhindern, und daher habe ich den „Weihnachtsfrieden" ausgerufen. Aus Sicht der Kraftwerksbefürworter – und das war die schweigende Mehrheit – eine sehr schmerzliche Entscheidung. Aber die Politik hat mehr zu beachten als rein ökonomisch-technische Überlegungen."[654]

6.3.5. Die Rolle der Medien

Die Kronen-Zeitung engagierte sich nicht nur voll gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg, die Zeitung stand auch hinter dem Konrad-Lorenz-Volksbegehren.

Nach einer im Jänner 1985 durchgeführten Erhebung der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) wurde deutlich, „daß die Kronen-Zeitung mit ihrer intensiven Berichterstattung das Thema Hainburg zwar aktualisiert hat, aber keinerlei Einfluss auf die Meinungsbildung ausüben konnte".[655] Nach dieser Analyse sprachen sich 69 % der Befragten für, 29 % gegen den Bau aus, was im wesentlichen auch dem Meinungsprofil der Kronen-Zeitung entsprach; diese Übereinstimmung galt auch für die Beurteilung der Vorgangsweise der Regierung (je etwa 40 % dafür oder dagegen)[656] Pelinka kommt zu dem Schluss, dass nicht das Lesen einer bestimmten Zeitung, sondern Parteipräferenz, soziale Schicht, Bildung und Alter entscheidend für die Einstellung zu Hainburg waren.[657] Der eher geringe Einfluss der Medien auf die Meinungsbildung lässt sich auch am Ergebnis des Konrad-Lorenz-Volksbegehren feststellen: trotz 2 Millionen Kronen-Zeitungs-Leser unterschrieben nur 353.908 Personen (6,55 % der Wahlberechtigten) das Volksbegehren,[658] das somit unter seinen Erwartungen blieb.

---

[653] ebenda, 106f.

[654] Hainburg – „20 Jahre Hainburg – Courage lohnt sich…!", http://www.hainburg20.at/default.php?page=dokumente_detail&d... Letzter Zugriff am: 13.05.2005.

[655] Gehmacher, Ernst., Ohnmacht der Massenmedienmacht? Die wahre Wirkung der „Kronen-Zeitung" am Beispiel Hainburg, in: Journal für Sozialforschung, 2/1985, 233. Zitiert nach: Pelinka, Anton, Hainburg – mehr als nur ein Kraftwerk, in: Khol/Ofner/Stirnemann (Hg.), ÖJP, Wien, München 1986, 102.

[656] Kok-Schaller, Zur Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen?, 68. Vgl.: Gehmacher, Ernst., Ohnmacht der Massenmedienmacht? Die wahre Wirkung der „Kronen-Zeitung" am Beispiel Hainburg, in: Journal für Sozialforschung, 2/1985, 217 ff.

[657] Pelinka, Hainburg –mehr als nur ein Kraftwerk, 104.

[658] Kok-Schaller, Zur Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen? 69.

6.3.6. Konsequenzen und Ausblick

Hainburg stand nicht nur für das Ende eines Großkraftwerkes, es stand auch für Mitbestimmung und Eigeninitiative. Hainburg wurde für Teile der Au-Besetzer zum willkommenen Anlass, „ein Mehr an (direkter) Demokratie zu fordern, zum Kristallisationspunkt für antirepräsentativdemokratische und auch Anti-Staats-Gefühle, wie es treffend eine Au-Besetzerin, ausdrückt: „Mein Engagement für die Au kam ziemlich plötzlich, doch mein Wille zum Widerstand gegen die Staatsgewalt war bereits lange vorhanden.“[659]

Die institutionalisierten Entscheidungsmuster, die bis Hainburg galten, konnten nicht mehr beibehalten werden. Die Sozialpartnerschaft, die jahrzehntelang für eine berechenbare Politik verantwortlich war, erfuhr nach Zwentendorf ihre zweite große Niederlage. Das Aufbrechen traditioneller Werte und Einstellungen wie Wiederaufbau, Wirtschaftswachstum stoßen auf neue gesellschaftliche Themen, wie Ökologie, Basisdemokratie.

Die neuen sozialen Bewegungen intervenierten immer wieder erfolgreich bei politischen Entscheidungsprozessen und erzielten auch punktuelle Erfolge. „Besonders im Bereich von Großbauprojekten zum Zwecke der Energieerzeugung und bei der Verkehrspolitik haben die neuen sozialen Bewegungen in Österreich eine Verhinderungsmacht gezeigt, die in keinem anderen europäischen Land stärker ausgeprägt ist.“[660] Die neuen sozialen Bewegungen bzw. grünen Parteien sind eine deutliche Reaktion auf die Geschlossenheit des politischen Systems, auf die fehlende Responsivität der etablierten Parteien gegenüber Anliegen, wie sie von diesen Gruppierungen vertreten werden. Ihr Entstehen kann daher als eine „erzwungene“ Öffnung des politischen Systems gesehen werden.[661]

In der Folge kam es zu einer verwaltungsrechtlichen Neuordnung von Bürgerbeteiligung, die auf eine verstärkte Partizipation von Bürgern in Verwaltungsentscheidungen gerichtet war. Als Beispiel kann das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz („UVP-G“) von 1993 gelten, das auch Bürgerinitiativen eine Parteienstellung einräumt.[662]

6.3.6.1. Veränderung der politischen Landschaft

Als wichtigste Konsequenz auf politisch institutioneller Ebene kann die Formierung grüner Listen und Parteien angesehen werden.

[659] Natter, Die „Bürger“ versus die „ Mächtigen“, 161.
[660] Gottweis, Neue soziale Bewegungen in Österreich, 355.
[661] ebenda, 356.
[662] ebenda, 356.

Ähnlich wie auch in anderen westeuropäischen Ländern wirkte das Engagement gegen die zivile Nutzung der Kernenergie als Motor neuer sozialer Bewegungen und gab Anstoß für eine Veränderung der traditionellen Parteienlandschaft. So kam es 1982 zur Gründung der bundesweiten Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) durch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Nein zu Zwentendorf“,[663] die ihre Hauptaufgabe im Umweltschutz sah. 1983 entstand die stark von der Friedens- und Alternativbewegung geprägte und basisdemokratisch orientierte Alternative Liste Österreichs (ALÖ)[664]. Im Vorfeld der Nationalratswahl 1986 schlossen sich die ALÖ mit einem Großteil der VGÖ-Mitglieder zur „Grün Alternativen Partei“ zusammen.[665] Die Folge dieser Einigung war eine gemeinsame Kandidatur bei den Nationalratswahlen 1986 und der Einzug in den Nationalrat. Hier bilden sie wichtige Anlaufstellen und sind Ansprechpartner für Forderungen und Anliegen die „von draußen“ kommen und beleben so mit einer Vielzahl neuer Themen und Ideen den Parlamentarismus. Die Grün-Alternativen wollen die repräsentative Demokratie um den Faktor der partzipatorischen bzw. der Basis-Demokratie ergänzt wissen.

Zudem bewirkten Zwentendorf und Hainburg nicht zuletzt ein neues Umweltbewusstsein in der Bevölkerung. Umweltschutz als Politik war nach Hainburg nicht mehr nur theoretisch vorstellbar. Umweltprobleme, nicht zuletzt stark beeinflusst von den Debatten in anderen Ländern, wurden nun zu einem neuen Leitthema der Politik, dem sich auch die anderen Parteien nicht mehr völlig entziehen konnten. Aus der „ökologischen Nische“ wird die „Ökologisierung von Politik“.[666]

6.3.7. Fazit

Die Beispiele Zwentendorf und Hainburg haben gezeigt, dass es möglich war, auf die Innenpolitik erheblichen Einfluss auszuüben. Erstmals standen vernetzte Bürgerinitiativen, Gruppierungen mit unterschiedlichen politischen Orientierungen, erfolgreich der Macht des „Establishments“ gegenüber.

Zum ersten Mal wurde durch eine Volksabstimmung eine plebiszitäre Lösung einer Frage gegen den erkennbaren Willen der Mehrheit der Parlamentarier und insbesondere auch gegen den erkennbaren Willen der Sozialpartner durchgesetzt. Wie es Freda Meissner-Blau treffend ausdrückte, hat Hainburg auch gezeigt, dass die Mächtigen nicht so mächtig sind als die

[663] Vgl. Dachs, Herbert, Grünalternative Parteien, 305f.
[664] ebenda, 306.
[665] ebenda, 307.
[666] Sieder/Steinert/Tálos, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Zweiten Republik. 30f.

Bevölkerung nicht so ohnmächtig ist.[667] Das erfolgreiche Engagement gegen Zwentendorf und Hainburg stärkte das Staatsbürgerbewusstsein. Es etablierten sich neue Formen der Opposition und des politischen Protests; auch die Instrumente der direkten Demokratie wurden intensiver genutzt, was nicht zuletzt ein „qualitativ neue(s) Demokratieverständnis" förderte.[668]

Rathkolb zufolge setzt die Erosion des autoritären Schattens in der Demokratieentwicklung Österreichs erst Mitte der 80er Jahre an. „Nicht das Rundfunkvolksbegehren 1964, das letztlich eine Eliteninitiative von Printmedien gegen die Große Koalition und den staatlichen Rundfunk war, sondern die breite Bewegung gegen das Kraftwerk Hainburg 1984 und die Etablierung der Grünen als Kleinpartei sind Indikatoren für ein langsames Nachlassen des Autoritarismus. Die Niederlage der SPÖ und Bruno Kreisky in der Volksabstimmung über das Atomkraftwerk Zwentendorf war zwar ein Indikator für diese Erosion, aber sie war eher ein Ergebnis des politischen Taktierens der ÖVP und des Beharrens Kreiskys, der SPÖ und des ÖGB sowie der Sozialpartnerschaft."[669]

[667] Meissner/Blau, Freda, in: ORF, Orientierung, ausgestrahlt am 9.12.2007, Tonaufzeichnung.
[668] Campell, Der politische Paradigmenwechsel in Österreich, 171.
[669] Rathkolb, Die paradoxe Republik, 413.

7. Resümee

In dieser Arbeit wurde versucht, die demokratische Entwicklung Österreichs nachzuzeichnen: Festzustellen ist, dass die Demokratisierung in Österreich zweifelsohne eine deutliche Weiterentwicklung erfahren hat. Die österreichische Politik der Zweiten Republik entwickelte sich von einer sehr versäulten Struktur (Lagerdenken) hin zu einer politischen Landschaft in Bewegung und glich sich somit westeuropäischen Standards an. Man könnte auch von einem demokratiepolitischen Aufholprozess der Österreicher sprechen, der sich in der Zunahme von Volksbegehren und Bürgerinitiativen manifestiert. In diesem Zusammenhang können Zwentendorf und Hainburg als erste Indikatoren für neue zivile Bewegungen gelten. Die staatsbürgerliche Reife und Kompetenzbewusstsein verdrängt zunehmend die passiv-loyalen Rollenbilder der traditionellen Untertanenkultur. In Österreich hat sich eine Zivilgesellschaft etabliert, wie sie in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nicht denkbar gewesen wäre.

Auch für Hanisch ist die Gesellschaft in den 80er Jahren um einiges demokratischer geworden. Er lässt allerdings die Frage offen, ob die historischen Lektionen auch in der Zukunft im Gedächtnis bleiben, ob das Defizit an Staatsbürgerkultur, an Graswurzeldemokratie bereits langfristig ausgeglichen, das autoritäre Element tatsächlich ausgebrannt ist.[670]

Mit dem Regierungswechsel 1999/2000 hat es einen Bruch der politischen und demokratischen Kultur Österreichs gegeben, - von der Konsens- zur Konfliktdemokratie. Doch die Demokratie war stark genug und hat den „schwarz-blauen Härtetest“, wie Cap es nannte,[671] überstanden. Wie Pelinka in einem Kommentar anlässlich des 50. Jahrestages der Zweiten Republik schreibt, muss eine mündige Gesellschaft auch im Risiko leben können, Fehler machen dürfen, schlechte Regierungen wählen können, was zugleich auch heißt, Chancen zu eröffnen.[672]

Nach demoskopischen Perspektiven habe die österreichische Demokratie durch den Regierungs- und Koalitionswechsel keinen Schaden genommen und ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt. Österreich ist in einen weiteren demokratischen Lernprozess eingetreten, der eine Vitalisierung des politischen Prozesses wie ein aktiveres Demokratieverständnis bedeutet. Demokratische Wahlentscheidungen werden durch Macht- und

[670] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 43f.
[671] Cap, Josef, “Österreichs Demokratie wird schwarz-blaue Härtetests überstehen“. Podiumsdiskussion „Demokratie mit Gütesiegel. Konsens. Konflikt? Courage!“ vom 3.6.2005. http://www.kulturpolitik.spoe.at/online/page.php? P=23850&phps… Letzter Zugriff: 24.6.2008
[672] Pelinka, Anton, Statt Zufriedenheit ein Gefühl von zielloser Wut. Eine Wahrnehmungskrise im Wohlstand, in: Der Standard, 27.4.1995, 41.

Regierungswechsel aufgewertet.[673] Doch die politische Wende wurde von einem Großteil der Bevölkerung nicht einfach hingenommen, es kam zu vielen Widerstands- und Protestaktionen. Karin Liebhart spricht von einem „Aufbruch der Zivilgesellschaft".[674]

Österreich hat sich zu einem 5-Parteiensystem entwickelt. Die Macht ist breiter verteilt, was auch den politischen Prozess schwieriger gestaltet. Vor diesem Hintergrund sind die aktuell geführten Diskussionen zum Mehrheitswahlrecht zu sehen. Die Konkurrenz ist härter geworden, ersichtlich an den sehr polarisiert geführten aktuellen Parlamentsdebatten.

Die Wahl vom Oktober 2006 hat gezeigt, dass die Große Koalition nach wie vor im kollektiven Gedächtnis der Österreicher einen hohen Stellenwert einnimmt. In der gegenwärtigen Situation (2008), in der sich die Zusammenarbeit sichtlich erschwert und das Finden gemeinsamer Lösungen zunehmend schwieriger wird, scheint es, als ob die Große Koalition in der öffentlichen Meinung zunehmend ihr posives Image verliert.

Im internationalen Vergleich nimmt Österreich mittlerweile eine Mitteposition als demokratisch fortentwickelter Staat ein.[675] Bundespräsident Fischer kommt in einem Festvortrag zu folgender Erkenntnis: *„Die sechs Jahrzehnte der zweiten Republik haben den Normalisierungsprozess der österreichischen Demokratie weitgehend abgeschlossen. Das demokratische System Österreichs funktioniert wie die meisten anderen Demokratien in Europa, hat Fehler wie die meisten anderen Demokratien in Europa, hat Eigenheiten und Besonderheiten wie die meisten anderen Demokratien in Europa und ist dennoch unersetzlich wie in allen anderen Staaten Europas."* [676]

Als Mitglied der EU ist Österreich in den europäischen politischen Prozess eingebunden und damit mit neuen Herausforderungen und Aufgaben konfrontiert. Österreich kann einen positiven Beitrag leisten, die europäische Entwicklung mitzugestalten, Mitverantwortung zu tragen für ein demokratisches und friedliches Europa. Der Beitritt zur EU war mit einem Souveränitätsverlust verbunden, mussten doch wesentliche Kompetenzen abgetreten werden. Beispielsweise Angelegenheiten im Bereich Währungs-und Wirtschaftsunion, Außen- und Sicherheitspolitik, Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres werden nicht mehr in den nationalen Parlamenten entschieden.[677]

---

[673] Pelinka/Plasser/Meixner, Von der Konsens- zur Konfliktdemokratie?, 460f.
[674] Liebhart, Karin, Editorial, in: Informationen der Gesellschaft für politische Aufklärung, Nr. 67, Dezember 2000
[675] Ulram, Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung, 107.
[676] Fischer, Heinz, Programmheft Wiener Vorlesungen, Bilanz der Wiener Vorlesungen: „Österreich Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive", Festvortrag Bundespräsident Heinz Fischer: „Österreich – Zweite Republik: Rückblick und Perspektive", 11. Mai, 2005.
[677] Demokratiezentrum Wien, Station: Alle Macht geht vom Volk aus.
http://demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissensstationen/alle_macht_geht Letzter Zugriff: 30.6.2006

Die Menschen sind heute mehr denn je mit völlig neu auftretenden Problemen und Zukunftsängsten konfrontiert, die vielfach nicht mehr allein auf nationaler Ebene gelöst werden können. So haben sich vor allem Umweltprobleme (Klimawandel!) zunehmend verschärft, aber auch Globalisierung, Immigration, auftretende Konflikte zwischen den Kulturen, internationale Kriminalität und nicht zuletzt das Phänomen des Terrorismus können nur in einem größeren Rahmen bewältigt werden.

Wie zahlreiche Meinungsumfragen ergeben, ersichtlich aber auch an der geringen Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen, sind die Österreicher nach wie vor EU-skeptisch. Als Gründe dafür können zum einen die vielen Neuordnungen, die häufig zu Verunsicherungen und Angstmotiven führen, gelten, zum anderen gibt die Politik der EU auch Anlass und Gelegenheit zu Kritik. Denn Demokratiedefizite werden besonders auf europäischer Ebene deutlich, was insofern ein Paradoxon darstellt, als doch in der westlichen Zivilisation „demokratische Selbstbestimmung als einzig tragfähige Legitimationsbasis der Politik" angesehen wurde."[678]

Die Bürger werden erst dann mehr Vertrauen in die EU und ihre Institutionen gewinnen, wenn sie erkennen, dass europäische Politik nicht nur Zentralismus, sondern die vernünftige Vertretung ihrer Interessen ist. Trotz berechtigter Kritik ist es wichtig, den Menschen die Vorteile und Chancen der EU immer wieder vor Augen zu führen. Die Entwicklung eines europäischen Bewusstseins und europäischen Politikverständnisses wird jedoch noch geraume Zeit dauern, gleich wie auf nationaler Ebene die Herausbildung demokratischer Orientierungen seine Zeit brauchte.

Inzwischen zeigt sich die EU lernbereit und es konnten demokratiepolitische Fortschritte erzielt werden. Als Beispiel soll der neue EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) als wichtiger Schritt in Richtung mehr Demokratie und Bürgernähe genannt werden.[679] Trotz dieser Zielsetzung wächst die Opposition uns Skepsis an der EU. Das Nein der Iren zu diesem Vertrag löste eine heftige Debatte aus, die zeigt, wie umstritten das Thema EU nach wie vor ist.

[678] Scharpf, Fritz W., Legitimationsprobleme der Globalisierung. Regieren in Verhandlungssystemen, in: Böhret, Carl/Wewer, Göttrik, Regieren im 21. Jahrhundert – zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Opladen 1993, 165.

[679] Hier geht das Europäische Parlament wesentlich gestärkt hervor; die „Charta der Grundrechte" wird auf eine rechtsverbindliche Grundlage gestellt; das Projekt eines „Europäischen Bürgerbegehrens" kann als eine wichtige demokratiepolitische Fortentwicklung gelten. Hiller, Wolfgang, Die Aufwertung des EU-Parlaments stärkt die Demokratie-Komponente in der Union entscheidend – Eine Entgegnung, in: Der Standard, 10./11.11.2007.

8. Ausblick

Die heutige Lebenswelt unterscheidet sich grundlegend von den Denkmustern der Nachkriegszeit. Wir leben in einer sehr kurzlebigen Zeit,[680] in der häufig mangelndes politisches Engagement und nachlassendes politisches Interesse beklagt wird. Es zeichnet sich eine Tendenz zu einem Rückgang der Bedeutsamkeit von Politik im Vergleich zu anderen Bereichen ab, so dass sich die Frage stellt: Ist das Demokratiebedürfnis der Bevölkerung abhanden gekommen? Gibt es einen Rückzug großer Bevölkerungsteile aus der Politik? Ist politisches Desinteresse als gesamtgesellschaftliches Verhalten zu beobachten? Werden die Menschen gleichgültiger, apathischer?

Eine Ursache könnte darin liegen, dass die Entwicklung einer zunehmend komplexeren Gesellschaft politische – vielfach intransparente – Prozesse für den Einzelnen nicht mehr nachvollziehbar sind. Die Bevölkerung scheint vielfach überfordert zu sein, daher häufig Resignation und Gleichgültigkeit. Politik bestärkt Bürger in ihrer Biedermeiermentalität, folglich der Trend, sich verstärkt in den Freizeitstress zu stürzen. Der Philosoph Wolfgang Müller-Funk schreibt in seinem Artikel *„Auf dem Weg in die lethargische Demokratie*" über die derzeit stattfindende Erosion der Zivilgesellschaft. Er stellt die These in den Raum, dass die Demokratie jenen merkwürdigen Zustand erreicht hat, den schon Alexis de Toqueville mit der Ruhe einer Gesellschaft in Verbindung gebracht hat, die nicht etwa herrscht, „weil sie sich ihrer Kraft und ihres Wohlstands bewusst ist, sondern weil sie sich im Gegenteil für kraftlos und hinfällig hält".[681] In den letzten Jahren mehren sich pessimistische Stimmen zur Demokratieentwicklung in Europa. Václav Havel vermutet, dass in Europa in 50 Jahren die Demokratie zu verkümmern drohe und konstatiert, dass ein freiwilliger Freiheitsverlust der Bürger durch Resignation derzeit unauffällig die politischen Strukturen untergrabe. Er beschreibt die momentane Entwicklung so:

„Wir hoffen auf keine neue Demokratie in Europa. Entweder es herrscht Demokratie, oder sie herrscht nicht. Ihre größten Feinde sind jedoch unsere Verantwortungslosigkeit, Gleichgültigkeit und Resignation als Bürger."[682]

---

[680] Coudenhove-Kalergi formuliert die aktuelle Entwicklung wie folgt: „ In einer in dynamischen Veränderungs- und Entwicklungsprozessen sich befindenden Welt gibt es noch viel weniger als früher die „archimedischen Punkte" des Gleichbleibenden in Alltag und Politik." Coudenhove-Kalergi, Barbara, Programmheft zur Wiener Vorlesungen, „Fremdsein in Österreich", Podiumsgespräch mit Barbara Coudenhove-Kalergi u.a., 17. Oktober 2007.

[681] Müller-Funk, Wolfgang, Auf dem Weg in die lethargische Demokratie, in: Der Standard 27./28. Oktober 2007, 32.

[682] Václav Havel, Demokratie droht zu verkümmern. Rechtsstaat und Zivilgesellschaft, in: Die Presse, 1.Juli 2006, 6,7.

In diesem Sinn ist die heutige Generation mehr denn je gefordert, diese Gleichgültigkeit nicht überhand nehmen zu lassen und zu verhindern, dass Politikverdrossenheit und politsches Desinteresse noch weiter zunimmt. „Wer sich nicht mit Politik befaßt, hat die Parteinahme, die er sich ersparen möchte, bereits vollzogen: Er dient den Herrschenden.“[683] Das Fehlen einer kritischen, politischen Öffentlichkeit wird genauso als Mangel empfunden, wie das Fehlen von mehr Mitsprachemöglichkeiten der Bürger. So ist Demokratie auch eine Aufforderung an die Bürger, die Gesellschaft mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen. Nach Haerpfer müsse der Kreis jener Personen, die sich aktiv am politischen Geschehen beteiligen, vergrößert werden, um genügend stark zu sein, die Demokratie im Krisenfall verteidigen zu können und die Immunisierung gegen undemokratische Tendenzen zunimmt,[684] - denn Demokratie schütze nicht vor undemokratischen Tendenzen.

Es liegt in unser aller Verantwortung, Fehlentwicklungen entgegenzutreten, auch Gegenpositionen zu beziehen, was heißt, mehr Zivilcourage zu zeigen. Es ist wichtig, die demokratische Kultur stetig weiterzuentwickeln, wobei Bildung eine wesentliche Voraussetzung ist. Dementsprechend wird es eine große Aufforderung an die Politik sein, politische Bildung an den Schulen zu verbessern, das Wesen der Demokratie immer wieder zu übermitteln und begreifbar zu machen, die Bürger für politische Institutionen sowohl auf nationaler wie auch auf EU-Ebene stärker zu sensibilisieren und vor allem eine mehr bürgernahe Politik zu betreiben. Die Menschen erwarten mehr demokratische Entscheidungen, mehr Mitbestimmung und mehr Transparenz im politischen Geschehen.

[683] Max Frisch, Zitat, in: Deiser/Winkler, Das politische Handeln der Österreicher, 5.
[684] Haerpfer, Politische Partizipation, 434.

Literatur und Quellenverzeichnis

1. Literatur

Almond, Gabriel A., Politische Kultur-Forschung – Rückblick und Ausblick, 1987, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, PVS (Politische Vierteljahresschrift), 28.Jg., Sonderheft 18, Opladen 1987, 27-39.

Andics, Hellmut/Ergert, Viktor/Kriechbaumer, Robert, 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd.IV, 1967-1974, Salzburg, Wien 1985, 15, in: Pensold, Wolfgang, Vom Staatskanzler zum Medienkanzler. Drei Dogmen im medienpolitischen Diskurs der SPÖ nach 1945, in: Medien und Zeit 3/99, Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AKH)“ (Hg.), 1-26.

Beetham, David, The Democratic Audit. Grundprinzipien und Schlüsselindikatoren politischer Demokratie, in: Campbell David F.J. u.a. (Hg.), Die Qualität der österreichischen Demokratie. Versuche einer Annäherung, Wien 1996, 19-45.

Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 18, Opladen 1987, 27-39.

Berka, Walter, Medienpolitik in den 60er Jahren, in: Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 237-247.

Bischof, Günter: Spielball der Mächtigen? Österreichs außenpolitischer Spielraum im beginnenden Kalten Krieg, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Repbulik, Wien 1996, 126-157.

Bittermann, Wolfgang, Von der Landschaftsnutzung zum Landschaftsverbrauch, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 625-641.

Böhret, Carl/Wewer, Göttrik (Hg.), Regieren im 21. Jahrhundert – zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Festgabe für Hans-Hermann Hartwich zum 65. Geburtstag, Opladen 1993.

Brandstätter, Lidia/Grosser, Michael/Werthner,Hannes, Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich, in: Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich, Wien 1984, 156-178.

Breuss, Susanne//Liebhart, Karin/Pribersky, Andreas (Hg.), Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich, Wien 1995.

Broda, Christian, Demokratie, Recht, Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Vorträge und Reden, Wien, Stuttgart, Zürich 1962.

Campbell, David F.J. u.a. (Hg.), Die Qualität der österreichischen Demokratie. Versuche einer Annäherung, Wien 1996.

Campbell, David F.J., Der politische Paradigmenwechsel in Österreich, in: Forum politische Bildung (Hg.), Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte, Innsbruck, Wien 1998, 166–172.

Campbell, David F.J., Zur Demokratiequalität von politischem Wechsel, Wettbewerb und politischem System in Österreich, in: Campbell, David F.J./Schaller, Christian (Hg.), Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Opladen 2002, 19-47.

Campbell, David F.J./Schaller, Christian, Demokratietheorie – Editorial, in: ÖZP 2 (1999) 123-126.

Campbell, David F.J./Schaller, Christian (Hg.), Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Opladen 2002, 19-47.

Cap, Josef, "Österreichs Demokratie wird Schwarz-blaue Härtetests überstehen". Podiumsdiskussion „Demokratie mit Gütesiegel. Konsens. Konflikt? Courage!" vom 3.6.2005. http://www.kulturpolitik.spoe.at/online/page.php? P=23850&phps… Letzter Zugriff: 24.6.2008

Czerny, Wilhelm F., Neue soziale Bewegungen und politische Kultur, in: Heinrich, Hans-Georg/Klose, Alfred/Ploier, Eduard (Hg.), Politische Kultur in Österreich –Festschrift für Heinrich Schneider, Linz 1989, 38-51.

Dachs, Herbert, Abschied vom Parteienstaat oder das Ende der Gemütlichkeit. Österreichs Parteiensystem 1945-1995, in: Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (Hg.), 1945-1995, Entwicklungslinien der Zweiten Republik, Wien 1995, 21-35.

Dachs, Herbert, Grünalternative Parteien, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, 3.Aufl., Wien 1997, 304-315.

Dachs, Herbert, Österreichs „Realverfassung" im Wandel? , in: Forum Politische Bildung (Hg.), Zum politischen System Österreich. Zwischen Modernisierung und Konservatismus (Informationen zur Politischen Bildung Nr. 17), Innsbruck, Wien u.a. 2000, 39-48.

Deiser, Roland/Winkler, Norbert, Das politische Handeln der Österreicher, Wien 1982.

Delpos, Manuela/Haller, Birgitt (Hg.), Demokratietheorie und Demokratieverständnis in Österreich, Wien 2001.

Demokratiezentrum Wien, Station: Alle Macht geht vom Volk aus. http://demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissensstationen/alle_macht_geht... Letzter Zugriff: 30.6.2006.

Demokratiezentrum Wien, Station: Hainburg. http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissensstationen/hainburg.html Letzter Zugriff: 30.6.2006.

Demokratiezentrum Wien, Station: Proporz

http://demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissensstationen/proporz.html
Letzter Zugriff: 30.602006.

Demokratiezentrum Wien, Station: Zwentendorf.
http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/wissensstationen/zwentendorf.html
Letzter Zugriff: 30.6.2006.

Dickinger, Christian, „Zampano tritt auf". Bruno Kreisky und die Medien: eine Spurensuche, in: Medien und Zeit 3/99, Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AKH)" (Hg.), Wien 1999, 26-48.

Ebner, Paulus/Vocelka, Karl, Die zahme Revolution. ´68 und was davon blieb, Wien 1998.

Eder, Hans, Die Politik in der Ära Kreisky, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 186-200.

Eisterer, Klaus, Österreich unter alliierter Besatzung 1945 – 1955, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiter Weltkrieg bis zur Gegenwart, Bd. 2, Wien, Köln, Weimar 1997, 147-217.

Enderle-Burcel, Gertrude, Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. 2.Aufl., Wien 1996, 80-94.

Fabris, Hans Heinz: Ein österreichischer Weg in die Informationsgesellschaft?, in: Fröschl Erich/Zoitl Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985, Wien 1986, 225-239.

Fabris Hans-Heinz, Journalismus im „neuen" Österreich, in: Fabris, Hans-Heinz/Hausjell, Fritz (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945, Wien 1991, 1-10.

Fabris, Hans-Heinz, Der „österreichische Weg" in die Mediengesellschaft, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich, Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 641-655.

Fabris, Hans Heinz, Medienpolitk und mediale Hegemonie, in: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Bruno Kreisky, seine Zeit und mehr, Wien 1998, 117-127.

Fabris, Hans Heinz/Hausjell, Fritz (Hg.), Die Vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945, Wien 1991.

Faßmann, Heinz: Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft. Sozialer Wandel in Österreich, in: Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheitzen (Hg.), 1945-1995, Entwicklungslinien der Zweiten Republik, Wien 1995, 87-102.

Fischer, Heinz, Das politische System Österreichs, 3.Aufl., Wien, München, Zürich 1982.

Fischer, Heinz, Das Parlament, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 2. Aufl., Wien 1992, 96-118.

Fischer, Heinz, Zur Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich, in: Funk, Bernd-Christian (Hg.), Adamovich Ludwig. Staatsrecht und Staatswissenschaften in Zeiten des Wandels. Festschrift für Ludwig Adamovich zum 60. Geburtstag, Wien 1992.

Fischer, Heinz, Die Kreisky-Jahre 1967-1983, 3.Aufl., Wien 1994.

Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986.

Gärtner, Reinhold (Hg.), Blitzlichter. Österreich am Ende des Jahrhunderts, Innsbruck, Wien 1999.

Gehler, Michael/Sickinger, Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur, Wien, München 1995.

Gehler, Michael/Sickinger, Hubert, Politische Skandale in der Zweiten Republik, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 671-684.

Gehmacher, Ernst, Neue politische Strömungen im Österreich der 70er und 80er Jahre, in: Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 201-207.

Gerlich, Peter, Österreichs Parteien: Rahmenbedingungen und Fragestellungen, in: Gerlich, Peter/Müller, Wolfgang C. (Hg.), Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945, Wien 1983, 3-15.

Gerlich, Peter, Ernstnehmen oder Augenzwinkern. Grün-alternative Herausforderungen der traditionellen Politik, in: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Welan, Manfried (Hg.), Demokratierituale, Wien, Köln, Graz 1985, 183-203.

Gerlich, Peter, Politische Kultur der Subsysteme, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3.Aufl., Wien 1997, 506-514.

Gerlich, Peter/Müller, Wolfgang C. (Hg.), Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945, Wien 1983.

Gerlich, Peter/Ucakar, Karl (Hg.), Staatsbürger und Volksvertertung. Das Alltagsverständnis von Parlament und Demokratie in Österreich, Salzburg 1981.

Giller, Joachim, Soziale Bewegung und Wertwandel in Österreich. Von der „Studentenbewegung“ zu den „Grünen“ und „Alternativen“, Wien 1984.

Gottsmann, Andreas, Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, in: Rumpler Helmut/Urbanitsch Peter, Verfassung und Parlamentarismus, 1.Tb., 569-665.

Gottweis, Herbert, Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, 3. Aufl., Wien 1997, 342-359.

Gottweis, Herbert, Politische Mobilisierung, BürgerInnenbewegungen und Ansätze zur Ausbildung neuer Organisationsformen von Politik in Österreich, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Zum politischen System Österreich. Zwischen Modernisierung und Konservativismus (Informationen zur Politischen Bildung Nr. 17), Innsbruck 2000, 60-68.

Haerpfer, Christian, Nationalratswahlen und Wahlverhalten seit 1945, in: Gerlich, Peter/Müller, Wolfgang C.W., Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945, Wien 1983, 111-151.

Haerpfer, Christian, Wahlgeschichte als Indikator politischer Modernisierung. Ein wahlsoziologischer Essay, in: Journal für Sozialforschung, 27.Jg. (1987), Heft 1, 90-97.

Haerpfer, Christian, Gesellschaft, Wählerverhalten und Parteiensystem. Wahlverhalten in Österreich, der BRD, Belgien und Großbritannien 1974-1987, in: Journal für Sozialforschung, 27.Jg. (1987), Heft 2.

Haerpfer, Christian, Politische Partizipation, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 426-435.

Haerpfer, Christian, Wahlverhalten, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3. Aufl., Wien 1997, 526–539.

Hanisch, Ernst, Historische Überhänge in der österreichischen politischen Kultur, in: ÖZP 1 (1984) 15-19.

Hanisch, Ernst, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (= Österreichische Geschichte 1890-1990, hgg. von Herwig Wolfram), Wien 1994.

Hanisch, Ernst, Versuch einer Periodisierung der Zweiten Republik, in: Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 17–27.

Hanisch, Ernst, Periodisierungsversuche des 20. Jahrhunderts, in: Dachs u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, 3.Aufl., Wien 1997, 11-25.

Hausjell, Fritz, Die mangelnde Bewältigung des Vergangenen. Zur Entnazifizierung und zum Umgang von Journalistinnen und Journalisten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1943, in: Fabris, Hans Heinz/Hausjell, Fritz (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945, Wien 1991, 29-50.

Heinrich, Hans-Georg: Politische Kultur und Demokratie, in: Windhager, Fritz/ Höchtl, Josef, Politische Moral, Wien 1981, 100-117.

Horner, Franz, Politisches Denken in Österreich nach 1945, in: ÖZP 1, (1995) 69-82.

Horner, Franz, Programme – Ideologien: Dissenz oder Konsens, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, 3.Aufl., 235 -248.

Inglehart, Ronald, Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt, Frankfurt, New York 1989.

Kaase, Max, Politische Partizipation , in: Nohlen, Dieter (Hg.), Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1995, 521-527.

Karlhofer, Ferdinand, Arbeitnehmerverbände im politischen System Österreichs, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, 3.Aufl., 389-405.

Keller, Fritz, Wien, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde, 2. Aufl., Wien 1988.

Keyserlingk, Robert H., 1. November 1943: Die Moskauer Deklaration – Die Alliierten, Österreich und der Zweite Weltkrieg, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert, Bd. 2, Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Wien, Köln, Weimar 1997, 9-39.

Khol, Andreas, Krise der Parteien – Krise der Demokratie?, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik, Wien, München 1980, 391-406.

Kirchheimer, Otto, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), 20-41.

Kitzmüller, Erich, Österreich – Verspäteter Atomzwerg oder nicht-atomarer Anfänger, in: Lutz Mez (Hg.), Der Atomkonflikt. Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atombewegung im internationalen Vergleich, Berlin 1979, 246-261.

Kofler, Anton, Parteiengesellschaft im Umbruch: Partizipationsprobleme von Großparteien, Wien, Köln, Graz 1985.

Koja, Friedrich, Direkte oder indirekte Demokratie?, in: Österreichische Monatshefte. Zeitschrift für Politik 9 (1978), 14-17.

Kok, Franz/Schaller, Christian, Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen? Die Beispiele Zwentendorf und Hainburg, in: ÖZP 1 (1986), 61-72.

Kos, Wolfgang, Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945, 2.Aufl., Wien 1995.

Kos, Wolfgang, Vorwort, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 9-23.

Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996.

Kreisky, Bruno, „Der österreichische Weg“, in: Fröschl,Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 299-312.

Kreisky, Eva, *„Man hält die Demokratie nur am Leben, indem man sie in Bewegung hält*". Bruno Kreisky und die neuen sozialen Bewegungen, in: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), Wien 1998, 15-35.

Kreissler**,** Felix, Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen, Wien, Köln, Graz 1984.

Kriechbaumer, Robert, Die ÖVP in der Ära Klaus, in: Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 181-199.

Kriechbaumer, Robert/Schauschberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995.

Lehmbruch, Gerhard, Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen 1967.

Leser, Norbert, Die Entwicklung des Demokratieverständnisses in Österreich, in: Fischer, Heinz, Das politische System Österreichs, 3.Aufl., Wien, München, Zürich 1982, 13-31.

Leuthold, Margit, Zur Bedeutung von politischer Erwachsenenbildung für Demokratie und Demokratiequalität in Österreich, in: Campbell, David F.J./Schaller, Christian (Hg.), Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Wien 2002, 133-156.

Liebhart, Karin, Editorial, in: Informationen der Gesellschaft für politische Aufklärung, Nr. 67, Innsbruck Dezember 2000.

Luger, Johann, Parlament und alliiertes Kontrollrecht 1945-1955, in: ÖZP 3 (1975), 293-300.

Mantl, Wolfgang (Hg.), Politik in Österreich . Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien, Köln, Graz 1992.

Mattl, Siegfried: Die regulierte Demokratie. Eine kritische Bilanz der sozialen Systeme in Österreich, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 345-363.

Matzner, Egon, Sozialpartnerschaft, in: Fischer, Heinz (Hg.), Das politische System Österreichs, 3.Aufl., Wien, München, Zürich 1982, 429–453.

Meissner-Blau, Freda, Hat Hainburg die Republik verändert?
http://www.demokratiezentrum.org/pdfs/meissner.blau-pdf Letzter Zugriff: 17.6.2005.

Mommsen-Reindl, Margareta, Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien, Köln, Graz 1976.

Müller, Wolfgang C., Politische Kultur: Konzept – Forschungsmethoden – Effekte, in: Plasser, Fritz/Ulram Peter A., Staatsbürger oder Untertanen ? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich, Frankfurt, Bern, New York, Paris 1991, 3-16.

Müller, Wolfgang C.: Das Regierungssystem 1966-1970: Politische Kräfteverhältnisse, Dynamik und Konsequenzen, in: Kriechbaumer, Robert/Schauschberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 119-139.

Müller, Wolfgang C., Die Österreichische Volkspartei, in: Dachs, Herbert u.a., Handbuch des politischen Systems Österreichs, 265-286.

Natter, Bernhard, Die „Bürger" versus die „Mächtigen" – Populistischer Protest an den Beispielen Zwentendorf und Hainburg, in: Pelinka, Anton (Hg.) Populismus in Österreich, Wien 1987, 151-170.

Neisser, Heinrich, Alleinregierung und Pressuregroups – Die Innenstruktur des Regierungssystems, in: Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 139-153.

Neisser, Heinrich , Demokratiereform in Österreich: Potentiale und Instrumente, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 423-439.

Nevlacsil, Anton, Die Alleinregierung der ÖVP und die neue Rolle der Opposition, in:Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl. 1996, 152-166.

Nick, Rainer/Pelinka, Anton, Österreichs politische Landschaft, Innsbruck 1993.

Nick, Rainer/Pelinka, Anton, Parlamentarismus in Österreich, Wien, München 1984.

Nohlen, Dieter (Hg.), Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1995, 521-527.

Nohlen, Dieter (Hg.), Lexikon der Politik, München 1998.

Pelinka, Anton, Parlament, in: Pelinka, Anton/Welan, Manfried, Demokratie und Verfassung in Österreich, Wien, Frankfurt, Zürich 1971, 59-143.

Pelinka, Anton, Parlamentarismus, in: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik, Bd.2, Graz, Wien, Köln 1972, 9-43.

Pelinka, Anton: Postklassischer Parlamentarismus und Sozialpartnerschaft, in: ÖZP 3 (1974) 333-346.

Pelinka, Anton, Aspekte der Nachkriegspolitik, in: Rettinger Leopold u.a. Hg., Zeitgeschichte. Bericht über die gesamtösterreichischen Seminare: Zeitgeschichte I (1918-1938) 1978 in Mattersburg, Zeitgeschichte II (1938-1955) 1979 in Klagenfurt, Zeitgeschichte III (1955-1980) 1980 in Innsbruck, Wien 1982, 241-258.

Pelinka, Anton, Hauptprobleme der österreichischen Politik 1955-1980, in: Rettinger Leopold u.a.(Hg.), Zeitgeschichte. Bericht über die gesamtösterreichischen Seminare: Zeitgeschichte I (1918-1938) in Mattersburg, Zeitgeschichte II (1938-1955) 1979 in Klagenfurt, Zeitgeschichte III (1955-1980) 1980 in Innsbruck, Wien 1982, 349-362.

Pelinka, Anton, Von der Konkurrenz zur Konvergenz, in Rettinger, Leopold u.a.Hg., Zeitgeschichte. Bericht über die gesamtösterreichischen Seminare: Zeitgeschichte I (1918-1938) in Mattersburg, Zeitgeschichte II (1938-1955) 1979 in Klagenfurt, Zeitgeschichte III (1955-1980) 1980 in Innsbruck, Wien 1982, 82-96.

Pelinka, Anton: Politische Herrschaftsrituale: Sozialpartnerschaft und politische Kultur in Österreich, in: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Welan, Manfried (Hg.), Demokratierituale, Wien, Köln, Graz 1985, 171-183.

Pelinka, Anton, Windstille. Klagen über Österreich, Wien, Berlin 1985.

Pelinka, Anton, Hainburg – mehr als nur ein Kraftwerk. Bewertung der Ereignisse um den Kraftwerksbau in Hainburg, in: Kohl, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik, Wien, München 1986, 93-107.

Pelinka, Anton, Die Beweglichkeit hat schon begonnen, in: Journal für Sozialforschung, 27.Jg. (1987), Heft 1, 88-90.

Pelinka, Anton, Der Aufstieg des Plebiszitären, in: Pelinka, Anton (Hg.), EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, (= Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung; Bd. 6), Wien 1994, 9-22.

Pelinka, Anton (Hg.), EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich (=Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung; Bd.6), Wien 1994.

Pelinka, Anton, Die Entaustrifizierung Österreichs. Zum Wandel des politischen Systems 1945-1995, in: ÖZP 1 (1995), 5-16.

Pelinka, Anton: Konkordanzdemokratie am Ende? Zur neuen Unübersichtlichkeit der politischen Kultur Österreichs, in: Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (Hg.), 1945-1995, Entwicklungslinien der Zweiten Republik, Wien 1995, 35-46.

Pelinka, Anton, Die Kleine Koalition, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 279–290.

Pelinka, Anton, Von der Funktionalität von Tabus. Zu den „Lebenslügen“ der Zweiten Republik, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 23-33.

Pelinka, Anton, Die Studentenbewegung der 60er Jahre in Österreich. 8 Thesen aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren in der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte, Innsbruck, Wien 1998, 148-160.

Pelinka, Anton, Demokratie: Österreich 1900 – Österreich 2000, in: Gärtner, Reinhold (Hg.), Blitzlichter. Österreich am Ende des Jahrhunderts, Innsbruck, Wien 1999, 9–26.

Pelinka, Anton, Direkte Demokratie – mehr als nur Illusion, aber kein Rezept, in: SWS-Rundschau, (39,Jg.), Heft 2 (1999), 109-119.

Pelinka, Anton, Reinventing Parlamentarism? Rollenverständnis und Vertretungsstile, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 311-335.

Pelinka, Anton, Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems, (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive, Bd.6) Innsbruck, Wien, Bozen 2005.

Pelinka, Anton/Welan, Manfried, Demokratie und Verfassung in Österreich, Wien, Frankfurt, Zürich 1971.

Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.), Das österreichische Parteiensystem, Wien, Köln, Graz 1988.

Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang, Von der Konsens- zur Konfliktdemokratie? Österreich nach dem Regierungs- und Koalitionswechsel, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 439–465.

Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde, Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends, Wien 2000.

Pensold, Wolfgang, Vom Staatskanzler zum Medienkanzler.Drei Dogmen im medienpolitischen Diskurs der SPÖ nach 1945, in: Medien und Zeit 3/99, Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AKH)“ (Hg.), 1-26.

Piringer, Kurt, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag zur Geschichte der Dritten Kraft der österreichischen Politik, Wien 1982.

Plasser, Fritz, Das österreichische Parteiensystem zwischen Erosion und Innovation. Eine empirische Langzeitanalyse, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.), Das österreichische Parteiensystem, Wien, Köln, Graz 1988, 53–79.

Plasser, Fritz: Massenmedien und Politikvermittlung, in: Dachs u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, 3. Aufl.,Wien 1997, 463-483.

Plasser, Fritz, Medienzentrierte Demokratie: Die „Amerikanisierung“ des politischen Wettbewerbs in Österreich, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 203 – 231.

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A., Unbehagen im Parteienstaat: Jugend und Politik in Österreich, Wien, Köln, Graz 1982.

Plasser, Fritz/Ulram,Peter A., Politscher Kulturvergleich: Deutschland, Österreich, Schweiz, in: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A., (Hg.), Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich, Frankfurt, Bern, New York, Paris 1991, 17-49.

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A.,(Hg.) Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich. Frankfurt, Bern, New York, Paris 1991.

Plasser,Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.), Das österreichische Politikverständnis.Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien 2002.

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Welan, Manfried (Hg.) Demokratierituale, Wien, Köln, Graz 1985.

Poier, Klaus, Repräsentation und Wahlrecht, in:Forum Politische Bildung (Hg), Parlament, (Informationen zur Politischen Bildung, Nr.1) Wien 2003, 5-9.

Puntscher-Riekmann, Sonja, Die Grüne Alternative, in: Mantl, Wolfgang (Hg.), Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien, Köln, Graz 1992, 405-428.

Rathkolb, Oliver, Hans J. Morgenthau und das Österreich-Problem in der letzten Phase der Truman-Administration 1951/52, in: Geschichte zwischen Freiheit und Ordnung. Gerald Stourzh zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Emil Brix u.a., Graz 1990, 277-299.

Rathkolb, Oliver, Transformation der SPÖ, 1966-1970, in: Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 199-211.

Rathkolb, Oliver, Wie homogen war Österreich 1945? Innenpolitische Optionen, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 157-181.

Rathkolb, Oliver, Die Kreisky-Ära 1970-1983, in: Steininger Rolf/Gehler, Michael (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Bd. 2. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Wien, Köln, Weimar 1997, 305-355.

Rathkolb, Oliver, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005.

Rathkolb Oliver/Kunz, Johannes/Schmidt, Margit (Hg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, Wien 1996.

Rauchensteiner, Manfried, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966, Wien 1987.
Rauchensteiner, Manfried, Geregelte Verhältnisse? Innenpolitische Manövrierräume und ihre Spielregeln, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 268-287.

Rauchensteiner, Manfried: „Die Zwei“. Die Große Koalition 1945-1966 mit einem Ausblick, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Bd. 2, Wien, Köln, Weimar 1997, 259-305.

Ritschel, Karl Heinz (Hg.), Demokratiereform. Die Existenzfrage Österreichs, Wien, Hamburg 1969.

Rosenberger, Sieglinde, Erosionen und Transformationen. Politische Trends seit den 80er Jahren, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Zum politischen System Österreich. Zwischen Modernisierung und Konservativismus (Informationen zur Politischen Bildung Nr. 17), Innsbruck 2000, 5–18.

Rumpler, Helmut, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie, Wien 1997, (= Bd. 8, der Reihe: Österreichische Geschichte 1804-1914, hgg. von Herwig Wolfram).

Sartori, Giovanni, Demokratietheorie, Darmstadt 1997.

Schaller, Christian, Demokratietheorien. Klassifikationskriterien und Leitsätze im Überblick, in: Delpos, Manuela/Haller, Birgitt (Hg.), Demokratietheorie und Demokratieverständnis in Österreich, Wien 2001, 19-37

Schaller, Christian, Zur Demokratiequalität politischer Partizipation, in: Campbell, David F.J./Schaller, Christian (Hg.), Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Opladen 2002, 69-89.

Scharpf, Fritz W., Legitimationsprobleme der Globalisierung. Regieren in Verhandlungssystemen, in: Böhret, Carl/Wewer, Göttrik, Regieren im 21. Jahrhundert – zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Opladen 1993, 165-185.

Schmidt, Manfred G., Wörterbuch zur Politik, Bd. 404, Stuttgart 1995.

Schmidt, Manfred G., Demokratietheorie, Opladen 1997.

Schwendtner, Rolf, Das Jahr 1968. War es eine kulturelle Zäsur?, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 166-176.

Sickinger, Hubert, Politischer Wandel in der Zweiten Republik: Parteien, Machtverteilung/politische Strukturen, Kommunikation, in: Gehler, Michael/Sickinger, Hubert (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich, Thaur, Wien, München 1995, 295-323.

Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich, Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996.

Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Zweiten Republik. Eine Einführung, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Tálos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. 2.Aufl., Wien 1996, 9-35.

Sinowatz, Fred, Hainburg – 20 Jahre Hainburg – Courage lohnt sich…!
http://www.hainburg20.at/default.php?page=dokumente_detail&d...Letzter Zugriff: 13.5.2005

Skalnik, Kurt: Die Parteien – Gründung und Entwicklung, in: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.), Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik, Graz, Wien, Köln 1975, 31-59.

Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert, Bd.2, Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Wien, Köln, Weimar 1997.

Tálos, Emmerich, Akzeptanzkrise und Akklamation: Zur demokratischen Qualität von Kammersystem und Sozialpartnerschaft, in: Campbell, David F.J. u.a (Hg.), Die Qualität der österreichischen Demokratie. Versuche einer Annäherung, Wien 1996, 103-119.

Tálos, Emmerich, Sozialpartnerschaft. Kooperation – Konzertierung - politische Regulierung, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Die Zweite Republik, 3.Aufl., Wien 1997, 432-453.

Tálos, Emmerich, Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945-2005, (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive, Bd. 3), Innsbruck, Wien, Bozen 2005.

Tálos, Emmerich/Kittel, Bernhard: Sozialpartnerschaft. Zur Konstituierung einer Grundsäule der Zweiten Republik, in: Sieder, Reinhard/Steinert, Heinz/Talos, Emmerich (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2.Aufl., Wien 1996, 107-122.

Thurnherr, Armin, Apartes Österreich. Notizen aus den paradoxen Tagen vor und nach der Wende in Österreich,
http://www.demokratiezentrum.org/artikel_reader.php?ID=6 Letzter Zugriff: 7.5.2004.

Traar, Kurt/Birk, Franz, Gesellschaftliche Grundwerte und politische Themen im Wandel, in: Journal für Sozialforschung, 27.Jg. 1987, Heft 1.

Taar, Kurt/Birk, Franz, Faktoren des Wählerverhaltens: Warum wählen Wähler in Österreich so wie sie wählen?, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.), Das österreichische Parteiensystem, Wien, Köln, Graz 1988, 127-155.

Ucakar, Karl, Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Die Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien 1985.

Ucakar, Karl, Demokratie und Parteien seit 1970, in: Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970 – 1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 145-163.

Ucakar, Karl, Die Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3. Aufl., Wien 1997, 248-265.

Ucakar, Karl/Unterberger, Klaus, Struktur- und Funktionswandel der Demokratie. Neue Bedingungen der politischen Partizipation und der politischen Legitimation der parteienstaatlichen parlamentarischen Demokratie. Projektbericht für das Bundesministerium für Wissenschaft, Kunst und Verkehr, Wien 1996.

Ulram, Peter, A., Plädoyer für eine partiziative Demokratie, in: Österreichische Monatshefte. Zeitschrift für Politik, 11/1978, 10-15.

Ulram, Peter A., Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich, Wien, Köln, Graz 1990.

Ulram, Peter A., Das Parteibuch. Die soziale Bedeutung der Parteimitgliedschaft, in: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 287-298.

Ulram, Peter A., Civic Democracy. Politische Beteiligung und politische Unterstützung, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 103-141.

Wandruszka, Adam, Österreichs politische Struktur: Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Heinrich, Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954, 289-486.

Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.), Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik, Graz 1975.

Welan, Manfried, Die österreichische Bundesverfassung als Spiegelbild der österreichischen Demokratie, in: Pelinka, Anton/Welan, Manfried, Demokratie und Verfassung in Österreich, Wien, Frankfurt, Zürich 1971, 21-59.

Welan, Manfried, Regierungssystem unter Druck? Die gewendete Republik, in: Pelinka, Anton//Plasser, Fritz/Meixner,Wolfgang (Hg.) Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, 335-361.

Wimmer, Norbert, Weiterentwicklung von Demokratie und Föderalismus in Österreich seit 1970, in: Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.), Der österreichische Weg 1970-1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, Wien 1986, 133-145.

Windhager, Fritz/Höchtl, Josef (Hg.), Politische Moral, Wien 1981.

2. Parteiprogramme

Das neue Parteiprogramm der SPÖ vom 20. Mai 1978

Das Salzburger Programm der ÖVP von 1972

3. Zeitungen

Die Presse, 7.1.1985; 7./8.5.1985; 13./14.7.1991; 31.10.1998; 5.11.2003; 7./8.5.2005; 7.5.2005; 1.7.2006; 24. 5. 2007;

Der Standard, 27.4.1995; 25.9.1998; 7./8.5.2005; 27./28.10.2007; 10./11.11.2007; 27./28. 10.2007

Falter, 4/1998.

Forum, Internationale Zeitschrift, Sondernummer 366, Juni 1984.

Neue Argumente, Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Ja zur Umwelt, Nein zur Atomenergie, Oktober 2003, Folge 98.

ORF-Nachlese, Österreich II. 1968 – Jahr des Aufbruchs. Jahr des Umbruchs. Eine Dokumentation von Hugo Portisch, Oktober 1995, 18f.

Profil, 22.12.1984.

Programmhefte zu Wiener Vorlesungen: 25.10.2001; 11.5.2005; 17.10.2007; 30.4.2008.

4. Tonaufzeichnungen

Wiener Vorlesungen 25.10.2001, „Politische Kultur und Demokratie in Österreich“, Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Heinrich Neisser u.a.

Gerlich, Peter, Grundlagen des österreichischen politischen Systems, Vorlesung, SS 1994.

Hundertwasser, Friedensreich, in: Radio Niederösterreich, 11.12.2004: Spurensuche in der Au. 20 Jahre nach der Aubesetzung bei Hainburg.

5. Anhang

1. Zusammenfassung

Nach der Reetablierung demokratischer Strukturen 1945 waren die folgenden Jahrzehnte durch eine charakteristische Form des politischen Systems geprägt. In der Parteienlandschaft dominierten langjährig ÖVP und SPÖ mit der Vorherrschaft in Parlament und Regierung. Große Koalition und Sozialpartnerschaft wurden zu einem bestimmenden Merkmal der politischen Landschaft im Nachkriegs-Österreich. Es gab ein hohes Maß an Konsens, standen doch Stabilität, Wiederaufbau und der Erhalt des Staatsvertrages im Zentrum des politischen Interesses. FPÖ und KPÖ waren zunächst keine Alternative zur Großen Koalition, da diese Parteien zu wenig Grundkonsens hatten. Große Koalition und Sozialpartnerschaft haben erheblich zur positiv verlaufenden Nachkriegsgeschichte beigetragen; Österreich erreichte ein hohes Sozialniveau.

Diese für Österreich charakteristische „Konkordanzdemokratie“ bzw. „Proporzdemokratie“ war aber auch mit demokratischen Defiziten, vor allem mit einem Funktionsverlust des Parlamentes verbunden. Erst mit Ende der Großen Koalition 1966 entwickelte sich ein normaler Parlamentarismus, in dem die parlamentarische Kontrolle wirksam wurde. Das Demokratieverständnis der Bevölkerung war in den Nachkriegsjahren noch diffus, es gab durchaus noch mentale Vorbehalte gegen das demokratische System. Erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung entwickelte sich eine zunehmende Demokratieakzeptanz, die heute außer Frage steht. Ein weiteres Merkmal der noch unterentwickelten demokratischen Kultur der Bevölkerung waren eine starke, bis in die 70er Jahre andauernde Lagermentalität - die jedoch zugleich die Voraussetzung für die Konkordanzdemokratie war – und eine signifikante Autoritätsgläubigkeit.

Die gesellschaftlichen Umbrüche der 60er und 70er Jahre nahmen wesentlich Einfluss auf das politische Geschehen. Die Reaktion der Politik auf die gesellschaftliche Modernisierung waren weitreichende Reformen, die im Zeichen einer Demokratisierung standen.

Hervorgerufen durch den gesellschaftlichen Wandel und einen sich anbahnenden Wertewandel sowie einer schwach ausgeprägten Kultur der direkten Demokratie, zeichnet sich seit den 80er Jahren ein Prozess der Emanzipation der Bevölkerung vom Parteien- und Verbändestaat ab, d.h. eine wachsende Distanz zu den Einrichtungen der repräsentativen Demokratie. Das Unbehagen am und im Parteienstaat ist zu einem Charakeristikum der 80er Jahre geworden. Politisches Interesse und Kompetenzbewusstsein der Bevölkerung sind gestiegen und brachten eine neue Partizipationskultur mit sich. Es zeichnen sich

Veränderungen im Demokratieverständnis der Bevölkerung ab; es manifestiert sich ein neues Verständnis für Legitimation. Während traditionelle Parteien an Bedeutung verlieren, entstehen neue politische Meinungszentren, die eine teilweise Kompetenzverschiebung zwischen Staat und Bürgern hervorrufen. In diesem Zusammenhang kann der Konflikt um den Bau des AKW Zwentendorf als ein Paradigmenwechsel in der Politik gelten. Die Anti-Atomkraft-Bewegung konnte weite Teile der Gesellschaft mobilisieren, was unmittelbar zur ersten Volksabstimmung in der Zweiten Republik führte. Eine Basisbewegung hat sich erstmals gegen die traditionelle Politik erfolgreich durchgesetzt, was zunächst Neuland war, konnte doch Österreich bis dato auf keine wesentliche Widerstandstradition zurückgreifen. In der Folge kam es zur Formierung neuer sozialer Bewegungen, die zu einer Erweiterung des Parteienspektrums und damit zu einer weiteren Belebung des Parlamentarismus führten.

Langfristig bahnte sich die Herausbildung einer Zivilgesellschaft an. Daraus kann man schließen, dass eine Weiterentwicklung der Demokratie stattgefunden hat; das demokratische Bewusstsein ist gestiegen, die Bürger sind mündiger und weniger autoritätsgläubig geworden. Das politische System Österreichs hat eine weitgehende Anpassung an westeuropäische Standards erreicht.

2. Moskauer Deklaration

3. Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs

4. Staatsvertrag (zitiert nach Frass IV, gekürzt, in: Rettinger, Leopold, Zeitbilder. Geschichte und Sozialkunde 4. Vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Wien 1982)

5. Neutralitätsgesetz (ebenda)

6. Stimmzettel Zwentendorf (Neisser, Heinrich/Windhager, Fritz, Atomkraft für Österreich? Wien 1978, 164f.)

7. Der Schwur von Hainburg und Erklärung zur Einleitung des Volksbegehrens am 14. Mai 1984, Presseclub Concordia

8. Öko-Tour - Station Hainburg 1984, (Wiener Vorlesungen, 25. Oktober 2001, Tonaufzeichnung.)

9. Nationalratswahlen 1945-1995

10. Ergebnisse von Volksbegehren 1964-1997

11. Lebenslauf

Moskauer Erklärung über Österreich vom 30. Oktober 1943, veröffentlicht am 1. November 1943

Die Regierungen des Vereinigten Königreiches [= Großbritannien], der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, daß Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll.

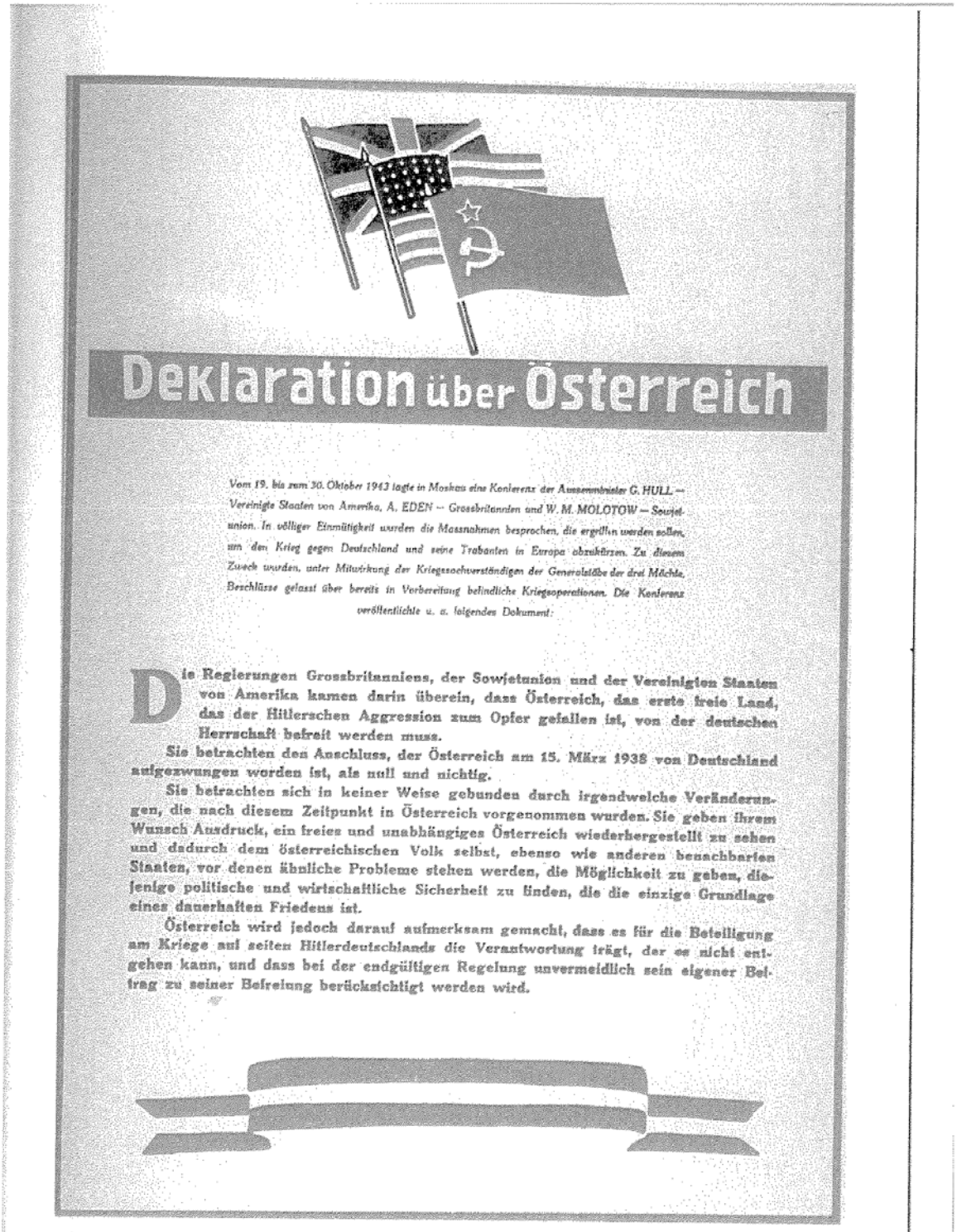
Sie betrachten die Besetzung Österreichs durch Deutschland am 15. März 1938 [richtig: 13. März 1938] als null und nichtig. Sie betrachten sich durch keinerlei Änderungen, die in Österreich seit diesem Zeitpunkt durchgeführt wurden, als irgendwie gebunden. Sie erklären, daß sie wünschen, ein freies unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch ebensosehr den Österreichern selbst wie den Nachbarstaaten, die sich ähnlichen Problemen gegenübergestellt sehen werden, die Bahn zu ebnen, auf der sie die politische und wirtschaftliche Sicherheit finden können, die die einzige Grundlage für einen dauernden Frieden ist.

Österreich wird aber auch daran erinnert, daß es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann, und daß anläßlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.

Gezeichnet : Roosevelt, Churchill, Stalin

[deutsche Version nach Stephan Verosta, Die internationale Stellung Österreichs. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 bis 1947, Manz, Wien 1947, S. 52/53]

3. Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs



Deklaration über Österreich

Vom 19. bis zum 30. Oktober 1943 tagte in Moskau eine Konferenz der Aussenminister G. HULL — Vereinigte Staaten von Amerika, A. EDEN — Grossbritannien und W. M. MOLOTOW — Sowjetunion. In völliger Einmütigkeit wurden die Massnahmen besprochen, die ergriffen werden sollen, um den Krieg gegen Deutschland und seine Trabanten in Europa abzukürzen. Zu diesem Zweck wurden, unter Mitwirkung der Kriegssachverständigen der Generalstäbe der drei Mächte, Beschlüsse gefasst über bereits in Vorbereitung befindliche Kriegsoperationen. Die Konferenz veröffentlichte u. a. folgendes Dokument:

Die Regierungen Grossbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kamen darin überein, dass Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muss.

Sie betrachten den Anschluss, der Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezwungen worden ist, als null und nichtig.

Sie betrachten sich in keiner Weise gebunden durch irgendwelche Veränderungen, die nach diesem Zeitpunkt in Österreich vorgenommen wurden. Sie geben ihrem Wunsch Ausdruck, ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch dem österreichischen Volk selbst, ebenso wie anderen benachbarten Staaten, vor denen ähnliche Probleme stehen werden, die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.

Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Beteiligung am Kriege auf seiten Hitlerdeutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und dass bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird.

(1) Die von Großbritannien, der Sowjetunion und den USA Ende Oktober 1943 beschlossene „Moskauer Deklaration“: eine der „Geburtsurkunden“ der Zweiten Republik (Plakat 1945).

Unabhängigkeits- und Regierungserklärung-Plakat

Wr. Stadt- und Landesbibliothek

Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs
vom 27. April 1945

(St.G.Bl. 1/1945)

Angesichts der Tatsache,

daß der Anschluß des Jahres 1938 nicht, wie dies zwischen zwei souveränen Staaten selbstverständlich ist, zur Wahrung aller Interessen durch Verhandlungen von Staat zu Staat vereinbart und durch Staatsverträge abgeschlossen,

sondern durch militärische Bedrohung von außen und den hochverräterischen Terror einer nazifaschistischen Minderheit eingeleitet, einer wehrlosen Staatsleitung abgelistet und abgepreßt,

endlich durch militärische kriegsmäßige Besetzung des Landes dem hilflos gewordenen Volke Österreichs aufgezwungen worden ist,

angesichts der weiteren Tatsachen,

daß die so vollzogene Annexion des Landes sofort mißbraucht worden ist,

alle zentralen staatlichen Einrichtungen der ehemaligen Bundesrepublik Österreich, seine Ministerien und sonstigen Regierungseinrichtungen zu beseitigen und deren Bestände nach Berlin wegzuführen, so den historisch gewordenen einheitlichen Bestand Österreichs aufzulösen und vollkommen zu zerstören,

Österreichs Hauptstadt Wien, die vielhundertjährige glorreiche Residenzstadt, zu einer Provinzstadt zu degradieren,

die Bundesländer aller ihrer geschichtlichen Selbstregierungsrechte zu berauben und zu willenlosen Verwaltungssprengeln unberufener und dem Volke unverantwortlicher Statthalter zu machen,

und darüber hinaus angesichts der Tatsachen,

daß diese politische Annexion Österreichs zur wirtschaftlichen und kulturellen Beraubung Wiens und der österreichischen Bundesländer ausgenützt und mißbraucht worden ist,

die Österreichische Nationalbank aufzuheben und ihren Goldschatz nach Berlin zu entführen, alle großen Unternehmungen Österreichs reichsdeutschen Firmen einzuverleiben

und so das österreichische Volk aller selbständigen Verfügung über die natürlichen Quellen seines Wohlstandes zu berauben;

daß dieser Mißbrauch endlich dem österreichischen Volke auch seine geistigen und kulturellen Hilfsquellen verkümmert hat, indem er die unermeßlichen Kunst- und Kulturschätze des Landes, welche selbst der harte Friede von Saint-Germain durch ein 20jähriges Verbot vor jeder Veräußerung geschützt hat, der Verschleppung außer Landes preisgegeben hat,

und endlich angesichts der Tatsache,

daß die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft dieser völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes

das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals vorauszusehen oder gutzuheißen instand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des

4. Staatsvertrag

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in der Stadt Wien in russischer, englischer, französischer und deutscher Sprache am 15. Mai 1955.

[II]

[III]

STAATSVERTRAG VOM 15. MAI 1955

1. *Wiederherstellung Österreichs als souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat in den Grenzen von 1937.*
2. *Verbot einer politischen oder wirtschaftlichen Vereinigung mit Deutschland.*
3. *Schutz der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark.*
4. *Verbot der Tätigkeit nationalsozialistischer Organisationen.*
5. *Verbot von Spezialwaffen, wie Atomwaffen und Raketen.*
6. *Abzug der Besatzungstruppen innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrages.*
7. *Ablösung des »Deutschen Eigentums« an die Sowjetunion durch Warenlieferungen im Werte von 150 Millionen Dollar und 10 Millionen Tonnen Rohöl (später auf 6 Millionen Tonnen reduziert)*

Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs

Art. I. 1. Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.
2. Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in alle Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.
(Beides zitiert nach Frass IV, gekürzt.)

4.3.2.

GESETZESBESCHLUSS DES NATIONALRATES VOM 7. JULI 1978 BETREFFEND EIN BUNDESGESETZ ÜBER DIE FRIEDLICHE NUTZUNG DER KERNENERGIE IN ÖSTERREICH (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf)

§ 1
Zur Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes in Österreich ist, außer der auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen erforderlichen behördlichen Bewilligungen, eine durch Bundesgesetz zu erteilende Erlaubnis aus gesamtstaatlicher, volkswirtschaftlicher und energiepolitischer Sicht sowie unter Bedachtnahme auf Gesichtspunkte technischer und gesundheitlicher Sicherheit — soweit diese Kompetenzen durch den Bund wahrzunehmen sind — erforderlich.

§ 2
Für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf der Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges. m. b. H. wird diese Erlaubnis gemäß § 1 erteilt.

§ 3
Bei der Vollziehung dieses Bundesgesetzes und aller anderen Rechtsvorschriften ist vorrangig auf die Gesundheit und Sicherheit von Personen sowie auf den Schutz der Umwelt zu achten; dies gilt insbesondere auch für die Festsetzung und Kontrolle der höchstzulässigen Strahlenbelastung, für die erforderlichen Alarmpläne sowie für die Entsorgung von Kernkraftwerken, soweit alle diese Maßnahmen in den Bereich der Kompetenzen des Bundes fallen.

§ 4
Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

4.3.3.
AMTLICHER STIMMZETTEL
FÜR DIE VOLKSABSTIMMUNG AM 5. NOVEMBER 1978

7. Schwur von Hainburg

Der Schwur von Hainburg

gesprochen am 30. Mai 1984 auf der alten Burg von Hainburg
von Burgschauspieler Frank Hoffmann, nachgesprochen von rund 3000 Naturschützern, die sich dort versammelten.

Wir versprechen, *daß wir nicht locker lassen werden, bis die Hainburger Auen gerettet sind.*

Alle:

Wir versprechen.

Wir versprechen: *In diesem Lande müssen endlich Nationalparks errichtet werden, in den Auen der Donau, March, Thaya und überall, wo es gilt, Naturschönheit zu bewahren.*

Alle:

Wir versprechen.

Wir versprechen: *Es geht nicht nur um Hainburg. Wir wollen in das ganze Land hinausgehen und das ganze Land aufwecken. Wir wollen eine Wende in der Umwelt- und Energiepolitik.*

Alle:

Wir versprechen.

Wir versprechen: *Wir werden nicht locker lassen, bis die letzten Reste von Natur- und Kulturlandschaft gesichert sind.*

Alle:

Wir versprechen.

Wir versprechen: *Wir wollen für die Lebensrechte der bedrohten Tiere und Pflanzen kämpfen, sie sind unsre Brüder und Schwestern, Teil der Schöpfung wie wir.*

Alle:

Wir versprechen.

Wir versprechen: *Unsre Wälder dürfen nicht sterben, Luft, Wasser, Boden nicht weiter vergiftet werden — wir wollen ein Sofortprogramm, gespeist aus den Milliarden, die für immer neue Großkraftwerke vergeudet werden.*

Alle:

Wir versprechen.

Wir versprechen: *Wir wollen ein intelligentes Energiekonzept, das die Naturzerstörung und Energieverschwendung beendet, die nötige Energie sichert und zehntausende Arbeitsplätze bringt.*

Alle:

Wir versprechen.

Wir versprechen: *Wir wollen diesem Lande Hoffnung geben, an Stelle grauer und fader Politik wollen wir lebendige, phantasievolle direkte Demokratie. Wir wollen unsre Nasen in unsre eignen Angelegenheiten stecken.*

Alle:

Wir versprechen.

Wir versprechen. *Dieses Land gehört unsern Kindern und Kindeskindern. Wir werden nicht zulassen, daß ihnen die Zukunft verbetoniert wird.*

Alle:

Wir versprechen.

Wir versprechen: *Wir werden das Konrad-Lorenz-Volksbegehren solange fortsetzen, im Verein mit anderen demokratischen Mitteln, bis das große Ziel erreicht ist: Die Zerstörung unsrer Heimat muß beendet werden.*

Alle:

Wir versprechen.

IM NAMEN DER REPUBLIK

Erklärung zur Einleitung des Volksbegehrens am 14. Mai 1984, Presseclub Concordia

Die bisherige Form von Politik hat in einem entscheidenden Punkt versagt:

Statt Österreichs letzte Reste von Kultur- und Naturlandschaft zu schützen, werden sie zerstört.

Blind wird vernichtet, was nicht uns gehört, sondern unseren Kindern und Kindeskindern.

Wenn die Hainburger Donau-Auen gerodet werden, verschwindet eine der natürlichsten und vielfältigsten Landschaften ganz Europas, unter Mißachtung bestehender Gesetze und internationaler Verträge.

Der Sachverstand namhaftester Fachleute des In- und Auslandes, voran Konrad Lorenz, warnte bisher vergebens.

Jeder Augenschein lehrt, wie die Schönheit unserer Heimat Stück um Stück sinnlos geopfert wird.

Gesunder Menschenverstand und tiefinneres Gefühl sagen: Halt jetzt ist genug! Österreicherinnen und Österreicher!

Wir, Wissenschaftler und Künstler, politisch Engagierte aller Richtungen quer durch veraltete Parteifronten, haben uns zusammengeschlossen und versprechen Euch:

Gemeinsam mit Euch wollen wir uns mit allen demokratischen Mitteln wehren.

Es geht nicht nur um Hainburg und Zwentendorf.

Wir wollen ein positives Konzept, wollen neue Formen von Politik durchsetzen.

Das bundesweite Konrad-Lorenz-Volksbegehren will eine Wende bewirken — von umweltzerstörenden Monsterbauten zur verbraucherfreundlichen Energiesicherung, die zugleich zehntausende neue Arbeitsplätze schafft.

Überall im Land wachsen Bürgerinitiativen aus dem Boden. Die mangelnde Lernfähigkeit der Machthaber, ihr Versuch, die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen, erzeugt immer neuen Konfliktstoff. Um den inneren Frieden zu wahren, wollen wir alle Möglichkeiten des Rechtsstaates ausschöpfen.

Wir werden das Unterschriftsverfahren im Verein mit anderen Formen des gewaltlosen Widerstandes solange fortsetzen, bis die große ökologische Bewegung in diesem Land zum Erfolg gelangt:

Die Zerstörung der Heimat muß beendet werden!

Es ist fünf vor zwölf!

Österreicherinnen und Österreicher, unterschreibt das Konrad-Lorenz-Volksbegehren!

Unterschriftsblätter in Tageszeitungen und in allen Trafiken und Verschleißstellen des ganzen Landes.

8. Öko- Tour Station Hainburg 1984

Tonbeispiel: Öko-Tour - Station Hainburg 1984 (Ausschnitt von einer Pressekonferenz): Ein überparteiliches Personenkomitee hat sich für das Konrad Lorenz-Volksbegehren stark gemacht: Peter Turrini, Hubert Gorbach und Josef Cap:

Turrini: *Sehr geehrte Journalisten, liebe Menschen. Die Basis dessen, was uns hier zusammengeführt hat, ist etwas sehr persönliches. Es ist die Angst. Diese Angst ist nicht nur auf Seiten der Naturschützer, die Angst wieder ein Stück Natur zu verlieren, sie ist auch bei denen, die für die Errichtung eines Kraftwerkes bei Hainburg eintreten. Es ist die Angst von Experten, etwas gelernt zu haben, dessen Anwendung nicht mehr gefragt ist; die Angst von Gewerkschaftern, etwas gelebt zu haben, was überlebt ist; die Angst von Politikern, eine Identität zu verlieren, die sich auf das Durchsetzbare und Machbare begründet.*

Gorbach: *Auch ich vertrete die Meinung, dass es nicht weiter angeht, dass man Gewinndenken auf Kosten der Ökologie, auf Kosten der Umwelt in den Vordergrund stellt. Wir glauben, dass man sehr wohl ökonomisch denken kann, sogar muss, wenn man für Ökologie eintritt, aber eben mittel-ökonomisch, überlebens-ökonomisch.*

Cap: *Ich möchte erklären, warum ich als Mensch hier auftrete, rein von meiner bisherigen Politik wärs wahrscheinlich besser gewesen, dass ich als Stechmücke aufgetreten wäre. Ich glaube aber auch, dass sich die Frage stellt, wer regiert in Österreich? Ist es die E-Wirtschaft und ihre Lobbys, die uns eine Fortschreibung eines Energiewachstumskurses vorschreiben wollen, dem jede Vernunft fehlt, oder ist es noch möglich, dass auch die Interessen der Umweltschutzbewegungen, die Interessen der Bevölkerung hier stärker zum Tragen kommen?*

Demokratiezentrum: Vortrag Rathaus, 25. Okt. 2001, Tonaufzeichnung

9. Nationalratswahlen 1945 - 1995

Dokument 1

Nationalratswahlen und Zusammensetzung des Nationalrates 1945–1995 – Stimmen (Mandate in Klammern)

	Österreichische Volkspartei	Sozialistische Partei Österreichs	Kommunistische Partei Österreichs	Wahlpartei d. Unabhängigen (ab 1956 Freiheitliche Partei Österreichs)	Demokratisch Fortschrittliche Partei	Liberales Forum	Grüne Alternative	Vereinte Grüne Österreichs
25. 11. 1945	1,602.227 (85)	1,434.898 (76)	174.257 (4)	– (–)				
9. 10. 1949	1,846.581 (77)	1,623.524 (67)	213.066 (5)	489.273 (16)				
22. 2. 1953	1,781.777 (74)	1,818.517 (73)	228.159 (4)	472.866 (14)				
13. 5. 1956	1,999.986 (82)	1,873.295 (74)	192.438 (3)	283.749 (6)				
10. 5. 1959	1,928.043 (79)	1,953.935 (78)	142.578 (–)	336.110 (8)				
18. 11. 1962	2,024.501 (81)	1,960.685 (74)	135.520 (–)	313.895 (8)				
6. 3. 1966	2,191.109 (85)	1,928.985 (74)	18.636 (–)	242.570 (6)	148.528 (–)			
1. 3. 1970	2,051.012 (78)	2,221.981 (81)		253.425 (6)				
10. 10. 1971	1,964.713 (80)	2,280.168 (93)		248.473 (10)				
5. 10. 1975	1,981.291 (80)	2,326.201 (93)		249.444 (10)				
6. 5. 1979	1,981.739 (77)	2,413.226 (95)		286.743 (11)				
24. 4. 1983	2,097.808 (81)	2,312.529 (90)		241.789 (12)			65.816 (–)	93.789 (–)
23. 11. 1986	2,003.663 (77)	2,092.024 (80)		472.205 (18)			Allianz: ALÖ + VGÖ 234.028 (8)	
7. 10. 1990	1,508.600 (60)	2,012.787 (80)		782.648 (33)			225.081 (10)	
9. 10. 1994	1,281.846 (52)	1,617.804 (65)	11.919 (–)	1,042.332 (42)		276.580 (11)	338.538 (13)	5.776
17. 12. 1995	1,370.497 (53)	1,843.679 (71)	13.939 (–)	1,060.176 (40)		267.078 (10)	233.232 (9)	

Manfried Rauchensteiner, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945/46, Wien 1987, S. 525; Christian Haerpfer, Wahlverhalten, in: Herbert Dachs u. a. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien 1991, S. 475–497, hier S. 490 f.; Auskunft von Dr. Berger/Bundesministerium für Inneres, Abteilung IV/6 vom 13. 2. 1996.

10. Ergebnisse von Volksbegehren 1964 - 1997

ERGEBNISSE VON VOLKSBEGEHREN

Jahr	Betreff	Anzahl der gültigen Eintragungen	Stimmbeteiligung in %
1964	Österreichischer Rundfunk, Gesellschaft m.b.H.	832.353	17,27
1969	Schrittweise Einführung der 40-Stunden-Woche	889 659	17,74
1969	Abschaffung der 13. Schulstufe	339.407	6,77
1975	Schutz des menschlichen Lebens	895.665	17,93
1980	Pro-Zwentendorf-Volksbegehren	421,282	8,04
1980	Anti-Zwentendorf-Volksbegehren	147.016	2,80
1982	Konferenzzentrum/Einsparungsgesetz	1,361.562	25,74
1985	Konrad-Lorenz-Volksbegehren	353.906	6,55
1985	Volksbegehren zwecks Verlängerung des Zivildienstes	196.376	3,63
1985	Volksbegehren gegen Abfangjäger – für eine Volksabstimmung	121.182	2,23
1986	Anti-Draken-Volksbegehren im Bundesland Steiermark	244.254	4,50
1987	Anti-Privilegien-Volksbegehren	250.697	4,57
1989	Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahlen	219.127	3,93
1989	Volksbegehren zur Sicherung der Rundfunkfreiheit in Österreich	109.197	1,95
1991	Volksbegehren für Volksabstimmung über einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum	126.834	2,25
1993	Volksbegehren „Österreich zuerst"	416.531	7,35
1995	Volksbegehren „Pro Motorrad"	75.525	1,31
1996	Tierschutz-Volksbegehren	459.096	7,96
1996	Neutralitäts-Volksbegehren	358.156	6,21
1997	Gentechnik-Volksbegehren	1,225.790	21,23
1997	Frauen-Volksbegehren	644.665	11,17
1997	Volksbegehren „Schilling-Volksabstimmung"	253.949	4,43
1997	Volksbegehren „Atomfreies Österreich"	248.787	4,34

Aus: Dokumentation zur Volksabstimmung, hg. v. Innenministerium 1979: Volksbegehren und Volksabstimmungen in der Zweiten Republik, Überblick.

11. Lebenslauf

Zur Person

Name: Schowanec, Gerald
geb. 14.05.1970 in Wien

Wohnadresse: Pfenninggeldg. 18/1/3, 1160 Wien

Eltern: Gertraud und Rudolf Schowanec

Ausbildungsweg

1977-1981	Besuch der Volksschule, Wien 16, Landsteinergasse 4
1981-1985	Besuch des Bundesrealgymnasiums, Wien 16, Schuhmeierplatz 7
1985-1989	Besuch des Oberstufenrealgymnasiums, Wien 20, Unterbergergasse 1
09.06.1989	Matura
1989-1992	Studium Französisch und Anglistik
1992-1997	Studium Französisch und einer Fächerkombination (Geschichte und Politikwissenschaft) in Wien
1997-2008	Studium Geschichte und einer Fächerkombination (Französisch und Politikwissenschaft) in Wien

Lebenslauf

Zur Person

Name: Schowanec, Gerald
geb. 14.05.1970 in Wien

Wohnadresse: Pfenninggeldg. 18/1/3, 1160 Wien

Eltern: Gertraud und Rudolf Schowanec

Ausbildungsweg

1977-1981	Besuch der Volksschule, Wien 16, Landsteinergasse 4
1981-1985	Besuch des Bundesrealgymnasiums, Wien 16, Schuhmeierplatz 7
1985-1989	Besuch des Oberstufenrealgymnasiums, Wien 20, Unterbergergasse 1
09.06.1990	Matura
1989-1993	Studium Französisch und Anglistik
1992-1997	Studium Französisch und einer Fächerkombination (Geschichte und Politikwissenschaft) in Wien
1997-2009	Studium Geschichte und einer Fächerkombination (Französisch und Politikwissenschaft) in Wien